

Sebastian Jacob

# Handelsgerichtsbarkeit

Zur Entstehung des Fachrichtertums zwischen Laienexpertise, Verfahrenförmlichkeit und staatlichem Verfahrensmonopol und ihr Einfluss auf die moderne KfH



**Nomos**

## Schriften zum Prozess- und Verfahrensrecht

herausgegeben von

Prof. Dr. Anna H. Albrecht, Universität Potsdam

PD Dr. Daniel Oliver Effer-Uhe, Universität zu Köln

Prof. Dr. Olaf Muthorst, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Birgit Peters, LL.M., Universität Trier

Prof. Dr. Jens Prütting, LL.M. oec., Bucerius Law School

Prof. Dr. Philipp Reimer, Universität Konstanz

Prof. Dr. Benno Zabel B.A., Universität Bonn

Band 7

Sebastian Jacob

# Handelsgerichtsbarkeit

Zur Entstehung des Fachrichtertums zwischen Laienexpertise,  
Verfahrensförmlichkeit und staatlichem Verfahrensmonopol und  
ihr Einfluss auf die moderne KfH



**Nomos**

Diese Arbeit wurde durch ein Promotionsstipendium der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. gefördert. Die Publikation wurde durch die Universität Passau finanziell unterstützt (Open-Access-Publikationsfonds der Universitätsbibliothek).

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Passau, Univ., Diss., 2020

1. Auflage 2021

© Der Autor

Publiziert von  
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG  
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden  
[www.nomos.de](http://www.nomos.de)

Gesamtherstellung:  
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG  
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-8487-8584-1  
ISBN (ePDF): 978-3-7489-2999-4

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748929994>



Onlineversion  
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz.

*Für Diana.*

*Auf Fahrtwind und Freiheit.*



## Vorwort

*„Manchmal braucht man Menschen, die etwas in einem sehen, das man selbst erst später wahrnehmen kann.“*

Für entsprechende Formulierung, Vertrauen und Unterstützung bedanke ich mich zutiefst bei meiner Doktormutter Frau Professorin Müßig.

Mein Dank gilt weiterhin meinen liebevollen Eltern sowie meinen wunderbaren Freunden, die mich stets unterstützt sowie für willkommene Abwechslung gesorgt haben.

Auch möchte ich mich bei Herrn Dr. Burtscheidt als Vertreter der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. bedanken, durch die meine Mühen mit einem Stipendium gefördert wurden. Herrn Professor Riehm möchte ich nicht nur für die Begutachtung dieser Arbeit meinen Dank aussprechen, sondern darüber hinaus auch für die Empfehlung an die Hanns-Seidel-Stiftung e. V. sowie für die inspirierende Lehre im Zivilrecht.

Mein weiterer Dank gilt Frau Schneider, der guten Seele des Lehrstuhls, für ihre unerschütterliche Zuversicht und ihr offenes Ohr bei allen Fragen und Anliegen.

Nach diesem seelenvollen Auftakt folgen einige Worte zu Methode und inhaltlicher Darstellung der Arbeit. Aufgrund der umfangreichen Rückschau sei im Rahmen der Quellenbetrachtung darauf hingewiesen, dass sich der Verfasser selbstredend nach bester Möglichkeit der Untersuchung von Primärquellen gewidmet hat, gleichwohl aber nicht mit der Urkundenlehre im eigentlichen Sinne beschäftigen konnte. Insoweit wurden die vermerkten Quellen vorzüglich aus bestehenden Quellensammlungen und -drucken entnommen. Gleichfalls ist darauf hinzuweisen, dass die erschöpfliche Betrachtung der verschiedenen Kulturkreise auch an ihre sprachlichen Grenzen geführt hat. Bei der Bearbeitung der Quellenkunde bediente sich der Verfasser hinsichtlich der isolierten Übersetzung der Hilfe von sprachlichen Experten. Ein großer Dank geht daher an Frau Dr. Wallner, die einige Übersetzungsarbeiten übernommen hat. Die Beschaffung, Einordnung und Deduktion der Texte nahm der Verfasser frei von jedweder Hilfe auf.

Zugunsten der Übersichtlichkeit und des Leseflusses wurde auf die wiederholte Nennung sämtlicher geschlechtsspezifischer Wortendungen verzichtet und stattdessen die Verwendung einer einheitlichen maskulinen Form herangezogen. An dieser Stelle soll selbstverständlich darauf hinge-

wiesen werden, dass auch das feminine Geschlecht umfasst sein kann bzw. umfasst ist.

Die Fußnoten sind bewusst ausführlich gestaltet und verzichten größtenteils auf die gängigen Wiederholungsverweisungen (z. B. *a. a. O.* oder *ders.*). Diese sich in der Wissenschaft herausgebildete Form der Zitierung erscheint dem Verfasser nicht nur wenig transparent, sondern darüber hinaus auch höchst ungeschickt für weitere Recherchen oder individuelle kapitulare Bearbeitungen des Themas; muss der Leser doch teilweise umständlich viele Verweise ergründen, um das gewünschte Ergebnis zu errahnen. Mögen die Seiten so auch teilweise vermehrt den Fußnoten Platz einräumen, so erscheint mir dies doch ein geringeres Übel und dem Wissensdurst des Lesers gegenüber gerechtfertigt.

Soweit von Deutschland, Frankreich oder Italien die Rede ist, so ist im Allgemeinen ein rein geografischer Begriff gemeint. Tatsächlich waren die politischen Verhältnisse und damit auch die staatliche Aufteilung im Laufe der Geschichte weit komplexer und von Vielstaatlichkeit geprägt. Diese vereinfachte Formulierungsweise soll dem Lesefluss dienlich sein.

Die rechtshistorische Erörterung unternimmt den Versuch, die wichtigsten Entwicklungsstufen des Handelsprozessrechts in der Rechtsgeschichte herauszuarbeiten. Erst die historische Perspektive vermag den Blick für die Entwicklung und ihre charakteristischen Funktionsmechanismen zu öffnen und Transparenz zu schaffen. Die geschichtliche Analyse soll nicht in einer historischen Faktenhuberei, die auf eine ohnehin nicht zu erreichende Vollständigkeit abzielt, enden; sie soll vielmehr historische Zusammenhänge verdeutlichen. Dieses Verständnis der Rechtsgeschichte knüpft an die Ursprünge der europäischen Geschichtsforschung in der griechischen Antike an. Denn der griechische Stamm *id* des Wortes *historia* bedeutet „schauen“ oder „sehen“. Durch das Sehen bzw. Erkennen bestimmter Entwicklungslinien im Handelsprozessrecht soll ein Beitrag sowohl zur gegenwärtigen Diskussion (Kap. C) als auch zur Rückbesinnung auf die historisch gewachsenen Wurzeln geleistet werden (vgl. *Rudolf*, *Bona fides* und *lex mercatoria* in der europäischen Rechtstradition, S. 24).



# Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	13
Urteile	35
Gesetzesblätter	38
Abkürzungsverzeichnis	39
Einleitung	41
Kapitel A – Historische Entwicklung der Handelsgerichtsbarkeit	43
Titel I. – Die italienischen Kaufleute und der Ursprung der kaufmännischen Selbstjurisdiktion	44
Abschnitt 1: Bis zur Städtefreiheit	44
Abschnitt 2: Die städtische Freiheit	48
2.1 – Die Entstehung der Comunes	48
2.2 – Der Frieden von Konstanz als Gipfel der städtischen Freiheit	51
2.3 – Das Consulat: von Städtefreiheit bis Zunftverfassung	54
Abschnitt 3: Städtefreiheit bis Zunftverfassung	59
Abschnitt 4: Die erstarkende Selbstständigkeit der Innungen und ihr Einfluss auf die Handelsgerichtsbarkeit	61
Abschnitt 5: Zusammenfassung der italienischen Entwicklung	65
5.1 – Chronologische Kurzfassung	65
5.2 – Resümee	67
Titel II. – Frankreich und der Einfluss der italienischen Kaufleute	69
Abschnitt 1: Heimisches Recht in der Fremde: der Weg des italienischen Innungssystems nach Frankreich	70
Abschnitt 2: Messgerichte: die südlichen Messplätze Frankreichs	74
Abschnitt 3: Private Schiedsgerichte	84

Abschnitt 4: Der königsnahe Norden: Monopolgilde	85
Abschnitt 5: Zusammenfassung der französischen Entwicklung	87
5.1 – Chronologische Kurzfassung	87
5.2 – Resümee	88
Titel III. – Deutschlands Handelsprozessgeschichte	90
Abschnitt 1: Die Marktgerichte	91
Abschnitt 2: Die Gildenbildung und ihre Auswirkung	96
Abschnitt 3: Nürnberg als Schrittmacher der Handelsgerichtsbarkeit im 13. bis ins 17. Jahrhundert	103
3.1 – Die Anfänge	103
3.2 – Nürnberger Privileg von 1508	109
3.3 – Nürnberg und Augsburg	116
3.4 – Blick in das übrige Reichsgebiet	121
3.5 – Die gesamtbayerische Entwicklung	126
3.6 – Zusammenfassung	136
Abschnitt 4: Der Einfluss der Kodifikationsentwicklung	137
4.1 – Napoléon Bonaparte und der französische Einfluss auf den deutschen Rechtskreis	137
4.2 – Deutsche Gesetzgebung	140
Abschnitt 5: Die Entwicklung des GVG als Prellbock des Systemstreits	149
Abschnitt 6: Zusammenfassung der deutschen Entwicklung	173
Titel IV. – Zusammenfassung und Schlussbemerkung zu den geschichtlichen Entwicklungen	177
Abschnitt 1: Verfahrenförmlichkeit	177
Abschnitt 2: Laienexpertise	179
Abschnitt 3: Staatliches Verfahrensmonopol	181
Kapitel B – Wesensmerkmale der modernen KfH	183
Titel I. – Bestehen und Besetzung	184
Abschnitt 1: Institutionell	184
Abschnitt 2: Das sog. deutsche System	185
2.1 – Wählbarkeit und Qualifikationen	187
2.2 – Wahlorgan und Ernennung	188
2.3 – Amtszeit	190
Abschnitt 3: Der Handelsrichter und sein Amt	191
Abschnitt 4: Konformität mit GG und EMRK	194

Titel II – Recht und Prozessform der KfH	198
Abschnitt 1: Die Rechtsquellen vor den KfH	198
Abschnitt 2: Das Prozessrecht vor den KfH	200
Titel III – Zuständigkeit der KfH	202
Abschnitt 1: Das Verhältnis zu den allgemeinen Zivilkammern	202
Abschnitt 2: Zwischen objektiver und subjektiver Zuweisung	208
Abschnitt 3: Fakultativ oder obligatorisch	212
Abschnitt 4: Rechtsmittelzuständigkeit	213
Titel IV – Zusammenfassung	214
Kapitel C – Fragestellungen der Gegenwart und Lösungsansätze aus der Geschichte	215
Titel I.    Problemstellungen	216
Abschnitt 1: Sinkende Fallzahlen vor den KfH	216
Abschnitt 2: Einzelrichterentscheidungen, Prozesstaktik und Verfahrensdauer	227
Titel II.    Ursachenanalyse	229
Abschnitt 1: Laienexpertise und Rechtsquellen	229
Abschnitt 2: Institutionalisierung und staatliches Verfahrensmonopol	232
Abschnitt 3: Verfahrensdauer und Verfahrensförmlichkeit	233
Titel III.    Impulse aus der historischen Auseinandersetzung	235
Abschnitt 1: Laienexpertise und Rechtsquellen	235
1.1 – Das Ob der Handelsrichter	235
1.2 – Das Wie der Handelsrichter	237
1.2.1 – Abriss der aktuellen Diskussion als Grundlage der Überlegung	238
1.2.2 – Der historisch gewachsene Ansatz	244
Abschnitt 2: Institutionalisierung und staatliches Verfahrensmonopol	247
Abschnitt 3: Besondere Verfahrensbeschleunigung vor den KfH	248
Schlussbemerkung	250
A. Laie als Fach(rechts)experte	250

## *Inhaltsverzeichnis*

B. Die Rechtskodifikation	251
C. Gerichtsübergreifende Kompetenzbündelung	253
D. Individualisierung	253
E. Verfahrensförmlichkeit	254

## Literaturverzeichnis

- Academia scient. Maximiliano Boica* (Hrsg.), *Monumenta Boica*, Bd. 13, München 1777.
- Academia scientiarum Boica*, *Monumentorum Boicorum Collectio Nova*, Bd. 29.1, München 1831.
- Alberti, Caroli Regis* (Hrsg.), *Imposicio officii Gazarie*, in: *Historiae patriae Monumenta. Leges municipales*, Bd. 1, 1838, S. 296.
- Alterthums-Verein zu Wien* (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte der Stadt Wien*, Bd. 2, Wien 1896.
- Andermann, Kurt*, Bürgerrecht – Die Speyrer Privilegien von 1111 und die Anfänge persönlicher Freiheitsrechte in deutschen Städten des hohen Mittelalters, in: *Fahrmeir, Andreas/ Leppin, Hartmut* (Hrsg.), *Historische Zeitschrift*, Bd. 295, 2012.
- Anderson, Christian Daniel* (Hrsg.), *Sammlung der Verordnungen der freyen Hanse-Stadt Hamburg*, Bd. 2, Hamburg 1815.
- Arbeitsgemeinschaft Internationales Wirtschaftsrecht im Deutschen Anwaltsverein* (Hrsg.), *Justizstandort Deutschland – Stärkung der Gerichte in Wirtschaftsstreitigkeiten*, in: *Zeitschrift für Internationales Wirtschaftsrecht (IWRZ)*, Heft 5, 2018, S. 234–239.
- Armbrüster, Christian*, *Englischsprachige Zivilprozesse vor deutschen Gerichten?*, in: *Gerhardt, Rudolf/ Kriele, Martin* (Hrsg.), *Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP)*, Bd. 44 Heft 4, 2011, S. 102–104.
- Arndt, Adolf*, *Das Bild des Richters*, in: *Böckenförde, Ernst-Wolfgang/ Lewald, Walter* (Hrsg.), *Gesammelte juristische Schriften*, München 1976, S. 325–342.
- Barges, Willi*, *Zur Entstehungsgeschichte Bremens*, in: *Historischer Verein für Niedersachsen* (Hrsg.), *Zeitschrift des historischen Vereins für Niedersachsen*, Bd. 58, Hannover 1893.
- Bassi, Agenore*, *Storia di Lodi*, Lodi 1977.
- Bátori, Ingrid*, *Die Reichsstadt Augsburg im 18. Jahrhundert*, Göttingen 1969.
- Baudi di Vesme, Carlo/ Desimoni, Cornelio/ Poggi, Vittorio* (Hrsg.), *Statuta Consularis Januensis anni 1143*, in: *Historiae patriae Monumenta, Leges municipales*, Bd. 2, Turin 1838, S. 241–252.
- Baudi di Vesme, Carlo/ Desimoni, Cornelio/ Poggi, Vittorio* (Hrsg.), *Liber iurium reipublicae Genuensis*, in: *Historiae patriae Monumenta, Liber iurium reipublicae Genuensis*, Bd. 1, Turin 1854.
- Baudi di Vesme, Carlo/ Desimoni, Cornelio/ Poggi, Vittorio* (Hrsg.), *Codex diplomaticus Sardiniae I.*, in: *Historiae patriae Monumenta*, Bd. 10, Turin 1861.
- Baum, Theodor* (Hrsg.), *Entwurf eines allgemeinen Handelsgesetzbuches für Deutschland (1848/49)*, Heidelberg 1982.

- Baumbach, Adolf/ Lauterbach, Wolfgang/ Albers, Jan/ Hartmann, Peter* (Hrsg.), Beck'scher Kurz-Kommentar ZPO, Bd. 1, 77. Aufl., München 2019.
- Baumbach, Oliver*, Praxisgerechte Urteile, in: *Wirtschaft in Mittelfranken (WiM), Industrie- und Handelskammer Nürnberg für Mittelfranken (IHK)* (Hrsg.), Heft 7–8, 2018, S. 39.
- Belgrano, Luigi Tommaso*, Registrum Curiae archiepiscopalis Januae, in: *Atti della Società Ligure di Storia Patria*, Bd. 2.2, Genua 1862.
- Belgrano, Luigi Tommaso*, Il Secondo Registro, in: *Atti della Società Ligure di Storia Patria*, Bd. 18, Genua 1887.
- Bergmann, Friedrich*, Corpus iuris iudicarii civilis germanici academicum, Hannover 1819.
- Berlan, Francisco* (Hrsg.), Liber Consuetudinum Mediolani anni MCCXVI. Ex Bibliothecae Ambrosianae Codice, 1868.
- Bertram, Alfred*, Hamburgs Zivilrechtspflege im Neunzehnten Jahrhundert, Hamburg 1929.
- Bethmann-Hollweg, Moritz August von*, Ursprung der lombardischen Städtefreiheit: Eine geschichtliche Untersuchung, Bonn 1846.
- Bethmann-Hollweg, Moritz August von*, Der Civilprozess des gemeinen Rechts in geschichtlicher Entwicklung, Bd. 4, Bonn 1868; Bd. 5, Bonn 1873; Bd. 6, Bonn 1874.
- Biedermann, Karl*, Geschichte der Leipziger Kramer-Innung 1477–1880, Leipzig 1881.
- Biener, Friedrich August*, Abhandlungen aus dem Gebiete der Rechtsgeschichte, Leipzig 1846.
- Blaum, Kurt/ Egidi, Hans/ Frege, Ludwig/ Gebhard, Ludwig/ van Husen, Paulus/ Koch, Ekhard/ Leibholz, Gerhard/ Menzel, Walter/ Reschke, Hans/ Reuss, Hermann/ Ruscheweyh, Herbert* (Hrsg.), Stellungnahme der Innenministerkonferenz zum Richtergesetz, in: *Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl)*, Köln 1955, S. 488–490.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang*, Verfassungsfragen der Richterwahl, in: *Schriften zum öffentlichen Recht*, Bd. 250, Berlin 1974.
- Bodemann, Eduard*, Die älteren Zunfturkunden der Stadt Lüneburg, Lüneburg 1883.
- Böhmer, Johann Friedrich*, Codex diplomaticus Moenofrancofurtanus, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1836.
- Böhmer, Johann Friedrich*, Acta imperii selecta: Urkunden deutscher Könige und Kaiser mit einem Anhang von Reichssachen, Bd. 2, Innsbruck 1870.
- Boileau, Étienne*, Réglements sur les arts et métiers de Paris: rédigés au XIIIe siècle, in: *France Ministère de l'instruction publique* (Hrsg.), *Collection de documents inédits sur l'histoire de France. Première série, Histoire politique*, Bd. 1, Paris 1837.
- Bonaini, Francesco* (Hrsg.), Statuti inediti della città di Pisa: dal XII al XIV secolo, Bd. 1, Florenz 1854; Bd. 2, Florenz 1870; Bd. 3, Florenz 1857.

- Bonolis, Guido*, La giurisdizione della mercanzia in Firenze nel secolo XIV, Florenz 1901.
- Bormann, K.T./ Daniels, Alexander von* (Hrsg.), Handbuch der für die Königl. Preuß. Rheinprovinzen verkündigten Gesetze, Verordnungen und Regierungsbeschlüsse aus der Zeit der Fremdherrschaft, Bd. 1, Köln am Rhein 1833.
- Bornier, Philippe*, Conférences des nouvelles ordonnances de Louis XIV, avec celles des rois ses prédécesseurs, Bd. 1, Paris 1719.
- Bornier, Philippe* (Hrsg.), Ordonnance de Louis XIV, sur le commerce.
- Bosl, Karl*, Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Augsburger Bürgertums vom 10. bis zum 14. Jahrhundert, München 1969.
- Bourquelot, Félix*, Études sur les foires de Champagne, sur la nature, l'étendue et les règles du commerce qui s'y faisait aux XIIe, XIIIe et XIVe siècles. Bd. 2, in: *Académie des inscriptions & belles-lettres (France)* (Hrsg.), Mémoires présentés par divers savants, Bd. 5, Teil 2, Paris 1865.
- Bouillier, Jean*, Somme rural, ou le grand coutumier général de pratique civil et canon, Paris 1603.
- Brandi-Dohrn, Matthias*, Die Zuständigkeit der Kammer für Handelssachen bei mehrfacher Klagebegründung, in: *Neue Juristische Wochenschrift (NJW)*, Heft 45, 1981, S. 2453.
- Braunbeck, Christoph*, May the plaintiff now file his motion!, in: *Deutscher Richterbund* (Hrsg.), Deutsche Richterzeitung (DRiZ), 88. Jahrgang, 2010, S. 130.
- Brunner, Alexander* (Hrsg.), Handelsgerichte im Rechtsvergleich – Projekt Best Practice, Bd. 2, Bern 2012.
- Bundesamt für Justiz, Referat III* (Hrsg.), Geschäftsentwicklung der Zivilsachen in der Eingangs- und Rechtsmittelinstanz, 2017.
- Bundesministerium der Justiz, Motulsky*, Gerichtsverfassung in Frankreich. Übersicht einer Entwicklung, heutigen Stand und Reformgedanken – Inhaltsangabe eines von Prof. Motulsky am 16. Mai 1968 vor der Kommission für Gerichtsverfassungsrecht und Rechtspflegerrecht gehaltenen Vortrags, in: *Bericht der Kommission für Gerichtsverfassungsrecht und Rechtspflegerrecht*, 1975, S. 192–200.
- Bundesministerium der Justiz*, Bericht der Kommission für Gerichtsverfassungsrecht und Rechtspflegerrecht, 1975.
- Bundesverband ehrenamtlicher Richterinnen und Richter e.V.*, Rechtspolitisches Programm des Bundesverbandes ehrenamtlicher Richterinnen und Richter e. V.
- Calliess, Graf-Peter/ Hoffmann, Hermann*, Effektive Justizdienstleistungen für den globalen Handel, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP)*, Heft 1, 2009, S. 1 ff.
- Campagnola, Bartolommeo*, Liber iuris civilis urbis Veronae, Verona 1728.
- Canciani, Paolo* (Hrsg.), Codex Legis Romanae -Barbaris Regnantibus Observatae – Ex Archivio Metropolitanae Ecclesiae Utinensis, in: *Barbarorum leges antiquae: cum notis et glossariis; accedunt formularum fasciculi et selectae constitutiones medii aevi*, Band 4, Venedig 1789, S. 469–510.

- Cauer, Eduard*, Zur Geschichte der Breslauer Messe, eine Episode aus der Handelsgeschichte Breslaus, in: Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Alterthum Schlesiens; Heft 1, Bd. 5, Breslau 1863, S. 63–80.
- Coelln, Christian von*, Zur Medienöffentlichkeit der Dritten Gewalt, Tübingen 2005.
- Cominio, Paulo* (Hrsg.), Statutorum Magnificae Civitatis Veronae. Libri quinque, una cum privilegiis, Bd. 1, Venedig 1747.
- Creizenacy*, Das Wesen und Wirken der Handelsgerichte und ihre Kompetenz, Nach den Ergebnissen der französischen und rheinischen Praxis, in: Beilageheft zur Zeitschrift für das gesammte Handelsrecht, Bd. IV, 1861.
- Datt, Johann Philipp* (Hrsg.), Volumen Rerum Germanicarum Novum, De Pace Imperii Publica, Bd. 5, Ulm 1698.
- Datta, Pietro Luigi*, Delle libertà del comune di Nizza, Bd. 2, Nizza 1859.
- Depping, Georg Bernhard*, Les juifs dans le moyen-âge, Paris 1845.
- Dirr, P.*, Studien zur Geschichte der Augsburger Zunftverfassung 1368–1548, in: Zeitschrift des historischen Vereins für Schwaben und Neuburg, Bd. 39, 1913, S. 144–243.
- Distler, Eva-Maria*, Städtebünde im deutschen Spätmittelalter. Eine rechtshistorische Untersuchung zu Begriff, Verfassung und Funktion, Frankfurt a. M. 2006.
- Döllinger, G.* (Hrsg.), Sammlung der im Gebiete der inneren Staats-Verwaltung des Königreichs Bayern bestehenden Verordnungen, aus amtlichen Quellen geschöpft und systematisch geordnet, Bd. 1, München 1835.
- Dolzer, Rudolf*, Verfassungskonkretisierung durch das Bundesverfassungsgericht und durch politische Verfassungsorgane, in: Heidelberger Forum, Bd. 14, Heidelberg 1982.
- Doren, Alfred*, Untersuchungen zur Geschichte der Kaufmannsgilden des Mittelalters, in: *Schmoller, Gustav* (Hrsg.), Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 12 Heft 2, Leipzig 1893.
- Dourneau-Josette, Pascal*, Le cadre juridique: l'article 6 de la Convention, in: *Vallens, Jean-Luc/ Storck, Michel* (Hrsg.), Impartialité et justice économique en Europe, Straßburg 2003, S. 15 ff.
- Dreesen, Philipp/ Hoffmann, Lars*, Sprache als immanenter Teil der Rechtsordnung, in: *Albrecht, Peter-Alexis/ Denninger, Erhard/ Grimm, Dieter/ Hohmann-Dennhardt, Christine/ Kübler, Friedrich/ Limbach, Jutta/ Meyer, Hans/ Naucke, Wolfgang/ Osterloh, Lerke/ Schmidt, Eike/ Simitis, Spiros/ Teubner, Gunther/ Voßkuhle, Andreas/ Weiss, Manfred* (Hrsg.), Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaften (KritV), Bd. 94, Nr. 2, 2011, S. 194–210.
- Dümge, Carl Georg* (Hrsg.), Regesta Badensia. Urkunden des Grossherzoglich Badischen General-Lands-Archives, Karlsruhe 1836.
- Dürer, Albrecht* (Hrsg.), Reformation der Stat Nürnberg, Nürnberg 1522.
- Duschkow-Kessiakoff, Bogdan*, Das Handelsgericht, Ein Beitrag zur Geschichte, Wesen und Wirken der Handelsgerichte, Greifswald 1912.



- Duve, Christian/ Keller, Moritz, Privatisierung der Justiz – bleibt die Rechtsfortbildung auf der Strecke? – Ein Beitrag zur Auflösung des Spannungsverhältnisses von Privatautonomie und Rechtsfortbildung in der Schiedsgerichtsbarkeit, in: Berger, Peter/ Böckstiegel, Karl-Heinz/ Bredow, Jens/ Hempel, Karl/ Hobeck, Paul/ Kaufmann-Kohler, Gabrielle/ Pickrabn, Günter/ Raeschke-Kessler, Hilmar/ Risse, Jörg/ Sachs, Klaus/ Schlabrendorff von, Fabian/ Schütze, Rolf A./ Trittmann, Rolf/ Weber, Klaus/ Westermann, Peter (Hrsg.), Zeitschrift für Schiedsverfahren (SchiedsVZ), Bd. 3, Heft 4, 2005, S. 169–178.
- Eberhard, Kramer, Die Rolle und Verantwortung des Handelsrichters bei der Rechtsprechung, Vortrag im Rahmen der Mitgliederversammlung 2013 des Bundesverbandes der Richter in Handelssachen am 11. Okt. 2013.
- Ehrenberg, Richard, Die alte Nürnberger Börse, in: Verein für Geschichte der Stadt Nürnberg (Hrsg.), Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg, Bd. 8, Nürnberg 1889, S. 69–86.
- Ehrenberg, Richard, Das Zeitalter der Fugger. Geldkapitel und Kreditverkehr im 16. Jahrhundert, Bd. 1, 3. Aufl., Jena 1922.
- Emiliani-Giudice, Paolo, Storia dei Comuni Italiani, Bd. 1, Florenz 1864; Bd. 3, Florenz 1866.
- Endemann, Wilhelm, Beiträge zur Kenntniß des Handelsrechts im Mittelalter, in: Goldschmidt, Levin (Hrsg.), Zeitschrift des gesamten Handelsrechts, Bd. 5, Erlangen 1862, S. 333–414.
- Endter, Balthasar Joachim (Hrsg.), Des zu Nürnberg angerichteten Mercantil- und Banco-gerichts Ordnung, Anno 1697.
- Erler, Adalbert/ Kaufmann, Ekkehard (Hrsg.), Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte (HRG), Bd. 1, 1. Aufl., Berlin 1971.
- Ewer, Wolfgang, Das Öffentlichkeitsprinzip – ein Hindernis für die Zulassung von Englisch als konsensual-optionaler Gerichtssprache?, in: Ewer, Wolfgang/ Hamm, Rainer/ Maier-Reimer, Georg/ Nirk, Rudolf/ Rabe, Hans-Jürgen/ Rakete-Dombek, Ingeborg/ Streck, Michael (Hrsg.), Neue Juristische Wochenschrift (NJW), Bd. 63 Heft 19, 2010, S. 1323–1325.
- Eymelt-Niemann, Sabine, GVG, in: Kern, Christoph/ Diehm, Dirk (Hrsg.), Zivilprozessordnung, Berlin 2017.
- Fagniez, Gustave Charles, Études sur l'industrie et la classe industrielle à Paris au XIIIe et au XIVe siècle, Paris 1877.
- Faissner, Lea C., Die Gerichtsverwaltung der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Frankreich und Deutschland, in: Gesellschaft für Rechtsvergleichung e. V. (Hrsg.), Rechtsvergleichung und Rechtsvereinheitlichung, Bd. 52, Tübingen 2018.
- Falke, Johannes, Die Geschichte des deutschen Handels, in: Deutsches Leben. Eine Sammlung geschlossener Schilderungen aus der deutschen Geschichte, Bd. 3, Teil 1, Leipzig 1859.
- Fasoli, Gina/ Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte, La Lega Lombarda – Antecedenti, formazione, struttura, in: Probleme des 12. Jahrhunderts, Vorträge und Forschung (FuV), Bd. 12, Stuttgart 1965, S. 143–160.

- Fasoli, Gina/ Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte*, Federico Barbarossa e le città lombarde, in: *Probleme des 12. Jahrhunderts*, Vorträge und Forschung (FuV), Bd. 12, Stuttgart 1965, S. 121–142.
- Faucher, Julius/ Michaelis, Otto* (Hrsg.), *Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte*, Bd. 3, 2. Jahrg. (7. Bd. in g. Z.), Berlin 1864.
- Ficker, Julius von*, *Forschungen zur Reichs- und Rechtsgeschichte Italiens*, Bd. 3, Innsbruck 1872.
- Filippi, Giovanni*, *L'arte dei mercanti di Calimala in Firenze ed il suo più antico statuto*, Turin 1889.
- Fischer, Friedrich Christoph Jonathan*, *Geschichte des teutschen Handels*, Bd. 1, 2. Aufl., Hannover 1793.
- Fleischer, Holger/ Danninger, Nadja*, Die Kammer für Handelssachen: Entwicklungslinien und Zukunftsperspektiven, in: *Altmeyden, Holger/ Bergmann, A./ Bitter, Georg/ Brinkmann, Moritz/ Canaris, Claus-Wilhelm/ Ebricke, Ulrich/ Eidenmüller, Horst/ Fleischer, Holger/ Gerhardt, Walter/ Göpfert, Burkhard/ Goette, W./ Graf-Schlinder, Marie Luise/ Habersack, Mathias/ Henckel, Wolfram/ Jacoby, Florian/ Kablert, Günter/ Kayser, G./ Klasmeyer, Bernd/ Klöhn, Lars/ Lutter, Marcus/ Paulus, G./ Röbriecht, Volker/ Schäfer, Carsten/ Thole, Christian/ Ulmer, Peter/ Graf von Westphalen, Friedrich* (Hrsg.), *Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (ZIP)*, Bd. 38 Heft 5, 2017, S. 205–214.
- Flessner, Axel*, Deutscher Zivilprozess auf Englisch, in: *Ewer, Wolfgang/ Hamm, Rainer/ Maier-Reimer, Georg/ Rabe, Hans-Jürgen/ Rakete-Dombek, Ingeborg/ Streck, Michael* (Hrsg.), *Neue Juristische Wochenschrift (NJW)*, Bd. 64 Heft 49, 2011, S. 3544–3545.
- Flessner, Axel*, Deutscher Zivilprozess auf Englisch, in: *Neue Juristische Online Zeitschrift (NJOZ)*, Bd. 11, Heft 47, 2011, S. 1913–1924.
- Funagalli, Angelo/ Amoretti, Carlo* (Hrsg.), *Codice diplomatico Sant'Ambrosiano delle carte dell'ottavo e nono secolo*, illustrate con note, Mailand 1805.
- Gaul, Hans Friedhelm*, Das Zuständigkeitsverhältnis der Zivilkammer zur Kammer für Handelssachen bei gemischter Klagenhäufung und (handelsrechtlicher) Wiederklage, in: *Brandner, Hans Erich/ Großfeld, Bernhard/ Starck, Christian/ Stürner, Rolf/ Weber, Ulrich* (Hrsg.), *Juristische Zeitung (JZ)*, Heft 2, Tübingen 1984, S. 57–65.
- Gemeiner, Carl Theodor* (Hrsg.), *Reichsstadt Regensburgische Chronik*, Bd. 1, Regensburg 1800.
- Gemeiner, Carl Theodor* (Hrsg.), *Über den Ursprung der Stadt Regensburg und aller alten Freistädte*, Regensburg 1817.
- Gengler, Heinrich Gottfried*, *Beiträge zur Rechtsgeschichte Bayerns*, Bd. 3, Erlangen u. Leipzig 1892.
- Germain, A.*, *Histoire du commerce de Montpellier*, Bd. 1 u. 2, Montpellier 1861.
- Giulini, Giorgio* (Hrsg.), *Memorie spettanti alla storia, al governo ed alla descrizione della città, e della campagna di Milano, ne' secoli bassi*, Bd. 2, Mailand 1760.

- Goetz, Walter, Die Entstehung der italienischen Kommunen im frühen Mittelalter, in: *Bayerische Akademie der Wissenschaften* (Hrsg.), Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; Philosophisch-historische Abteilung, Heft 1, München 1944.
- Goldschmidt, Levin, Handbuch des Handelsrechts, Bd. 1, 3. Aufl., Stuttgart 1891.
- Goldschmidt, Levin, Die Geschäftsoperationen auf den Messen der Champagne, Les devisions des foires de Champagne, in: *Goldschmidt, Levin/ Hahn, Friedrich Georg von/ Keyßner, Hugo/ Laband, Paul* (Hrsg.), Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht, Bd. 40, Stuttgart 1892, S. 1–32.
- Goldschmidt, Levin/ Laband, Paul (Hrsg.), Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht, Band 10, Erlangen 1866.
- Gönnner, Nikolaus Thaddäus, Einführung des Code Napoleon, in: *Archiv für die Gesetzgebung und Reforme des juristischen Studiums*, Bd. 1, Landshut 1808.
- Gothein, Eberhard, Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes und der angrenzenden Landschaften, Bd. 1, Straßburg 1892.
- Götting, Carl Fr. Jos., Die Frage über Handelsgerichte und deren Besetzung nach Publication des allgemeinen deutschen Handels-Gesetzbuches Zugleich eine Entgegnung auf die Schrift des Ober-Justizraths Dr. Leonhardt: „Die Errichtung von Handelsgerichten im Königreich Hannover“, Hildesheim.
- Gräff, J. E., Chronologische Sammlung der rheinpreußischen Rechtsquellen mit Ausschluss der fünf Gesetzbücher, 1. Abt., Trier 1846.
- Grunsky, § 349 ZPO, in: *Stein/ Jonas* (Hrsg.), Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 5, 22. Aufl., Tübingen 2006.
- Guido, Bigoni, Il breve della campagna del 1157, in: *Girolamo, Bertolotti* (Hrsg.), *Giornale ligustico di archeologia, storia e letteratura*, XXI, Genua 1896, S. 65–73.
- Guido, Martin, Der salische Herrscher als Patricius Romanorum – Zur Einflußnahme Heinrichs III. und Heinrichs IV. auf die Besetzung der Cathedra Petri, in: *Keller, Hagen/ Wollasch, Joachim* (Hrsg.), *Frühmittelalterliche Studien (FMSt) – Jahrbuch des Instituts für Frühmittelalterforschung der Universität Münster*, Bd. 28, Berlin 1994, S. 257–295.
- Hahn, Carl von (Hrsg.), Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1 und 2, Berlin 1879.
- Handschell, Tobias, Die Vereinbarkeit von Englisch als Gerichtssprache mit dem Grundgesetz und europäischem Recht, in: *Deutscher Richterbund* (Hrsg.), *Deutsche Richterzeitung (DRiZ)*, Heft 12, 2010, S. 395–399.
- Hänselmann, Ludwig (Hrsg.), *Urkundenbuch der Stadt Braunschweig*, Bd. 1, Braunschweig 1873.
- Hasse, Ernst, Geschichte der Leipziger Messe, in: *Fürstlich Jablonowski'sche Gesellschaft* (Hrsg.), *Preisschriften*, Bd. 25, Leipzig 1963.
- Hattenhauer, Hans/ Bernert (Hrsg.), *Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten von 1794*, 3. Aufl., Neuwied 1996.

- Hau, Wolfgang*, Fremdsprachengebrauch durch deutsche Zivilgerichte – vom Schutz legitimer Parteiinteressen zum Wettbewerb der Justizstandorte, in: *Michaels, Ralf/ Solomon, Dennis* (Hrsg.), *Liber Amicorum Klaus Schurig zum 70. Geburtstag*, München 2012, S. 49–62.
- Haupt, Heinz-Gerhard* (Hrsg.), *Das Ende der Zünfte: ein europäischer Vergleich*, Göttingen 2002.
- Haverkamp, Alfred*, Herrschaftsformen der Frühstauffer in Reichsitalien, in: *Bosl, Karl* (Hrsg.), *Monographien zur Geschichte des Mittelalters*, Bd. 1–2, Stuttgart 1970.
- Haverkamp, Alfred*, Die Städte im Herrschafts- und Sozialgefüge Reichsitaliens, in: *Schieder, Theodor/ Gall, Lothar* (Hrsg.), *Historische Zeitschrift, Beiheft 7: Vittinghoff* (Hrsg.), *Stadt und Herrschaft – Römische Kaiserzeit und Hohes Mittelalter*, München 1982, S. 149–245.
- Haverkamp, Alfred*, Der Konstanzer Frieden zwischen Kaiser und Lombardenbund (1183), in: *Maurer, Helmut/ VuF* (Hrsg.), *Kommunale Bündnisse Oberitaliens und Oberdeutschlands im Vergleich, Vorträge und Forschung (VuF)*, Bd. 33, 1987, S. 11–44.
- Heerdegen, Theodor*, *Das Merkantil-Friedens- und Schiedsgericht der Stadt Nürnberg und seine Geschichte*, Universität Erlangen, Nürnberg 1897.
- Hegel, Karl*, *Die Ordnung der Gerechtigkeit in der Florentinischen Republik*, Erlangen 1867.
- Hegel, Karl*, Lateinische Wörter und deutsche Begriffe, in: *Delbrück, Hans* (Hrsg.), *Preußische Jahrbücher*, Bd. 71, Berlin 1893, S. 225–238.
- Hegel, Karl von*, *Geschichte der Städteverfassung von Italien*, Bd. 2, Leipzig 1847.
- Hegel, Karl von*, *Städte und Gilden der germanischen Völker im Mittelalter* Bd. 1 u. 2, Leipzig 1891.
- Heinemann, Lothar von*, *Zur Entstehung der Stadtverfassung in Italien: Eine historische Untersuchung*, Leipzig 1896.
- Heldricht, Andreas*, Die Bedeutung der Rechts-soziologie für das Zivilrecht, in: *Grunsky, Wolfgang/ Lieb, Manfred/ Medicus, Dieter* (Hrsg.), *Archiv für die civilistische Praxis (AcP)*, Bd. 186, Tübingen 1986, S. 74–114.
- Heyd, Wilhelm*, *Geschichte des Levantehandels im Mittelalter I*, Bd. 1 u. 2, Stuttgart 1879.
- Heydiger, Johann Jakob* (Hrsg.), *Kurze Anleitung zu gründlichem Verstand des Wechsel-Rechts*, Cölln 1715.
- Hieber, Ernst Rudolf*, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. 3.
- Hirtz, Bernd*, Englisch sollte nicht zu einer deutschen Rechtssprache werden!, in: *Busse, Felix/ Hamacher, Peter/ Kleine-Cosack, Michael/Schwackenberg, Wolfgang* (Hrsg.), *Anwaltsblatt (AnwBl.)*, Bd. 61, Heft 1, 2011, S. 41.
- Historische Commission bei der Königl. Academie der Wissenschaften* (Hrsg.), *Die Chroniken der schwäbischen Städte, Augsburg*, in: *Die Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis ins 16. Jahrhundert*, Bd. 1 u. 4, Leipzig 1865.

- Historische Commission der Provinz Sachsen* (Hrsg.), *Urkundenbuch der Stadt Magdeburg*, Bd. 1, Halle 1892.
- Historischer Verein zu Bamberg* (Hrsg.), *Bericht über das Bestehen und Wirken des Historischen Vereins zu Bamberg in Oberfranken in Bayern*, Bd. 7, Bamberg 1844.
- Hoffmann, Hermann*, Kammern für internationale Handelssachen, in: *Baer, Susanne/ Bussmann, Kai-D./ Calliess, Graf-Peter/ Karstedt, Susanne/ Mahlmann, Matthias* (Hrsg.), *Vereinigung für Recht und Gesellschaft Law Society*, Bd. 4, 2011.
- Hoffmann, Hermann*, Brexit als Weckruf für Politik und Justiz, in: *Deutsche Richterzeitung (DRiZ)*, Bd. 96, Heft 1, 2018, S. 6–9.
- Hobloch, Gerhard*, Impartialité et justice économique en Allemagne, in: *Vallens, Jean-Luc/ Storck, Michel* (Hrsg.), *Impartialité et justice économique en Europe*, Straßburg 2003, S. 45 ff.
- Holch, Georg*, Prozeßverschleppung durch den Einzelrichter?, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP)*, Bd. 13, Heft 2, 1980, S. 38–41.
- Hoppe, Christian*, Englisch als Verfahrenssprache – Möglichkeiten de lege lata und de lege ferenda, in: *Henrich, Dieter/ Hess, Burkhard/ Hoffmann, Bernd von/ Jayme, Erik/ Kronke, Herbert/ Mansel, Heinz-Peter/ Thorn, Karsten* (Hrsg.), *Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts (IPRax)*, Bd. 30, Heft 4, 2010, S. 373–377.
- Horn, Norbert*, Transnationales Handelsrecht: zur Normqualität der lex mercatoria, in: *Bitter, Georg/ Lutter, Marcus/ Priester, Hans-Joachim/ Schön, Wolfgang/ Ulmer, Peter* (Hrsg.), *Festschrift für Karsten Schmidt zum 70. Geburtstag*, Köln 2009, S. 705–724.
- Hubin, Joel*, Impartialité et justice économique en Belgique, in: *Vallens, Jean-Luc/ Storck, Michel* (Hrsg.), *Impartialité et justice économique en Europe*, Straßburg 2003, S. 83 ff.
- Hübschmann, Franz Straub* (Hrsg.), *Sammlung der Wechselgesetze für das Königreich Baiern*, München 1821.
- Hüllmann, Karl Dietrich*, *Städtewesen des Mittelalters*, Bd. 1, Bonn 1826; Bd. 3, Bonn 1828
- Hüfstege, Rainer*, GVG, in: *Thomas, Heinz/ Putzo, Hans/ Reichold, Klaus/ Hüfstege, Rainer/ Seiler, Christian* (Hrsg.), *Zivilprozessordnung*, 40. Aufl., München 2019.
- Inama-Sternegg, Karl Theodor von*, *Deutsche Wirthschaftsgeschichte*, Bd. 2, Leipzig 1891; Bd. 3.2, Leipzig 1901.
- Inama-Sternegg, Karl Theodor von*, *Deutsche Wirthschaftsgeschichte*, Bd. 3.2, Leipzig 1901.
- Isambert, François-André/ Jourdan, Athanase-Jean-Léger/ Decrusy, France* (Hrsg.), *Livre Recueil général des anciennes lois françaises, depuis l'an 420 jusqu'à la révolution de 1789*, Bd. 4, Paris 1824.
- Isenmann, Eberhard*, *Die deutsche Stadt im Mittelalter. 1150–1550*, Wien, Köln, Weimar 2012.
- Jacobs, Matthias*, GVG, in: *Stein/ Jonas* (Hrsg.), *Kommentar zur Zivilprozessordnung*, Bd. 10, 22. Aufl., Tübingen 2011.

- Jäger, Carl, Schwäbisches Städtewesen des Mittelalters. Ulms Verfassung, bürgerliches und commerzielles Leben im Mittelalter, Bd. 1, Stuttgart, Heilbronn 1831.
- Jäger, Ulrich (Hrsg.), Juristisches Magazin für die deutschen Reichsstädte, Bd. 2, Ulm 1791.
- Jahrreiss, Hermann/ Zinn, Georg August, Die Rechtspflege im Bonner Grundgesetz, in: *Ständige Deputation des deutschen Juristentages* (Hrsg.), Verhandlungen des 37. Deutschen Juristentages in Köln am 17. September 1949, Tübingen 1950.
- Janicke, Karl, Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg, in: *Geschichtlicher Verein der Provinz* (Hrsg.), Geschichtsquellen der Provinz Sachsen und angrenzender Gebiete, Bd. 2, Halle 1873.
- Jourdan, Athanase Jean Léger/ Decrusy, France/ Isambert, François A. (Hrsg.), Recueil général des anciennes lois françaises, depuis l'an 420 jusqu'à la révolution de 1789, Bd. 14, Paris 1829.
- Kaltenborn, Carl von, Grundsätze des praktischen Europäischen Seerechts, Bd. 1, Berlin 1851.
- Keller, Hagen, Adels herrschaft und städtische Gesellschaft in Oberitalien (9.-12. Jahrhundert), Tübingen 1979.
- Kern, Christoph A./ Dalitz, Georg, Netherlands Commercial Court and Maritieme Kamer – Englisch als Verfahrenssprache in den Niederlanden, in: *Althammer, Christoph/ Bruns, Alexander/ Leipold, Dieter/ Stadler, Astrid/ Stürner, Rolf* (Hrsg.), *Zeitschrift für Zivilprozess International (ZZPint)*, Bd. 21, 2016, S. 119–142.
- Keutgen, Friedrich/ Below, Georg von (Hrsg.), Urkunden zur städtischen Verfassungsgeschichte, Bd. 1, Berlin 1901.
- Kießling, Rolf, Bürgerliche Gesellschaft und Kirche in Augsburg im Spätmittelalter, Augsburg 1971.
- Kirchenpauer, Gustav Heinrich, Die alte Börse, ihre Gründer und ihre Vorsteher. Ein Beitrag zur hamburgischen Handelsgeschichte, Hamburg 1841.
- Kissel, Otto Rudolf/ Mayer, Herbert, Gerichtsverfassungsgesetz – Kommentar, 9. Aufl., München 2018.
- Klefeker, Johannes (Hrsg.), Sammlung der hamburgischen Gesetze und Verfassungen in Bürger- und kirchlichen, auch Cammer-, Handlungs- und übrigen Policy-Angelegenheiten und Geschäften samt historischen Einleitungen, Bd. 6, Hamburg 1768.
- Knatz, Thomas, Die Kammern für Handelssachen, auf geschichtlicher und rechtsvergleichender Grundlage dargestellt, Universität Freiburg, 1932.
- Köbler, Gerhard, Zielwörterbuch europäische Rechtsgeschichte, 5. Aufl., 2009.
- Koehne, Carl, Der Ursprung der Stadtverfassung in Worms, Speyer und Mainz, Universität Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin, Breslau 1889.
- Koehne, Carl, Das Hansgrafenamt, Berlin 1893.
- Köhler, Johann David/ Nützel, Johann Joachim (Hrsg.), *Historia codicis iuris statutarii, sive Reformationis Norimbergensis*, Altdorfium 1721.
- König, Johann Christian, Der Stadt Leipzig Wechsel-Ordnung, Leipzig.

- Kotzian-Marggraf, Karl*, GVG, in: *Prütting, Hanns/ Gehrlein, Markus* (Hrsg.), ZPO Kommentar, 9. Aufl., Köln 2017.
- Kramer, Eberhard*, Die Geschichte der Handelsgerichtsbarkeit, 2001.
- Kräwel, Rudolf von*, Ueber die Einrichtung von Handelsgerichten in den Ländern des norddeutschen Bundes, in: *Busch, F. B.* (Hrsg.), Archiv für Theorie und Praxis des Allgemeinen deutschen Handelsrechts, Bd. 11, Leipzig 1867, S. 419–450.
- Kreittmayr, Wigulaeus X. A.*, Anmerkungen über den Codicem Maximilianum Bavaricum civilem, Bd. 5, München 1768.
- Kroeschell, Karl/ Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte*, Recht und Rechtsbegriffe im 12. Jahrhundert, in: *Vorträge und Forschungen, Probleme des 12. Jahrhunderts*, Bd. 12, Stuttgart 1968.
- Lamprecht, Karl*, Ursprung des Bürgertums und des städtischen Lehens in Deutschland, in: *Sybel, Heinrich/ Lehmann, Max* (Hrsg.), Historische Zeitschrift, Bd. 67, München und Leipzig 1891.
- Lamprecht, Karl*, Deutsche Geschichte, Bd. 3, 2. Aufl., Berlin 1895.
- Lancizolle, Carl Wilhelm von*, Geschichte der Bildung des preußischen Staats, Bd. 1, Berlin und Stettin 1828.
- Landulphi, Junioris*, De Sancto Paulo Historia Mediolanensis ab 1095 bis 1137, in: *Muratori, Lodovico Antonio* (Hrsg.), *Rerum italicarum Scriptores V*, Bd. 5, Mediolani 1724, S. 459–521.
- Lang, Caroli Henrici de* (Hrsg.), *Regesta sive Rerum Boicarum Autographa ad sannum usque MCCC*, Bd. 3, Monaci 1825.
- Lang, Caroli Henrici de/ Freyberg, Maximilian Barberini de* (Hrsg.), *Regesta sive Rerum Boicarum Autographa e Regni Scriniis*, Bd. 5, Monaci 1836.
- Langenbeck, Hermann*, Anmerkungen über das Hamburgische Schiff- und See-Recht, Hamburg 1740.
- Lastig, Gustav*, Entwicklungswege und Quellen des Handelsrechts, Stuttgart 1877.
- Lattes, Alessandro*, Il diritto commerciale nella legislazione statutaria delle città italiane, Mailand 1884.
- Lauterbach, Wolfgang Adam/ Langermann, Lucas*, *Theseis De Jure In Curia Mercatorum Usitato*, Tübingen 1655.
- Lehmann, Karl*, Der Königsfriede der Nordgermanen, Berlin und Leipzig 1886.
- Lehnert, Walter*, Nürnberg – Stadt ohne Zünfte. Die Aufgabe des reichsstädtischen Rugsamts, in: *Elkar, Rainer S.* (Hrsg.), *Deutsches Handwerk in Spätmittelalter und Früher Neuzeit*, Göttingen 1983, S. 71–81.
- Leiser, Wolfgang*, Nürnbergs Rechtsleben, in: *Pfeiffer, Gerhard* (Hrsg.), Nürnberg – Geschichte einer europäischen Stadt, München 1971.
- Lenke-Küch, Harald*, Der Laienrichter – überlebtes Symbol oder Garant der Wahrheitsfindung?, in: *Europäische Hochschulschriften*, Bd. 5640, Frankfurt a. M. 2014.

- Lent, Friedrich*, Der Nutzen der Einrichtung oder Beibehaltung von Handelsgerichten und ihr Einfluß auf die Weiterbildung des Rechts, in: *Wolf, Ernst* (Hrsg.), Beiträge zum Handels- und Wirtschaftsrecht, Tübingen 1950, S. 26–35.
- Leo, Heinrich*, Entwicklung der Verfassung der lombardischen Städte bis zu der Ankunft Kaiser Friedrich I in Italien, Hamburg 1824.
- Leroy*, Dissertation sur l'origine de l'Hôtel-de-Ville, in: *Félibien, Michel/ Lobineau, Guy Alexis* (Hrsg.), Histoire de la ville de Paris, Bd. 1, 1725.
- Lewald, Otto*, Das Handelsgericht als Staatsinstitut und als Schiedsgericht, 2. Aufl., Berlin 1845.
- Lichter, Jörg*, Die Handelskammern und der Deutsche Handelstag im Interessengruppensystem des Deutschen Kaiserreichs, in: Kölner Vorträge und Abhandlungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 40, Köln.
- Limnäus, Johannes* (Hrsg.), Iuris Publici Imperii Romano-Germanici, Bd. 3, Argentorati 1645.
- Lindloh, Klaus*, Der Handelsrichter und sein Amt, 6. Aufl., München 2012.
- Locke, John*, The second treatise of government: an essay concerning the True Original, Extent, and End of Civil Government, ed by Peter Laslett, 1963.
- Lonicer, Philipp* (Hrsg.), Der Statt Franckenfurt erneuerte Reformation, Frankfurt a. M. 1578.
- Lückemann, Clemens*, GVG, in: Zöller – Zivilprozessordnung – Kommentar, 32. Aufl., Köln 2018.
- Lünig, Johann Christian* (Hrsg.), Codex Augusteus oder neuvermehrtes Corpus juris Saxonici, Bd. 2, Leipzig 1724.
- Lupo, Mario*, Codex Diplomaticus Civitatis, et ecclesiae Bergomatis a canonico, Bd. 2, Bergomi 1799.
- Lutz, Johann von* (Hrsg.), Protokolle der Kommission zur Berathung eines Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches, Würzburg 1858.
- Mahir, Eduard*, Handbuch für bayerische Staatsbürger, oder das Unentbehrlichste aus der gesammten Gesetzgebung und Administration des Königreichs Bayern (1835), Aschaffenburg 1835.
- Manaresi, Cesare*, Gli atti del Comune di Milano fino all'anno 1216, Mailand 1919.
- Marangoni, Bernardi*, Breviarium Pisanae Historiae, in: *Muratori, Lodovico Antonio* (Hrsg.), Rerum Italicarum Scriptores, Bd. 6, Mailand 1725, S. 163–198.
- Marcus*, Zweifelsfragen betr. die sachliche Zuständigkeit der Kammern für Handelssachen nach der Novelle v. 1. Juni 1909, in: *Laband, P./ Hamm, O./ Heinitz, Ernst* (Hrsg.), Deutsche Juristen-Zeitung (DJZ), Bd. 15, Nr. 4, Berlin 1910, S. 248–249.
- Marperger, Paul Jacob*, Neu-eröffnetes Handels-Gericht oder Wohlbestelltes Commercien-Collegium, Hamburg 1709.
- Marpergers, Paul Jacob*, Schlesischer Kauffmann, oder: Ausführliche Beschreibung der Schlesischen Commercien und deren ietzigen Zustandes, Breslau und Leipzig 1714.



- Marquart, Johann*, Tractatus Politico-Juridicus De Iure Mercatorum Et Commerciorum Singulari, Bd. 1 u. 2, Frankfurt 1662.
- Maurer, Georg Ludwig von*, Geschichte der Städteverfassung in Deutschland, Bd. 1, Erlangen 1869.
- Mayer, Manfred*, Geschichte der Burggrafen von Regensburg, 1. Aufl., Paderborn 2012.
- Meiern, Johann Gottfried von* (Hrsg.), Acta Comititalia Ratisbonensia Publica oder Regenspurgische Reichstags-Handlungen und Geschichte von den Jahren 1653 und 1654, Bd. 2, Leipzig 1740.
- Ménard, Léon*, Histoire civile, ecclésiastique et littéraire de la ville de Nîmes, Bd. 2 u. 3, Nîmes 1751 und 1744.
- Mertins, Wolfgang*, Fluchtwege zur Vermeidung der Zurückweisung wegen Verspätung und ihre Abwehr, in: *Schriftleiter: Salger, Hannskarl* (Hrsg.), Deutsche Richterzeitung (DRiZ), 63. Jahrgang, Heft 9, 1985, S. 344–349.
- Méry, Louis/ Guindon, F.* (Hrsg.), Histoire analytique et chronologique des Actes et des Délibérations du Corps et du Conseil de la Municipalité de Marseille depuis le X siècle jusqu'à nos jours, Bd. 1, Marseille 1841.
- Merzbacher, Friedrich*, Geschichte und Rechtsstellung des Handelsrichters. Rede vor der Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt, Würzburg 1979.
- Meteren, Emmanuel van*, Niederländische Historien oder Geschichten aller deren Händel, so sich zugetragen von Anfangs deß Niederländischen Kriegs, biß auff das Jahr 1611, Bd. 1, 1611.
- Meyer, Alexander* (Hrsg.), Kundgebung des deutschen Handelstages, in: Deutsches Handelsblatt, Bd. 23, Berlin 1875, S. 199.
- Meyer, Christian* (Hrsg.), Urkundenbuch der Stadt Augsburg, Bd. 1, Augsburg 1874; Bd. 2, Augsburg 1878.
- Meyer, Rudolf*, Bona fides und lex mercatoria in der europäischen Rechtstradition, in: *Behrends, Okko/ Sellert, Wolfgang* (Hrsg.), Quellen und Forschungen zum Recht und seiner Geschichte, Bd. 5, Wallstein 1994.
- Meyer von Knonau, Gerold*, Jahrbücher des Deutschen Reiches unter Heinrich IV. und Heinrich V. 1106 bis 1116, in: *Historische Kommission, bei der königlichen Akademie der Wissenschaft* (Hrsg.), Jahrbücher der Deutschen Geschichte, Bd. 6, Leipzig 1907.
- Meyers Großes Konversations-Lexikon, Bd. 11, 6. Aufl., Leipzig 1905.
- Miltitz, Alexander von*, Manuel des Consuls I, Bd. 1, London/Berlin 1837; Bd. 2.1, London/Berlin 1838
- Mittermaier*, Ueber den neuesten Zustand der Leistungen in Bezug auf die Civilprozeßgesetzgebung, die Gerichtsverfassung und die würdige Stellung des Advokatenstandes, in: *Francke/ Linde/ Löbr/ Mittermaier/ Bangerow / Wächter* (Hrsg.), Archiv für die civilistische Praxis (AcP), Bd. 28, Heft 1, Tübingen 1846, S. 112–138.
- Mochi Onory, Sergio*, Ricerche sui poteri civili dei Vescovi nelle città umbre durante l'alto Medio Evo, Rom 1930.

- Montesquieu, Charles Louis de *Secondat de*, De l'esprit des lois, Bd. 2, Paris 1784.
- Montesquieu, Charles Louis de *Secondat de*, De l'esprit des lois, Paris 1844.
- Moritz, Heinrich Andreas (Hrsg.), Handbuch sämtlicher Wechsel- und Merkantil-Gesetze für die älteren sieben Kreise des Königreichs Bayern, Ottenbeuern 1826.
- Moser, Johann Jacob/ Lünig, Johann Christian (Hrsg.), Reichs-Stättisches Handbuch, Bd. 2, Tübingen 1733.
- Müller, Karl Eduard Mauritiu, Die ersten 25 Jahre des Reichsgerichts, in: Sonderheft des Sächsischen Archivs für Deutsches Bürgerliches Recht, Beilageheft zu Bd. 14, 1904.
- Mummenhoff, Ernst, Altnürnberg, in: Reinhardstoettner, Karl von/ Trautmann, Karl (Hrsg.), Bayerische Bibliothek, Bd. 22, Bamberg 1890.
- Münch, Joachim, ZPO, in: Krüger, Wolfgang/ Rauscher, Thomas (Hrsg.), Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung (MüKo ZPO), Bd. 3, 5. Aufl., 2017.
- Muratorì, Lodovico Antonio (Hrsg.), *Rerum italicarum Scriptores VI*, Bd. 6, Mailand 1725.
- Muratorì, Lodovico Antonio (Hrsg.), *Antiquitates Italicae Medii Aevi I–IV*, Bd. 1–4, Mailand 1738, 1739, 1740, 1741.
- Muratorì, Lodovico Antonio (Hrsg.), *Statuta Civitatis Pistoriensis*, in: *Antiquitates Italicae Medii Aevi IV*, Bd. 4, Mailand 1741, S. 527–600.
- Müßig, Ulrike, Höchstgerichte im frühneuzeitlichen Frankreich und England, in: Auer, Leopold/ Orgis, Werner/ Ortlieb, Eva (Hrsg.), *Höchstgerichte in Europa, Bausteine frühneuzeitlicher Rechtsordnungen*, Wien 2007, S. 19–49.
- Müßig, Ulrike, Recht und Justizhoheit, Der gesetzliche Richter im historischen Vergleich von der Kanonistik bis zur Europäischen Menschenrechtskonvention, unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsentwicklung in Deutschland, England und Frankreich, in: Schulze, Reiner/ Wadler, Elmar/ Zimmermann, Reinhard (Hrsg.), *Schriften zur Europäischen Rechts- und Verfassungsgeschichte*, Bd. 44, 2. Aufl., Berlin 2009.
- Müßig, Ulrike, Handelsrechtseinheit durch Höchstgerichtsbarkeit: Die Entstehung des Bundes- bzw. Reichsoberhandelsgerichts, in: Cordes, Albrecht (Hrsg.), *Eine Grenze in Bewegung*, München 2013, S. 265–292.
- Neuburg, Clamor, *Zunftgerichtsbarkeit und Zunftverfassung*, Wiesbaden 1880.
- Neugart, Trudpertus (Hrsg.), *Codex Diplomaticus Alemanniae et Burgundiae Transiuranae intra fines dioecesis Constantiensis, ceu fundamentum historiae eiusdem dioecesis*, Bd. 1, 1791.
- Noback, Friedrich, Ueber Wechsel und Wechselrecht, in: Schneider, Robert (Hrsg.), *Kritische Jahrbücher für deutsche Rechtswissenschaft*, Bd. 19, Leipzig 1846, S. 204–214.
- Nürnberg Rat, *Der Stat Nurnmberg verneute Reformation 1564*, Nürnberg 1564.
- Oetker, Hartmut, Einleitung, in: Canaris, Claus-Wilhelm/ Habersack, Mathias/ Schäfer, Carsten (Hrsg.), *Handelsgesetzbuch Großkommentar*, Bd. 1, 5. Aufl., München 2009.

- Osenbrüggen, *Eduard*, Studien zur deutschen und schweizerischen Rechtsgeschichte, Basel 1881.
- Otonis, *Frisingensis*, De gestis Friderici primi Aenobarbi Caesaris Augusti, Libri duo, in: *Wurstisen, Christian* (Hrsg.), Germaniae Historicorum Illustrium, 1585, S. 407–474.
- Pachner von Eggenstorff, *Joseph* (Hrsg.), Vollständige Sammlung Aller Von Anfang des noch fürwährenden Teutschen Reichs-Tags de Anno 1663 biß anhero abgefaßten Reichs-Schlüsse, Bd. 1, Regensburg 1740.
- Pardessus, *Jean-Marie*, Collection de Lois Maritimes, Bd. 2 u. 4, Paris 1837.
- Pardey, *Karl-Dieter*, Kammer für Handelssachen, in: *Bund Deutscher Rechtspfleger* (Hrsg.), Rechtspfleger Studienhefte (RpflStud), Bd. 17, Heft 5, 1993, S. 129–132.
- Paulsen, *Anne-José*, Das Kammerprinzip stärken!, in: *Deutsche Richterzeitung (DRiZ)*, Bd. 95, Heft 10, S. 313.
- Perrens, *Francois-Tommy*, Histoire de Florence, Bd. 2, Paris 1877.
- Pertile, *Antonio*, Storia del diritto italiano dalla caduta dell'impero romano alla codificazione, Bd. 2.1, 2. Aufl., Bologna 1897.
- Pertz, *Georg Heinrich* (Hrsg.), Monumenta Germaniae Historica: inde ab anno Christi quingentesimo usque ad annum millesimum et quingentesimum (Gesamtwerk), Bd. 1, Hannover 1835; Bd. 2, Hannover 1837.
- Pfeiffer, *Gerd*, Führt der Fachanwalt zum Fachrichter?, in: *Schmidt-Hieber, Werner/Wassermann, Rudolf* (Hrsg.), Justiz und Recht: Festschrift aus Anlass des 10jährigen Bestehens der Deutschen Richterakademie in Trier, Heidelberg 1983, S. 43–54.
- Pfeiffer, *Thomas*, Der Handelsrichter und seine Unbefangenheit, in: *Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (ZIP)*, Heft 10, 1994, S. 769.
- Picarda, *Émile*, Les marchands de l'eau; Hanse parisienne et compagnie française, Paris 1901.
- Pigeonneau, *Henri*, Histoire du commerce de la France, Bd. 1, 1884.
- Podszun, *Rupprecht*, Wirtschaftsordnung durch Zivilgerichte, Tübingen 2014.
- Podszun, *Rupprecht/Rohner, Tristan*, Nach dem Brexit: Die Stärkung staatlicher Gerichte für wirtschaftsrechtliche Streitigkeiten, in: *Betriebs-Berater (BB)*, 2018, S. 450–454.
- Podszun, *Rupprecht/Rohner, Tristan*, Die Zukunft der Kammer für Handelssachen, in: *Neue Juristische Wochenschrift (NJW)*, 2019, S. 131–136.
- Poschinger, *Heinrich von*, Bankgeschichte des Königreichs Bayern, Bankgeschichte der Reichsstadt Nürnberg, Bd. 2, Erlangen 1875.
- Promis, *Vincenzo* (Hrsg.), Statuti della colonia Genovese di Pera, in: *Regia Deputazione di Storia Patria* (Hrsg.), Miscellanea di storia italiana, Bd. 11, Turin 1870, S. 513.
- Raad voor de rechtspraak, Plan tot oprichting van de Netherlands commercial court, 2015.
- Raisch, *Peter*, Geschichtliche Voraussetzungen, dogmatische Grundlagen und Sinnwandlung des Handelsrechts (Habilitationsschrift Univ. Bonn), Karlsruhe 1965.

- Rat der Stadt Nürnberg* (Hrsg.), Verneute vnd gepesserte Gerichts-Ordnung zu Nürnberg, Decretum in senatu XXVIII Nouembris MDXLVIII, Nürnberg 1550.
- Rauscher, Thomas/ Krüger, Wolfgang* (Hrsg.), Münchener Kommentar zur ZPO, Bd. 3, 5. Aufl., München 2017.
- Rebehn, Sven*, Rechtsschutzpaket, zweiter Anlauf, in: Deutsche Richterzeitung (DRiZ), Bd. 96, Heft 11, S. 370–373.
- Rehm, Harald*, Die Nürnberger Handelsgerichtsbarkeit, Verfassung und Prozeß insbesondere im 19. Jahrhundert, in: *Hirschmann, Gerhard/ Hofmann, Hanns Huber/ Pfeiffer, Gerhard* (Hrsg.), Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte, Bd. 14, Nürnberg 1974.
- Reichold, Klaus*, ZPO, in: *Thomas, Heinz/ Putzo, Hans/ Reichold, Klaus/ Hüfstege, Rainer/ Seiler, Christian* (Hrsg.), Zivilprozessordnung, 40. Aufl., München 2019.
- Reith, Reinhold*, Zünfte im Süden des Alten Reichs: Politische, wirtschaftliche und soziale Aspekte, in: *Haupt, Heinz-Gerhard* (Hrsg.), Das Ende der Zünfte: Ein europäischer Vergleich, Göttingen 2002, S. 39–69.
- Remmert, Andreas*, Englisch als Gerichtssprache: Nothing ventured, nothing gained, in: ZIP – Zeitschrift für Wirtschaftsrecht, Heft 33, 2010, S. 1579 ff.
- Riedel, Adolf Friedrich* (Hrsg.), Codex diplomaticus Brandenburgensis, Bd. 1, Berlin 1838; Bd. 5, Berlin 1848.
- Rogge, Jörg*, Für den Gemeinen Nutzen, Tübingen 1996.
- Röbriecht, Volker*, Einleitung, in: *Röbriecht, Volker/ Graf von Westphalen, Friedrich/ Haas, Ulrich* (Hrsg.), Handelsgesetzbuch – Kommentar, 4. Aufl., Köln 2014.
- Rondonneau, Chez* (Hrsg.), Code de procédure civile. Edition de l'imprimerie ordinaire du Corps législatif, Paris 1806.
- Rosenberg, Leo/ Schwab, Karl Heinz/ Gottwald, Peter* (Hrsg.), Zivilprozessrecht, 18. Aufl., München 2018.
- Rosenberg, Leo*, Handelsgerichtsbarkeit, in: *Ehrenberg, Victor* (Hrsg.), Handbuch des gesamten Handelsrechts, Bd.1, Leipzig 1913.
- Rosenthal, Eduard*, Beiträge zur deutschen Stadtrechtsgeschichte, Bd. 1 u. 2, Würzburg 1883.
- Roth, Johann Ferdinand*, Geschichte des Nürnbergischen Handels, Bd. 1 u. 4, Leipzig 1800.
- Roth, Thomas*, Das Grundrecht auf den gesetzlichen Richter, Justus-Liebig-Universität Gießen, Berlin 2000.
- Salger, Hanns-Christian*, Handelssprache Englisch auch als Gerichtssprache, in: *Kindermann, Edith/ Schellenberg, Ulrich/ Schons, Herbert P./ Willemsen, Heinz Josef* (Hrsg.), Anwaltsblatt (AnWB), Heft 1, 2012, S. 40–43.
- Salis, Ludwig Rudolf von*, Lex Romana Curiensis, in: *Roth, P. von/ Bekker, E. I./ Böhlau, H./ Pernice, A./ Schröder, R.* (Hrsg.), Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte/ Germanistische Abteilung, Bd. 6, Weimar 1885, S. 141–172.
- Savigny, Friedrich Carl von*, Geschichte des Römischen Rechts im Mittelalter, Bd. 1, Heidelberg 1815; Bd. 3, Heidelberg 1822.

- Schaube, Adolf*, Das Konsulat des Meeres in Genua, in: Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht, *Goldschmidt, Levin/ Laband, Paul/ Keyßner, Hugo/ Hahn, Friedrich Georg von/ Sachs, E.* (Hrsg.), Bd. 32, Heft 1, 1886, S. 490–514.
- Schaube, Adolf*, Das Konsulat des Meeres in Pisa. Ein Beitrag zur Geschichte des Seewesens, der Handelsgilden und des Handelsrechts im Mittelalter, Leipzig 1888.
- Schaube, Adolf*, Die pisanischen Consules mercatorum im zwölften Jahrhundert, in: Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht, *Goldschmidt, Levin/ Hahn Friedrich Georg von/ Keyßner, Hugo/ Laband, Paul/ Pappenheim, Max* (Hrsg.), Bd. 41, 1893, S. 100–126.
- Schaube, Adolf*, Handelsgeschichte der romanischen Völker des Mittelmeergebiets bis zum Ende der Kreuzzüge, in: *Below, G. von/ Meinecker, F.* (Hrsg.), Handbuch der mittelalterlichen und neueren Geschichte, Abteilung 3, München und Berlin 1906.
- Schaube, Kolmar*, Zur Erklärung der Urkunde vom Jahre 1100 betreffend die Marktgründung in Radolfzell, in: *Badische historische Kommission* (Hrsg.), Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. 6, Freiburg 1891, S. 296–301.
- Schaube, Kolmar*, Zur Entstehung der Stadtverfassung von Worms, Speyer und Mainz, Breslau 1892.
- Schaube, Kolmar*, Über das Werk: Köhne, Carl: Das Hansgrafenamt. Ein Beitrag zur Geschichte der Kaufmannsgenossenschaften und Behördenorganisation. Berlin 1893, in: *Königl. Gesellschaft der Wissenschaften* (Hrsg.), Göttingische gelehrte Anzeigen, Bd. 2, Göttingen 1893, S. 664–689.
- Schaube, Kolmar*, Der Gebrauch von „hansa“ in den Urkunden des Mittelalters, in: *Germanischer Verein in Breslau* (Hrsg.), Festschrift des germanischen Vereins in Breslau zum 25jährigen Bestehen, Leipzig 1902, S. 125–176.
- Schepp, Ernst-Otto*, Die Stellung der Kammer für Handelssachen im Gerichtsaufbau, Rheinische Friedrich-Wilhelm-Universität, 1978.
- Schioppa, Antonio Padoa*, Napoleone e il Code de commerce, in: *Paradisi, Bruno* (Hrsg.), Diritto e potere nella storia europea, Bd. 2, Florenz 1982.
- Schlinken, Eberhard*, Gerichtsverfassungsrecht, 4. Aufl., 2007.
- Schmidt, Karsten*, in: *Schmidt, Karsten* (Hrsg.), Münchener Kommentar zum Handelsgesetzbuch (MüKo HGB), 4. Aufl., München 2016.
- Schmidt-Wiegand, Ruth*, Die Bezeichnung Zunft und Gilde in ihrem historischen und wortgeographischen Zusammenhang, in: *Maurer, Helmut/ Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte* (Hrsg.), Vorträge und Forschung (VuF): Kommunale Bündnisse Oberitaliens und Oberdeutschlands im Vergleich, Bd. 33, Sigmaringen 1987, S. 31–52.
- Schöler, Claudia*, Deutsche Rechtseinheit: partikulare und nationale Gesetzgebung (1780–1866), in: Forschungen zur Deutschen Rechtsgeschichte, Bd. 22, Köln 2004.
- Schön, Dorothea*, Die Handelsgerichtsbarkeit im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung des Rheinlands, Bonn 1999.

- Schriefführer-Amt der ständigen Deputation* (Hrsg.), Verhandlungen des Fünften Deutschen Juristentages, Bd. 1 u. 2, Berlin 1864.
- Schröder, Detlev*, Stadt Augsburg, München 1975.
- Schröder, Richard*, Die Stellung der Rolandsäulen in der Rechtsgeschichte, in: *Béringuier, Richard* (Hrsg.), Die Rolande Deutschlands, in: Festschrift zur Feier des 25jährigen Bestehens des Vereins für die Geschichte Berlins am 28. Januar 1890, Berlin 1890, S. 1–37.
- Schubert, Werner* (Hrsg.), Die deutsche Gerichtsverfassung (1869–1877), Frankfurt a. M. 1981.
- Schulte, Aloys*, Über Reichenauer Städtegründungen im 10. und 11. Jahrhundert, mit einem ungedruckten Stadtrecht von 1100, in: *Badische historische Kommission* (Hrsg.), Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. 5, Freiburg 1890, S. 137–169.
- Schultheiss, Werner*, Im „Vormärz“, in: *Pfeiffer, Gerhard* (Hrsg.), Nürnberg – Geschichte einer europäischen Stadt, München 1971.
- Schultzky, Hendrik*, ZPO, in: Zöller – Zivilprozessordnung – Kommentar, 32. Aufl., Köln 2018.
- Schulz, Stephan*, Zivilprozessuale Probleme in Verfahren vor der Kammer für Handelssachen, in: *Huber, Michael/ Lorenz, Stephan/ Rönau, Thomas/ Voßkuhle, Andreas* (Hrsg.), Juristische Schulung (JuS), Heft 10, 2005, S. 909–912.
- Schwarz, Sebald*, Anfänge des Städtewesens in den Elb- und Saale-Gegenden, Friedrich-Wilhelm-Universität zu Bonn, Kiel 1892.
- Seif, Ulrike*, Der mißverständene Montesquieu: Gewaltenbalance, nicht Gewaltentrennung, in: *Brauneder, Wilhelm/ Caroni, Pio/ Klippel, Diethelm/ Schott, Claud Dieter/ Schulze, Reiner* (Hrsg.), Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte (ZNR), 2000, S. 149–166.
- Seif, Ulrike*, Recht und Gerechtigkeit: Die Garantie des gesetzlichen Richters und die Gewaltenteilungskonzeptionen des 17.-19. Jahrhunderts, in: *Böckenförde, Ernst-Wolfgang/ Bogdandy, Armin von/ Brugger, Winfried/ Grawert, Rolf/ Kunisch, Johannes/ Ossenbühl, Fritz/ Pauly, Walter/ Quaritsch, Helmut/ Voßkuhle, Andreas/ Wahl, Rainer* (Hrsg.), Der Staat, Zeitschrift für Staatslehre und Verfassungsgeschichte, deutsches und europäisches öffentliches Recht, Bd. 42, Heft 1, Berlin 2003, S. 110–140.
- Seitz, Niklas Maximilian*, Disposition über die Öffentlichkeit im Zivilprozess?, Universität Heidelberg, 2018.
- Senckenberg, Heinrich Christian von/ Schmauß, Johann Jacob* (Hrsg.), Neue und vollständigere Sammlung der Reichs-Abschiede, Bd. 2 u. 4, Frankfurt a. M. 1747.
- Shontz, Douglas/ Kippermann, Fred/ Soma, Vanessa*, Business-to-Business Arbitration in the United States, Perception of Corporata Counsel, in: Rand Institute for Civil Justice, 2011.
- Siebenkees, Johann Christian* (Hrsg.), Juristisches Magazin, Bd. 1, Jena 1782.
- Silberschmidt, Willy*, Die Commenda in ihrer frühesten Entwicklung bis zum XIII. Jahrhundert, Würzburg 1884.
- Silberschmidt, Willy*, Die Entstehung des deutschen Handelsgerichts, Leipzig 1894.

- Silberschmidt, Willy*, Die deutsche Sondergerichtsbarkeit in Handels- und Gewerbesachen, Stuttgart 1904.
- Sohm, Adolf*, Die Entstehung des deutschen Städtewesens, Leipzig 1890.
- Sommermeier, Hans Karl*, Die Kammer für Handelssachen, 1966.
- Sonnenberg, Hans Jürgen*, Bürgerliches Recht, in: *Sonnenberg, Hans Jürgen/ Classen, Dieter* (Hrsg.), Einführung in das französische Recht, 4. Aufl., Frankfurt a. M. 2012.
- Statistisches Bundesamt*, Fachserie 10, Reihe 2.1, Rechtspflege, Zivilgerichte, 2017.
- Stein, Walther*, Die Hansestädte, in: *Verein für Hansische Geschichte* (Hrsg.), Hansische Geschichtsblätter, Bd. XIX, München und Leipzig 1913, S. 233–294.
- Steinbeck, Anja*, Handelsrecht, Baden-Baden, 2. Aufl., 2011.
- Stetten, Paul von*, Geschichte Der Heil. Röm. Reichs Freyen Stadt Augspurg, Bd. 1, Frankfurt 1743.
- Stieda, Wilhelm*, Das Gewerbegericht, Leipzig 1890.
- Stobbe, Otto*, Geschichte der deutschen Rechtsquellen, in: Geschichte des Deutschen Rechts in sechs Bänden, Bd. 1.2, Braunschweig 1864.
- Striedinger, Ivo*, Der Kampf um Regensburg 1486–1492, in: *Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg* (Hrsg.), Verhandlungen des historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg, Bd. 44.1, Regensburg 1890, S. 1–88.
- Stromer von Reichenbach, Christoph Wilhelm Friedrich*, Geschichte und Gerechtsame des Reichsschultheisenamtes zu Nürnberg, Nürnberg 1787.
- Struckmann, Johannes/ Koch, Richard* (Hrsg.), Die Civilprozeßordnung für das Deutsche Reich, 2. Aufl., Berlin 1879.
- Sydow, Gernot*, § 5 Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Baden, in: *Sommermann, Karl-Peter/ Schaffarzik, Bert* (Hrsg.), Handbuch der Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland und Europa, Berlin 2019, S. 143 ff.
- Thüringisch-Sächsischer Verein für Erforschung des vaterländischen Alterthums und Erhaltung seiner Denkmale* (Hrsg.), Neue Mittheilungen aus dem Gebiet historisch-antiquarischer Forschungen, Bd. 5 Heft 2, Halle u. Nordhausen 1840.
- Trittmann, Rolf*, Englischsprachige Schiedsverfahren in Deutschland – Realität, in: *Kindermann, Edith/ Schellenberg, Ulrich/ Schons, Herbert P./ Willemssen, Heinz Josef* (Hrsg.), Anwaltsblatt (AnwBl), Heft 1, 2012, S. 35–37.
- Turri, Raphael de*, Tractatus de Cambiis, Frankfurt 1645.
- Ughelli, Ferdinando*, Italia Sacra Sive De Episcopis Italiae, Bd. 3, Rom 1647.
- Ule, Carl-Hermann*, Das Bonner Grundgesetz und die Verwaltungsgerichtsbarkeit, Tübingen 1950.
- Ulrich, W.* (Hrsg.), Sammlung von seerechtlichen Erkenntnissen des Handelsgerichts zu Hamburg nebst den Entscheidungen der höheren Instanzen. Erkenntnisse aus den Jahren 1851 bis 1853., Bd. 1, Hamburg 1858.
- Valin, René-Josué* (Hrsg.), Commentaire sur l'ordonnance de la marine du mois d'août 1681, Bd. 1, 2. Aufl., Paris 1841.
- Varrentrapp, Eberhard*, Die Stellung der gerichtlichen Sachverständigen, in: DRiZ 1969, S. 351–353

- Vereinigung der Handelsrichter*, Die Historie der Handelsrichter, <https://www.handelsrichter.eu/der-handelsrichter/historie.html>.
- Voit, Johannes von*, Geschichte Preussens: von den ältesten Zeiten bis zum Untergange der Herrschaft des Deutschen Ordens, Bd. 6, Königsberg 1834.
- Vormbaum, Thomas*, Einführung in die moderne Strafrechtsgeschichte, 3. Aufl., Berlin 2016.
- Wach, Adolf*, Der Arrestprozess in seiner geschichtlichen Entwicklung, Bd. 1 (Der italienische Arrestprozeß), Leipzig 1868.
- Wagner, Gerhard*, Rechtsstandort Deutschland im Wettbewerb, München 2017.
- Wagner, Rudolf*, Handbuch des Seerechts, Bd. 1, Leipzig 1884.
- Waitz, Georg*, Deutsche Verfassungsgeschichte. Die Deutsche Reichsverfassung von der Mitte des neunten bis zur Mitte des zwölften Jahrhunderts, Bd. 7, 2. Aufl., 1955.
- Waldmann, Daniel*, Die Entstehung der Nürnberger Reformation von 1478 (1484) und die Quellen ihrer prozeßrechtlichen Vorschriften, in: *Mummenhoff, Ernst* (Hrsg.), Bd. 18, Nürnberg 1908.
- Warnkönig, Leopold August/ Gheldolf, Albert Eugène* (Hrsg.), Histoire de la Flandre et de ses institutions civiles et politiques jusqu'à l'année 1305, Bd. 2, Brüssel 1836.
- Wassermann, Rudolf*, Der politische Richter, München 1972.
- Wassermann, Rudolf*, Der Richter im Grundgesetz, in: *Schmidt-Hieber, Werner/ Wassermann, Rudolf* (Hrsg.), Justiz und Recht: Festschrift aus Anlass des 10jährigen Bestehens der Deutschen Richterakademie in Trier, Heidelberg 1983, S. 19–41.
- Weigel, C.*, Bericht betreffend die Verhandlung der Frage über Einführung von Handelsgerichten auf dem Ende August d. J. zu Braunschweig abgehaltenen V. deutschen Juristentag, an den bleibenden Ausschuss des deutschen Handelstages, für: V. Deutscher Juristentag, Berlin 1864.
- Weiland, Ludewicus* (Hrsg.), Monumenta Germaniae Historica, Legum Sectio IV. Constitutiones et Acta Publica Imperatorum et Regum, Bd. 1, Hannover 1893.
- Weinfurter, Stefan*, Salisches Herrschaftsverständnis im Wandel. Heinrich V. und sein Privileg für die Bürger von Speyer, in: *Keller, Hagen/ Meier, Christel* (Hrsg.), Frühmittelalterliche Studien (FMSt) – Jahrbuch des Instituts für Frühmittelalterforschung der Universität Münster, Bd. 36, Berlin 2002, S. 317–335.
- Weiß, Karl Joseph*, Kaiserlich-Königliche Satzungen und Freyheiten für die freyen Märkte der Stadt Botzen, Wien 1793.
- Wern, Sigurd*, ZPO, in: *Prütting, Hanns/ Gehrlein, Markus* (Hrsg.), ZPO Kommentar, 9. Aufl., Köln 2017.
- Wilke, Katja*, In English, please!, in: *Deutscher Richterbund* (Hrsg.), Deutsche Richterzeitung (DRiZ), 88. Jahrgang, 2010, S. 123–125.
- Windel, Peter A.*, Brauchen wir die Handelsgerichtsbarkeit?, in: Anwaltsblatt Online (AnwBl. Online), 2019, S. 105–110.



- Winkler, Sabine, Das Bundes- und spätere Reichsoberhandelsgericht – Eine Untersuchung seiner äußeren und inneren Organisation sowie seiner Rechtsprechungstätigkeit unter besonderer Berücksichtigung der kaufmännischen Mängelrüge, Universität Bochum, Paderborn/München/Wien/Zürich 2001.
- Wittschier, Johannes, GVG, in: Musielak, Hans-Joachim/ Voit, Wolfgang (Hrsg.), Zivilprozessordnung, 16. Aufl., München 2019.
- Wolf, Christian, Zivilprozess versus außergerichtliche Konfliktlösung – Wandel der Streitkultur in Zahlen, in: Ewer, Wolfgang/ Hamm, Rainer/ Karpenstein, Ulrich/ Maier-Reimer, Georg/ Rakete-Dombek, Ingeborg/ Streck, Michael (Hrsg.), Neue Juristische Wochenschrift (NJW), Heft 23, 2015, S. 1656–1661.
- Wolgemut, Michael (Hrsg.), Reformacion der Statut vnd gesetzte, Titelholzschnitt von Michael Wolgemut, Nürnberg 1484.
- Wölkern, Lazarus Carl von/ Tyroff, Martin/ Schübler, Johann Jacob (Hrsg.), Historia Norimbergensis Diplomatica, Nürnberg 1738.
- Wölkern, Lazarus Carl von/ Tyroff, Martin/ Schübler, Johann Jacob (Hrsg.), Nürnbergsche Diplomatische Historie, Erste Periode, in: Historia Norimbergensis Diplomatica, Nürnberg 1738.
- Wörstmann, Heinz, ZPO, in: Rauscher, Thomas/ Krüger, Wolfgang (Hrsg.), Münchener Kommentar zur ZPO, Bd. 1, 5. Aufl., München 2016.
- Wurffbain, Johann Hieronymus (Hrsg.), Tractatus de Differentiis Iuris Civilis et Reformationis Noricae, Nürnberg 1665.
- Zey, Claudia, Im Zentrum des Streits. Mailand und die oberitalienischen Kommunen zwischen regnum und sacerdotium., in: Jarnut, Jörg/ Wemhoff, Matthias (Hrsg.), Vom Umbruch zur Erneuerung? Das 11. und beginnende 12. Jahrhundert. Positionen der Forschung, München 2006, S. 595–611.
- Zeyss, Richard, Die Entstehung der Handelskammern und die Industrie am Niederrhein während der französischen Herrschaft, Leipzig 1907.
- Ziehm, Ueber die Errichtung von Handels-Gerichten im Preussischen Staate mit Ausschluß der Rhein-Provinzen, Berlin 1843.
- Zimmermann, Walter, Zivilprozessordnung, 10. Aufl., Bonn 2016.
- Zimmermann, Walter, GVG, in: Krüger, Wolfgang/ Rauscher, Thomas (Hrsg.), Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 3, 5. Aufl., München 2017.
- Zorn, Wolfgang, Liberalisierung der Wirtschaft und Frühindustrialisierung, in: Pfeiffer, Gerhard (Hrsg.), Nürnberg – Geschichte einer europäischen Stadt, München 1971.
- Zorn, Wolfgang, Augsburg. Geschichte einer europäischen Stadt., Augsburg 1994.

### Weitere Sammlungen

- Code de commerce: das Handelsgesetzbuch des Französischen Reichs. Nach der officiellen Ausg. übersetzt, Leipzig 1808.
- Handels-Gerichts-Ordnung der freien Hansestadt Hamburg, 1815.
- Rechtswissenschaft – Beschluss der Recension von Anton Friedrich Thibaut Civilistische Abhandlungen, in: Leipziger Literatur-Zeitung, Bd. 1, Leipzig 1816.

*Literaturverzeichnis*

- Königlich bayerisches Amts- und Intelligenzblatt für die Pfalz, 1838.
- Verfassung des deutschen Reichs sammt dem Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause, Nördlingen 1849.
- Entwurf eines Handelsgesetzbuchs für die Preußischen Staaten: Nebst Motiven, Berlin 1857.
- Drucksachen zu den Verhandlungen des Bundesrathes des Norddeutschen Bundes, 1869.
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes. I. Legislatur-Periode, Session 1869, Bd. 2, Berlin 1869.
- Das Ostgotenrecht, aus dem Altschwedischen übersetzt und erläutert, Wien 1971.
- Ordonnances des Roys de France de la troisième race, Bd. 5, Paris.
- Ordnung des Handelsgerichts in der kaiserlichen freien Reichsstadt Nürnberg (v. 7. Januar 1804).
- Protokolle über die Verhandlungen des Bundesrats des Deutschen Reichs, 1876, Berlin.

## Urteile

### Bundesverfassungsgericht (BVerfG)

- BVerfG, Urteil vom 23.10.1952, Az.: 1 BvB 1/51, in: BVerfGE 2, 1
- BVerfG, Beschluss vom 11.06.1969, Az.: 2 BvR 518/66, in: BVerfGE 26, 186
- BVerfG, Beschluss vom 07.03.1978, Az.: 1 BvR 1208/77, in: BVerfGE BeckRS 1978, 00649
- BVerfG, Beschluss vom 08.04.1997, Az.: 1 PBvU 1/95, in: BVerfGE 95, 322
- BVerfG, Beschluss vom 03.02.1998, Az.: 1 BvR 909/94, in: NJW 1998, 2273
- BVerfG, Beschluss vom 26.08.2013, Az.: 2 BvR 225/13, in: NJW 2014, 206

### Bundesgerichtshof (BGH)

- BGH, Urteil vom 10.02.1955, Az.: III ZR 123/53, in: BGHZ 16, 275–290
- BGH, Urteil vom 14.02.1966, Az.: AnwSt (R) 7/65, in: NJW 1966, 1084 ff.
- BGH, Urteil vom 30.09.1974, Az.: II ZR 41/74, in: BGHZ 63, 214
- BGH, Urteil vom 29.01.1986, Az.: IVb ZR 8/85, in: BGHZ 97, 79
- BGH, Urteil vom 21.03.2000, Az.: VI ZR 158/99, in: NJW 2000, 1946
- BGH, Beschluss vom 06.02.1975, Az.: III ZB 11/74, in: NJW 1975, 829 f.
- BGH, Beschluss vom 03.05.1978, Az.: IV ARZ 26/78, in: BGHZ 71, 264
- BGH, Beschluss vom 30.09.1997, Az.: X ZB 17/96, in: NJW-RR 1998, 699 ff.
- BGH, Beschluss vom 20.10.2003, Az.: II ZB 27/02, in: BGHZ 156, 320
- BGH, Beschluss vom 10.06.2003, Az.: X ARZ 92/03, in: BGHZ 71, 729
- BGH, Beschluss vom 16.12.2009, Az.: IV ZR 108/08, in: FamRZ 2010, 459 f.

Reichsgericht (RG)

- Urteilssammlung des Zweiten Senats, in: RGZ 1, 193–222, 407–422
- RG, Urteil v. 09.03.1889, Az.: I 22/89, in: RGZ 23, 371–384
- RG, Urteil v. 22.06.1899, Az.: Via 98/99, in: RGZ 44, 31–35
- RG, Urteil v. 27.03.1917, Az.: II 619/16, in: RGZ 90, 102–106
- RG, Urteil v. 10.01.1925, Az.: I 106/24, in: RGZ 110, 47 (49)
- RG, Beschluss v. 16.02.1901, Az.: I 13/01, in: RGZ 48, 27–32

Oberlandesgericht (OLG)

- OLG Frankfurt, Urteil vom 11.04.2003, Az.: 2 U 20/02, in: MDR 2003, 1375
- OLG Hamm, Beschluss vom 06.11.2018, Az.: 32 SA 34/18, in: openJur 2019, 13586
- KG Berlin, Beschluss vom 20.07.2017, Az.: 2 AR 24/17, in: NJW-RR 2017, 1189
- KG Berlin, Beschluss vom 13.03.2008, Az.: 2 AR 10/08, in: NJW-RR 2008, 1023
- OLG, München Beschluss vom 14.09.2007, Az.: 31 AR 211/07, in: MDR 2007, 1334
- OLG Celle, Beschluss vom 04.10.2006, Az.: 4 AR 75/06, in: openJur 2012, 44907
- OLG Brandenburg, Beschluss vom 24.08.2004, Az.: 1 AR 40/04, in: MDR 2005, 231 ff.
- OLG Schleswig, Beschluss vom 13.12.2002, Az.: 2 W 211/02, in: NJW-RR 2003, 1650 ff.
- OLG Nürnberg, Beschluss vom 20.07.1999, Az.: 3 AR 1951/99, in: NJW-RR 2000, 568
- OLG Stuttgart, Beschluss vom 08.02.1994, Az.: 3 W 2/94, in: ZIP 1994, 778
- BayObLG, Beschluss vom 26.11.1992, Az.: 3 ObOWi 101/92, in: NStZ 1993, 347
- BayObLG, Beschluss vom 30.10.1979, Az.: 1 Z 71/79, in: DRiZ 1980, 72–73

Landesgericht (LG)

- LG Bielefeld, Urteil vom 03.07.1968, Az.: 2 S 176/68, in: NJW 1968, 2384
- LG Bremen, Beschluss vom 29.04.1993, Az.: 6 O 2907/92, in: MDR 1994, 97
- LG Bonn, Beschluss vom 08.05.2009, Az.: 14 O 1/09, in: openJur 2011, 62999
- LG Hannover, Beschluss vom 25.01.2011, Az.: 23 O 204/09, in: NJW-RR 2011, 834

# Gesetzesblätter

## Reichsgesetzblatt (RGBl.)

- Gesetz vom 12.06.1869, in: RGBl. Nr. 22, S. 201–210
- Gesetz vom 16.04.1871, in: RGBl. Nr. 16, S. 63–85
- Gesetz vom 22.04.1871, in: RGBl. Nr. 17, S. 87–90
- Gesetz vom 09.06.1871, in: RGBl. Nr. 25, S. 212–213
- Gesetz vom 20.06.1872, in: RGBl. Nr. 19, S. 208
- Gesetz vom 27.01.1877, in: RGBl. Nr. 4, S. 41–76
- Gesetz vom 30.01.1877, in: RGBl. Nr. 6, S. 124–167
- Gesetz vom 11.04.1877, in: RGBl. Nr. 17, S. 415
- Gesetz vom 16.06.1879, in: RGBl. Nr. 18, S. 157–158
- Gesetz vom 29.07.1890, in: RGBl. Nr. 24, S. 141–162
- Gesetz vom 17.05.1898, in: RGBl. Nr. 21, S. 252–255
- Gesetz vom 01.06.1909, in: RGBl. Nr. 30, S. 475–498
- Gesetz vom 13.12.1923, in: RGBl. Nr. 128, S. 1185
- Gesetz vom 13.02.1924, in: RGBl. Nr. 15, S. 135–150
- Gesetz vom 27.10.1933, in: RGBl. Nr. 120, S. 780

## Bundesgesetzblatt (BGBl.)

- Gesetz vom 01.07.1960, in: BGBl. S. 481
- Gesetz vom 12.06.1869, in: BGBl. S. 201–210
- Gesetz vom 20.12.1974, in: BGBl. S. 3651–3655
- Gesetz vom 03.12.1976, in: BGBl. S. 3281–3312
- Gesetz vom 22.06.1998, in: BGBl. S. 1474–1484
- Gesetz vom 19.04.2006, in: BGBl. S. 866

# Abkürzungsverzeichnis

## Allgemeine Abkürzungen

a. A.	andere Ansicht
Abs.	Absatz
ADHGB	Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch
a. E.	am Ende
AG	Amtsgericht(e)
BayGVG	Bayerisches Gerichtsverfassungsgesetz
Bay. HStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
betr.	betreffend
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL.	Bundesgesetzblatt(blätter)
bzgl.	bezüglich
d. h.	das heißt
E	Entwurf
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
FN	Fußnote(n)
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber
i. d. F.	in der Fassung
IHK	Industrie- und Handelskammer
i. S. d.	im Sinne des
i. R. d.	im Rahmen des
i. V. m.	in Verbindung mit
KfH	Kammer(n) für Handelssachen
LG	Landgericht(e)
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
OLG	Oberlandesgericht(e)
RGBl.	Reichsgesetzblatt(blätter)
RGRBl.	Allgemeines Reichs-Gesetz- und Regierungsblatt
Rspr.	Rechtsprechung(en)
s.	siehe
S.	Seite
sog.	sogenannt(e/r)
s. u.	siehe unten
usw.	und so weiter

## Abkürzungsverzeichnis

u. U.	unter Umständen
Z.	Ziffer(n)
z. B.	zum Beispiel
ZivilK	Zivilkammer(n)
ZPO	Zivilprozessordnung
z. T.	zum Teil

## Abkürzungsverzeichnis für Zeitschriften

AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AnwBl	Anwaltsblatt
AnwBl Online	Anwaltsblatt Online
BB	Betriebs-Berater
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
FuV	Vorträge und Forschung
IPrax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IWRZ	Zeitschrift für Internationales Wirtschaftsrecht
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristische Zeitung
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaften
NJOZ	Neue Juristische Online Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
RpflStud	Rechtspfleger Studienhefte
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZNR	Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZZPint	Zeitschrift für Zivilprozess International



## Einleitung

„History doesn't repeat itself but it rhymes.“<sup>1</sup> Nicht treffender könnte die Entwicklung der Handelsgerichtsbarkeit und damit der Kammern für Handelssachen (KfH) beschrieben werden. In der Tat finden sich im Laufe der Untersuchung zahlreiche unterschiedliche Rechtsinstitute oder Institutionen. Einmal von der Bühne der Zeit verschwunden, kehren sie zwar nicht inhaltsgleich, wohl aber verborgen in einem anderen Gewand zurück.

Ziel der Arbeit ist daher nicht eine detaillierte Untersuchung der jeweiligen Institute, sondern ein die Gesamtheit einfangender Überblick der Handelsgerichtsbarkeit. Gerade Zeiten des Umschwungs und der Neuorientierung<sup>2</sup> leben und partizipieren von einer kritischen Retrospektive.

Die Arbeit hat sich daher zum Ziel gesetzt, den Weg der Entstehung des Fachrichtertums in Handelssachen historisch nachzuzeichnen. Dabei findet sich das handelsrechtliche Fachrichtertum zwischen bestimmten Zielgrößen wieder. Insoweit stellt sich stets auch die Frage über Zielbeziehungen sowie Zielkonflikte. Besondere Betrachtung sollen die fachliche Laienexpertise, die grundsätzliche Verfahrensförmlichkeit sowie das staatliche Verfahrensmonopol finden. Die Laienexpertise fasst dabei sämtliche Fähigkeiten und Kenntnisse der Kaufleute zusammen, die diese als juristische Laien gleichwohl zur Urteilsfindung befähigen. Neben dem soziologischen Faktor als ebenbürtiger Streitbeilegungsmechanismus geht es im Besonderen um Kenntnisse über Gebräuche, Sitten und Gewohnheiten des Handelsverkehrs. Inwieweit selbigen rechtlicher Charakter zuzusprechen ist, steht wiederum in Bezug zum jeweiligen historischen Kontext. Insofern ist darauf hinzuweisen, dass sämtliche Zielgrößen im Laufe der Untersuchung an den jeweiligen rechtlichen, sozialen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gemessen werden müssen. Als zweite Zielgröße ist die Verfahrensförmlichkeit zu nennen. Diese ist ihrerseits inhaltlich in zwei Aspekte aufzuteilen: rechtliche Präzision auf der einen Seite sowie

---

1 Das Zitat wird ungesicherten Quellen zufolge Mark Twain zugeschrieben; weitere Informationen dazu unter: <https://quoteinvestigator.com/2014/01/12/history-rhymes/> (zuletzt: 15.03.2019, 10.40 Uhr).

2 Auf die aktuellen Diskussionen rund um die Etablierung von internationalen KfH und die Notwendigkeit der bestehenden KfH wird im zweiten und dritten Teil dieser Arbeit gesondert einzugehen sein.

schnelle und kostengünstige Verfahren auf der anderen Seite. Über all dem, aber gleichzeitig eng damit verwoben, steht die Frage nach dem staatlichen Verfahrensmonopol. Zusammenfassend ist damit nicht nur die rein staatliche Autorität, sondern bereits auch die hoheitliche Herrschaftsmacht vor einem Staatsbildungsprozess zu verstehen. Die grundlegende rechtsphilosophische Frage nach einer Berechtigung derselben soll hier thematisch nicht behandelt werden. Auch soll es nicht primär um die Vor- bzw. Nachteile von staatlichen Verfahren zu privaten Prozessen gehen, gleichwohl aber die Zielkonflikte dahinter beleuchten. Dies ist notwendig, um festzustellen, inwieweit ein Festhalten an staatlichen, einheitlichen und geregelten Verfahren in Einklang mit den übrigen Zielgrößen gebracht werden kann. Schlussendlich geht es tatsächlich um nicht mehr und nicht weniger als um die Frage nach der aktuellen Notwendigkeit der KfH am Maßstab der historisch gewachsenen Entwicklung und um mögliche Lösungsansätze, die diese Geschichte birgt.

Die Gliederung der Arbeit orientiert sich an dieser Fragestellung. Zu Beginn werden die historischen Entwicklungsschritte der Handelgerichtsbarkeit dargestellt. Dabei wird vertieft auf die Ausprägung der oben genannten Zielgrößen eingegangen. In einem zweiten Schritt sollten die Wesensmerkmale der modernen Kammer für Handelssachen beschrieben werden. Ziel ist es hier, ein möglichst präzises Bild des Status quo zu skizzieren. Diese beiden Elemente der Untersuchung werden in einem dritten und letzten Schritt vereint. Ziel dabei ist es, gegenwärtigen Fragestellungen mit aus der Geschichte entwickelten Lösungsansätzen zu begegnen. Zurückgreifend bieten die oben untersuchten Zielgrößen nicht nur einen Rahmen für diese abschließende Diskussion, sondern liefern auch aus sich heraus Argumente für neue Interpretationsmöglichkeiten.

## Kapitel A – Historische Entwicklung der Handelsgerichtsbarkeit

Nachfolgend soll die geschichtliche Entwicklung der Handelsgerichtsbarkeit im Wesentlichen vorgelegt, nicht jedoch eine lückenlose Darstellung derselben dargeboten werden. Territorial fokussiert sich die Untersuchung auf die oberitalienischen, südfranzösischen und süddeutschen Gebiete. Gerade die hier vorherrschenden, engen Handelsbeziehungen sowie teilweise politische Verflechtungen gestatten eine epochal geführte und gleitende Untersuchung. Insoweit dienen die Befunde über die italienischen sowie französischen Entwicklungen jeweils als Hinführung auf die deutsche Handelsgerichtsbarkeit. Ausschlaggebend sind dabei gleichermaßen der Einfluss italienischer Kaufleute auf Frankreich sowie der daran anknüpfende französische Einfluss auf Deutschland.

Die Darstellung stützt sich dabei schwerpunktmäßig auf die Fragen zur Zuständigkeit, zur Besetzung sowie zur Einordnung der besonderen handelsrechtlichen Spruchkörper im weltlichen Gerichtsverfassungs- bzw. Gerichtsorganisationskonstrukt unter Berücksichtigung des historisch bedingten Wandels der handelsrechtlichen Rechtsquellen.

Titel I. – Die italienischen Kaufleute und der Ursprung der  
kaufmännischen Selbstjurisdiktion

Um den genannten Einfluss der italienischen Kaufleute auf die Handelsgerichtsbarkeit in den französischen und deutschen Rechtskreis verfolgen zu können, bedarf es zunächst einer Darstellung des oberitalienischen Rechtskreises als Vergleichsordnung.

Abschnitt 1: Bis zur Städtefreiheit

Zeitlicher Ausgangspunkt der Untersuchung bilden hierbei das Ende des 9. und die Anfänge des 10. Jahrhunderts. Nicht nur zeitgeschichtlich, sondern auch für diese Arbeit prägend waren hierbei die Anfänge eines städtischen Gemeinwesens in Oberitalien. Gerade auf die behutsamen Anfänge einer eigenen städtischen Freiheit wird vermöge ihres hohen Wertes für die Entwicklung einer besonderen Handelsgerichtsbarkeit gesondert einzugehen sein.

Die Gerichtsbarkeit war seinerzeit ausschließlich Obliegenheit der Herrschaftsgewalt. Gleichwohl bildete sich – orientiert an dem fränkischen System<sup>3</sup> – in Oberitalien das Personalinstitut der *Scabini* heraus.<sup>4</sup> Hier sollten neben den akzidentiell auftretenden Freien die beschriebenen *Scabini* als besonders bestellte Männer das Gericht besuchen und unter dem Vorsitz des Grafen oder eines königlichen Sendeboten bei der Urteilsfin-

---

3 Zum Nachweis und auf das Bestehen derselben in: *Savigny*, Geschichte des Römischen Rechts im Mittelalter, Bd. 1, S. 203 f., 209 f; nach *J. Ficker* handelte es sich in Norditalien keinesfalls um eine Änderung des Gerichtswesens: *Ficker*, Forschungen zur Reichs- und Rechtsgeschichte Italiens, Bd. 3, S. 207.

4 *Leo* verweist hier auf einen Zusammenhang mit der Einführung des Lehnswesens: *Leo*, Entwicklung der Verfassung der lombardischen Städte bis zu der Ankunft Kaiser Friedrich I in Italien, S. 54, m. w. N. in FN 5; weitere Nachweise bei *Ficker*, Forschungen zur Reichs- und Rechtsgeschichte Italiens, Bd. 3, S. 201 ff.

dung mitwirken.<sup>5</sup> Die Bestellung der *Scabini* erfolgte mittels Wahl durch und mit den Freien eines durch den Grafen gerichtsbeherrschten Gaves.<sup>6</sup>

Der Name *Scabini*<sup>7</sup> kann als gleichbedeutend mit dem Personalinstitut des *Judices* gesehen werden.<sup>8</sup> Letztere sind die Stadtrichter, die durch die *boni homines* (die guten Männer<sup>9</sup>) als die Freien ersehen wurden und von der Zustimmung der Angehörigen der Stadt (*patriani*) abhängig waren.<sup>10</sup>

5 Auf einem Gericht des Grafen zu Mailand im Jahr 865 ist von fünf *judices sacri palatii* und mehreren anderen Freien die Rede; Urkunde zu *Fumagalli/ Amoretti*, Codice diplomatico Sant’Ambrosiano delle carte dell’ottavo e nono secolo, illustrate con note, S. 375; im Jahr 892 waren u. a. zwei *iudices regis* [*due Giudici Imperiali*], vier *iudices civitatis* [*quattro Giudici della Città di Milano*] und zwei Freie zugegen, vgl. in den Urkunden zu *Giulini*, Memorie spettanti alla storia, al governo ed alla descrizione della città, e della campagna di Milano, ne’ secoli bassi, Bd. 2, S. 24; im Weiteren finden sich Beispiele in *Savigny*, Geschichte des Römischen Rechts im Mittelalter, Bd. 1, S. 209 f.

6 „*Ut iudices, vicedomini, praepositi, advocati, centenarii, scabinei boni et veraces et mansueti, cum comite et populo eligantur et constituentur ad sua ministeria exercenda.*“ Baluz I., Cap. 1. a. 809. Art. 22, in: *Pertz, Monumenta Germaniae Historica: inde ab anno Christi quingentesimo usque ad annum millesimum et quingentesimum* (Gesamtwerk), Bd. 1, S. 156; „*Ut missi nostri ubicunque malos scabinos inveniant, eiciant, et totius populi consensu in locum eorum bonos eligant.*“ Wormatiense, Cap. A. 829. T. 2, Art. 2, in: ders., S. 351; „*Ut sicut in capitulis avi et patris nostri continetur, missi nostri, ubi boni scabinei non sunt, bonos scabineos mittant; et ubicunque malos scabineos inveniunt, eiciant, et totius populi consensu in locum eorum bonos eligant; et cum electi fuerint, iurare eos faciant ut scienter iniuste non iudicent.*“ Baluz II. Cap. A. 873. Art. 9, in: ders., S. 521.

7 So z. B. in Reggio im Jahr 945: *Muratori*, Antiquitates Italicae Medii Aevi I, Bd. 1, S. 464 ff. (465).

8 Hierzu in den Urkunden *Muratori*: aus dem Jahr 856: „*De iudicibus inquiratur, si nobiles et sapientes et Deum timentes constituti sunt; (...)*“, *Pertz, Monumenta Germaniae Historica: inde ab anno Christi quingentesimo usque ad annum millesimum et quingentesimum* (Gesamtwerk), Bd. 1, S. 438 Punkt V.; „*nos iudices*“ als Selbstbezeichnung (*Muratori*, Antiquitates Italicae Medii Aevi I, Bd. 1, S. 505); in Lucca reicht die Bezeichnung als *Scabine* bis in das Jahr 930.

9 Gleiches ist uns bereits aus dem Reich der Ostgoten bekannt. Sollten wohl auch hier nur die Freien als Wahrsager vor Gericht urteilen, vgl. Das Ostgotenrecht, aus dem Altschwedischen übersetzt und erläutert von *Dieter Strauch*, S. 23 sowie Abschn. 9, Titel 1 auf S. 169.

10 *Codex Legis Romanae – Barbaris Regnantibus Observatae – Ex Archivio Metropolitanae Ecclesiae Utinensis*, in: *Canciani* (Hrsg.), *Barbarorum leges antiquae: cum notis et glossariis; accedunt formularum fasciculi et selectae constitutiones medii aevi*, Bd. 4, S. 469 ff., Kapitel I., Titel 10; aber auch die Abhängigkeit derselben von den höheren Beamten oder Lehensherren: „*Judex provinciarum hoc scire debent ut de omne homine causa tale cura habere debeant, ut nullum hominem per suam potentiam & pro gratia de suo seniore pauperes opprimere non presumant,*

Es ist indes zu berücksichtigen, dass die *Judices* nicht allein als Gerichts-beteiligte zu beurteilen sind. So ist *judicare* in seinem Wortsinn nicht ausschließlich als „richten“, sondern auch als „verwalten“ und „regieren“ zu verstehen.<sup>11</sup> Auf die Frage, in welchem Umfang die italienischen *Judices* zu diesem Zeitpunkt tatsächlich außergerichtlich tätig waren, muss im Rahmen dieser Untersuchung nicht vertieft eingegangen werden und verdient darüber hinaus eine eigenständige Untersuchung.<sup>12</sup> Zentral für den Fortgang der Arbeit ist hingegen, dass es mehrere richtende *Judices* dieser Art in einer Stadt gegeben haben kann und jedermann ein freies Wahlrecht der Anrufung zu denselbigen Zustand.<sup>13</sup> Die *Lex Romana*<sup>14</sup> statuiert im Grundsatz, dass jeder nach seinem Recht seine Sache gewinnen soll, der sie mit der Mehrzahl von guten Männern als Zeugen (bzw. als Eideshelfer) beweisen könne.<sup>15</sup> Diese gerichtliche Zeugnisfähigkeit in Kollegialorganisation stellt wohl den Schwerpunkt der gerichtlichen Tätigkeit der *Judices*

---

*sed ipse iudex inter potentem & pauperem equaliter inter eos justum iudicium doner*“, in: Codex Legis Romanae – Barbaris Regnantibus Observatae – Ex Archivio Metropolitanae Ecclesiae Utinensis, in: *Canciani* (Hrsg.), *Barbarorum leges antiquae: cum notis et glossariis; accedunt formularum fasciculi et selectae constitutiones medii aevi*, Bd. 4, S. 469 ff., Kapitel I., Titel 6, Untertitel 3; diese Abhängigkeit vergleicht von *Hegel* mit der Situation eines (ehemaligen) römischen Magistraten, vgl. von *Hegel*, *Latinische Wörter und deutsche Begriffe*, in: *Delbrück* (Hrsg.), *Preußische Jahrbücher*, Bd. 71, S. 225, 236.

- 11 *Hegel*, *Latinische Wörter und deutsche Begriffe*, in: *Delbrück* (Hrsg.), *Preußische Jahrbücher*, Bd. 71, S. 225, 236.
- 12 *Muratori* sieht in den *judices civitatis* städtische Beamte: *Muratori*, *Antiquitates Italiae Medii Aevi I*, Bd. 1, S. 495 f.; dem widersprechend: *Bethmann-Hollweg*, *Ursprung der lombardischen Stadtfreiheit: Eine geschichtliche Untersuchung*, S. 84.
- 13 So ist die Rede von: „(...) *et ad alios Judices, si in ipsa civitate et loca sunt; et si ibidem non fuerint alii Judices, postea in alias civitates et loca ad illos Judices qui ibidem sunt et testimonium et defensionem habeant*“, in: Codex Legis Romanae – Barbaris Regnantibus Observatae – Ex Archivio Metropolitanae Ecclesiae Utinensis, in: *Canciani* (Hrsg.), *Barbarorum leges antiquae: cum notis et glossariis; accedunt formularum fasciculi et selectae constitutiones medii aevi*, Bd. 4, S. 469 ff., Kapitel I., Titel 11.
- 14 Im Folgenden wird die *Lex Romana* nach der Handschrift von *Udine*, hrsg. v. *Canciani* zitiert; zur *Lex Roma* in Gänze vgl. *Salis*, *Lex Romana Curiensis*, in: *Roth/ Bekker/ Böblau/ Pernice/ Schröder* (Hrsg.), *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte/ Germanistische Abteilung*, Bd. 6, S. 141 ff.
- 15 „(...) *qui maiorem numerum habuerit de bonos homines ipse in iudicio secundum legem suam causam vincat* (...)“, in: Codex Legis Romanae – Barbaris Regnantibus Observatae – Ex Archivio Metropolitanae Ecclesiae Utinensis, in: *Canciani* (Hrsg.), *Barbarorum leges antiquae: cum notis et glossariis; accedunt formularum fasciculi et selectae constitutiones medii aevi*, Bd. 4, S. 469 ff., Kapitel I., Titel 4.

dar.<sup>16</sup> Soweit man bereits hier von dem *Beginn der Laiengerichtsbarkeit* sprechen möchte, ist nur insoweit zuzustimmen, als ihr grundsätzlicher Beitrag zur allgemeinen Urteilsfindung anerkannt werden kann. Um ständige Urteiler hat es sich indes nicht gehandelt.<sup>17</sup> So war die Anzahl der urteilenden *Judices* nicht abschließend festgelegt, sondern lediglich mit einer Mindestanzahl beschrieben. Eine weitergehende Hinzuziehung war nicht ausgeschlossen. Ein gerichtliches Verfahren zwischen den Mönchen von St. Gallen gegen den Bischof von Chur am 08.03.920<sup>18</sup> bringt nicht nur das auf das Herkunftsrecht bezogene Statut<sup>19</sup> der *Lex Romana*<sup>20</sup> zum Ausdruck, sondern verdeutlicht darüber hinaus auch expressiv die Möglichkeit der Zuziehung weiterer *Judices*. Insoweit wirkten ganze zweiundzwanzig *Judices* unterschiedlicher Herkunft an der Entscheidung mit.<sup>21</sup> Mithin ist die gerichtliche Stellung der *Judices*, als aus den Reihen der *boni homines* stammend – entgegen einiger Versuche<sup>22</sup> – vornehmlich als Zeugen oder Eideshelfer zu belegen. Einer Beschreibung der *Judices* als Personalinstitut des *expressis verbis* frei und ordentlich agierenden Laienrichters kann demnach nicht gefolgt werden.

Festzuhalten bleibt, dass bereits an dieser Stelle erste Ansätze der Einbeziehung der Bevölkerung – wenn auch nur eines geringen, privilegierten Teils – in den Urteilsfindungsprozess vorgelegen hatten. Gleichwohl verdient es besonderer Klarstellung, dass es sich hier nicht um eine durch die Bürgerschaft selbst gestaltete Jurisdiktion gehandelt hat. Gerade aber diese Feststellung über die akzidentielle Öffnung der Urteilsfindung dient

- 
- 16 Vgl. dazu auch den Vergleich mit dem gerichtlichen Zeugnis in Deutschland zu der Zeit bei *Bethmann-Hollweg*, Ursprung der lombardischen Städtefreiheit: Eine geschichtliche Untersuchung, S. 70.
- 17 So begreift *Savigny* im Gegensatz dazu das Institut der *Schöffen* auch richtigerweise allgemein als nicht institutionalisierte Urteilsfinder: *Savigny*, Geschichte des Römischen Rechts im Mittelalter, Bd. 1, S. 196.
- 18 Urkunde bei: *Neugart*, Codex Diplomaticus Alemanniae et Burgundiae Transiuranae intra fines dioecesis Constantiensis, seu fundamentum historiae eiusdem dioecesis, Bd. 1, Nr. 705, S. 572–573.
- 19 *Von Hegel* sieht leider zu kurz nur hierin den Mehrwert der überlieferten Urkunde: *von Hegel*, Geschichte der Städteverfassung von Italien, Bd. 2, S. 124 ff.
- 20 Wie oben beschrieben: „(...) *secundum legem suam causam vincat*“ als „nach seinem Recht“: Codex Legis Romanae – Barbaris Regnantibus Observatae – Ex Archivio Metropolitanae Ecclesiae Utinensis, in: *Canciani* (Hrsg.), Barbarorum leges antiquae: cum notis et glossariis; accedunt formularum fasciculi et selectae constitutiones medii aevi, Bd. 4, S. 469 ff., Kapitel I., Titel 4.
- 21 Die Auflistung der unterzeichnenden *Judices* findet sich am Ende der Urkunde.
- 22 Vgl. u. a. dazu die oben dargestellten Auffassungen durch *Savigny*, auf die sich eine Reihe von Autoren im Wesentlichen bezieht.

als Ansatzpunkt weiterer Untersuchungen über die Frage nach der Entwicklung einer besonderen Handelsgerichtsbarkeit, welche ihrerseits gleichermaßen durch Rechtskundige sowie durch Rechtsunkundige aus den Reihen der Kaufleute ausgeübt wird.

## Abschnitt 2: Die städtische Freiheit

Aufgrund der graduell fortschreitenden Verselbstständigung und der damit einhergehenden Autonomisierung des Bürgertums, respektive der Kaufleute, ist die Entwicklung der italienischen Handelsgerichtsbarkeit eng mit der Herausbildung des Städtewesens verzahnt. Im Fokus der Untersuchung steht dabei die sich im 11. Jahrhundert herausbildende städtische Freiheit, die als treibender Motor für die folgende Verselbstständigung der Innungsgerichte fungierte. Gerade die Innungsgerichte hatten in der Folge einen beachtlichen Einfluss auf die Errichtung der ersten hoheitlichen Gerichte speziell für Kaufleute im seinerzeit existierenden Herrschaftsgefüge.

### 2.1 – Die Entstehung der Comunes

Gegen Ende des 10. und in den Anfängen des 11. Jahrhunderts nimmt in Norditalien die Macht der Grafen stetig ab. Konträr erhebt sich der bischöfliche Einfluss<sup>23</sup>, dessen Entwicklung ab dem 9. Jahrhundert vermehrt nach dem Erwerb weltlicher Güter und Rechte strebt.<sup>24</sup> Einige weltliche Besitze und Rechte erlangten beispielsweise die Bischöfe Umbriens. Gleichwohl war deren Gewalt beschränkt, sodass die kommunale Verwaltung den *Comites* oblag.<sup>25</sup> Kapitular für diese Epoche ist hier die gewaltsame Konkurrenz zwischen den adligen Dienstleuten und den ritterbaren Freien. Durch gemeinsame Verträge zwischen den verschiedenen Ständen

---

23 Goetz, Die Entstehung der italienischen Kommunen im frühen Mittelalter, in: *Bayerische Akademie der Wissenschaften* (Hrsg.), Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; Philosophisch-historische Abteilung, Heft 1, S. 16.

24 Eine Auflistung an Verweisungen auf kaiserliche und königliche Schenkungen an italienische Bischöfe ist zu finden bei: *Bethmann-Hollweg*, Ursprung der lombardischen Städtefreiheit: Eine geschichtliche Untersuchung, S. 57, 100 ff.

25 *Mochi Onory*, Ricerche sui poteri civili dei vescovi nelle città umbre durante l'alto medio evo, S. 146 ff.



konnten diese Konflikte schlussendlich beigelegt und darüber hinaus eine erste gemeinsame städtische Verfassung konstituiert werden.<sup>26</sup>

Nach dem Tod Heinrichs II. am 13.07.1024 gewinnt in unserer Betrachtung die Reformpolitik Heinrichs III. zunehmend an Geltung. So ließ der König am 20.12.1046 seine erste Reformsynode in Sutri einberufen, um gegen die Simonie vorzugehen.<sup>27</sup> Dies war der Ausgangspunkt für eine weitere Welle gewaltsamer Auseinandersetzungen – diesmal allerdings zwischen König und Papst. Die gemeinsame Ordnung der Städte sollte indes nicht berührt werden, und so konnten die Vorsteher der freien Bürgerschaft als Profiteure dieses Konflikts an die Spitze der städtischen Verwaltung treten.<sup>28</sup>

In zeitlicher Dimension finden sich jedenfalls zum ersten Italienzug Heinrichs V. im Jahr 1110 die meisten Städte im Besitz vollster Freiheiten.<sup>29</sup> Insoweit finden sich in den Urkunden zwei prominente Belege für diese These. Zum einen ist auf die selbstständige und freie Fehde zwischen den Städten Pisa und Lucca um das Jahr 1105 hinzuweisen.<sup>30</sup> Darüber hinaus kann auf den freien Bund zwischen Mailand und Paveser hingewiesen werden, der unter der Obhut der Freien der jeweiligen Städte vermittelt wurde.<sup>31</sup> Diese Abkehr von königlicher und geistlicher Herrschaft lässt die Verselbstständigung der Städte hervortreten und ist die Triebfeder jeglicher selbstständiger Interessenwahrnehmung der Kaufleute.

---

26 Vgl. *Leo*, Entwicklung der Verfassung der lombardischen Städte bis zu der Ankunft Kaiser Friedrich I in Italien, S. 197.

27 *Guido*, Der salische Herrscher als Patricius Romanorum – Zur Einflußnahme Heinrichs III. und Heinrichs IV. auf die Besetzung der Cathedra Petri, in: *Keller/Wollasch* (Hrsg.), Frühmittelalterliche Studien (FMSt) – Jahrbuch des Instituts für Frühmittelalterforschung der Universität Münster, Bd. 28, S. 257, 260; dazu im Weiteren die Untersuchungen von *Schmale, Franz-Josef*, Die Absetzung Gregors VI. und die synodale Tradition, in: *Annuario historiae conciliorum* 11 (1979), S. 55–103.

28 Zu der Entwicklung und Entstehung des Personalinstituts der *Consuln* ist freilich mehr zu sagen und wird im weiteren Verlauf dieser Arbeit noch Eingang finden; vorerst sei hier verwiesen auf: *Leo*, Entwicklung der Verfassung der lombardischen Städte bis zu der Ankunft Kaiser Friedrich I in Italien, S. 197.

29 Siehe zum Italienzug die detaillierte Beschreibung bei: *Meyer von Knonau*, Jahrbücher des Deutschen Reiches unter Heinrich IV. und Heinrich V. 1106 bis 1116, in: Historische Kommission (Hrsg.), Jahrbücher der Deutschen Geschichte, Bd. 6, S. 129–182.

30 *Marangoni*, Breviarium Pisanæ Historiæ, in: *Muratori* (Hrsg.), *Rerum Italicarum Scriptores*, Bd. 6, S. 163–198, insbes. S. 168.

31 *Landulphi*, De Sancto Paulo Historia Mediolanensis ab 1095 bis 1137, in: *Muratori* (Hrsg.), *Rerum italicarum Scriptores* V, Bd. 5, S. 459–521.

Darüber hinaus wurde diese Entwicklung auch durch zahlreiche Freibriefe Heinrichs V. unterstützt und gewürdigt. Insoweit kann ein Freibrief aus dem Jahr 1114 an die Stadt Cremona angeführt werden, in dem die in Anspruch genommenen Gemeinderechte bestätigt werden.<sup>32</sup> Auch ein weiterer Freibrief an Mantua aus dem Jahr 1116<sup>33</sup> und ein Freibrief an die Stadt Bologna, ebenfalls aus dem Jahr 1116<sup>34</sup>, bestätigen diese Entwicklung.<sup>35</sup> Dabei spielt insbesondere die Freiheit der Person<sup>36</sup> eine zentrale Rolle. Es scheint, als hätten diese Entwicklungen und die persönliche Involvierung Heinrichs V. endlich auch zu den berühmten Privilegien desselben in Speyer beigetragen.<sup>37</sup> Im Jahr 1159 wurde Asti als Kommune anerkannt und ihr ein aus der Bürgerschaft erwählter *Podestà*<sup>38</sup> gegeben.<sup>39</sup> Zu den *Podestà* wird im Weiteren noch auszuführen sein.

Demgegenüber erreichte unter Heinrich V. die Abwendung der Stadt Mailand von der salischen Herrschaft ihren Höhepunkt.<sup>40</sup> Mit der Beset-

---

32 Urkunde bei: *Muratori*, *Antiquitates Italicae Medii Aevi* IV, Bd. 4, S. 23 ff.

33 Urkunde bei: *Muratori*, *Antiquitates Italicae Medii Aevi* IV, Bd. 4, S. 25 ff.

34 Urkunde bei: *Muratori*, *Antiquitates Italicae Medii Aevi* I, Bd. 1, S. 601 ff.

35 Aus letzterer Urkunde an die Stadt Bologna und insbesondere aus „*antiquos consuetudines intactas et illesas perpetuo precipimus observari*“ schließt *Bethmann-Hollweg*, dass die Bürgerschaft überhaupt sich im Genuss einer Freiheit befunden haben muss: *Bethmann-Hollweg*, *Ursprung der lombardischen Städtefreiheit: Eine geschichtliche Untersuchung*, S. 132.

36 In dem Privileg von Bologna z. B. „*proinde amicorum civium Bonoiensium personas in nostra temporalis tuitione seu defensione recipimus*“.

37 Zu den Privilegien Heinrichs V. in Speyer vom 7. und 14. August 1111 siehe: *Andermann*, *Bürgerrecht – Die Speyrer Privilegien von 1111 und die Anfänge persönlicher Freiheitsrechte in deutschen Städten des hohen Mittelalters*, in: *Fahrmeir/ Leppin* (Hrsg.), *Historische Zeitschrift*, Bd. 295, S. 593–624, insbes.: S. 601, 608, 623; ferner: *Weinfurter*, *Salisches Herrschaftsverständnis im Wandel. Heinrich V. und sein Privileg für die Bürger von Speyer*, in: *Keller/ Meier* (Hrsg.), *Frühmittelalterliche Studien (FMSt) – Jahrbuch des Instituts für Frühmittelalterforschung der Universität Münster*, Bd. 36, S. 317–335.

38 Wohl zuerst in Bologna im Jahr 1151; Genua im Jahr 1190 (*Pertile*, *Storia del diritto italiano dalla caduta dell'impero romano alla codificazione*, Bd. 2.1, Aufl. 2, S. 81, FN 5); vorübergehend kommt eine Vielzahl von *Podestà* vor: *Lastig*, *Entwicklungswege und Quellen des Handelsrechts*, S. 100 ff.

39 *Goetz*, *Die Entstehung der italienischen Kommunen im frühen Mittelalter*, in: *Bayerische Akademie der Wissenschaften* (Hrsg.), *Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; Philosophisch-historische Abteilung*, Heft 1, S. 35.

40 Zur Entwicklung der Metropole Mailand als stark betontes Beispiel Norditaliens: *Zey*, *Im Zentrum des Streits. Mailand und die oberitalienischen Kommunen zwischen regnum und sacerdotium.*, in: *Jarnut/Wemhoff* (Hrsg.), *Vom Umbruch zur Erneuerung? Das 11. und beginnende 12. Jahrhundert. Positionen der Forschung*, S. 595–611, hier: S. 609.

zung Lodi um das Jahr 1111 schließlich begann Mailand, sich ein eigenes Territorium aufzubauen.<sup>41</sup> Auch die Bürger von Arezzo erhoben sich gegen den Domstift in der Hoffnung, sich von dem bischöflichen Sitz befreien und Selbstverwaltung etablieren zu können.<sup>42</sup> Dies zeigt die unterschiedlichen Wege, die beschritten wurden, um die städtische Freiheit Schritt für Schritt zu etablieren. So gewannen die Bürger der Städte ein immer größeres Maß an Freiheit.<sup>43</sup> Diese Bemühungen mündeten endlich in der Begründung der *Comunes* als der weltlichen Herrschaft entgegengesetztes Element im sozialen und gesellschaftlichen Herrschaftsgefüge.

Soweit *Bogdan*<sup>44</sup> in Einklang mit *Sigonius* vorbehalts- und nachweislos Kaiser Otto I. die Begründung der *Comunes* zuschreiben möchte, kann dies nach obiger Chronologie nur gelingen, geht man von einer gesetzgeberischen Initiierung der städtischen Verfassungen aus, um so die erstarkenden Städte als Gegengewicht zu dem lombardischen Landadel zu etablieren.<sup>45</sup>

Zentrales Moment ist in jedem Fall die neu gewonnene Autonomie der *Comunes* und die damit einhergehenden Möglichkeiten, aus der sich erstmals eine handelsrechtliche Selbstjurisdiktion entwickeln konnte.

## 2.2 – Der Frieden von Konstanz als Gipfel der städtischen Freiheit

Die intensiven Auseinandersetzungen um die Souveränität der Kommunen bringen am 01.12.1167 schließlich einen Bund von vierzehn oberitalienischen Städten hervor. Dieser lombardische Städtebund (*concordia*

---

41 „Corre l'anno 1111 quando le milizie di S. Ambrogio invadono le nostre terre e cingono d'assedio la nostra città. (...) È il 24 maggio 1111 e il neonato Comune di Laus subisce la sua prima distruzione. Le clausole di pace che i milanesi impongono ai laudensi, dopo averli messi k.o., sono durissime: obbligo di fedeltà e sudditanza a Milano, proibizione di abitare in città e (...) anche nei borghi, divieto assoluto di ricostruire gli edifici distrutti, spostamento e declassamento del mercato.“ in: *Bassi*, Storia di Lodi, S. 24.

42 *Meyer von Knonau*, Jahrbücher des Deutschen Reiches unter Heinrich IV. und Heinrich V. 1106 bis 1116, in: *Historische Kommission* (Hrsg.), Jahrbücher der Deutschen Geschichte, Bd. 6, S. 135 m.w.N.

43 Selbstverständlich nicht vergleichbar mit unserer heutigen Vorstellung derselben.

44 *Duschkow-Kessiakoff*, Das Handelsgericht: ein Beitrag zur Geschichte, Wesen und Wirken der Handelsgerichte, S. 20.

45 *Savigny*, Geschichte des Römischen Rechts im Mittelalter, Bd. 3, S. 115.

*civitatum*)<sup>46</sup> besteht aus den Städten Venedig, Verona, Mailand, Cremona, Vicenza, Padua, Treviso, Ferrara, Brescia, Bergamo, Piacenza, Lodi, Parma und Mantua.<sup>47</sup> Eines seiner primären Begehren war es dabei, dem Kaiser künftig nicht mehr zuzuwenden, als in der Zeit zwischen dem Tode Kaiser Heinrichs V. und dem Regierungsantritt Friedrichs I. üblich war.<sup>48</sup> Bestrebung war somit das Zurückdrängen der Reichsherrschaft in einem zunächst monetären Kontext.<sup>49</sup>

Um Verständigung bemüht, kam es im Jahr 1177 zwischen Friedrich Barbarossa und dem lombardischen Städtebund zum Frieden von Venedig. Letzterer wurde durch seine *Consules*, die *credentiae*, die *Podestà* und 50 *boni homines* vertreten.<sup>50</sup> Gefestigt wurde der Frieden von Venedig durch den Konstanzer Vertrag von 1183, der die kaiserliche Präsenz in Italien normierte und im Besonderen die reichsunmittelbare Stadtfreiheit anerkannte.<sup>51</sup> Eine zwar nicht vergleichsweise, aber immerhin annähernde Selbstständigkeit genießen im Zuge dessen auch die unter Landesherrschaft verbliebenen größeren Gemeinden.<sup>52</sup> Dieser Friedensvertrag symbolisiert mithin den Gipfel der städtischen Freiheit Italiens. Gewiss erlangten nicht alle Städte Italiens gleichermaßen dieses Ziel der Reichsunmittelbarkeit. Jedenfalls die Marktgräfin Mathilde beließ sich das Bestehen einer konkurrierenden Gerichtsbarkeit und die Belehnung der *Consules*.<sup>53</sup>

---

46 Ausführlich zu der Geschichte des lombardischen Städtebunds in: *Fasoli/ Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte*, La Lega Lombarda – Antecedenti, formazione, struttura, in: *Probleme des 12. Jahrhunderts, Vorträge und Forschung (FuV)*, Bd. 12, S. 143; *Fasoli/ Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte*, Federico Barbarossa e le città lombarde, in: *Probleme des 12. Jahrhunderts, Vorträge und Forschung (FuV)*, Bd. 12, S. 121.

47 *Haverkamp*, Der Konstanzer Frieden zwischen Kaiser und Lombardenbund (1183), in: Maurer/(VuF) (Hrsg.), *Kommunale Bündnisse Oberitaliens und Oberdeutschlands im Vergleich, Vorträge und Forschung (VuF)*, Bd. 33, S. 11-44; *Manaresi*, *Gli atti del Comune di Milano fino all'anno 1216*, S. 83–86.

48 Vgl. die Höhe der zuvor auferlegten Abgaben: *Distler*, *Städtebünde im deutschen Spätmittelalter. Eine rechtshistorische Untersuchung zu Begriff, Verfassung und Funktion*, S. 2.

49 *Haverkamp*, *Herrschaftsformen der Frühstauffer in Reichsitalien*, in: Bosl (Hrsg.), *Monographien zur Geschichte des Mittelalters*, Bd. 1–2, S. 355 ff.

50 *Goetz*, *Die Entstehung der italienischen Kommunen im frühen Mittelalter*, in: *Bayerischen Akademie der Wissenschaften* (Hrsg.), *Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; Philosophisch-historische Abteilung*, Heft 1, S. 15.

51 *Goldschmidt*, *Handbuch des Handelsrechts*, Bd. 1, 3. Aufl., S. 148 (a. E.); *von Hegel*, *Geschichte der Städteverfassung von Italien*, Bd. 2, S. 237 ff.

52 *Goldschmidt*, *Handbuch des Handelsrechts*, Bd. 1, 3. Aufl., S. 148 ff.

53 *Von Hegel*, *Geschichte der Städteverfassung von Italien*, Bd. 2, S. 206.

Das Hauptaugenmerk des Konstanzer Friedens liegt dabei auf der freien Wahl eigener Gerichtsobrigkeiten als höchstes Recht der Selbstregierung der Städte. Dieses Recht wurde den Städten gleichwohl nur unterschwellig und stillschweigend eingeräumt. Zahlreiche Privilegien bestätigten diese neu errungene Freiheit. Für Oberitalien wohl beispielhaft finden sich solche Privilegien der Freiheit für Mailand im Jahr 1185<sup>54</sup>, für Pisa im Jahr 1193<sup>55</sup> oder die ausdrückliche Beleihung von Cremona mit *Consuln* im Jahr 1195<sup>56</sup>. Vergleichbare Privilegien<sup>57</sup> lassen sich für Brescia im Jahr 1192<sup>58</sup>, für Siena im Jahr 1186<sup>59</sup> sowie für Pistoia im Jahr 1200<sup>60</sup> finden.

Nachdem die Städte jedoch weiterhin in Konkurrenz zueinander standen, kann davon ausgegangen werden, dass dieses Privileg der gerichtlichen Selbstverwaltung nicht einheitlich erwirkt wurde. Dafür spricht auch der zeitliche Abstand, mit dem die Privilegien erteilt wurden.

Gemein ist den Privilegien, dass durch sie die consularische Gewalt der Städte teilweise neben die der Kirchlichen tritt. Insoweit übten die *Consules* teilweise „eine Gerichtshoheit auch über geistliche Personen aus.“<sup>61</sup> Die für die Entwicklung der Handelsgerichtsbarkeit entscheidenden Impulse gehen indes maßgeblich von der weltlichen Gerichtsbarkeit sowie der selbstständigen Stadtentwicklung aus. Damit kann sich die nun anschließende Darstellung des erwirkten Consularwesens auf die Dimension der weltlichen Gerichtsbarkeit beschränken.

---

54 Urkunden bei: *Lupo*, Codex Diplomaticus Civitatis, et ecclesiae Bergomatis a canonico, Bd. 2, Lib. V., Sp. 1353–1354.

55 Urkunden bei: *Muratori*, Antiquitates Italicae Medii Aevi IV, Bd. 4, S. 473 f.

56 Urkunden bei: *Muratori*, Antiquitates Italicae Medii Aevi I, Bd. 1, S. 621.

57 Folgend unter Berücksichtigung der Erkenntnis aus: *Bethmann-Hollweg*, Ursprung der lombardischen Stadtfreiheit: Eine geschichtliche Untersuchung, S. 173 f. (mit teilweise fehlerhaften Quellenangaben).

58 Urkunden für *Brixianae* bei: *Muratori*, Antiquitates Italicae Medii Aevi IV, Bd. 4, S. 465 f.

59 Urkunden für *Senensi* bei: *Muratori*, Antiquitates Italicae Medii Aevi IV, Bd. 4, S. 469 f.

60 *Ughelli*, Italia Sacra Sive De Episcopis Italiae, Bd. 3, S. 366 f.

61 *Goetz*, Die Entstehung der italienischen Kommunen im frühen Mittelalter, in: *Bayerischen Akademie der Wissenschaften* (Hrsg.), Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; Philosophisch-historische Abteilung, Heft 1, S. 123.

### 2.3 – Das Consulat: von Städtefreiheit bis Zunftverfassung

Die Entwicklung der städtischen Freiheit – gipfelnd in dem Frieden von Konstanz<sup>62</sup> – ebnete den Weg für das Aufkommen des *städtischen Consulats*, an dessen Spitze die *Consuln* als Stadtvorsteher und – meist gewählte – Vertreter der Bürgerschaft standen. *Leo* geht davon aus, dass die *Consules* die (personal-)unmittelbaren Nachfolger der *Judices* seien. Diese These begründet er damit, dass Letztere bereits als Verwaltungsorgane interagiert haben.<sup>63</sup> *Heinemann* hält dagegen, dass sich die *Consules* aus mit *boni homines* besetzten Ausschüssen herausgebildet hätten.<sup>64</sup> Letztere hätten neben den ordentlichen Stadtgerichten eine konkurrierende Jurisdiktion ausgeübt.<sup>65</sup> *Goetz* vermerkt, dass die *Consules* wohl wie vergleichbare öffentliche Ämter je nach Individualbedürfnis zu begründen und besetzen gewesen seien.<sup>66</sup> *Von Hegel* zuletzt sieht in den *Consules* überwiegend die Anführer der jeweiligen Stände (so in Mailand), die anfangs vertragsmäßig, endlich aber wirklich lebendig zu einer gemeinschaftlichen Regierung zusammentraten.<sup>67</sup> In Mantua dagegen lässt er das Consulat unmittelbar aus den *Scabinen* hervorgehen.<sup>68</sup>

Gleichwohl der bemerkenswerten Entstehungsgeschichte dieses Personalinstituts sei hier im Besonderen auf die Relevanz der bloßen Existenz Bezug genommen. Die maßgebliche Aufgabe der *Consules* war die Ausübung der Regierungsgewalt.<sup>69</sup> Diese hatten sich die Kommunen, wie bereits dargestellt, entweder durch Verträge, Privilegien oder Kämpfe errungen. In Mailand war der Einfluss der *Consules* überdies auch auf weitere Städte wie z. B. Lodi ausgedehnt.<sup>70</sup> Die Vergütung der Tätigkeit scheint

---

62 Vgl. ab FN 46.

63 *Leo*, Entwicklung der Verfassung der lombardischen Städte bis zu der Ankunft Kaiser Friedrich I in Italien, S. 174 ff.

64 *Von Heinemann*, Zur Entstehung der Stadtverfassung in Italien: Eine historische Untersuchung, S. 33 ff.

65 *Von Heinemann*, Zur Entstehung der Stadtverfassung in Italien: Eine historische Untersuchung, S. 24.

66 *Goetz*, Die Entstehung der italienischen Kommunen im frühen Mittelalter, in: *Bayerischen Akademie der Wissenschaften* (Hrsg.), Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; Philosophisch-historische Abteilung, Heft 1, S. 70.

67 *Von Hegel*, Geschichte der Städteverfassung von Italien, Bd. 2, S. 164.

68 *Von Hegel*, Geschichte der Städteverfassung von Italien, Bd. 2, S. 177.

69 *Von Hegel*, Geschichte der Städteverfassung von Italien, Bd. 2, S. 206.

70 Beispiele in der Urkunde *Historia rerum laudensium Ottonis Morenae*, in: *Muratorii, Rerum italicarum Scriptores VI*, Bd. 6, S. 955–1164, 993: „(...) *etiam ultra quiete possederant, in qua nullam rationem, nullumque ius se habere dicebant, sine*

ihnen die Stellung eines frühen Beamten auf der Ebene der Städte zu geben.<sup>71</sup>

Teil der Regierungsgewalt ist insbesondere auch die Ausübung der Jurisdiktion.<sup>72</sup> Dieser Übergang der ausschließlich hoheitlichen Befugnis nun auf die städtische Bürgerschaft ist der Wendepunkt in der Geschichte der Jurisdiktion. Ob diese nun als Teil der Verwaltung oder als isoliertes Aufgabenfeld angeführt wird, ist dabei ohne Belang.<sup>73</sup> Eine ausführliche Auflistung der weiteren consularischen Aufgaben der toskanischen Stadt Pistoia findet sich in den *Statuta Civitatis Pistoriensis* von 1117.<sup>74</sup>

Unterstützt werden die *Consules* durch den engen Rat (*consilium* oder *credentia*)<sup>75</sup> der Rechtskundigen (*iudices et sapientes*).<sup>76</sup> Nachdem nicht alle oberitalienischen Städte ihre Freiheitsrechte in gleicher Weise und in gleichem Umfang errungen hatten, bildet sich auch das Amt der *Consules* in unterschiedlich starker Ausprägung hervor. So spaltete sich in Genua das Consularwesen rasch in die *Consules de' Comuni* und in die *Gerichtsconsuln* auf. Während Ersteren die hohe Jurisdiktion und die Strafgewalt vorbehalten waren, entschieden Letztere allein über bürgerliche Rechtsstreitigkeiten.<sup>77</sup> Diese Trennung war typisch und ist daneben auch in Pisa

---

*consilio & parabola Mediolanensum Consulum deinde inantea nullatenus venderet, nec alio aliquo modo in alium transferret, alioquin qui contra hoc praeceptum agerent, tam emptor, quam venditor utrique ipsi (...)*“.

- 71 *Statuta Civitatis Pistoriensis*, in: *Muratori* (Hrsg.), *Antiquitates Italicae Medii Aevi* IV, Bd. 4, S. 527, 536, § 12: „*Item statuimus, ut nostri majores consules habeant curam & studium, quatenus pistorii cives cum eorum bonis secure possint ire & redire.*“
- 72 *Statuta Civitatis Pistoriensis*, in: *Muratori* (Hrsg.), *Antiquitates Italicae Medii Aevi* IV, Bd. 4, S. 527, 533, § 4.
- 73 Über die Unterscheidung besonderer *Gerichtsconsuln* oder *Fremdenconsules* neben den *Consules de' Comuni*: *Lastig*, *Entwicklungswege und Quellen des Handelsrechts*, S. 135 ff.
- 74 *Statuta Civitatis Pistoriensis*, in: *Muratori* (Hrsg.), *Antiquitates Italicae Medii Aevi* IV, Bd. 4, S. 527-600.
- 75 So z. B. in Genua: *Statuta Consulatus Januensis anni 1143*, in: *Baudi di Vesme/ Desimoni/ Poggi* (Hrsg.), *Historiae patriae Monumenta, Leges municipales*, Bd. 2, S. 241, S. 245, XIV.
- 76 *Goldschmidt*, *Handbuch des Handelsrechts*, Bd. 1, 3. Aufl., S. 154.
- 77 Vgl. No. XXIV aus den *Statuta Consulatus Januensis* von 1143: „*De illis lamentationibus que ante nos venerint et determinatim non fuerint scripte in brevi consulum de placitis. faciemus iusticiam bona fide si vero homines fuerint habitantes a Roboreto usque ad gestam. et a iugo usque ad mare.*“ In: *Baudi di Vesme/ Desimoni/ Poggi* (Hrsg.), *Historiae patriae Monumenta, Leges municipales*, S. 241, 246, sowie No. XXXV: „*Si cognouerimus quod aliquis homo de nostra civitate habeat discordiam cum aliquo homine nostre compagne. et in nostra laude de hoc stare noluerit. in tantum videlicet.*“

zu belegen.<sup>78</sup> Die Wahl der *Consuln* folgte in der Regel einem jährlichen Turnus.<sup>79</sup> Die Zusammensetzung der richtenden *Consules* ist unbestimmt. *Leo* setzt sie auf ungefähr sieben fest.<sup>80</sup> In Anbetracht der zahlreichen – teils stark divergierenden – Urkunden erscheint diese Festsetzung indes sehr willkürlich.<sup>81</sup>

In der Regel finden wir die *Consules* im Gegensatz zu den ursprünglich urteilenden *Judices* als nicht Rechtskundige. Vereinzelt ließen sie sich daher von Rechtskundigen (*electi iudices* bzw. *universo populo electi*) vertreten.<sup>82</sup> In Pisa wird berichtet, dass diese wohl ständige Vertreter gewesen seien.<sup>83</sup> Die Vertretung bleibt indes Ausnahme – grundsätzlich finden und sprechen die *Consules* selbst das Urteil. Allerdings ist davon auszugehen, dass dem Urteilsspruch die Einholung eines Rechtsgutachtens (*Consilia*) vorausgegangen ist. Sei es durch den engen Rat oder mithilfe von außerhalb. Üblicherweise kann man ferner davon ausgehen, dass das Urteil nach Beratung und in Abstimmung mit den übrigen *Consules* erfolgte.<sup>84</sup> Es erscheint insoweit nicht fernliegend, das richtende Consulat als eine Art *Personalorgan der Rechtspflege* zu verstehen. In Verona wurde darüber hinaus festgelegt, dass jedenfalls zwei der *Consules* rechtskundig sein sollten.<sup>85</sup> Insofern tritt hier in besonderem Maße das Erstarken der Laiengerichtsbarkeit hervor. *Bethmann-Hollweg* hingegen geht davon aus, dass die *Consules* qua einer juristischen Ausbildung weniger dem Laienrichtertum

---

*quod in nostro consulatu scandalum inde non sit. de facienda vindicta sit in nostro arbitrio.*“ In: ders., S. 247.

78 *Bonaini*, Statuti inediti della città di Pisa: dal XII al XIV secolo, Bd. 1, S. 26.

79 *Ottonis*, De gestis Friderici primi Aenobarbi Caesaris Augusti, Libri duo, in: *Wurstisen* (Hrsg.), Germaniae Historicorum Illustrium, S. 407, 453, Lib. II. Cap. XIII. Z. 37: „Cumque tres inter eos ordines, id est capitaneorum, valuassorum, & plebis esse noscantur, ad reprimendam superbiam, non de uno, sed de singulis praedicti consules eliguntur, neve ad dominandi libidinem prorumpant, singulis pene annis variatur.“

80 *Leo*, Entwicklung der Verfassung der lombardischen Städte bis zu der Ankunft Kaiser Friedrich I. in Italien, S. 175.

81 So z. B. zehn Consuln in Asti im Jahr 1095 (Urkunden bei: *Böhmer*, Acta imperii selecta: Urkunden deutscher Könige und Kaiser mit einem Anhang von Reichsachen, Bd. 2, S. 815, Nr. 1127).

82 Vgl. Urkunden bei: *Muratori*, Antiquitates Italicae Medii Aevi III, Bd. 3, S. 1157, 1155, 1171.

83 *Ficker*, Forschungen zur Reichs- und Rechtsgeschichte Italiens, Bd. 3, S. 316.

84 Zahlreiche Beispiele dazu mit Belegen bei: *Ficker*, Forschungen zur Reichs- und Rechtsgeschichte Italiens, Bd. 3, S. 318.

85 *Campagnola*, Liber iuris civilis urbis Veronae, S. 161, Kap. CCVIII.



als vielmehr den mit Rechtskundigen besetzten Gerichten entsprechen.<sup>86</sup> Richtig ist insoweit, dass auch Rechtskundige das Amt bekleideten. Ungeachtet dessen stammten die *Consules* vornehmlich aus einer Art privilegierter Bürgerschaft denn aus einem elitären Kreis besonders Rechtskundiger, was auch die besondere Zuziehung von gerade Rechtskundigen bekräftigt.

Sachlich zuständig – sofern von einer solchen Zuständigkeit wenigstens im weiteren Sinne gesprochen werden kann – waren in Zivilsachen grundsätzlich die *Consules de' Comuni*.<sup>87</sup> In Genua entwickelten sich bisweilen spezielle *Consules de placitis*, denen endlich ein Großteil der Zivilsachen zugeordnet war.<sup>88</sup> Insoweit fielen grundsätzlich auch Privathandelsachen in ihre Kompetenz. Von der allgemeinen Jurisdiktion löste sich ferner der Spezialgerichtshof der *Consules furitanorum*<sup>89</sup> ab. Selbiger hatte die Kompetenz für Streitigkeiten zwischen Genuesen und Fremden inne. Dies umfasste naturgemäß auch einen großen Anteil der handelsrechtlichen Streitigkeiten zwischen reisenden und lokalen Händlern.

Neben dieser neuen Form der Jurisdiktion durch die (meist<sup>90</sup>) aus der Bürgerschaft erwählten *Consules* erschienen gleichwohl private Schiedsgerichte. Jedenfalls ab dem Jahr 1157 sind derartige private Sondergerichte urkundlich in der *Breve della compagna* erwähnt.<sup>91</sup> Diesen privaten Schiedsgerichten saßen durch die Parteien frei gewählte *Arbitri* vor. Meist waren diese wohl zu zweit<sup>92</sup>, aber auch von einzelnen Schiedsrichtern kann ausgegangen werden.<sup>93</sup>

---

86 *Bethmann-Hollweg*, Der Civilprozess des gemeinen Rechts in geschichtlicher Entwicklung, Bd. 5, S. 237.

87 Statuta Consulatui Januensis anni 1143, in: *Baudi di Vesme/ Desimoni/ Poggi* (Hrsg.), *Historiae patriae Monumenta, Leges municipales*, Bd. 2, S. 241-252, Kap. XXIV: „*De illis lamentationibus que ante nos venerint et determinatim non fuerint scripte in brevi consulum de placitis faciemus iusticiam bona fide (...)*“.

88 *Lastig*, Entwicklungswege und Quellen des Handelsrechts, S. 138.

89 Vgl. *Belgrano*, Il Secondo Registro, in: *Atti della Società Ligure di Storia Patria*, Bd. 18, S. 447, Nr. 384 aus dem Jahr 1227.

90 Vgl. obige Ausführungen zu den unterschiedlichen Entwicklungen: z. B. bei FN 53 und bei FN 77 ff.

91 *Guido*, Il breve della campagna del 1157, in: *Girolamo* (Hrsg.), *Giornale ligure di archeologia, storia e letteratura*, XXI, S. 65-73, 70: „*Si due partes elegerint me arbitrum de aliquo et ego illud placitum suscepero ad iudicandum, bona fide et sine fraude dicam inde iusticiam, nisi licentia utriusque patris.*“

92 *Belgrano*, Registrum Curiae archiepiscopalis Januae, in: *Atti della Società Ligure di Storia Patria*, Bd. 2.2, S. 118, 300, 301.

93 *Belgrano*, Registrum Curiae archiepiscopalis Januae, in: *Atti della Società Ligure di Storia Patria*, Bd. 2.2, S. 99.

Bedenkt man die Anstrengungen, die nötig waren, um die von der Obrigkeit weitestgehend losgelöste Gerichtsbarkeit zu erringen, wirft die Etablierung privater Schiedsgerichte erhebliche Fragen nach deren Notwendigkeit auf. Waren doch gerade die neu geschaffenen Gerichte durch Laien besetzt, die formlos entschieden. Es fehlt indes ein Hinweis, dass die *Arbitri* entgegen den *Consules* juristisch geschult gewesen wären, sodass die Annahme der vorzugswürdigen juristischen Urteile jeden Grundes entbehrt. Es scheint wohl ein natürliches Bedürfnis gewesen zu sein – mag es wohl bis in unsere heutige Zeit andauern –, die individuelle Wahl der Richter und Urteiler von persönlichen Vertrauensvorstellungen in die konkrete Person abhängig zu machen.

Obschon diese Form der Verwaltung mitsamt der Gerichtsbarkeit ein Novum an Selbstständigkeit der Städte darstellte, muss das Amt des *Consuls* gegen Mitte des 12. Jahrhunderts Schritt für Schritt dem neu aufkommenden *Podestat* weichen. Der *Podestà* war regelmäßig ein auswärtiger, durch das Consilium berufener Stadtverwalter für ein Jahr.<sup>94</sup> Um den innerstädtischen Machtkämpfen entgegenzuwirken und Parteilichkeit zu vermeiden, wurde diese neue Form der Verwaltung durch einen „wandernde[n] Bürgermeister“<sup>95</sup> eingeführt.<sup>96</sup> Begleitet wurde dieser durch einen eigenen Beamtenstab.<sup>97</sup> Auch das Gerichtswesen erfährt infolgedessen eine weitere Änderung. Stellvertretend für die aus Laien erwählten *Consules* wird das Gericht nun mit den begleitenden *Judices*<sup>98</sup> oder dem rechtsgelehrten *Podestà* selbst besetzt. Insoweit wurde dem *Podestà* zu Pistoia auferlegt, nicht wie bisher nach freiem Ermessen, sondern nach den örtlichen Rechtsvorschriften zu urteilen.<sup>99</sup> Bereits während der Konflikte mit König Barbarossa standen teilweise die *Podestà* anstelle der *Consules* an der

---

94 Vgl. *Goldschmidt*, Handbuch des Handelsrechts, Bd. 1, 3. Aufl., S. 154.

95 *Goldschmidt*, Handbuch des Handelsrechts, Bd. 1, 3. Aufl., S. 154.

96 Mehr dazu bei: *Lastig*, Entwicklungswege und Quellen des Handelsrechts, S. 100 ff.

97 Vgl. aus dem Jahr 1225 nach dem Tod des *Podestà*: Bartholomaei Scribae Annales Genuenses (ab anno 1224), Kap. 6, in: *Muratorius*, *Rerum italicarum Scriptores VI*, Bd. 6, S. 435–532, 440.

98 Bartholomaei Scribae Annales Genuenses (ab anno 1224), Kap. 6, in: *Muratorius*, *Rerum italicarum Scriptores VI*, Bd. 6, S. 435–532, S. 453: „(...) *qui secum habuit Judices novem* (...)“.

99 Vgl. § 95 (Eid des *Podestà*) der *Statuta Civitatis Pistoriensis*, in: *Muratorius* (Hrsg.), *Antiquitates Italiae Medii Aevi IV*, Bd. 4, S. 527, 555: „(...) *Sententiam vero nullam feram sine accordamento omnium Judicum nostrae Civitatis Pistorii, vel unius eorum* (...)“.

Spitze der Stadtregierungen.<sup>100</sup> Auch finden sich bei den Unterzeichnern der Friedensvereinbarungen von Konstanz neben den *Consules* bereits *Podestà*.<sup>101</sup>

Die weitere Geschichte der städtischen Entwicklung bedarf zu unseren Zwecken keiner tieferen Begutachtung mehr. Vielmehr wird sich die Untersuchung im Folgenden auf die spezifischen Bedürfnisse der Kaufmannschaft fokussieren und dabei deren eigenständige Streitbeilegungsmechanismen in den Blick nehmen. Daran anknüpfend, wird die Brücke zurück zu den allgemeinen hoheitlichen Urteilsfindungsverfahren zu schlagen sein, die von diesen Spezialisierungen maßgeblich geprägt wurden.

### Abschnitt 3: Städtefreiheit bis Zunftverfassung

In den Städten der Lombardei wurde die allgemeine Standeslehre bereits frühzeitig aufgeweicht. Dadurch und durch eine neue Form der Berufsstandschaft etablierte sich ein immer stärkeres Bürgertum. Infolgedessen traten die unterschiedlichen Berufsstände und ihre Errungenschaften in den Mittelpunkt des neuen bürgerlichen Diskurses. Dies beklagte bereits gegen Mitte des 12. Jahrhunderts Bischof Otto von Freising; so könnten solche „von geringer Herkunft“ zu höchsten Würden und ritterlichen Ehren<sup>102</sup> gelangen.<sup>103</sup>

Bereits während des auslaufenden 11. Jahrhunderts bildeten sich aus der Mitte der Gewerbetreibenden und der Arbeiterschaft Zünfte und Innungen.<sup>104</sup> Diese neue Bürgerschaft führt endlich zum Ausschluss der *Nobiles* und begünstigt so das Hervortreten einer alle *Cives* umfassenden Zunftver-

---

100 *Pertile*, Storia del diritto italiano dalla caduta dell'impero romano alla codificazione, Bd. 2.1, 2. Aufl., S. 79.

101 *Pertz*, Monumenta Germaniae Historica: inde ab anno Christi quingentesimo usque ad annum millesimum et quingentesimum (Gesamtwerk), Bd. 2, S. 175.

102 Die Offenheit des Militärdienstes und die Möglichkeit – für wohlhabendere *cives* –, zu Pferde in die Schlacht zu ziehen (vgl. *Keller*, Adelherrschaft und städtische Gesellschaft in Oberitalien (9.–12. Jahrhundert), S. 33), ist wohl der Grund für diese Einschätzung Ottos.

103 *Ottonis*, De gestis Friderici primi Aenobarbi Caesaris Augusti, Libri duo, in: *Wurstisen* (Hrsg.), Germania Historiarum Illustrium, S. 407, 453, Lib. II., Cap. XIII: „(...) interioris conditionis (...) opifices (...) militiae cingulum vel dignitulum gradus (...)“.

104 *Goldschmidt*, Handbuch des Handelsrechts, Bd. 1, 3. Aufl., S. 154.

fassung.<sup>105</sup> Dabei nahmen die Zunftvorsteher und insbesondere die der Kaufmannsinnungen einen besonderen Anteil an der Stadtregierung.<sup>106</sup> Besondere Aufgaben stellten dabei die Außenvertretung der Stadt oder der Abschluss von umfassenden Handelsverträgen dar.<sup>107</sup>

Als Vorsteher der Innungen – und insbesondere der Kaufmannschaft – wurden gleich dem kommunalen Vorbild *Consules* aus den eigenen Reihen erwählt. Der Titel *Consules mercatorum* bezeichnet dabei allerdings nicht weiter die städtische Obrigkeit, sondern die Vorstandschaft der besonderen Korporation aus den Reihen der Mitglieder.<sup>108</sup> Somit sind sie vielmehr als der städtischen Vorstandschaft entgegengestellt anzusehen. Daneben werden den *Consules mercatorum* gleich dem Muster der Stadtgemeinde ein kleiner und ein großer Rat zur Seite gestellt.<sup>109</sup>

Paradigmatisch für diese Epoche der aufkommenden Zünfte und Gilden<sup>110</sup> war, dass das Gerichtswesen innerhalb der Innungen erstarkte und das feudale System mit dem *Podestà* an der Spitze innerhalb der eigenen Reihen weitestgehend verdrängte. Vielmehr standen nun die *Consules mercatorum* als Laien mit besonderer Expertise in Handelssachen an der Spitze der eigenen Gerichte. Dies freilich nur, wo die Gilden und Zünfte einen starken Einfluss hatten: so z. B. in Florenz, nicht aber anfangs in Genua.<sup>111</sup>

---

105 Beispielsweise in Florenz: „*Ordinamenta iustitiae comunis et populi Florentiae*“, neuerer Text in: *Emiliani-Giudice*, Storia dei Comuni Italiani, Bd. 3; vgl. ferner *Hegel*, Die Ordnung der Gerechtigkeit in der Florentinischen Republik, S. 1 ff.; *Perrens*, Histoire de Florence, Bd. 2, S. 369 ff., insbes. S. 372; *Hüllmann*, Städtewesen des Mittelalters, Bd. 3, S. 339, 341, 429, 433 ff.

106 Urkunden bei: *Muratori*, Antiquitates Italicae Medii Aevi II, Bd. 2, S. 890, 891, 900, und Urkunden bei: *Muratori*, Antiquitates Italicae Medii Aevi IV, Bd. 4, S. 81.

107 Vgl. Vertrag zwischen Lucca und Modena aus dem Jahr 1182, abgeschlossen durch die *Consules mercatorum* und *Consules majores*: *Muratori*, Antiquitates Italicae Medii Aevi II, Bd. 2, S. 887 f.

108 *Savigny*, Geschichte des Römischen Rechts im Mittelalter, Bd. 3, S. 117.

109 *Silberschmidt*, Die Entstehung des deutschen Handelsgerichts, S. 5, m. w. N.

110 Gerade in dieser frühen Epoche erscheint eine Abgrenzung zwischen den beiden Instituten erschwert. Kann man grundsätzlich davon ausgehen, dass Zünfte Handwerksvereinigungen und Gilden Handelskooperationen sind, fällt auf, dass auch in Anbetracht der doppelten Tätigkeit der Mitglieder ein fließender Übergang anzuerkennen ist (beispielhaft: Der Handwerker preist seine eigens hergestellten Produkte selbst am Markt zum Verkauf an), vgl. dazu auch: *Schmidt-Wiegand*, Die Bezeichnung Zunft und Gilde in ihrem historischen und wortgeographischen Zusammenhang, in: *Mauer/ Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte* (Hrsg.), Vorträge und Forschung (VuF): Kommunale Bündnisse Oberitaliens und Oberdeutschlands im Vergleich, Bd. 33, S. 31-52.

111 *Lastig*, Entwicklungswege und Quellen des Handelsrechts, S. 149, 171, 232.

Ausnahmsweise urteilt auch ein Rechtsgelehrter, der von einem oder zwei kaufmännischen Beisitzern im Kollektiv unterstützt wird.<sup>112</sup> Zwar erwies sich die Regierungsform des Consulats als unangemessen, vermochte sie nicht der Verschiedenheit der Interessen und der Parteien Rechnung zu tragen, wodurch das Bedürfnis einer stabilen inneren Einheit einen einzigen Potestaten an die Spitze trieb<sup>113</sup>, doch kann dieses Bedürfnis als ein rein gesellschaftspolitisches gesehen werden. Gleichwohl sollte diese Entwicklung keinen Einfluss auf das Gerichtswesen haben. So erklärt es sich auch, dass die durch Laien besetzten Innungsgerichte an Beliebtheit gewannen.

#### Abschnitt 4: Die erstarkende Selbstständigkeit der Innungen und ihr Einfluss auf die Handelsgerichtsbarkeit

Das Erstarken der Korporationen ist neben der grundsätzlichen Abkehr von den *Nobiles*<sup>114</sup> die treibende Kraft für die wachsende Selbstständigkeit der Innungsgerichtsbarkeit.

Auf der materiellrechtlichen Ebene gewinnen neben dem formalistischen römischen und dem gemeinen kanonischen Recht endlich das modernisierte und das das römische Recht nahezu verdrängende langobardische Recht<sup>115</sup>, das Statutenrecht sowie das lokale Gewohnheitsrecht immer stärkere Bedeutung.<sup>116</sup> Besonders Statuten- und Gewohnheitsrecht waren mit der Anerkennung der communalen Jurisdiktion durch den Konstanzer Frieden erweitert worden.<sup>117</sup> Insbesondere durch handelsrechtliche Verträge und Übereinkünfte – unter der Mitwirkung von gelehrten Schreibern (*Notares*) – folgen eine schrittweise Weiterentwicklung und Kodifizierung.<sup>118</sup> Daraus bildet sich ein besonderer Geschäftsstil (*stylus merca-*

---

112 *Lattes*, Il diritto commerciale nella legislazione statutaria delle città italiane, S. 262 ff. Abschnitt: *Numero dei giudici* und dessen FN 31–33 auf S. 273.

113 *Von Hegel*, Geschichte der Städteverfassung von Italien, Bd. 2, S. 255.

114 Siehe dazu die Ausführungen bei *Savigny*, Geschichte des Römischen Rechts im Mittelalter, Bd. 3, S. 118–120.

115 *Goldschmidt*, Handbuch des Handelsrechts, Bd. 1, 3. Aufl., S. 150, m. w. N.

116 In Genua standen die örtlichen Regeln (*praecepta*) bereits um 1056 im Vordergrund der Eidesleistung, vgl. *Lastig*, Entwicklungswege und Quellen des Handelsrechts, S. 50 ff.

117 Vgl. dazu die Rolle der *Emendatoren* bei *Lastig*, Entwicklungswege und Quellen des Handelsrechts, S. 161 ff.

118 Vgl. zu dem Institut des Notariats: *Bethmann-Hollweg*, Der Civilprozess des gemeinen Rechts in geschichtlicher Entwicklung, Bd. 4, S. 360.

torum) heraus, der sodann in der *arte notariae* (um das 13. Jahrhundert) mündet.<sup>119</sup> Insbesondere die neu geschaffenen Innungsstatuten festigten den inneren sowie den äußeren Zusammenhalt der Koperationen. Hervorzuheben ist, dass den Innungsstatuten nicht lediglich administrative Funktion innewohnte, sondern dass sie auch gewerbepolizeiliche Regelungen sowie ein eigenständiges Handels- und Gewerberecht vorsahen.<sup>120</sup> Zweck der Innungsbünde war also nicht nur die Jurisdiktion allein<sup>121</sup>, sondern daneben auch die Verwaltung und Überwachung der Geschäfte. Auch die wettbewerbspolizeiliche und marktrechtliche Aufsicht waren Teil ihrer Selbstkompetenz.<sup>122</sup>

Die Wahl der Innungsvorsteher und der Beamten fand meist ohne Mitwirkung der städtischen Obrigkeit statt. Eine Ausnahme hierbei bildet u. a. das Statut von Verona aus dem Jahr 1450.<sup>123</sup> Auch in Como, Modena und Pavia wurden die *Consules mercatorum* anfangs noch von den Häuptern der Stadt erwählt und nicht durch die Innungen selbst.<sup>124</sup> Teilweise wurden sie auch nicht aus den Reihen der Korporationen selbst, sondern aus denen der *Nobiles* erwählt.

Auch die unbedingte Einheit von oberster Staatsbehörde und oberster Innungsbehörde in Parma bildet eine Ausnahme.

Die Kaufmannsinnungen umfassten mitunter verschiedene Gewerbesparten.<sup>125</sup> In Pisa etwa wurde im Jahr 1298 eine Gesamtinnung (*coriarii – septem artes coriariorum*) als eine Art Dachverband der einzelnen, selbstständigen Spezialinnungen gebildet.<sup>126</sup> In Florenz verband die Gesamtverfassung (*mercanzia* bzw. *universitas mercatorum*) die Klassen zu einer Einheit.<sup>127</sup> *Goldschmidt* sieht in Letzterer lediglich eine „künstlich-politi-

---

119 *Bethmann-Hollweg*, Der Civilprozess des gemeinen Rechts in geschichtlicher Entwicklung, Bd. 6, S. 159 ff.

120 Mit Nachweisen bei: *Goldschmidt*, Handbuch des Handelsrechts, Bd. 1, 3. Aufl., S. 167.

121 So meint es jedenfalls *Silberschmidt*, Die Entstehung des deutschen Handelsgerichts, S. 5.

122 Vgl. *Goldschmidt*, Handbuch des Handelsrechts, Bd. 1,3. Aufl., S. 171.

123 Statuten von Verona, abgedruckt in: *Cominio*, Statutorum Magnificae Civitatis Veronae. Libri quinque, una cum privilegiis, Bd. 1, Lib. 1. Cap. LXXXIX (v. 18.10.1458), S. 41; vgl. auch Cap. LI–LIX (S. 21–26), Cap. XLVIII (S. 20).

124 *Lattes*, Il diritto commerciale nella legislazione statutaria delle città italiane, Anm. 3 auf S. 41.

125 Insoweit zeigt sich auch hier die schwere Differenzierbarkeit zwischen Zunft und Gilde, vgl. bereits oben bei FN 110.

126 *Bonaini*, Statuti inediti della città di Pisa: dal XII al XIV secolo, Bd. 3, S. 911 ff.

127 *Lastig*, Entwicklungswege und Quellen des Handelsrechts, S. 265 ff.

sche<sup>128</sup> Vereinbarung. Jedenfalls seit Anfang des 14. Jahrhunderts liegt ein festes Bündnis zwischen den Parteien vor.<sup>129</sup>

Nichtsdestoweniger erscheint die Innungsgerichtsbarkeit immer häufiger als mit der hoheitlichen Jurisdiktion konkurrierend.<sup>130</sup> In Pisa galt die Rechtsprechung der Innungen im Verhältnis zu den hoheitlichen Urteilen nur *loco iudicum*,<sup>131</sup> was auf eine private schiedsgerichtliche Sichtweise derselben hinweist.<sup>132</sup> Nicht gefolgt werden kann dabei der Ansicht, es habe sich um ausschließlich über Handelssachen urteilende Gerichte gehandelt. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Innungsgerichte – wie gezeigt – neben den hoheitlichen Gerichten walten und für alle Streitigkeiten der Innungsmitglieder untereinander zuständig waren.<sup>133</sup> Das Nicht-Einhalten dieser (internen) absoluten Zuständigkeit konnte auch mit Strafe bedroht werden. Auch ließe sich eine gewisse Parallele zu privaten Sondergerichten zeichnen, mangelte es ihnen teilweise durchaus an einer hoheitlichen Legitimation ihrer Jurisdiktionsbefugnis. Insbesondere der vertragliche Charakter der Unterwerfung verdient dabei Aufmerksamkeit. Durch Beitritt und Eidesleistung unterwarf man sich der Gildensatzung und damit auch der selbstständigen Jurisdiktion. Aber auch Nichtangehörigen stand der Weg zu den Innungsgerichten offen – insofern war die Judikatur auch eine elektive.<sup>134</sup> Darüber hinaus scheint fast eine Art Wettlauf zwischen den Gerichtswesen stattgefunden zu haben, offerieren die Innungsgerichte dem Rechtsuchenden mitunter eine Entscheidung *summarie [et sine delatione]*, also ein summarisches, kostengünstiges und schnelles Verfahren.<sup>135</sup> Nach der *Breve curiae maris* von Pisa war sogar eine Prozesszeit von

128 *Goldschmidt*, Handbuch des Handelsrechts, Bd. 1, 3. Aufl., S. 161.

129 Vgl. Rubr. XXVII, in: Statutum artium et artificum civitatis florentiae anno 1312; vgl. auch *Bonolis*, La giurisdizione della mercanzia in Firenze nel secolo XIV, S. 50.

130 Vgl. diesbezüglich z. B. Tit. XXXI der Lib. Consuet. Medio. v. 1216, in: *Berlan*, Liber Consuetudinum Mediolani anni MCCXVI. Ex Bibliothecae Ambrosianae Codice, S. 73 f.; hinzuweisen ist hier auch auf die ausdrückliche Erwähnung von geltendem Gewohnheitsrecht.

131 Constituta Legis et Usus Pisanae civitatis (Anni 1160), Cap. II, in: *Bonaini*, Statuti inediti della città di Pisa: dal XII al XIV secolo, Bd. 2, S. 643–1026 (Cap. II (*usus*), S. 811 ff.).

132 So generell auch *Schaube*, Das Konsulat des Meeres in Pisa. Ein Beitrag zur Geschichte des Seewesens, der Handelsgilden und des Handelsrechts im Mittelalter, S. 126 ff.

133 So auch *Goldschmidt*, Handbuch des Handelsrechts, Bd. 1, 3. Aufl., S. 171.

134 Vgl. u.a. zur Beschränkung der Jurisdiktion und Unterwerfung: *Goldschmidt*, Handbuch des Handelsrechts, Bd. 1, 2. Aufl., S. 438 FN. 14.

135 *Goldschmidt*, Handbuch des Handelsrechts, Bd. 1, 3. Aufl., S. 173.

nur drei Tagen vorgesehen.<sup>136</sup> Auch Urkundsprozesse bzw. die sofortige Vollstreckung aus privaten – durch Kaufleute ausgestellten – Urkunden wurden rege praktiziert.<sup>137</sup> Zunächst waren die Statuten noch subjektiv ausgerichtet und auf Mitglieder gerichtet. Durch die Feststellung, dass die Kaufmannsinnungsgerichte für die *causa mercatorum* zuständig waren, wurde diese Zuständigkeit indes schleichend zu einer objektiven Kompetenz<sup>138</sup> für Handelssachen in Gänze.<sup>139</sup> Aber auch durch Verträge wurde diese Kompetenz stetig ausgebaut. In dem Vertrag zwischen Pisa und Rom vom 10.01.1174 wurde u. a. vereinbart, dass Streitfälle ganz bestimmter Art durch die *Consulen* der Kaufleute zu entscheiden waren.<sup>140</sup> Trotz dieser Erweiterung und Verobjektivierung (als *causa mercatorum*) bleibt festzuhalten, dass es sich weiterhin um eine innungsinterne Zuständigkeit handelt, war doch

„jeder, der Handelsgeschäfte betreibt, Kaufmann (und damit Innungsgenosse), jeder Vertrag zwischen Kaufleuten Handelssache und jede Handelssache Innungssache (...)“.<sup>141</sup>

Praktische Erweiterung erfuhr die Zugriffsmöglichkeit der Innungsgerichte weiterhin durch ihre Bemühungen, den gesamtpolitischen Einfluss auszuweiten. Durch die Akquise neuer Mitglieder, die den Eid auf die Innungsstatuten ableisten sollten, wuchs neben der Mitgliederzahl und dem gesellschaftlichen Gewicht stets auch die Anzahl der Prozessparteien.

Paradigmatisch für die Errungenschaft einer erstmaligen besonderen hoheitlichen Rechtsprechung speziell für Kaufleute im seinerzeit existieren-

---

136 Breve curiae maris von Pisa rub. 13.

137 Lattes, *Il diritto commerciale nella legislazione statutaria delle città italiane*, S. 294 ff., mit Statutenmaterial auf S. 300 ff.

138 Lattes, *Il diritto commerciale nella legislazione statutaria delle città italiane*, S. 251: „(...) non viene determinata dalla qualità dei litiganti ma dalla natura delle controversie (...)“ sowie (...) „non è necessario che entrambe le parti siano commercianti (...)“.

139 Über die Probleme, die sich aus Streitigkeiten zwischen unterschiedlichen Gilden ergaben, und das Bedürfnis nach Objektivierbarkeit bei: Endemann, Beiträge zur Kenntniß des Handelsrechts im Mittelalter, in: Goldschmidt (Hrsg.), *Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht*, Bd. 5, S. 333-414, S. 358, 361.

140 Schaub, Die pisanischen Consules mercatorum im zwölften Jahrhundert, in: *Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht*, Bd. 41, 1893, S. 100, S. 116.

141 Von Rosenberg, Handelsgerichtsbarkeit, in: Ehrenberg (Hrsg.), *Handbuch des gesamten Handelsrechts*, Bd. 1, S. 449–520 (S. 451).



den Herrschaftsgefüge ist schlussendlich die im Jahr 1307<sup>142</sup> erfolgte offizielle Anerkennung des *officium mercanziae* mit dem Charakter eines hoheitlichen Gerichtshofs in Italien. Insbesondere durch die stetige Ausweitung der Innungsgerichtsbarkeit<sup>143</sup> sowie durch weitere Zusammenschlüsse<sup>144</sup> der Innungen konnte dieses Ziel erreicht werden. Bemerkenswert ist dabei, dass das *officium mercanziae* auch nach deren Anerkennung weiterhin nicht an die strenge Prozessform gebunden war und somit eine beschleunigte Verfahrensweise praktizieren konnte.

## Abschnitt 5: Zusammenfassung der italienischen Entwicklung

Um eine möglichst übersichtliche Zusammenfassung zu gewährleisten, wird diese in eine chronologische Kurzfassung einerseits sowie in ein inhaltliches Resümee andererseits gestaffelt.

### 5.1 – Chronologische Kurzfassung

Zeitgeschichtlich für diese Untersuchung relevant sind die Entwicklungen innerhalb des italienischen Rechtskreises in einer Phase vor der Errichtung der städtischen Freiheit und einer Phase nach ebendieser zu trennen.

Zu Beginn der ersten Phase lag die Gerichtsbarkeit ausschließlich in der Herrschaftsgewalt verankert.<sup>145</sup> Anfang des 10. Jahrhunderts bildete sich in Oberitalien das Personalinstitut der *Scabinen* heraus, die bei der Urteilsfindung mitwirkten.<sup>146</sup> Der Name *Scabini* kann als gleichbedeutend mit dem Personalinstitut des *Judices* gesehen werden. Letztere sind die Stadtrichter, die durch die *boni homines* (die guten Männer) als die Freien ersehen wurden und von der Zustimmung der Angehörigen der Stadt (*patriani*)

---

142 Gesetz vom 21.03.1307 – 1308 nach unserem Stil, wobei das genaue Datum unklar ist, vgl. *Lastig*, Entwicklungswege und Quellen des Handelsrechts, S. 272–273.

143 Vertiefend hierzu: *Endemann*, Beiträge zur Kenntniß des Handelsrechts im Mittelalter, in: *Goldschmidt* (Hrsg.), Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht, Bd. 32, S. 333–414, S. 358.

144 Siehe dazu oben auch bei: *Goldschmidt*, Handbuch des Handelsrechts, Bd. 1, 3. Aufl., S. 160, FN 55.

145 Vgl. bei FN 3.

146 Vgl. bei FN 4f.

abhängig waren.<sup>147</sup> Der Schwerpunkt ihrer gerichtlichen Tätigkeit lag in der Zeugnisfähigkeit in Kollegialorganisation. Um ständige Urteiler bzw. Laienrichter hat es sich hierbei nicht gehandelt.<sup>148</sup>

Möchte man für die Errichtung der städtischen Freiheit – als zweite Phase – einen Wendepunkt benennen, so wird dieser trotz der langen Entwicklungsgeschichte<sup>149</sup> entweder auf den 01.12.1167 als Gründungsdatum des lombardischen Städtebunds (*concordia civitatum*)<sup>150</sup> oder wahlweise auf den Frieden von Venedig im Jahr 1177 bzw. den Konstanzer Vertrag im Jahr 1183 fallen.<sup>151</sup>

Das Hauptaugenmerk des Konstanzer Friedens liegt dabei auf der freien Wahl einer eigenen Gerichtsobrigkeit als höchstes Recht der Selbstregierung der Städte.<sup>152</sup> Hieraus entwickelte sich das Consulat, dessen Aufgabe die Ausübung der Regierungsgewalt und damit auch der Jurisdiktion umfasste.<sup>153</sup> Die dabei agierenden *Consules* waren im Gegensatz zu den ursprünglich urteilenden *Judices* (meist) keine Rechtsgelehrten.<sup>154</sup> Abgelöst werden sie Mitte des 12. Jahrhunderts durch den Podestaten, einen Stadtverwalter auf ein Jahr.<sup>155</sup>

Durch die wachsende Selbstständigkeit der *Comunes* erlangten auch die Zünfte und Innungen mehr und mehr Selbstständigkeit.<sup>156</sup> In der Folge setzten die Kaufmannsinnungen sog. *Consules mercatorum* an ihre Spitze<sup>157</sup> welche auch die Aufgabe der inneren Jurisdiktion übernahmen.<sup>158</sup> Schon bald stand diese innere Gerichtsbarkeit in Konkurrenz zu der weiterhin bestehenden hoheitlichen Gerichtsbarkeit.<sup>159</sup> Nach stetiger Erweiterung der Innungsgerichtsbarkeit nach außen, bis hin zur sog. *causa*

---

147 Vgl. bei FN 7 ff.

148 Vgl. bei FN 16 ff.

149 Vgl. bei FN 23 ff.

150 Vgl. bei FN 46.

151 Vgl. bei FN 50 ff.

152 Vgl. bei FN 54.

153 Vgl. bei FN 72.

154 Vgl. bei FN 82 ff.

155 Vgl. bei FN 94.

156 Vgl. bei FN 104 ff.

157 Vgl. bei FN 108.

158 Vgl. bei FN 111.

159 Vgl. bei FN 130 ff.

*mercatorum*<sup>160</sup>, mündeten die Bemühungen in einer offiziellen Anerkennung der *officium mercanziae* im Jahr 1307 mit dem Charakter eines hoheitlichen Gerichtshofs in Italien.<sup>161</sup>

## 5.2 – Resümee

Maßstab der Untersuchung bilden stets die drei Zielgrößen des staatlichen Verfahrensmonopols, die Verfahrensförmlichkeit sowie die Laienexpertise. Auf die deutsche Geschichte zur Handelsgerichtsbarkeit hinführend, sind die vorhergehenden Ergebnisse nun insoweit zusammenzufassen.

**(Verfahrensförmlichkeit)** Die vorangestellten Entwicklungen lassen bereits in hohem Maß auf das Bedürfnis nach einer raschen Urteilsfindung schließen. Gerade unter Berücksichtigung der sonstigen starren Prozessformen bot die vor den Innungsgerichten praktizierte Beschleunigung für Kaufleute einen signifikanten Vorzug zur Durchsetzung ihrer Rechte. Diese besondere Stärke der Innungsgerichte zieht sich auch durch die weitere Entwicklung fort. Auch die Tatsache, dass das *officium mercanziae* auch nach deren Anerkennung weiterhin nicht an die strenge Prozessform gebunden war und somit eine beschleunigte Verfahrensweise praktizieren konnte, bekräftigt die Vermutung nach einem besonderen Mehrwert dieser Verfahrensform.

**(Laienexpertise)** Bereits früh zeigt sich eine augenscheinliche Abkehr von juristisch geschulten Urteilern. Neben den hoheitlich agierenden *Consules* waren besonders die Innungsvorsteher als juristische Laien zur Urteilsfindung berufen. Gleichwohl konnten Letztere allerdings eine gewisse fachliche Expertise vorweisen. Dies könnte zunächst auf ein grundsätzliches Begehren nach spezieller Fachkenntnis anstelle von Rechtskenntnis zurückzuführen sein. Dabei darf indes nicht verkannt werden, dass die materielle Gesetzeslage – sofern man sie als solche bezeichnen möchte – maßgeblich durch Statuten, Gewohnheitsrecht und Lokalrecht geprägt war. Die handelsrechtliche Besonderheit der Handelsgebräuche muss in dieser Epoche somit um einiges weiter gesehen werden, als es mitunter im Verlauf der Entwicklung der Fall sein wird. Dementsprechend stellen vormalige Handelsbräuche und Handelsgewohnheiten mehr als nur individuelle Ergänzungen und Sonderjustierungen des allgemeinen Rechts dar; sie sind nicht nur näher am Recht angelehnt, sie bilden es gerade aus sich

---

160 Vgl. bei FN 138.

161 Vgl. bei FN 142.

heraus. Insoweit hatten bereits zu dieser Zeit die Kaufleute selbst einen erheblichen Einfluss auf die materielle Rechtslage in Handelssachen und waren somit auch in höchstem Maße kompetent, darüber zu verfügen. Es ist mithin nicht verwunderlich, dass das Bedürfnis der Prozessbeschleunigung und der umfassenden Würdigung aller (gewohnheitsrechtlichen) Statuten besser durch summarische Prozesse vor Innungsgerichten als vor hoheitlichen Gerichten – in denen das formelle römische/kanonische Recht vorherrschte – befriedigt werden konnte. Naturgemäß waren diese frühen Consulargerichte hingegen weit mehr als einfache Handelsgerichte. Sie erfüllten u. a. auch wettbewerbspolizeiliche und damit allgemein administrative Funktionen.

**(Staatliches Verfahrensmonopol)** Überdies lässt sich in dem Erstarken der selbstständigen Innungsgerichtsbarkeit eine weitere wichtige Kernaussage über die frühe Handelsgerichtsbarkeit ableiten. Durch die Innungsgerichte tritt eine besondere Form der Jurisdiktion für Kaufleute erstmals auffällig in Konkurrenz zu dem bisher vorherrschenden hoheitlichen Verfahrensmonopol der Herrschaftsgewalt. Kraft der darüber hinausreichenden administrativen Kompetenzen muss hier sogar von einer Beschneidung dieser Kompetenz ausgegangen werden.

Titel II. – Frankreich und der Einfluss der italienischen Kaufleute

Im weiteren Verlauf gilt es, den für die europäische Rechtsentwicklung so maßgebenden französischen Handelsgerichtsprozess zu betrachten. Dieser basiert wesentlich auf dem italienischen Innungsrecht und verhält sich zu diesem in hohem Maße rezeptiv.<sup>162</sup> Den Weg des Geistes, der das Handelsrecht in Italien belebte, gilt es daher, zunächst bis in die südlichen Messplätze Frankreichs zu verfolgen. Mit den italienischen Kaufleuten fanden die Handelsorganisationsformen und so das italienische Recht Einzug in die Messplätze Frankreichs.<sup>163</sup> Dabei wird besonders auf das Seehandelsrecht einzugehen sein. Sodann verdient die in Frankreich erfolgte Kodifikation des Handelsrechts eine besondere Betrachtung – nicht zuletzt aufgrund deren fundamentalen Gewichts für die europäische Rechtsentwicklung des Zivilrechts im Allgemeinen sowie des Handelsrechts im Besonderen.

Diese Arbeit betrachtet vornehmlich den Süden Frankreichs. Vorweg bedarf es dazu einer kurzen Darstellung der politischen Entwicklungen.<sup>164</sup> Das zeitgenössisch bekannte Frankreich ist aus zahlreichen Völkerschaften sowie aus völlig oder nahezu unabhängigen Gebieten zu einer einheitlichen Monarchie zusammengewachsen. So kamen das vormalige burgundische oder arelatische Königreich überwiegend erst in den letzten Jahrhunderten des Mittelalters (Toulouse: 1293; Montpellier: 1349; Marseille: 1481), die Champagne im Jahr 1293 bzw. 1311, die Bretagne im Jahr 1237 bzw. 1532 und die Franche-Comté erst im Jahr 1678 hinzu. Das Elsass – das sich historisch bedeutsam immer wieder zwischen den Großmächten Frankreich und Deutschland sah – kam erst im Laufe des 15. Jahrhunderts hinzu.

Einen Mittelmeerhafen besaß Frankreich ursprünglich nicht. Umso schwieriger gestalteten sich die Bemühungen, sich gegen die italienischen Städte Genua, Pisa und Venedig durchzusetzen. Erst mit dem im Jahr 1246 gegründeten<sup>165</sup> (ursprünglich dörflichen) Aigues-Mortes und dem ab dem Jahr 1278 sukzessiv hinzutretenden Montpellier<sup>166</sup> festigte sich die südliche Seehandelsfähigkeit Frankreichs. Aigues-Mortes wurde dabei durch

---

162 Auch *Goldschmidt*, Handbuch des Handelsrechts, Bd. 1, 3. Aufl., S. 176.

163 *Silberschmidt*, Die Commenda in ihrer frühesten Entwicklung bis zum XIII. Jahrhundert, S. 61.

164 Zu der Entwicklung siehe: *Goldschmidt*, Handbuch des Handelsrechts, Bd. 1, 3. Aufl., S. 212 f.

165 *Pigeonneau*, Histoire du commerce de la France, Bd. 1, S. 135 ff.

166 *Pigeonneau*, Histoire du commerce de la France, Bd. 1, S. 320 ff.

große Privilegien begünstigt, konnte sich aber nur schleppend gegen Montpellier und Marseille behaupten. Eines dieser Privilegien war die Gründung eines Gerichtshofs, der in vornehmlich summarischen Verfahren über Seehandelsstreitigkeiten urteilte.<sup>167</sup> Auf die besondere Bedeutung der Seehandelsgerichte sei im weiteren Verlauf vermöge ihrer wichtigen Rolle für die Entwicklung von selbstständigen Handelsgerichten noch gesondert einzugehen.

### Abschnitt 1: Heimisches Recht in der Fremde: der Weg des italienischen Innungssystems nach Frankreich

Motor der Globalisierung war die im 11. Jahrhundert aufkommende Ausweitung des Mittelmeerhandels durch die italienischen Seehandelstädte und die lokalen Händler. Insbesondere durch die ersten Kreuzzüge wurde Italien zum Knotenpunkt des Mittelmeerhandels.<sup>168</sup> Die Händler traten ihre Reise dabei in Schiffskonvois an. Auf diesen Schiffen herrschte grundsätzlich heimisches Recht, welches auch in der Fremde zur Anwendung gelangte.<sup>169</sup> Jeder Konvoi wurde dementsprechend durch einen *Schiffsnotar* und einen *Reiseconsul* begleitet, welche primär die Jurisdiktion in der Fremde ausübten.<sup>170</sup> So heißt es in dem Friedensvertrag zwischen Pisa und Genua vom 29.01.1176: „*Similiter teneantur eligere duos bonos viros et utiles qui uadant in nauibus ad unam provinciam ad quam uadunt causa negociandi qui teneantur sicut superiores donec in eo itinere suerint.*“<sup>171</sup> Die *Reiseconsuln* waren dabei *Consules* der Händler (*consules illorum mercatorum*<sup>172</sup>). Grundgedanke war demnach das Prinzip der persönlichen Rechte, d. h., dass jeder auch in der Fremde von seinen Richtern nach heimischem Recht

---

167 „(...) *etablissement d'une Cour superieure qui prononcerait en appel sur les sentences des consuls de mer et jugerait sommairement en matiere maritime et commerciale.*“ In: Pigeonneau, *Histoire du commerce de la France*, Bd. 1, S. 321–322.

168 Haverkamp, *Die Städte im Herrschafts- und Sozialgefüge Reichsitaliens*, in: Schieder/ Gall (Hrsg.), *Historische Zeitschrift*, Beiheft 7: *Vittinghoff* (Hrsg.), *Stadt und Herrschaft – Römische Kaiserzeit und Hohes Mittelalter*, S. 149–245, S. 203.

169 Ähnlich dem heutigen Flaggenrecht auf Schiffen; vgl. zur *Commenda* vertiefend: Silberschmidt, *Die Commenda in ihrer frühesten Entwicklung bis zum XIII. Jahrhundert*, S. 27 und 97.

170 Silberschmidt, *Die Entstehung des deutschen Handelsgerichts*, S. 9.

171 *Codex diplomaticus Sardiniae I.*, in: *Baudi di Vesme/ Desimoni/ Poggi* (Hrsg.), *Historiae patriae Monumenta*, Bd. 10, S. 249.

172 *Codex diplomaticus Sardiniae I.*, in: *Baudi di Vesme/ Desimoni/ Poggi* (Hrsg.), *Historiae patriae Monumenta*, Bd. 10, S. 247.

verurteilt werden sollte und konnte.<sup>173</sup> Es erscheint in der Tat fragwürdig, ob dieses Prinzip vornehmlich als Privileg der Händler angesehen werden kann oder nach *Lastig* als eine Form der Untertanenpflicht gegenüber der heimischen Obrigkeit begriffen werden muss.<sup>174</sup> Versucht man, diese Frage aufzulösen, so wird man mit *Lattes* feststellen müssen, dass dies mit Blick auf die Quellenlage erhebliche Schwierigkeiten aufwerfen wird.<sup>175</sup> Gleichwohl lässt sich aus dem Umstand, dass der in der Fremde Verweilende nur von heimischen Richtern Recht nehmen solle, ein wichtiger Grundsatz mittelalterlichen Municipalrechts ableiten.<sup>176</sup> Dieser Grundsatz ist bereits früher und in ähnlicher Form aus dem Binnenhandelsverkehr – z. B. zwischen Mailand und Venedig – bekannt.<sup>177</sup> Auch hier wurden heimische *Handelsconsuln* für die eigenen Angelegenheiten in der Fremde bestellt. Insoweit muss berücksichtigt werden, dass die eigenständige Jurisdiktion in der Fremde fraglos eine fundamentale Verletzung der jeweiligen städtischen Souveränität darstellte und somit erst (vertraglich oder anders) erworben werden musste.<sup>178</sup> Besonders die hierdurch herbeigeführte Beschneidung des autoritären Verfahrensmonopols galt es zu rechtfertigen. Ausgelöst durch das verstärkte Handelsaufkommen, wurde dieser Verlust der Souveränität jedoch mittels erheblicher monetärer Vorzüge aufgewogen und veranlasste die Obrigkeit zur Erteilung eingestehender Privilegien.<sup>179</sup>

---

173 *Silberschmidt*, Die Entstehung des deutschen Handelsgerichts, S. 9.

174 *Lastig*, Entwicklungswege und Quellen des Handelsrechts, S. 154.

175 *Lattes*, Il diritto commerciale nella legislazione statutaria delle città italiane, S. 51.

176 Vgl. bereits das Fragment Nr. XII aus den Statuten der *consules placitorum* von Genua, Anfang des 13. Jahrhunderts: „*Ut nullus ianuensis compellat alium ad extraneam curiam. Laudabo publice in parlamento quod nullus ianuensis appellet aliquem vel aliquos ianuenses in extraneis terris ad extraneum iudicem aut extraneam curiam de aliquibus conuentionibus siue brigis que inter eos emergissent.* [ausgenommen] S. 277: (...) *quando ianuensis consulatus fortassis in ea terra non esset* (...).“ Frammento degli statuti del consolato dei placiti di Genova, in: *Datta*, Delle libertà del comune di Nizza, Bd. 2, S. 263–277, 276; auch *Goldschmidt*, Handbuch des Handelsrechts, Bd. 1, 3. Aufl., S. 181.

177 Vgl. bei *Lattes*, Il diritto commerciale nella legislazione statutaria delle città italiane, S. 55, FN 19: „(...) *Essa aveva un proprio console, eletto dapprima dei suoi membri* (...)“.

178 Vgl. zum Arrestverfahren bei städteübergreifenden Prozessen *Wach*, Der Arrestprozess in seiner geschichtlichen Entwicklung, Bd. 1 (Der italienische Arrestprozess), S. 38 ff.

179 Dazu mehr z. B. unter FN 215.

Aufgrund der beeindruckenden Größe der italienischen Konvois war es nicht ungewöhnlich, dass sich eine gewichtige Anzahl an Kaufleuten derselben oder benachbarter Städte in der Fremde zusammenfand. Diese schlossen sich sodann zu Korporationen zusammen und unterwarfen sich gemeinsamen *Consules*. Meist wurden diese durch die in der Fremde Verweilenden selbst gewählt,<sup>180</sup> teilweise aber auch durch die heimische Obrigkeit oder die Innungsvorsteher ernannt.<sup>181</sup> Diese Korporationen bestanden wohl überwiegend aus Kaufleuten, sodass die *Consules* vornehmlich Handelsrecht sprachen. Dabei sind die *Consules* privilegierte Richter, die der Heimat des Beklagten angehören.<sup>182</sup> Die Besonderheit der Prozesse vor den Richtern in der Fremde war das naturgemäß notwendige, besonders schnelle Verfahren *in via sommaria*.<sup>183</sup>

Nicht verkannt werden darf indes, dass es sich teilweise um quasi-hoheitliche Gerichte der Obrigkeit in der Fremde handelte – wie die genesischen *Consulargerichte*. Diese mussten zwar heimische Statuten verfolgen, nicht aber die ordentliche Prozessform wahren; waren sie doch gerade und vornehmlich mit juristischen Laien besetzt.<sup>184</sup> Innungsgerichte hingegen sprachen aufgrund subjektiver Unterwerfung ihrer Mitglieder Recht – auch in der Fremde. Die Bedeutung der Innungsgerichte und ihrer Urteile wurde dadurch intensiviert, dass ihre Kompetenz teilweise auch auf Nichtmitglieder ausgedehnt und ihre Urteile vollstreckt werden konnten.<sup>185</sup>

Neben den Innungsgerichten mit ihrem subjektiven Charakter und den Consulargerichten treten nun auch Seegerichte als dritte Gruppe der Sondergerichtsbarkeit für Kaufleute in Erscheinung. Bereits im 12. Jahrhundert begegnen uns in zahlreichen Städten des Mittelmeers sog. *consulatus maris* (Seegerichte).<sup>186</sup> In Pisa sind sie beispielsweise bereits im

---

180 *Lattes*, Il diritto commerciale nella legislazione statutaria delle città italiane, S. 51.

181 *Imposicio officii Gazarie*, in: *Alberti* (Hrsg.), *Historiae patriae Monumenta. Leges municipales.*, Bd. 1, S. 296 ff., S. 336; auch *Lastig*, *Entwicklungswege und Quellen des Handelsrechts*, S. 152.

182 *Silberschmidt*, *Die Entstehung des deutschen Handelsgerichts*, S. 10.

183 „(...) essi godevano sempre il beneficio della giurisdizione mercantile e le causa loro doveano essere giudicate in via sommaria, anche in giorni feriali, quanto piu presto si potesse, per torre pretesti alle temute rappresaglie (...)“, in: *Lattes*, *Il diritto commerciale nella legislazione statutaria delle città italiane*, S. 92, und sonst über das allgemeine Verfahren S. 258 ff.

184 *Lastig*, *Entwicklungswege und Quellen des Handelsrechts*, S. 156, 158, m. w. N.

185 *Wagner*, *Handbuch des Seerechts*, Bd. 1, S. 36 f.

186 *Pardessus*, *Collection de Lois Maritimes*, Bd. 2, *Introduction*, S. CXXV a. E.



Jahr 1201 nachweisbar.<sup>187</sup> Das Seerecht kennt als besondere Form der frühen Jurisdiktion keine Trennung zwischen Privatrecht und Verwaltungsrecht.<sup>188</sup> Das *consulatus maris* wird in Pisa daher als die oberste Administrativ- und Seegerichtsbehörde der besonderen Seehandels Gilde mit ausgedehnter Gerichtskompetenz bezeichnet.<sup>189</sup> Aber auch außerhalb Italiens findet sich das Seeconsulat – so z. B. in Montpellier<sup>190</sup> – als Seezollamt und Administrativbehörde für die Seeschifffahrt.<sup>191</sup> Manche sehen bereits hier eine Entlehnung an das italienische Vorbild.<sup>192</sup> Eine allgemeine Handelsgerichtsbarkeit der *consularis maris* von Montpellier ist hingegen erst durch die Ordonnance vom 12.09.1463 begründet worden.<sup>193</sup> Die Gerichtsbarkeit wurde dabei ausdrücklich nach dem Vorbild des Konsulats des Meeres in Perpignan geschaffen.<sup>194</sup> Dies spricht wohl gegen eine unmittelbare Entlehnung, gleichwohl der wachsende Einfluss des italienischen Rechtssystems nicht geleugnet werden kann. Grundsätzlich kann die Entstehung des *consulatus maris* aber wohl nicht dahingehend begriffen werden, eine spezielle Seehandelsgerichtsbarkeit zu entwerfen.<sup>195</sup> Vielmehr handelte es sich um eine Mischung aus Administrativ- und Jurisdiktionsorgan, welches zur Verwaltung, Steuerung und Verbundenheit des Seehandels etabliert wurde.

Die Jurisdiktion des Seehandelsrechts wurde durch die Admiralität ausgeübt. Deren Kompetenz wurde durch Edikte aus den Jahren 1400 und 1543 erweitert. In den einzelnen Häfen befanden sich der allgemeinen

---

187 *Schaube*, Das Konsulat des Meeres in Pisa. Ein Beitrag zur Geschichte des Seewesens, der Handelsgilden und des Handelsrechts im Mittelalter, S. 4 ff.

188 *Lastig*, Entwicklungswege und Quellen des Handelsrechts, S. 172.

189 *Schaube*, Das Konsulat des Meeres in Pisa. Ein Beitrag zur Geschichte des Seewesens, der Handelsgilden und des Handelsrechts im Mittelalter, S. 127 ff.; *Wagner* hingegen sieht deren Stellung weniger prominent: *Wagner*, Handbuch des Seerechts, Bd. 1, S. 40.

190 Jedenfalls ab 1258; a. A. 1250 in *Goldschmidt*, Handbuch des Handelsrechts, Bd. 1, 3. Aufl., S. 178.

191 Urkunden bei: *Germain*, Histoire du commerce de Montpellier, Bd. 2, S. 71 ff.

192 Montpellier von Genua und Pisa als grundsätzliche Heimat des Instituts, in: *Schaube*, Das Konsulat des Meeres in Pisa. Ein Beitrag zur Geschichte des Seewesens, der Handelsgilden und des Handelsrechts im Mittelalter, S. 236 f.

193 *Germain*, Histoire du commerce de Montpellier, Bd. 2, S. 385 ff.; *Pardessus*, Collection de Lois Maritimes, Bd. 4, S. 231 f.

194 Urkunde bei *Pardessus*, Collection de Lois Maritimes, Bd. 4, S. 232: „(...) *cognoist-re des debats, tout, ainsi et en la meme forme et maniere que font et ont accoutumé de faire au consulat de mer de la ville de Perpignan* (...)“.

195 *Schaube*, Das Konsulat des Meeres in Genua, in: Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht, Bd. 32, Heft 1, 1886, S. 490 ff., 498.

Admiralität unterstellte Unterbehörden. In einem Privileg Ludwigs XI. aus dem Jahr 1483 für die Hanse und insbesondere für die Städte Guyenne, Lyon, La Rochelle und Boulogne wird bestimmt, dass kein anderer Richter erster Instanz zuständig sein soll, solange die summarischen Verfahren vor den für Seehandlungssachen Zuständigen verhandelt werden.<sup>196</sup> Franz II. wies im Jahr 1554 den Gerichtshöfen der Admiralität alle Angelegenheiten der Fremden zu.<sup>197</sup> Das früh kodifizierte Seerecht – wie beispielsweise in Marseille<sup>198</sup> – kam schon bald im gesamten Mittelmeerraum und teilweise darüber hinaus zur Anwendung. So kam z. B. genuesisches Recht in Pisa<sup>199</sup> oder auf der Krim<sup>200</sup> zur Geltung.

Da besonders im Süden viele italienische Kaufleute verkehren, bringt dieses wachsende und starke Seehandelsrecht auch das italienische Recht und dessen besondere, historisch gediehene, Organisationsformen nach Frankreich. Gerade diese Begebenheit führt nach den obigen Ausführungen zu dem Nachweis der institutionellen Entlehnung. Besonders illustrativ ist hier der Grundsatz des heimischen Rechts in der Fremde sowie die Bestrebungen nach summarischen Verfahren in Handelssachen. Neben der tatsächlichen, institutionellen Expansion scheint aber auch die Weitergabe des Gedankenguts um die selbstständig verwaltete Handelsschaft eine zentrale Rolle gespielt zu haben.

## Abschnitt 2: Messgerichte: die südlichen Messplätze Frankreichs

Wurde bisher der Weg beschrieben, den die handelsgerichtlichen Organisationsformen nach Frankreich gefunden haben, soll im Folgenden der Fokus auf die unmittelbaren Auswirkungen gelegt werden. Angebracht erscheint mithin der Blick auf das zentrale Moment des südfranzösischen Handels: die festen Messplätze.

---

196 *Marquart*, Tractatus Politico-Juridicus De Iure Mercatorum Et Comerciorum Singulari, Bd. 2, Documenta, S. 16; über ein Privileg *Karls VIII.* von 1489, ders., S. 19; über besagtes Privileg von Ludwig XI. von 1483, weiter in *Miltitz*, Manuel des Consuls I, Bd. 1, S. 187.

197 *Silberschmidt*, Die Entstehung des deutschen Handelsgerichts, S. 16.

198 *Goldschmidt*, Handbuch des Handelsrechts, Bd. 1, 3. Aufl., S. 167, FN 82 f.

199 *Promis* (Edit), Statuti della colonia genovese di Pera, in: *Regia Deputazione di Storia Patria* (Hrsg.), Miscellanea di storia italiana, Bd. 11, S. 513 ff.

200 Für die Jahre 1313 bis 1344 *Imposicio officii Gazarie*, in: *Alberti* (Hrsg.), *Historiae patriae Monumenta. Leges municipales.*, Bd. 1, S. 296 ff.

Im Laufe des 11. Jahrhunderts entwickelt sich der Handel weg von dem vagabundischen Charakter hin zu stationären Niederlassungen.<sup>201</sup> Durch die Bildung von großen Messplätzen versuchten die Städte, den Handel an sich zu binden und somit monetäre Vorzüge zu erlangen.<sup>202</sup> Die südlichen Messplätze Frankreichs und die Champagnermessen bildeten seinerzeit wohl das Herzstück europäischen Handels. Diese waren dabei nicht nur reine Waren-, sondern auch Geld- und Wechselmessen.<sup>203</sup>

Mit der Oberaufsicht dieser Messen waren die von den Landesherren erwählten *custodes nundinarum* bzw. *gardes des foires* betraut.<sup>204</sup> Als Vorsitzende der Messgerichte wurden zwei *custodes nundinarum* in der Regel für eine Amtszeit von einem Jahr<sup>205</sup> als königliche Beamte<sup>206</sup> ernannt. Die Aufgaben umfassten im Besonderen die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung, wodurch ihnen die oberste polizeiliche und damit verbundene strafrichterliche Gewalt zwischen allen Messbesuchern zugesprochen war.<sup>207</sup> Vorreiter waren darüber hinaus die Messplätze der Champagnermesse, die alle Messbesucher gleichsam unter einheitliches Recht und Gericht stellten.<sup>208</sup> Diese ursprünglichen Messgerichte standen ausschließlich unter königlicher Hoheit sowie unter lokalen Rechtsstatuten und gingen originär von der Hoheitsgewalt aus. Darüber hinaus besaßen sie eine

---

201 So auch *Lastig*, Entwicklungswege und Quellen des Handelsrechts, S. 153.

202 Bzw. ihn sich nahezu an sich zu reißen.

203 *Goldschmidt*, Die Geschäftsoperationen auf den Messen der Champagne, Les divisions des foires de Champagne, in: *Goldschmidt/ von Hahn/ Keyßner/ Laband* (Hrsg.), Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht, Bd. 40, S. 1-32, 1.

204 *Schaube*, Handelsgeschichte der romanischen Völker des Mittelmeergebiets bis zum Ende der Kreuzzüge, in: *Below/ Meinecker* (Hrsg.), Handbuch der mittelalterlichen und neueren Geschichte, Abteilung 3, S. 377 f.; *Goldschmidt*, Die Geschäftsoperationen auf den Messen der Champagne, Les divisions des foires de Champagne, in: *Goldschmidt/ von Hahn/ Keyßner/ Laband* (Hrsg.), Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht, Bd. 40, S. 16.

205 Vgl. dazu auch Ordonnance de 08.05.1372, in: *Ordonnances des Roys de France de la troisième race*, Bd. 5, S. 477.

206 *Silberschmidt*, Die Entstehung des deutschen Handelsgerichts, S. 15.

207 Diese fand freilich ihre Grenze in der Gerichtshoheit des Grafen *Schaube*, Handelsgeschichte der romanischen Völker des Mittelmeergebiets bis zum Ende der Kreuzzüge, in: *Below/ Meinecker* (Hrsg.), Handbuch der mittelalterlichen und neueren Geschichte, Abteilung 3, S. 377 f.; vgl. auch Ordonnance v. 06.08.1349 in: *Isambert u. a.*, Livre Recueil général des anciennes lois françaises, depuis l'an 420 jusqu'à la révolution de 1789, Bd. 4, S. 546 ff.

208 *Goldschmidt*, Handbuch des Handelsrechts, Bd. 1, 3. Aufl., S. 234.

ausschließliche Kompetenz für Messangelegenheiten.<sup>209</sup> Aufgrund der kurzen Messzeiträume war neben der besonders raschen Urteilsfindung auch die sofortige Vollstreckung von enormer Bedeutung. Die rechtliche Vertretung war daher nur unter der Bedingung gestattet, dass die Beschleunigung nicht verhindert wurde.<sup>210</sup> Beides musste erreicht werden, noch bevor sich die Messbesucher wieder zerstreuten.<sup>211</sup> Die Reaktion darauf war die Möglichkeit der sofortigen gesicherten Vollstreckung gegebenenfalls unter Vollziehung mit Leibeshaft unter und gegenüber den Kaufleuten.<sup>212</sup>

Diesen bis zu jener Zeit vornehmlich innerhalb der Innungen, der Zünfte und Gilden verortbaren Beschleunigungsgrundsatz nun auch besonders ausgeprägt in den Verfahrensvorschriften der königlichen Gerichte wiederzufinden beschreibt erkennbar anschaulich die wechselseitige Verflechtung privater und hoheitlicher Gerichte bereits zu jener Zeit. Mittels einheitlicher Rechtsprechung in beschleunigten Verfahren über die gesamten Messbesucher wurde versucht, den Handel durch Privilegierungen zu einer Abkehr von privaten Gerichten zu bewegen. Übergeordnetes Ziel war mithin nicht die tatsächliche Begünstigung zugunsten der Händler, sondern vielmehr der Erhalt der Bindung an die hoheitliche Souveränität in Gerichtssachen.

Die besagten Privilegien standen ursprünglich den Messen der Champagne zu und wurden im weiteren Verlauf auf diejenigen von Beaucaire, Nîmes und vor allem Lyon übertragen.<sup>213</sup> Angemerkt sei darüber hinaus, dass es seinerzeit der jüdischen Glaubensgemeinschaft größtenteils verboten war, Schuldner während der Dauer der Messe (z. B. der Stadt Étampes) festzuhalten.<sup>214</sup>

---

209 Vgl. *Boutillier*, *Somme rural, ou le grand coustumier général de pratique civil et canon*, Tit. XVII, S. 73–78.

210 Ordonnance v. 06.08.1349 in: *Isambert u. a.*, *Livre Recueil général des anciennes lois françaises, depuis l’an 420 jusqu’à la révolution de 1789*, Bd. 4, S. 546 ff. (554).

211 *Silberschmidt*, *Die Entstehung des deutschen Handelsgerichts*, S. 14.

212 *Creizenacy*, *Das Wesen und Wirken der Handelsgerichte und ihre Kompetenz*. Nach den Ergebnissen der französischen und rheinischen Praxis, in: *Beilageheft zur Zeitschrift für das gesammte Handelsrecht*, Bd. IV, 1861, S. 14; *Goldschmidt*, *Die Geschäftsoperationen auf den Messen der Champagne, Les divisions des foires de Champagne*, in: *Goldschmidt/ von Hahn/ Keyßner/ Laband* (Hrsg.), *Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht*, Bd. 40, S. 1-32, 23.

213 *Turri*, *Tractatus de Cambiis, Disputation I., Questio 4*, Nr. 31, S. 14 und Nr. 38, S. 15, sowie *Silberschmidt*, *Die Entstehung des deutschen Handelsgerichts*, S. 15.

214 *Depping*, *Les juifs dans le moyen age*, S. 128–132, 131 ff., a. E.

Ihr schwerpunktmäßiges Bestreben, den Handel an sich zu binden, versuchten die Städte durch immer weitere Privilegien zu erreichen.<sup>215</sup> Hervorzuheben sind dabei die Privilegien des Grafen Thibaut IV. aus dem Jahr 1245 für die römischen, toskanischen, lombardischen und andere provenzalische Kaufleute zu Val-Provins an den Champagnermessen.<sup>216</sup> Auch König Philipp III. veranlasste im Februar 1278 die in Montpellier zahlreich angesiedelten italienischen Kaufleute, fortan ihre Geschäfte in der französischen Stadt Nîmes bzw. dem nahe gelegenen Messplatz Beaucaire zu tätigen.<sup>217</sup> Als Gegenleistung sicherte er ihnen zahlreiche und wichtige Privilegien der Autonomie und Freiheit zu.<sup>218</sup> Bestätigt und erweitert wurden diese Privilegien in zahlreichen Verordnungen.<sup>219</sup> Insbesondere beinhalteten sie das Recht – gleich den Champagnermessen –, unter einem eigenen *Consulesmercatorum* zu stehen, der nach heimischem Recht die innere Jurisdiktion ausüben sollte. Das führte auf den Messen u. a. zu einer Organisation der Fremden in jeweiligen Städtebündnissen. Gleich den Seehandelsgemeinschaften unterwarfen sie sich selbst erwählten *Consules*.<sup>220</sup> Diese *consulare Vorstandschaft* wurde maßgeblich durch die sich auf den französischen Messen befindlichen italienischen Kaufleute eingeführt und von ihnen geprägt.<sup>221</sup> Beflügelt wird diese Reziprozität zum italienischen System durch die Tatsache, dass die südlichen Städte wie Montpellier und Marseille ohnehin maßgeblich unter dem Einfluss des italienischen Rechtssystems standen.<sup>222</sup> Im Folgenden bildeten sich rasch privilegierte Gemeinschaften, an deren Spitze *Consules* mit Rechtsgewalt nach heimischem Recht standen und formfreie Prozesse in summarischen Verfahren abhielten.<sup>223</sup>

---

215 *Turri*, Tractatus de Cambiis, S. 14.

216 *Pigeonneau*, Histoire du commerce de la France, Bd. 1, S. 253, Not. 3.

217 Brief v. König Philipp III. in: *Germain*, Histoire du commerce de Montpellier, Bd. 1, S. 280 f., a. E.

218 Ordonnance des rois de France, Nr. 972, S. 1451, in: Liber iurium reipublicae Genuensis, in: *Baudi di Vesme/ Desimoni/ Poggi* (Hrsg.), Historiae patriae Monumenta, Liber iurium reipublicae Genuensis, Bd. 1; siehe auch erläuternd bei *Pigeonneau*, Histoire du commerce de la France, Bd. 1, S. 253–254.

219 Im Jahr 1321 *Ménard*, Histoire civile, ecclésiastique et littéraire de la ville de Nîmes, Bd. 2, S. 29; im Jahr 1324 ders., S. 37.

220 *Silberschmidt*, Die Entstehung des deutschen Handelsgerichts, S. 12.

221 So auch *Goldschmidt*, Handbuch des Handelsrechts, Bd. 1, 3. Aufl., S. 185, FN 15, Nr. 2.

222 *Silberschmidt*, Die Entstehung des deutschen Handelsgerichts, S. 12.

223 *Biener*, Abhandlungen aus dem Gebiete der Rechtsgeschichte, S. 144; *Silberschmidt*, Die Entstehung des deutschen Handelsgerichts, S. 13.

Bis in das Jahr 1250 können wir mit Bestimmtheit nur die *Consuln* von Montpellier nachweisen.<sup>224</sup> Am 17.06.1246 ernannte König Jayme den vormaligen Stadtkonsul *Stephanum Lobeti* für „tres annos“ zum „*consulem Francie pro villa Montispessulani*“<sup>225</sup>. Am 27.12.1246 wurde dieser endlich durch seine Mitbürger zum „*capitaneum consulem de Franciam et mercatorum in Franciam utentium quocumque modo causa negociationis*“<sup>226</sup> gewählt. Ein enger Bund von italienischen Kaufleuten unterschiedlicher Städte begegnet uns anfangs nur ausnahmsweise. Vielmehr stehen die selbstständigen Städte isoliert nebeneinander und bilden selbstständige Korporationen.<sup>227</sup> Gegen Ende des 13. Jahrhunderts ist eine andere dauerhafte städteübergreifende Korporation aus Tyrus bekannt. Hier bildeten die vier Städte Montpellier, Marseille, Barcelona und St. Gallen eine provenzalische Gemeinschaft unter einer einheitlichen Oberleitung von sechs bis sieben *Consules*.<sup>228</sup> Vorausgegangen war diesem Bund ein gemeinschaftlicher Handelsvertrag aus dem Jahr 1236 auf Zypern.<sup>229</sup> Im Laufe der Entwicklung sind es gerade diese Städte, die als Erstes gemeinschaftlich auf den französischen Messen auftreten. Politisch angeführt wird die provenzalische Gemeinschaft durch Montpellier und dessen *Consules*, die in Übereinstimmung mit den auf den Messen handelnden Kaufleuten von 1296 bis 1318 den „*capitaneus in Franciam et nundinis Campaniae*“ ernennen.<sup>230</sup> Diese Form der Vertretung ist im Laufe der Entwicklung auch bei den italienischen Korporationen zu finden. Ein Zusammenwirken von italienischen und provenzalischen Gemeinschaften ist hingegen nur ausnahmsweise aus den Jahren 1286 und 1299 bezeugt.<sup>231</sup> Den tatsächlichen, örtlichen Vorsitz der

---

224 *Schaube*, *Handelsgeschichte der romanischen Völker des Mittelmeergebiets bis zum Ende der Kreuzzüge*, in: *Below/ Meinecker* (Hrsg.), *Handbuch der mittelalterlichen und neueren Geschichte*, Abteilung 3, S. 379.

225 *Germain*, *Histoire du commerce de Montpellier*, Bd. 1, S. 201.

226 *Germain*, *Histoire du commerce de Montpellier*, Bd. 1, S. 202.

227 Über die *lega Lombarda* und die Welsische *lega Toscana* in diesem Zusammenhang vgl. *Emiliani-Giudici*, *Storia dei Comuni Italiani*, Bd. 1, S. 306 f.; 462 f.

228 *Heyd*, *Geschichte des Levantehandels im Mittelalter I*, Bd. 1, S. 368.

229 *Méry/ Guindon*, *Histoire analytique et chronologique des Actes et des Délibérations du Corps et du Conseil de la Municipalité de Marseille depuis le X siècle jusqu'à nos jours*, Bd. 1, S. 418 ff.

230 *Germain*, *Histoire du commerce de Montpellier*, Bd. 1: 1246: S. 201 (XIV), 202 (XV), 203 (XVI); 1258: S. 228 (XXX); 1273: S. 273 (XLVIII); 1292: S. 296 (LVII); 1298: S. 307 (LXII); vgl. auch *Goldschmidt*, *Handbuch des Handelsrechts*, Bd. 1, 3. Aufl., S. 194.

231 *Goldschmidt*, *Handbuch des Handelsrechts*, Bd. 1, 3. Aufl., S. 198.

Korporationen führte insoweit der *Capitaneus*. Dessen Verfügungen war stets Folge zu leisten, und ihm war das Büßungsrecht vorbehalten, dessen Ausführung *Spezialconsules* oblag.<sup>232</sup> Ein besonderes Merkmal des gemischt privaten und hoheitlichen Charakters dieser Vereinigungen war es, dass die Urteile neben der Anwendung heimischen Rechts zum Teil auch in der Heimat vollstreckt wurden.<sup>233</sup> Aber auch – und das ist das Besondere – die Vollstreckung in der Fremde dieser rechtstechnisch heimischen Urteile war durch die Privilegierung dieser landsmannschaftlichen Sondergerichte gesichert. Nach den *statuta mercatorum* von Piacenza aus dem Jahr 1321 konnten die durch die *Consules* gefällten Urteile in Frankreich offiziell vollstreckt werden.<sup>234</sup> Die gegründeten Korporationen waren indes keine rein stationären Institute. Aufgrund des zyklischen Messplatzwechsels, z. B. von Lagny über Provins und Troyes bis nach Bar-sur-Aube, folgten die Korporationen von Messplatz zu Messplatz.<sup>235</sup>

Die Entwicklung von hoheitlich organisierten Messgerichten und landsmannschaftlichen Sondergerichten der jeweiligen Korporationen fand wohl überwiegend in paralleler und gegenseitiger Bedingtheit stehender Entwicklung statt. Dabei stellten die Korporationen nicht lediglich eine rechtsprechende Organisation, sondern auch eine verwaltende Institution der jeweiligen Mitglieder dar. Entzog sich ein Schuldner dem Gerichtszwang der hoheitlichen Messgerichte, so erging gegen diesen ein Exekutionsmandat der Messbehörde. Die landsmannschaftlichen Gerichte wirkten bei der Durchsetzung derselben mit; war ein ausgesprochener Messbann gegen einen der ihrigen für die gesamte Koordination nicht vorteilhaft.<sup>236</sup>

---

232 Vgl. Urkunde von 1301 lib. IV. rub. 8: „*Verum etiam si quod preceptum fecerint alicui de voluntate consulum societatis lombardorum tunc possint imponere et tollere penam et penas usque ad libr. L et plus eorum arbitrio.*“ In: Filippi, *L'Arte dei mercanti di Calimala in Firenze ed il suo più antico Statuto*.

233 Creizenacy, *Das Wesen und Wirken der Handelsgerichte und ihre Kompetenz*. Nach den Ergebnissen der französischen und rheinischen Praxis, in: Beilageheft zur Zeitschrift für das gesammte Handelsrecht, Bd. IV, 1861, S. 13.

234 Lattes, *Il diritto commerciale nella legislazione statutaria delle città italiane*, S. 55, FN 19: „*Ivi st. 401. I consoli di Piacenza devono curare l'esecuzione delle condanne pronunciate da' consoli de' mercanti in Francia, Genova ed altrove.*“

235 Goldschmidt, *Handbuch des Handelsrechts*, Bd. 1, 3. Aufl., S. 195.

236 *Privileges et coutumes art. 21, coutumes, stille et usaiges: Bourquelot*, *Études sur les foires de Champagne, sur la nature, l'étendue et les règles du commerce qui s'y faisait aux XIIIe, XIIIe et XIVe siècles*. Bd. 2, in: *Académie des inscriptions & belles-lettres* (France) (Hrsg.), *Mémoires présentés par divers savants*, Bd. 5, Teil 2, S. 328 ff.

Betrachtet man ferner den Prozess aus dem Jahr 1317 um den *Capitaneus Raymond Arpis*, so wird man feststellen müssen, dass die Korporationsselbstständigkeit auch Anfang des 14. Jahrhunderts weiterhin in Abhängigkeit zur königlichen Jurisdiktion stand. Hier hatten die königlichen *gardes des foires* der Champagnermessen zu entscheiden, ob weiterhin dem abgesetzten *Arpis* oder dem neu ernannten *de Latis* die Würde des *Capitanats* zustand.<sup>237</sup> Im Lichte der von Privilegien herbeigeführten ursprünglichen Selbstständigkeit wird wohl auch unter Berücksichtigung des vorstehenden Prozesses vom Grundsatz der verpflichtenden Obrigkeitsabhängigkeit auszugehen sein.

Messgerichte und parallel bestehende selbstständige Korporationen finden sich auch in England. In der *carta mercatoria* aus dem Jahr 1302 wird den fremden Kaufleuten eine prompte Justiz versprochen und das Privileg eingeräumt, die Jury je zur Hälfte mit Fremden zu besetzen und einen eigenen Richter in London zu ernennen.<sup>238</sup> Auch im nordischen Reich gestand Erich VI. den Lübeckern bereits am 23.07.1268 das Recht zu, die Jurisdiktion für die Messen bei Skanör (Scania) und Falsterbo durch ihren eigenen Vogt auszuüben.<sup>239</sup> Ähnliches galt für Norwegen.<sup>240</sup>

In Reaktion auf die Entwicklung der immer stärker werdenden<sup>241</sup> korporativen Consulargerichte wurden auch die hoheitlichen Messgerichte weiterentwickelt und an das einzigartige System der laienbezogenen, summarischen Verfahren angelehnt. Teilweise fanden nun dreimal täglich Gerichtssitzungen statt.<sup>242</sup> Ein weiteres Reformprojekt konstatierte, dass die

---

237 *Germain*, Histoire du commerce de Montpellier, Bd. 1, S. 307–325; insbes. S. 314–316.

238 *Miltitz*, Manuel des Consuls I, Bd. 1, S. 179–180; ab 1609 dann S. 314 f.

239 *Marquart*, Tractatus Politico-Juridicus De Iure Mercatorum Et Commerciorum Singulari, Bd. 2, Documenta, S. 247: „(...) *Jurisdictionem super debitis & rixis, quae dicuntur Scholtvoord inter ipsos personaliter vergentibus concedimus exequendam, & coram Advocato eorum quem ipsi ibidem sibi ipsi praefecerunt finaliter terminandam.*“

240 *Miltitz*, Manuel des Consuls II/1, Bd. 2.1, S. 345: „(...) *Il leur accorde, entre autres, privileges: (...) les prevenus contre lesquels on ne pourra produire des preuves suffisantes, devront se purger de l'accusation intentee contre eux par serment de leurs compatriotes qui auront connaissance du fait; dans le cas contraire ils subiront la peine voulue par la loi.*“

241 Insbes. ab dem 16. Jahrhundert in Toulouse, Marseille und Paris, vgl. *Goldschmidt*, Handbuch des Handelsrechts, Bd. 1, 3. Aufl., S. 222.

242 *Bourquelot*, Études sur les foires de Champagne, sur la nature, l'étendue et les règles du commerce qui s'y faisait aux XIIe, XIIIe et XIVe siècles. Bd. 2, in: *Académie des inscriptions & belles-lettres* (France) (Hrsg.), Mémoires présentés par divers savants, Bd. 5, Teil 2, S. 323, Art. 12.



Richter auf den Champagnermessen das Verfahren so schnell wie möglich führen sollten.<sup>243</sup> Man vermag die Anstrengungen regelrecht zu spüren, die darin begründet waren, die wachsenden Korporationen der Messplätze wieder an die hoheitliche Rechtsprechung zu binden. Stand doch z. B. die in Besançon im Jahr 1537 gestiftete und später nach Piacenza verlagerte Zahlungsmesse bereits langfristig unter einer durch genuesische Consuln ausgeübten Jurisdiktion.<sup>244</sup> Mit Edikt vom 12.09.1463 erhielt Montpellier das Consulat als Handelsgerichtshof mit summarischen Verfahren. Im Jahr 1549 folgte Toulouse und Ende des Jahres 1563 Paris.<sup>245</sup> In diesem Zusammenhang sind auch die Edikte Charles' IX. gegen Mitte des 16. Jahrhunderts zu nennen.<sup>246</sup> Diese Gerichte waren nicht nur mit einem gelehrten Richter, sondern auch mit vier *Consules* besetzt. Letztere waren durch die Zünfte und Gilden vorgeschlagene Laien. Nicht zuletzt um das hoheitliche Verfahrensmonopol zu wahren und so auch dem wachsenden politischen Einfluss der Korporationen entgegenzuwirken, fanden diese ursprünglich den Innungsgerichten zuordenbaren Verhältnisse endlich Einzug in hoheitliche Verfahrensvorschriften.

Besonders die Öffnung des Richterstuhls für Laien ist dabei auffallend. Waren doch bereits durch die Ordonnance von 1364<sup>247</sup> vor dem *Parlement de Paris* rechtsgelehrte Räte einzusetzen.<sup>248</sup>

---

243 *Bourquelot*, Études sur les foires de Champagne, sur la nature, l'étendue et les règles du commerce qui s'y faisait aux XIIIe, XIIIe et XIVe siècles. Bd. 2, in: Académie des inscriptions & belles-lettres (France) (Hrsg.), Mémoires présentés par divers savants, Bd. 5, Teil 2, S. 213: „[Qu'il plaist au roy nostre sire qu'il face jurer aus gardes desdites foires scur saintes Evangiles que il garderont les coustumes des foires sans corrompre, et] abregeront les plaiz et les requestes aus marcheans au plus brief et au plus tost qu'il pourront, si comme anciennement a este acoustume.“

244 Einen Überblick enthalten die Statuten der Messe von Besançon aus 1597: *Capitoli, et ordini Delle Fere di Besenzone, che si fanno al presente nella Città di Piacenza*, in: *Turri*, Tractatus de Cambiis, S. 405 ff.

245 *Miltitz*, Manuel des Consuls I, Bd. 1, S. 192; *Marquart*, Tractatus Politico-Juridicus De Iure Mercatorum Et Commerciorum Singulari, Bd. 1, Documenta, S. 105.

246 *Bornier*, Conférences des nouvelles ordonnances de Louis XIV, avec celles des rois ses prédécesseurs, Bd. 1, S. 125: „(...) *In curia mercatorum debet judicari de bono & aquo, omissis solemnitatibus & apicibus juris, que veritatem negotii non tangunt* (...)“; vgl. auch *Ehrenberg*, Das Zeitalter der Fugger. Geldkapitel und Kreditverkehr im 16. Jahrhundert, Bd. 1, 3. Aufl., S. 69.

247 Ordo. Contenant règlement sur l'administration de la justice aux requets du palais, les devoirs des magistrats, ceux des advocats et des sergens, Nov. 1364.

248 Mehr dazu bei: *Mießig*, Höchstgerichte im frühneuzeitlichen Frankreich und England, in: *Auer/ Orgis/ Ortlieb* (Hrsg.), Höchstgerichte in Europa, Bausteine

Mit Auflösung der Champagnermessen wurden die Messprivilegien auf die Messe in Lyon übertragen.<sup>249</sup> Nach Auseinandersetzungen mit dem Lyoner Stadtrat wurde im Jahr 1655 endlich das *tribunal de conservation* gegründet. Dieses stand unter dem Vorsitz des *prévôt des marchands*. Abgeleitet von den universellen Messgerichten, wurde es zu einem allgemeinen Handelsgericht.<sup>250</sup> Wesentlicher Unterschied war indes, dass mindestens zwei rechtsgelehrte Richter an den Verhandlungen teilnahmen.<sup>251</sup> Mit dem aufkommenden 15. Jahrhundert weicht das durch Gewohnheits- und Statutarrecht determinierte Recht Schritt für Schritt dem gleichermaßen angewandten Königsfrieden für Messbesucher.<sup>252</sup> In gleicher Weise etabliert sich zeitgleich die Ritterschaft der Kaufleute („*chevaliers de la milice militaire de l'ordre de mercerie*“), die von zur Jurisdiktion ermächtigten *rois des merciers* geleitet wurde.<sup>253</sup> Bereits im Jahr 1597 erfolgte gleichwohl wieder die Aufhebung der Würde des *roi des merciers*, konnte dieses altertümliche, der Lehnmiliz nachgebildete Institut nicht mehr die Bedürfnisse der Zeit erfüllen.<sup>254</sup> *Pigeonneau* geht davon aus, dass die oben dargestellte Bildung der italienischen Korporationen des 14. Jahrhunderts als Antwort bzw. als Schutz derselben vor der Ritterschaft der französischen Kaufleute zu verstehen ist.<sup>255</sup> Dem kann wohl nur insoweit gefolgt werden, als es sich bei den italienischen Korporationen mit an der Spitze stehenden *Consules* in der Tat um Gemeinschaften handelte, die nicht nur die heimische Jurisdiktion übten, sondern auch verwaltende und ordnende Tätigkeiten im Sozialgefüge der Fremden wahrnahmen.

---

frühneuzeitlicher Rechtsordnungen, S. 19-49, 27 f.; über den Umfang der Ausbildung, ders., S. 29.

249 *Goldschmidt*, Handbuch des Handelsrechts, Bd. 1, 3. Aufl., S. 235.

250 *Marquart*, Tractatus Politico-Juridicus De Iure Mercatorum Et Commerciorum Singulari, Bd. 1, Documenta, S. 404 f.; *Miltitz*, Manuel des Consuls I, Bd. 1, S. 190–192.

251 *Goldschmidt*, Handbuch des Handelsrechts, Bd. 1, 3. Aufl., S. 236 f.

252 Vgl. insbes. *Pigeonneau*, Histoire du commerce de la France, Bd. 1, S. 289 f.: „*Du reste la justice royale se substitue de plus dans les questions qui interessent le commerce, comme dans toutes les autres, aux justices seigneuriales ou municipales. La cour des Conventions royales de Nimes etablie pour l'execution du traite signe en 1278 avec les marchands italiens, celle des gardes des foires de Champagne, celle des grands jours de Troyes qui recoit les appels de la justice des foires etaient des l'origine ou sont devenues des tribunaux royaux.*“

253 Vgl. *Ménard*, Histoire civile, ecclésiastique et littéraire de la ville de Nismes, Bd. 3, Note VII. auf S. 9 f.

254 *Pigeonneau*, Histoire du commerce de la France, Bd. 1, S. 342.

255 *Pigeonneau*, Histoire du commerce de la France, Bd. 1, S. 339.

Seit dem Jahr 1563 erhielten die Handelsplätze Frankreichs endlich unter dem Namen *juges et consuls* eigene Handelsgerichte mit einem vorsitzenden Richter und vier *Consules*.<sup>256</sup> Vor den königlichen Handelsgerichten des 16. Jahrhunderts wurde ein beschleunigtes Verfahren praktiziert. Als Vorbild diente die Ordnung des Pariser Consulats von Karl IX. Die allgemeine Handelsgerichtsbarkeit wurde endlich im Jahr 1673 durch die *Ordonnance de commerce du mois de mars 1673 Tit. XII* anerkannt. Trotz der revolutionären Bestrebungen, sämtliche Handelsgerichte abzuschaffen, wurden diese nach kurzer Abbestellung durch Beschluss vom 17.05.1790 bzw. Gesetz vom 16.08.1790 wieder zum Leben erweckt.<sup>257</sup> Mit Dekret vom 16.10.1809 wurden 188 Bezirke<sup>258</sup> bezeichnet, in denen derartige besondere Handelsgerichte eingerichtet werden sollten. Besetzt waren diese ausschließlich mit Kaufleuten als juristische Laien. In den übrigen Bezirken entschieden die ordentlichen Zivilgerichte nach den für die besonderen Handelsgerichte geltenden Vorschriften. Bis zur Justizreform im Jahr 1958 waren die besonderen Handelsgerichte unverändert beibehalten worden. Auch in dem *Code de commerce* waren die *tribunaux de commerce*<sup>259</sup> beibehalten worden und durch weitere Sonderbestimmungen ergänzt.<sup>260</sup> Neben dem Décret No. 58–1283 vom 22.12.1958 sah das Décret No. 61–923 vom 03.08.1961 vor, dass immer ein Laienrichter (*juge titulaire*) anwesend sein musste, da ansonsten der gerichtliche Akt nichtig sei. Dieser summarische letzte Abriss der neuzeitlichen Gegebenheiten der Handelsgerichtsbarkeit wäre natürlich nicht abschließend, würde er nicht in Relation zu den materiellrechtlichen Entwicklungen des Handelsrechts

---

256 Noback, Ueber Wechsel und Wechselrecht, in: *Schneider* (Hrsg.), Kritische Jahrbücher für deutsche Rechtswissenschaft, Bd. 19, S. 204–214, 209 f.

257 *Sur l'ordre judiciaire* [bzw. erst ausgesetzt und dann wieder eingeführt: *Decret sur l'organisation judiciaire de 16 août 1790*, abgedruckt in: *Bormann/ Daniels*, Handbuch der für die Königl. Preuß. Rheinprovinzen verkündigten Gesetze, Verordnungen und Regierungsbeschlüsse aus der Zeit der Fremdherrschaft, Bd. 1, S. 268–283 (insbes. Tit. XII., S. 281 ff.).

258 Von insgesamt 361 Bezirken.

259 Vgl. *Code de Commerce*, Livre VII, Titre II, Chap. 1 (Des juridictions commerciales et de l'organisation du commerce, Du tribunal de commerce) Art. R721–1 bis R724–21.

260 *Bundesministerium der Justiz*, Motulsky, Gerichtsverfassung in Frankreich. Übersicht einer Entwicklung, heutiger Stand und Reformgedanken – Inhaltsangabe eines von Prof. Motulsky am 16. Mai 1968 vor der Kommission für Gerichtsverfassungsrecht und Rechtspflegerrecht gehaltenen Vortrags, in: Bericht der Kommission für Gerichtsverfassungsrecht und Rechtspflegerrecht, S. 192–200 (193 ff.).

sowie den weiteren Bestrebungen in Deutschland gesetzt. Insoweit dient der vorstehende Absatz lediglich der Vollständigkeit der institutionellen Entwicklung. Hervorzuheben ist indes die Konnexität, in der hoheitliche Messgerichte und Innungsgerichte zueinander standen. Daher verdient es im Folgenden einer tiefer gehenden Betrachtung, welche Stellung Letztere im Kontext des gesellschaftlichen Herrschaftsgefüges einnahmen und in welchem Verhältnis öffentliche und private Elemente diese charakterisieren.

### Abschnitt 3: Private Schiedsgerichte

Das Wesen der korporativen consularischen Handelsgerichte der französischen Messplätze stellt eine wichtige Frage für die Weise dar, wie wir selbige im Gefüge der Jurisdiktion zu betrachten haben. Begreift man die Korporationen als Zwangsmitgliedschaften der fremden Kaufleute aufgrund des Zunftzwangs, so wird man nicht umhinkommen, die innere, durch die vorstehenden *Consules* ausgeführte Jurisdiktion als eine Art hybride Form zwischen der ordentlichen hoheitlichen Jurisdiktion und der privaten Schiedsgerichtsbarkeit zu sehen. Zeichnet sich die private Schiedsgerichtsbarkeit gerade durch die Freiwilligkeit der Wahl aus, so ist diese durch den – wenn auch nur faktischen – Zwang der Mitgliedschaft nahezu nicht existent. Tragendes Element der Schiedsgerichtsbarkeit sind aber auch die Abkehr von der hoheitlich eingerichteten Jurisdiktion und eine Hinwendung zu individuellen Prozess- und Rechtssätzen. Gerade dieses Element tritt bei den korporativen, consularischen Handelsgerichten gestärkt hervor. Ein weiterer Beweis für das nicht klar abgrenzbare Wesen der Sondergerichte ist die Tatsache, dass es gerade als solche benannte Schiedsgerichte gab. So hatte die Stadt Lyon die Befugnis, einen Bevollmächtigten zur gütlichen Streitbeilegung der Messbesucher zu benennen, dessen Aufgabe u. a. die Berufung von *Arbitres*<sup>261</sup> (Schiedsrichter) war.<sup>262</sup> Ferner ordnete König Franz II. im August 1560 zeitweise an, dass Handelsprozesse durch drei selbst erwählte *Arbitres* zu entscheiden seien.<sup>263</sup>

---

261 Zu den *Arbitres* besonders § 6 bei: *Miltitz*, *Manuel des Consuls I*, Bd. 1, S. 213–229.

262 *Marquart*, *Tractatus Politico-Juridicus De Iure Mercatorum Et Commerciorum Singulari*, Bd. 1, S. 405, insbes. Nr. 24 f.

263 *Biener*, *Abhandlungen aus dem Gebiete der Rechtsgeschichte*, S. 145.

Es bleibt festzuhalten, dass die korporativen consularischen Handelsgерichte zwar nicht vollumfänglich als typisches Schiedsgericht gesehen werden können, wohl aber wesentliche Merkmale derselben aufweisen.

#### Abschnitt 4: Der königsnahe Norden: Monopolgilde

Abgerundet werden soll der Blick in das benachbarte Frankreich durch die Begutachtung der nördlichen Regionen. Auch soll im Folgenden kurz verdeutlicht werden, welchen Stellenwert die Korporationen der Kaufleute auf das zeitgenössische Herrschafts- und Sozialgefüge innehatten. Fast alle Handels- und Transportunternehmen, die im Mittelalter unter dem Namen Gilden und Zunft eine so glänzende Rolle spielten, wurden im Laufe des 11. und 12. Jahrhunderts organisiert. Ungefähr zur selben Zeit, in der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts, erschien die Gilde oder Hanse von Rouen, welche Waren über die Wasser der Loire vertrieb.<sup>264</sup> Insofern finden wir spätestens seit Beginn des 12. Jahrhunderts im Norden Frankreichs die Monopolgilde der *mercatores Parisiense de aqua* bzw. *marchands de l'eau de Paris*.<sup>265</sup> Deren Mitgliedern war es exklusiv vorbehalten, Waren den Fluss auf- oder abwärts zu führen.<sup>266</sup> Der Einfluss dieser großen Monopolgilde ging indes weit über den kaufmännischen Aspekt hinaus; so waren die Vorsteher und Räte zugleich die bürgerchaftliche Vertretung in Paris. Auch die Jurisdiktion ging über die Handelssachen hinaus und

---

264 Nach *Pigeonneau*, *Histoire du commerce de la France*, Bd. 1, S. 113 ff.

265 *Depping*, Introduction, in: *Boileau*, *Règlements sur les arts et métiers de Paris: rédigés au XIIIe siècle*, in: *France Ministère de l'instruction publique* (Hrsg.), *Collection de documents inédits sur l'histoire de France. Première série, Histoire politique*, Bd. 1, Introduction, S. XXII ff.; *Pigeonneau*, *Histoire du commerce de la France*, Bd. 1, S. 113, 176 ff.; *Picarda* steht dem Entstehungszeitraum und *Pigeonneaus* Ansichten kritisch gegenüber: *Picarda*, *Les marchands de l'eau; Hanse parisienne et compagnie française*, S. 7. Weiteres interessantes Material bei: *Leroy*, *Dissertation sur l'origine de l'hôtel de ville*, in: *Félibien/ Lobineau* (Hrsg.), *Histoire de la ville de Paris*, Bd. 1, insbes. Tit. XIII, S. 625; Für das weitere Innungswesen von Paris und die Feststellung der älteren Statuten siehe vor allem bei: *Boileau*, *Règlements sur les arts et métiers de Paris: rédigés au XIIIe siècle*, in: *France Ministère de l'instruction publique* (Hrsg.), *Collection de documents inédits sur l'histoire de France. Première série, Histoire politique*, Bd. 1.

266 *Hüllmann*, *Städtewesen des Mittelalters*, Bd. 1, S. 168.

umfasste auch das allgemeine Zivilrecht.<sup>267</sup> Die Richter waren wohl überwiegend keine Rechtsgelehrten und trugen den Titel *scabini mercatorum*<sup>268</sup>. Diese sog. Wassergilde von Paris war im Austausch für den Erhalt der großzügigen Privilegien aber auch dazu angehalten, Abgaben für den Bau des Pariser Hafens zu leisten.<sup>269</sup> Zunächst (ab dem Jahr 1190) erstreckte sich die Monopolstellung der Wassergilde von Paris nur auf die Seine und in Richtung der Normandie. In einer königlichen Bestärkung aus dem Jahr 1170 heißt es: „*Nemini licet aliquam mercatoriam Paisius per aquam adducere vel reducere à ponte Medunte, usque ad pontes Parisienses, nisi ille sit Parisiensis aquae mercator, vel nisi aliquem Parisiensem aquae mercatorem socium in ipsa mercatoria habuerit.*“<sup>270</sup> Nach *Picarda* deutete dies augenscheinlich darauf hin, dass die Gründung der Monopolgilde auf den Schutzgedanken vor normannischen Einfällen zurückzuführen sei.<sup>271</sup> Im Jahr 1220 wurde ihr das Monopol der öffentlichen Waage von Paris zugesprochen.<sup>272</sup> Die Darstellung zeigt den enormen Einfluss, den diese Monopolgilde auf das politische und soziale Herrschaftsgefüge der Stadt gehabt hat. Trägt das Stadtwappen von Paris in der Mitte ein Seeschiff, so zeugt dies in Anlehnung an das Siegel der Pariser Monopolgilde<sup>273</sup> noch heute von deren Macht und Einfluss.<sup>274</sup>

Mit dem Ende des 14. Jahrhunderts und dem Beginn des 15. Jahrhunderts steigt die Abhängigkeit zur Hoheitsgewalt kohärent zur stetig wachsenden königlichen Autorität. War im 13. Jahrhundert nur ausnahmsweise die *maîtrise* vom König erkaufte, wird die königliche Konzessionierung in

---

267 *Von Hegel*, Städte und Gilden der germanischen Völker im Mittelalter, Bd. 2, S. 87; *Hüllmann*, Städtewesen des Mittelalters, Bd. 3, S. 35; ders., Bd. I, S. 167 f.; *Silberschmidt*, Die Entstehung des deutschen Handelsgerichts, S. 15.

268 Urkunde Philipps III. v. 1274 – Ordonnance II. 435; vgl. *Hüllmann*, Städtewesen des Mittelalters, Bd. 1, S. 324.

269 *Von Hegel*, Städte und Gilden der germanischen Völker im Mittelalter, Bd. 2, S. 89.

270 Charte de 1170. Le Roy, op. cit., pièce 3. Ordonnances, Tit. IV, auch in: *Leroy*, Dissertation sur l'origine de l'hôtel de ville, in: *Félibien/ Lobineau* (Hrsg.), Histoire de la ville de Paris, Bd. 1, S. LXII.

271 *Picarda*, Les marchands de l'eau; Hanse parisienne et compagnie française, S. 23.

272 *Goldschmidt*, Handbuch des Handelsrechts, Bd. 1, 3. Aufl., S. 217.

273 Vgl. die Vereinbarung zwischen den Wasserhändlern von Paris und denen von Rouen über die Salzmessung im Pariser Hafen vom Januar 1210 und das dabei verwendete Siegel: Urkunde, aufbewahrt im französischen Nationalarchiv unter Cote: AE/II/2402, zuletzt ausgestellt vom 22.04. bis 22.07.2017 in Paris.

274 Mehr zu der Pariser Monopolgilde und insbes. ihren Einfluss bei: *Picarda*, Les marchands de l'eau: Hanse parisienne et Compagnie française, Paris 1901.

dieser Epoche die Regel.<sup>275</sup> Die Wassergilde von Paris verliert im Laufe des 15. Jahrhunderts sodann ihre Privilegien und wird im Jahr 1672 endgültig aufgelöst.<sup>276</sup>

## Abschnitt 5: Zusammenfassung der französischen Entwicklung

Auch an dieser Stelle werden die Ergebnisse der vorangestellten Untersuchung in bekannter Weise rekapituliert.

### 5.1 – Chronologische Kurzfassung

Durch die Ausweitung des Mittelmeerhandels im 11. Jahrhundert wächst die Anzahl der italienischen Kaufleute im Süden Frankreichs.<sup>277</sup> Diese Kaufleute werden gleich dem heimischen System<sup>278</sup> von *Reiseconsules* (*consules illorum mercatorum*) begleitet, die heimisches Recht in der Fremde sprechen<sup>279</sup>. In der Fremde angelangt, unterwarfen sich die italienischen Kaufleute korporativ heimischen *Consules*. Maßgeblich waren hier die besonders schnellen Verfahren *in via sommaria*, die durch juristische Laien gesprochen wurden.<sup>280</sup>

Neben den Innungsgerichten und den Consulargerichten kommen im 12. Jahrhundert auch die Seegerichte (*consulatus maris*) auf.<sup>281</sup> Diese sind sowohl hoheitliche Administrativ- als auch Seegerichtsbehörden. Ausgeübt wurde die Jurisdiktion durch die Admiralität. Parallel entwickelten sich ab dem 11. Jahrhundert große Messen im südfranzösischen Raum.<sup>282</sup> Diese waren mit eigenen hoheitlichen Messgerichten – besetzt durch zwei königliche Beamte (*custodes nundinarum*) – ausgestattet.<sup>283</sup> Sie waren für alle Messangelegenheiten kompetent und urteilten schleunig.<sup>284</sup> Um

---

275 Fagniez, *Études sur l'industrie et la classe industrielle à Paris au XIIIe et au XIVe siècle*, S. 96, 97 f.

276 Goldschmidt, *Handbuch des Handelsrechts*, Bd. 1, 3. Aufl., S. 217.

277 Vgl. ab FN 168.

278 Vgl. ab FN 156.

279 Vgl. ab FN 169.

280 Vgl. ab FN 180.

281 Vgl. ab FN 186.

282 Vgl. ab FN 201.

283 Vgl. ab FN 204.

284 Vgl. ab FN 209.

gleichzeitig die Kaufleute und Händler (insbesondere die italienischen) an die heimischen Messplätze zu binden, wurden den nun wachsenden Korporationen zahlreiche Freiheitsrechte auf den Messen zugesprochen.<sup>285</sup> Fundamentales Zugeständnis war es dabei – gleich den Champagnermessen –, unter einem eigenen *Consul mercatorum* zu stehen, der nach heimischem Recht die innere Jurisdiktion in summarischen Verfahren ausüben sollte.<sup>286</sup> Besonders die italienischen Kaufleute formten durch Städtebündnisse den folgenden Prozess.<sup>287</sup>

In Reaktion auf die Entwicklung der immer stärker werdenden korporativen Consulargerichte wurden auch die hoheitlichen Messgerichte weiterentwickelt und an das einzigartige System der laienbezogenen, summarischen Verfahren angelehnt.<sup>288</sup> Mit Edikt vom 12.09.1463 erhielt Montpellier das Consulat als Handelsgerichtshof mit summarischen Verfahren. Im Jahr 1549 folgte Toulouse und Ende des Jahres 1563 Paris.<sup>289</sup> Abgeleitet von den universellen Messgerichten, wird im Jahr 1655 das *tribunal de conservation* als allgemeines Handelsgericht gegründet. Den Vorsitz führte der *prévôt des marchands*. Es war auch mit zwei Juristen besetzt.<sup>290</sup>

Ab dem Jahr 1563 folgten unter dem Namen *Juge et Consuls* eigene Handelsgerichte mit einem vorsitzenden Richter und vier *Consules* für die französischen Handelsplätze, die ebenfalls in beschleunigten Verfahren urteilten.<sup>291</sup>

## 5.2 – Resümee

Auch die Ergebnisse über die französischen Entwicklungen sollen vorbereitend für die deutsche Geschichte zur Handelsgerichtsbarkeit anhand der drei Zielgrößen des staatlichen Verfahrensmonopols, der Verfahrensförmlichkeit sowie der Laienexpertise zusammengefasst werden.

**(Verfahrensförmlichkeit)** Bezogen auf das consularische System der italienischen Kaufmannschaften, findet man in den Konvois der Schiffshändler erste Anzeichen einer Übernahme durch die französischen Kaufleute. Diese Vermutung trägt sich stetig fort und lässt sich in den korpora-

---

285 Vgl. ab FN 215.

286 Vgl. ab FN 219.

287 Vgl. ab FN 224; zum *Capitaneus* ab FN 232.

288 Vgl. ab FN 241.

289 Vgl. ab FN 245.

290 Vgl. ab FN 249.

291 Vgl. ab FN 256.



tiven Vereinigungen (z. B. der provenzalischen Gemeinschaft<sup>292</sup>) schlüssig belegen. Mit den neuen Formen der Vertretung und Selbstjurisdiktion unter Kaufleuten kam auch das vereinfachte Prozessverfahren. In Handels-sachen dominierte die Verfahrensart *in summaria* alsbald nicht nur die internen Gerichte der Korporationen, sondern auch die Seegerichte und hoheitlichen Messgerichte. Gleichwohl die besondere Form der Beschleunigung anfangs wohl auch ihre Legitimation in den kurzen Messzeiträumen gefunden hatte, erwuchs die Prozessbeschleunigung sehr bald zu einem festen Leitsatz der handelsrechtlichen Jurisdiktion.

**(Laienexpertise)** Sowohl vor hoheitlichen wie korporativen Gerichten war die Beteiligung von Kaufleuten als juristische Laien stets eng mit der praktizierten Prozessbeschleunigung verbunden. Diese konnten nicht nur auf eigene fundierte Sachkenntnis zurückgreifen, sondern waren auch Experten in den handelsrechtlichen Gewohnheitssätzen als dem maßgeblichen Regulativ. Gerade diese vorzügliche Kompetenz der Kaufleute zur Urteilsfindung aufgrund der besonderen handelsrechtlichen Rechtsquellen setzt sich auch hier weiter fort.

**(Staatliches Verfahrensmonopol)** Auch findet der bereits erwähnte Konflikt zwischen den korporativen und den hoheitlichen Gerichten in Frankreich einen weiteren Höhepunkt. Aufgrund der kaufmannschaftlichen Korporationen an den französischen Messplätzen kommt es wechselseitig zu einem Wettlauf zwischen den hoheitlichen und den weitestgehend privaten Gerichten der Korporationen. Dabei bilden Letztere vermöge ihrer auch administrativen und verwaltenden Funktionen eine Art Hybridform zwischen hoheitlicher und privater Gerichtsbarkeit heraus. Kompetitiv und beeinflusst durch die drei großen Institutionen – die Messgerichte<sup>293</sup>, die Admiralität<sup>294</sup> und die *juges et consuls*<sup>295</sup> –, entwickelte sich in Frankreich endlich eine besondere Handelsgerichtsbarkeit.<sup>296</sup> Gerade Letztere wurde im Laufe der Entwicklung maßgeblich durch die Innungsgerichte mit subjektivem Charakter sowie durch die Consulargerichte geprägt.<sup>297</sup>

---

292 Vgl. oben, bei FN 228.

293 Vgl. oben, ab FN 201.

294 Vgl. oben, ab FN 196.

295 Vgl. oben, bei FN 256.

296 So auch: von Kräwel, Ueber die Einrichtung von Handelsgerichten in den Ländern des norddeutschen Bundes, in: Busch (Hrsg.), Archiv für Theorie und Praxis des Allgemeinen deutschen Handelsrechts, Bd. 11, S. 419-450 (419 f.).

297 Vgl. oben ab FN 168.

### Titel III. – Deutschlands Handelsprozessgeschichte

Im Zentrum dieses dritten Teils steht die Einordnung der vorangestellten historischen Entwicklungsgeschichte auf den deutschen Rechtskreis.

Die frühe deutsche Handelsgeschichte war vorherrschend durch auswärtige Kaufleute und Händler geprägt.<sup>298</sup> Unter dem Schutz der karolingischen Könige nahm zu jener Zeit die jüdische Glaubensgemeinschaft die beherrschende Stellung im Großhandel ein.<sup>299</sup> Freilich war der Handel mit und durch die Fremden auch anschließend ein zentrales Moment und erfuhr als solches auch besondere Unterstützung. Zu nennen ist hier nicht zuletzt das Engagement des Deutschen Ordens zur Förderung der Handelsinteressen seiner Städte durch Verträge mit den Nachbargebieten<sup>300</sup> oder die Verträge zwischen den Markgrafen von Brandenburg mit den Herzogen von Magdeburg und Pommern aus dem Jahr 1479.<sup>301</sup> Folglich ist die Interaktion mit der Fremde und insbesondere mit Kaufleuten aus Italien und Frankreich die Ausgangsebene für die weitere Entwicklung des Handelsrechts sowie der anzuwendenden Prozess- und Organisationsformen. Zur Betrachtung gelangen soll zunächst die Epoche des aufkommenden Kaufmannsstands in Deutschland im Laufe des 10. und 11. Jahrhunderts. Alsdann wird der Fokus auf die „Zeit vom 13. bis zum 16. Jahrhundert als eine Zeit gewaltigen Umschwungs, folgenreichtiger Neugestaltungen, hoher und auf alle Zeit nachwirkender Blüte“<sup>302</sup> des Handels gelegt. Vermöge der besonderen Bedeutung für die neuzeitliche Entwicklung sowie als Prellbock des bestehenden Systemstreits über die Errichtung von besonderen Handelsgerichten wird die Entwicklung des gesamtdeutschen GVG ein zentrales Moment bei der Betrachtung und Bewertung der unterschiedlichen systematischen Ansätze darstellen.

---

298 Falke, Die Geschichte des deutschen Handels, in: Deutsches Leben. Eine Sammlung geschlossener Schilderungen aus der deutschen Geschichte, Bd. 3, Teil 1, S. 37.

299 Doren, Untersuchungen zur Geschichte der Kaufmannsgilden des Mittelalters, in: Schmoller (Hrsg.), Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 12, Heft 2, S. 21.

300 Vertrag mit dem König von Böhmen (1404) und dem schlesischen Fürsten, vgl. Voit, Geschichte Preussens: von den ältesten Zeiten bis zum Untergange der Herrschaft des Deutschen Ordens, Bd. 6, S. 317.

301 Riedel, Codex diplomaticus Brandenburgensis, Bd. 5, S. 302 (Unterdrückung von Räuhereien), S. 305 (Sicherheit auf den Landstraße).

302 Falke, Die Geschichte des deutschen Handels, in: Deutsches Leben. Eine Sammlung geschlossener Schilderungen aus der deutschen Geschichte, Bd. 3, Teil 1, S. 104.

## Abschnitt 1: Die Marktgerichte

Die frühzeitlichen heimischen Händler, welche auf inländischen Märkten Handel trieben, standen unaufhörlich im Konflikt mit Räuberbanden oder vergleichbaren Aggressoren. Zur Festigung und Sicherung des Binnenhandels beehrten sie gleichrangigen Schutz, wie er den Fremden eingeräumt wurde. Vermöge seiner Herrschaftsgewalt erklärte der König daraufhin die Kaufmänner auf Reisen und auf den Märkten als *unter seinem Schutze* stehend. Ein Angriff auf die unter dem *Königsschutz* stehenden Händler war somit gleichermaßen ein Angriff auf den König.<sup>303</sup> An den Märkten wurde somit die Anwesenheit des Königs fingiert, wodurch der jeweilige Markt nach innen und außen befriedet werden sollte (sog. Marktfriede<sup>304</sup>).<sup>305</sup> Jedenfalls gegen Ende des 12. und zu Beginn des 13. Jahrhunderts ist der *Königsfrieden* des Marktes ein fester Bestandteil des deutschen Binnenhandels. Nachweisbar z. B. im Jahr 1164 in Hagenau, 1218 in Bern, ebenfalls 1218 in Freiburg oder 1279 in Landshut sowie 1274 in Rothenburg ob der Tauber.<sup>306</sup> Der so beseelte Königsbann erfasste während der Dauer des Marktes auch alle Marktbesucher.<sup>307</sup> Parallel dazu genossen die Marktteilnehmer den kirchlichen Schutz (sog. Gottesfrieden).<sup>308</sup>

- 
- 303 Zum Königsschutz allgemein bei *Lehmann*, Der Königsfriede der Nordgermanen; *Inama-Sternegg*, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Bd. 2, S. 376, leitet aus dem Recht der privilegierten (Wander-) Kaufleute den sich entwickelnden Königsschutz und damit den Königsfrieden ab.
- 304 Für *Sohm* wird der Marktfrieden aus dem Frieden derjenigen abgeleitet, die zum Königshofe reisen, und der Kaufmannsfrieden wiederum vom Marktfrieden: *Sohm*, Die Entstehung des deutschen Städtewesens, S. 44; konträr dazu: *Doren*, Untersuchungen zur Geschichte der Kaufmannsgilden des Mittelalters, in: *Schmoller* (Hrsg.), Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 12, Heft 2, S. 28.
- 305 *Waitz*, Deutsche Verfassungsgeschichte. Die Deutsche Reichsverfassung von der Mitte des neunten bis zur Mitte des zwölften Jahrhunderts, Bd. 7, 2. Aufl., S. 378 f.; Zeichen des königlichen Marktfriedens waren das Kreuz und der Handschuh, ders., S. 380; Marktfriede als Auswirkung der Marktprivilegien bei *Schwarz*, Anfänge des Städtewesens in den Elb- und Saale-Gegenden (Diss.), S. 33 ff.
- 306 *Osenbrüggen*, Studien zur deutschen und schweizerischen Rechtsgeschichte, S. 32 f.
- 307 *Doren*, Untersuchungen zur Geschichte der Kaufmannsgilden des Mittelalters, in: *Schmoller* (Hrsg.), Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 12, Heft 2, S. 30 mit FN 2.
- 308 *Fischer*, Geschichte des deutschen Handels, Bd. 1, 2. Aufl., S. 236 ff.

Im Laufe der Jahrzehnte bildeten sich Kaufmannsgemeinden um zahlreiche Fronhöfe. Durch Begünstigung derselben wurde ihnen auch das ständige Marktrecht verliehen.<sup>309</sup> Die Erteilung der ständigen Marktrechte galt bis zum 13. Jahrhundert als ausschließliches Königsrecht. Erst im weiteren 13. Jahrhundert erlangten die jeweiligen Fürsten das Recht, in ihren Ländern selbst Märkte zu errichten.<sup>310</sup> Die Verleihung des Marktrechts war für die Entwicklung des deutschen Städtewesens sicherlich ein wesentlicher Faktor,<sup>311</sup> für die Geschichte des Handelsrechts indes nur eine von vielen Etappen. Während sich das Marktgebiet immer weiter über die Stadtgrenzen hinaus ausdehnte, erstreckte sich gleichförmig der Königsfriede immer weiter.<sup>312</sup>

Das ständige Marktrecht kam indes nie isoliert, sondern war meist an etliche Privilegien gebunden, welche zugleich die Entstehung des Marktes bedungen und seine Grenzen definierte.<sup>313</sup> Im Besonderen sei hier u. a. auf die Befreiung von Zoll- und anderen Schranken<sup>314</sup>, auf die Abschaffung des für die Kaufmannschaft ungeeigneten gerichtlichen Zweikampfs<sup>315</sup> oder die Aufhebung der Hörigkeit für den Kaufmann und die Anerkennung seiner persönlichen Freiheit hingewiesen.

---

309 *Inama-Sternegg*, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Bd. 2, S. 320.

310 *Schröder*, Die Stellung der Rolandsäulen in der Rechtsgeschichte, in: *Béringuiér* (Hrsg.), Die Rolande Deutschlands, in: Festschrift zur Feier des 25jährigen Bestehens des Vereins für die Geschichte Berlins am 28. Januar 1890, S. 1-37, 34.

311 So auch *Sohm*, Die Entstehung des deutschen Städtewesens, S. 11 ff., m. w. N.; gegen die reine Marktrechtstheorie zur Entstehung der Städte: *Barges*, Zur Entstehungsgeschichte Bremens, in: *Historischer Verein für Niedersachsen* (Hrsg.), Zeitschrift des historischen Vereins für Niedersachsen, Bd. 58, S. 337-367.

312 *Fischer*, Geschichte des deutschen Handels, Bd. 1, 2. Aufl., S. 236 ff.

313 Zur Erklärung der Marktprivilegien von Radolfzell u. a. vgl. *Schaube*, Zur Erklärung der Urkunde vom Jahre 1100 betreffend die Marktgründung in Radolfzell, in: *Badische historische Kommission* (Hrsg.), Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. 6, S. 296-301, sowie *Schulte*, Über Reichenauer Städtegründungen im 10. und 11. Jahrhundert, mit einem ungedruckten Stadtrecht von 1100, in: *Badische historische Kommission* (Hrsg.), Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. 5, S. 137-169.

314 *Gothein*, Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes und der angrenzenden Landschaften, Bd. 1, S. 10; *Doren*, Untersuchungen zur Geschichte der Kaufmannsgilden des Mittelalters, in: *Schmoller* (Hrsg.), Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 12, Heft 2, S. 27.

315 Dazu bei *Koehne*, Der Ursprung der Stadtverfassung in Worms, Speyer und Mainz (Diss.), S. 27.

Durch das Aufkommen der ständigen Märkte wurde ein eigenes und ebenfalls ständiges Gericht am Markt notwendig.<sup>316</sup> Insoweit entwickelte sich ein ständiges königliches Marktgericht, einzig für die Belange am Markt kompetent.<sup>317</sup> Die Urteilsfinder an diesen königlichen Marktgerichten waren meist freie Bürger und damit meist Kaufleute oder gar ausdrücklich die Kaufleute selbst.<sup>318</sup> In Allensbach sollen im Jahr 1075 „*mercatores inter se vel alios*“<sup>319</sup> richten (*judicia*). Auch in Quedlinburg sollen die Kaufleute laut Privileg Heinrichs III. aus dem Jahr 1042 „*inter se judicent*“<sup>320</sup>. Das Wesen dieses Marktgerichts zeichnet sich besonders durch Entscheidungen *in summaria* aus. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf die Acta aus dem Jahr 1128 durch Bischof Burchard von Halberstadt<sup>321</sup> sowie auf die Privilegien König Konrads III. für die Kaufleute von Quedlinburg.<sup>322</sup>

316 *Gothein*, Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes und der angrenzenden Landschaften, Bd. 1, S. 8.

317 *Silberschmidt*, Die Entstehung des deutschen Handelsgerichts, S. 25.

318 *Schaube*, Zur Entstehung der Stadtverfassung von Worms, Speyer und Mainz, S. 51.

319 Urkunde v. Eggehard, Abt zu Reichenau v. 2.05.1075 bei: *Dümge*, Regesta Baddensia. Urkunden des Grossherzoglich Badischen General-Lands-Archives, S. 22, und Anhang Nr. 60, S. 112.

320 Urkunde König Heinrichs III. an die Kaufleute zu Quedlinburg v. 25.07.1042: *Janicke*, Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg, in: *Geschichtlicher Verein der Provinz* (Hrsg.), Geschichtsquellen der Provinz Sachsen und angrenzender Gebiete, Bd. 2, S. 8, No. 9; vgl. *von Hegel*, Städte und Gilden der germanischen Völker im Mittelalter, Bd. 2, S. 399 f., FN 5; Bestätigung durch König Heinrich IV. auf Bitten des Bischofs Burchard von Halberstadt im Jahr 1068, vgl. Urkunde Nr. 1 v. 1068, beschrieben in: *Thüringisch-Sächsischer Verein für Erforschung des vaterländischen Alterthums und Erhaltung seiner Denkmale*, Neue Mittheilungen aus dem Gebiete historisch-antiquarischer Forschungen, Bd. 5, Heft 2, S. 41.

321 Bestätigung der Aufsicht und der Gerichtsbarkeit in Marktsachen später auch durch Bischof Friedrich von Halberstadt, in: Acta 1128, aus dem Jahr 1105: „*ut per omnem hanc villam in illorum potestate et arbitrio, sicut antea, consistet omnis censura et mensura stipendiorum carnalium, vendendo et emendo, et quod iuxta rusticitatem vel vulgaritatem lingua burmal vocant ipsi diligenter observent, pondus et mensuram equam faciant, que non sit abhominabilis apud Deum*“, teilweise abgedruckt, in: *Thüringisch-Sächsischer Verein für Erforschung des vaterländischen Alterthums und Erhaltung seiner Denkmale*, Neue Mittheilungen aus dem Gebiete historisch-antiquarischer Forschungen, Bd. 5, Heft 2, S. 42.

322 Privilegien des Königs Konrad II. [und König Heinrich III.] für die Kaufleute von Quedlinburg vom 25.07.1040 (1042): „(...) *et ut de omnibus, que ad cibaria pertinent, inter [zu ersetzen durch: intra] se judicent, et que hiis a delinquentibus pro negligencia componuntur, tres partes civibus, quarta pars cedat in usum judicis.*“ In: *Janicke*, Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg, in: *Geschichtlicher Verein*

Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts findet sich dieser Grundsatz als zentrales Moment der marktrechtlichen Gerichtsordnungen wieder. In Bozen sollen um das Jahr 1792 nur in Ausnahmefällen<sup>323</sup> die Parteien juristischen Beistand einholen können, wobei in diesen Fällen weiterhin der Beschleunigungsgrundsatz im Fokus des Verfahrens stehen sollte.<sup>324</sup> Vorsitz führte ein durch die Herrschaftsgewalt bestellter Markttrichter, der, unterstützt durch die Laien aus den Reihen der Kaufleute, neben dem Urteilspruch auch ein besonderes, auf die Marktgepflogenheiten bezogenes Kaufmannsrecht weiterentwickelte.<sup>325</sup>

Die hohe Sachkenntnis (nicht Rechtskenntnis) der Urteiler sowie der Beschleunigungsgrundsatz bilden auch hier den Kern der prozessrechtlichen Vorschriften in Marktsachen. Durch die Beschleunigung bedingt sich dabei ein Rückgang der Verfahrensförmlichkeit. Entsprechend treffen hier die besondere Laienexpertise der Fachleute sowie die rückläufige Verfahrensförmlichkeit in plastischer Weise aufeinander. Dieser Wettkampf bildet das Fundament für die weitere Betrachtung des deutschen Rechtsraums.

Durch das Wirken der Marktgerichte entwickelte sich im Laufe der Zeit das Stadtrecht heraus. Aus dem speziellen Marktgericht ging das allgemeine Stadtgericht hervor. Gemessen an dieser Entwicklung, würde das Stadtgericht unmittelbar das Gericht der Kaufleute und das Stadtrecht somit das Recht der Kaufleute abbilden.<sup>326</sup> Relativiert wird die Aussage dadurch, dass selten zwischen *cives* und *mercatores* unterschieden wurde bzw. werden konnte<sup>327</sup>, da es praktisch keine zu unterscheidenden Merkmale

---

*der Provinz* (Hrsg.), *Geschichtsquellen der Provinz Sachsen und angrenzender Gebiete*, Bd. 2, S. 8, Urkunde 9, Z. 18.

323 Ähnlich bereits vor den hoheitlichen Messgerichten in Frankreich; vgl. bereits bei FN 210.

324 § 29 Marktgerichtsordnung Bozens v. 23.03.1792 bei *Weiß*, *Kaiserlich-Königliche Satzungen und Freyheiten für die freyen Märkte der Stadt Botzen*, S. 31 f.; zu der speziellen Zuständigkeit der Gerichte vgl. § 8 ders., S. 11 f.

325 *Lamprecht*, *Deutsche Geschichte*, Bd. 3, 2. Aufl., S. 34 f.

326 So jedenfalls: *Sohm*, *Die Entstehung des deutschen Städtewesens*, S. 68.

327 So z. B. in der Bestätigung der Privilegs v. 25.07.1042 durch Kaiser Lothar III. gegenüber den Kaufleuten v. Quedlinburg vom 25.04.1134, in: *Janicke*, *Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg*, in: *Geschichtlicher Verein der Provinz* (Hrsg.), *Geschichtsquellen der Provinz Sachsen und angrenzender Gebiete*, Bd. 2, S. 9, No. 10, Zeile 20 f. u. 39 f.: „*negotiatores de Quedlinburg (...) ut per omnes nostri imperii mercatus ubique suum libere exerceant negotium et tali deinceps lege et justicia vivant (...). Cives [1042 noch allein: mercatores de Goslar et de Magdeburgo, vgl. ders., S. 8, No. 9, Zeile 14 f.] etiam de omnibus, que ad cibaria pertinent, inter se judicent (...).*“

gab. Die nach unserem heutigen Verständnis notwendige Unterscheidung war seinerzeit nicht nötig, waren doch meist die *Bürger* einer Stadt selbst Handelstreibende im Unterschied zu den Unfreien und Bauern.<sup>328</sup>

Richtig ist aber auch, dass sowohl die Rechtskodifikation als auch die Notwendigkeit von Rechtsprechung durch ein neues hoheitliches ständiges Gericht maßgeblich durch Handelsrecht geprägt sind; denn dort, wo Handel getrieben wird, gibt es auch in hohem Maße das Bedürfnis nach rechtlicher (oder zumindest gerichtlicher) Befriedung. Genau dieser Drang nach Befriedung und Aufrechterhaltung des Friedens (des Marktfriedens) ist dabei ein entscheidender Faktor für das Aufkommen der Stadtgerichte.<sup>329</sup>

Daneben ist das Stadtrecht nicht allein das Marktrecht, sondern vielmehr eine Verbindung desselben mit dem Gewohnheitsrecht der Kaufleute.<sup>330</sup> *Gothein* geht hingegen noch einen Schritt weiter, wenn er sagt, dass der Gerichtsvorsteher der Marktgerichte „*nur das Recht verwalten und sprechen [können], das[s] die Kaufmannsgemeinde besitzt und findet*“<sup>331</sup>. In der Konsequenz spricht er also bereits den hoheitlichen Marktgerichten eine unmittelbare Abhängigkeit von den Vereinigungen der Kaufleute zu.

Diese Entwicklung hebt das besondere Verhältnis zwischen der Obrigkeit und den deutschen Kaufleuten hervor. Anders als in Italien oder den südlichen Messplätzen Frankreichs, strebten die lokalen Kaufleute anfangs nicht nach einer speziellen Sondergerichtsbarkeit oder gar einer gänzlichen Isolation von den hoheitlichen Gerichten. Das Institut des Königs- und damit des Marktfriedens bot genügend Schutz. Gerade durch die Errichtung der speziellen hoheitlichen Marktgerichte war das aufkeimende Bedürfnis der Kaufleute nach Spezialisierung, Fachkompetenz und Be-

---

328 Zur Bürgerschaft von Regensburg zählten im Besonderen alle Handeltreibenden, vgl. Urkunde König Philipps v. 1207, in: *Gemeiner*, Über den Ursprung der Stadt Regensburg und aller alten Freistädte, S. 68, Nr. 2, 69 f.: „*Item quicumque sive clericus, sive laicus seu etiam] judeus de ratispona pecuniam aliquam, seu quodcunque [= quodeumque] commercium vel in civitate vel extra civitatem ad negotiatonem aliquam tradiderit, is cum aliis civibus Ciuitatis omne onus collectarum portabit.*“

329 *Doren*, Untersuchungen zur Geschichte der Kaufmannsgilden des Mittelalters, in: *Schmoller* (Hrsg.), Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 12, Heft 2, S. 31.

330 So auch *Doren*, Untersuchungen zur Geschichte der Kaufmannsgilden des Mittelalters, in: *Schmoller* (Hrsg.), Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 12, Heft 2, S. 32.

331 *Gothein*, Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes und der angrenzenden Landschaften, Bd. 1, S. 10.

schleunigung im Verfahren gestillt. Der Einfluss des Königs war praktisch so allumfassend und gewaltig, dass er sich keinen progressiven Ambitionen der Kaufleute gegenübergestellt sehen musste. Diese passive Haltung der deutschen Kaufleute sollte hingegen zeitnah einen Umschwung erfahren.

## Abschnitt 2: Die Gildenbildung und ihre Auswirkung

War der Handel anfangs durch wandernde Kaufleute geprägt, erfolgte der Schritt hin zum stationären Handel an ständigen Marktplätzen erst später. Die Reise als Kaufmann war eines der gefährlichsten Unterfangen in jener Zeit. So waren Kaufmänner nicht nur durch das Mitführen von Waffen am Markte privilegiert,<sup>332</sup> sondern wurden durch den König auch zur Bewaffnung angehalten.<sup>333</sup> Um den Gefahren langer Handelsreisen zu begegnen, schlossen sich die Händler zu großen Verbänden zusammen. An ihre Spitze wählten sie gleich den italienischen Konvois einen leitenden Befehlshaber.<sup>334</sup> Auch die Innungen der Handwerker begehrten die „Selbstständigkeit ihrer genossenschaftlichen Existenz“<sup>335</sup> mit selbst gewählten Meistern an ihrer Spitze. Den Magdeburger Schilderern wird dieses Privileg im Jahr 1197 durch Erzbischof Ludolf zuteil.<sup>336</sup> Diesen Vorstehern und Meistern war insbesondere die innere Jurisdiktion der Gildenmitglieder vorbehalten. Verfolgt man die Entwicklung, wird man indes feststellen müssen, dass sich die Kompetenz bzw. vornehmlich die Aufgabe der Vorsteher erst im Wandel der Zeit von der eines einfachen Streitschlichters zu dem Amt eines internen Gildenrichters entwickelt hat. Im Jahr 1239 heißt es bei den Schustern zu Perleberg noch, dass der Meister die Proble-

---

332 Vgl. § 17 der Keure de Bruges v. 1190 (Graf Philipp), in: *Warnkönig/ Gheldolf, Histoire de la Flandre et de ses institutions civiles et politiques jusqu'à l'année 1305*, Bd. 2, S. 417–422, 420.

333 Vgl. den Reichsfrieden v. Friedrich Barbarossa in der *Constitutio de pace tenenda* v. 1152, in: *Weiland, Monumenta Germaniae Historica, Legum Sectio IV. Constitutiones et Acta Publica Imperatorum et Regum*, Bd. 1, S. 194–198, No 140, Nr. 13, S. 198.

334 *Lamprecht*, Ursprung des Bürgertums und des städtischen Lebens in Deutschland, in: *Sybel/ Lehmann* (Hrsg.), *Historische Zeitschrift*, Bd. 67, S. 399.

335 *Inama-Sternegg*, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 3.2, S. 27.

336 Urkunde v. 1197 von Erzbischof Ludolf an die Schilderer zu Magdeburg, in: *Historische Commission der Provinz Sachsen, Urkundenbuch der Stadt Magdeburg*, Bd. 1, S. 33, No. 65.



me und Streitigkeiten unkompliziert lösen solle.<sup>337</sup> In der Urkunde vom 16.10.1268 wird den Lakenmachern zu Hagen allerdings schon zuerkannt, dass zwei Meister offiziell über Streitigkeiten befinden sollen.<sup>338</sup>

Insoweit entwickelten sich innerhalb der Gilden und Innungsverbände selbstständige Gerichte mit selbst erwählten Richtern. Diese hatten keine juristische Ausbildung genossen, waren aber vielmehr Experten in Handelsangelegenheiten ihrer eigenen Gilde oder ihres Innungsverbands. Erst gegen Ende des 11. Jahrhunderts ist uns eines der ersten Innungsgerichte mit Sicherheit um das Jahr 1040 in Quedlinburg durch ein Privileg von König Heinrich III. an die Kaufleute nachgewiesen.<sup>339</sup> Im Jahr 1075 finden wir selbiges in Allensbach.<sup>340</sup>

Um die innere Rechtsordnung während der Reisen in die Ferne aufrechtzuerhalten, wurden die Zusammenschlüsse der reisenden Händler – gleich dem italienischen *Reiseconsul* – von einem sog. Hansgraf begleitet.<sup>341</sup> Dieser urteilte in der Ferne nach heimischem Recht und vertrat darüber hinaus die Interessen des Verbands auf den Märkten und Messen. Im Süden war der Donauhandel größtenteils in der Hand der Kaufleute aus Regensburg und Wien, die zu Ens zusammentrafen.<sup>342</sup> Demzufolge hatte der Regensburger Hansgraf nicht allein die Interessen der Kaufleute zu Regensburg, sondern jedenfalls zu Beginn des 12. Jahrhunderts auch die gesamte im südöstlichen Raum verkehrende deutsche Handelsschaft zu vertreten.<sup>343</sup> In Österreich hingegen gab es einen für das gesamte Ge-

---

337 Urkunde über das Privileg des Herrn Johann Gans an die Schustergilde zu Perleberg, in: *Riedel*, Codex diplomaticus Brandenburgensis, Bd. 1, S. 123, No. 2: „Item si inter prefatos sutores rancor aut discordia mutuo suerit exorta, utpote in suis confraternitatibus vel in servis conducticiis quocumque tempore vel loco sine proclamatione vulgari vel sanguinis essusione ipsi coram eorum magistro componere liceat, advocato nostro penitus hinc remoto.“

338 Urkunde v. 16.10.1268 in: *Hänselmann*, Urkundenbuch der Stadt Braunschweig, Bd. 1, S. 14, No. 7: „Habeunt tamen duos magistros, qui judicabunt omnem excessum, qui in illo officio suerit inventus, et si illi magistri judicare non valerent (...).“

339 Urkunde in: *Janicke*, Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg, in: *Geschichtlicher Verein der Provinz* (Hrsg.), Geschichtsquellen der Provinz Sachsen und angrenzender Gebiete, Bd. 2, S. 8, No. 9.

340 Urkunde v. Eggehard, Abt zu Reichenau v. 2.05.1075 bei: *Dümge*, Regesta Badensia. Urkunden des Grossherzoglich Badischen General-Lands-Archives, S. 22, und Anhang No. 60 a. S. 112.

341 *Gengler*, Beiträge zur Rechtsgeschichte Bayerns, Bd. 3, S. 112.

342 *Hüllmann*, Städtewesen des Mittelalters, Bd. 1, S. 336 f.

343 Vgl. nur die Abkommen mit dem Marktgrafen Ottkar IV. in: *Falke*, Die Geschichte des deutschen Handels, in: Deutsches Leben. Eine Sammlung geschlos-

biet zuständigen herzoglichen Beamten.<sup>344</sup> In jedem Fall aber war dem Hansgraf die Fürsorge für den Handel und den Auswärtigen der Bürger auferlegt.<sup>345</sup> Wenn andere<sup>346</sup> davon ausgehen, dass sich die justizielle Gewalt jedoch nur auf die Dauer der gemeinsamen Handelsreise beschränkt haben soll, ist dem nur partiell zuzustimmen. Insoweit muss bei der Honorierung des Hansgrafamts auf der einen Seite in das Amt des ständigen Ortsansässigen und auf der anderen Seite in das des Reisenden – gleich eines *Reiseconsuls* – unterschieden werden. Eben nur Letzterer war kraft Natur der Sache durch die Endlichkeit der Reise beschränkt.

Das Aufkommen des Hansgrafamts ist in Regensburg glaubwürdig für das Jahr 1186<sup>347</sup> und damit als erstes überhaupt im süddeutschen Raum nachweisbar. Durch ein Privileg König Philipps für Regensburg aus dem Jahr 1207, bestätigt im Jahr 1230 durch Friedrich II.<sup>348</sup>, erfahren wir Näheres über das Amt und die Aufgaben des Hansgraf zu Regensburg.<sup>349</sup> Insoweit war es Aufgabe und Privileg der *cives ratisonenses*, den Hansgraf zu wählen. Es stellt sich mithin die Frage, wer unter dieser Formulierung beschrieben ist. Es spricht viel dafür, dass allein die Kaufleute gemeint sind.<sup>350</sup> Spricht eine Urkunde von König Ludolf aus dem Jahr 1281 doch davon, dass diejenigen, die „*uf der Strasse und uf dem lande und uf dem*

---

sener Schilderungen aus der deutschen Geschichte, Bd. 3, Teil 1, S. 74 f. (fälschlicherweise hier als Ottkar VI. bezeichnet).

- 344 *Schaube*, Zur Entstehung der Stadtverfassung von Worms, Speyer und Mainz, S. 11 insbes. FN 27.
- 345 *Schaube*, Der Gebrauch von „hansa“ in den Urkunden des Mittelalters, in: *Germanischer Verein in Breslau* (Hrsg.), Festschrift des germanischen Vereins in Breslau zum 25jährigen Bestehen, S. 125-176, 154.
- 346 So jedenfalls *Doren*, Untersuchungen zur Geschichte der Kaufmannsgilden des Mittelalters, in: *Schmoller* (Hrsg.), Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 12, Heft 2, S. 49 u. FN 3.
- 347 Undatierte Urkunde des Burggrafen Heinrich in: *Academia scient. Maximiliane Boica*, Monumenta Boica, Bd. 13, S. 70 f., No. 67; der letzte Regensburger Burggraf Heinrich IV. ist spätestens 1185 verstorben; vgl. *Mayer*, Geschichte der Burggrafen von Regensburg, 1. Aufl., S. 46.
- 348 Urkunde bei: *Keutgen/ Below*, Urkunden zur Städtischen Verfassungsgeschichte, Bd. 1, S. 197-199, 198, No. 160.
- 349 Urkunde v. 9.03.1207 in: *Academia scientiarum Boica*, Monumentorum Boicorum Collectio Nova, Bd. 29.1, S. 532-534, 533: „*Item cives ratisonenses facultatem habebunt ex arbitrio suo eligendi magistrum qui vulgariter Hanisgrave dicitur. ut ille de officio suo iura et consuetudines ipsorum in nundinis requirat. Et si infra civitatem is aliquid ordinare disposuerit id non nisi secundum civilia instituta et ex consensu urbanorum fiat.*“
- 350 Zu der Verwendung *cives* in diesem Zusammenhang bereits oben, vgl. bei FN 327.

wasser varent einen hansgraven suln haben“.<sup>351</sup> Hingegen zweifelt *Schaube* an der Existenz einer als *Hans* bezeichneten Genossenschaft der Kaufleute in Regensburg vor dem 14. Jahrhundert. Er sieht in dem ursprünglichen Institut vielmehr eine „collegialische städtische Behörde“.<sup>352</sup> In der Tat aber verfügte Philipp von Schwaben im Jahr 1207, dass die Regensburger Bürger den Hansgraf wählen sollen.<sup>353</sup> In Lille tritt der Hansgraf hingegen tatsächlich als Behörde für Handelssachen auf.<sup>354</sup> Bemerkung sollte hier indes finden, dass die Besetzung des Amtes aus der Mitte der Kaufleute (den *guten Männern*) zu nehmen war. Dies zeigt in jedem Fall – gleich der politisch diffizilen Einordnung des Amtes – den Einfluss der Kaufmannsgilden auf dieses Amt und die Besetzung desselben durch juristische Laien. Ein weiterer Hinweis zur Bestätigung dieser Kernaussage über das Amt des Hansgraf gelingt durch einen Blick auf dessen nähere Umgebung. Das Amt selbst ist grundsätzlich nicht vorstellbar ohne die dahinter stehende *Hans*, die (meist monopolistisch aufgestellte) Handelsgilde.<sup>355</sup> Der Unterschied zu den italienischen *Consules mercatores* war freilich, dass das Amt ursprünglich und teilweise durch die Obrigkeit selbst eingesetzt wurde oder jedenfalls durch diese Bestätigung finden musste.<sup>356</sup> Erst im Laufe der Zeit war die eigene Wahl gestattet.<sup>357</sup>

---

351 Urkunde in: *Gemeiner*, Reichsstadt Regensburgische Chronik, Bd. 1, S. 414 f., 415.

352 *Schaube*, Über das Werk: Köhne, Carl: Das Hansgrafenamt. Ein Beitrag zur Geschichte der Kaufmannsgenossenschaften und Behördenorganisation. Berlin 1893., in: *Königl. Gesellschaft der Wissenschaften* (Hrsg.), Göttingische gelehrte Anzeigen, Bd. 2, S. 664, S. 664–689 (669 ff., a. E.); Zitat ders., S. 671.

353 „Item *cives ratisonenses facultatem habebunt ex arbitrio suo eligendi magistrum, qui vulgariter hanisgrave dicitur, ut ille de officio suo jura et consuetudines ipsorum in nundinis requirat, et si infra civitatem is aliquid ordinare disposuerit, id non nisi secundum civilia instituta et ex consensu urbanorum fiat.*“ Urkunde König Philipps vom Jahr 1207 in: *Gemeiner*, Über den Ursprung der Stadt Regensburg und aller alten Freistädte, S. 68–70 (70).

354 *Von Hegel*, Städte und Gilden der germanischen Völker im Mittelalter, Bd. 2, S. 171.

355 *Von Hegel*, Städte und Gilden der germanischen Völker im Mittelalter, Bd. 1, S. 71; ders., Bd. 2, S. 90; auch bei: *Miltitz*, Manuel des Consuls I, Bd. 1, S. 124; *Doren*, Untersuchungen zur Geschichte der Kaufmannsgilden des Mittelalters, in: *Schmoller* (Hrsg.), Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 12, Heft 2, S. 144.

356 *Koehne*, Das Hansgrafenamt, S. 267.

357 Siehe bereits oben und auch bei *Koehne*, Das Hansgrafenamt, S. 24 f. für Regensburg.

Für die weitere Entwicklung in Handelsstreitigkeiten ist allerdings die durch den Hansgraf ausgeübte Jurisdiktion von entscheidender Bedeutung. Insoweit war er dazu berufen, über Streitigkeiten der Kaufleute untereinander zu entscheiden. Das Verfahren folgte dabei keiner besonderen Form, sondern war summarisch – sogar einfach.<sup>358</sup> In einer Instruktion von König Maximilian I. an seinen getreuen Hansgraf wird geschildert, dass der juristische Laie über Streitigkeiten entscheiden solle, „*wie es ihm gebührt*“.<sup>359</sup> Gleichwohl ist diese Jurisdiktion im Unterschied zu den *Consules mercatores* keine selbstständige, sondern eine von der Gunst und Unterstützung der Obrigkeit abhängige.<sup>360</sup> Festhaltend lässt sich sagen, dass diesem mit juristisch ungelehrten Kaufleuten besetzten Richteramt der Charakter eines wahren hoheitlichen Gerichts mit privatrechtlichen, durch die Gilden maßgeblich bestimmten Einflüssen beizumessen ist. Insoweit verbleibt es weiterhin bei dem Verfahrensmonopol der Herrschaftsgewalt, während es sich parallel der Laienexpertise durch Fachleute in Handelssachen öffnet. Im Laufe der Zeit wird das Amt des Hansgraf langsam erweitert und ausgedehnt. Ähnlich den bisher dargestellten Organisationsformen<sup>361</sup> bekommt er einen *Rat der Hans* als Beisitzer an die Seite gestellt.<sup>362</sup> Ferner werden ihm der innere Handel sowie die einzelnen Gewerbe unterstellt. Dadurch werden ihm weitere polizeiliche als auch jurisdiktionelle Befugnisse übertragen.<sup>363</sup>

Waren die Kaufmannsgilden in Deutschland – insbesondere die im süddeutschen Raum, auf denen das Hauptaugenmerk liegen soll – nicht von so enormem Einfluss wie ihre Genossen in Italien, und war endlich deren Verselbstständigung anfangs nicht vergleichbar zügig und konsequent<sup>364</sup>, so ist ihnen doch ein enormer Vorsprung gegenüber den übrigen Gewer-

---

358 Marquart, *Tractatus Politico-Juridicus De Iure Mercatorum Et Commerciorum Singulari*, Bd. 2, Lit. D, S. 173: „*levato velo ac sine strepitu et figura Judicii*.“

359 Urkunde vom 19.10.1507 in: *Alterthums-Verein zu Wien*, Quellen zur Geschichte der Stadt Wien, Bd. 2, S. 14 f., No. 1307, Nr. 8 u. 25.

360 *Inama-Sternegg*, *Deutsche Wirthschaftsgeschichte*, Bd. 3.2, S. 277 f.

361 Vgl. dazu z. B. bei FN 75, 83, 109.

362 Vgl. die Regensburgische Hansgerichtsordnung aus dem 14. Jahrhundert; Auszug in: *Jäger*, *Juristisches Magazin für die deutschen Reichsstädte*, Bd. 2, S. 38–47, 38.

363 *Schaube*, *Der Gebrauch von „hansa“ in den Urkunden des Mittelalters*, in: *Germanischer Verein in Breslau* (Hrsg.), *Festschrift des germanischen Vereins in Breslau zum 25jährigen Bestehen*, S. 125 ff., S. 155.

364 Vgl. hierzu auch *Doren*, *Untersuchungen zur Geschichte der Kaufmannsgilden des Mittelalters*, in: *Schmoller* (Hrsg.), *Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen*, Bd. 12, Heft 2, S. 196 ff.

betreibenden zuzusprechen. Letztere haben in ihren korporativen Vereinigungen erst spät das Recht eigener Gerichtsbarkeit erlangen können.<sup>365</sup> Erst im 13. Jahrhundert verbreitete sich eine Art der Zunftgerichtsbarkeit in ganz Deutschland (sog. *Morgensprachen*), die auch als Kontrollinstanz für die Obrigkeit über die Zunftsachen ausgestaltet war. So trat die *Morgensprache* der Zünfte an die Stelle der ersten Instanz der hoheitlichen Gerichte, denn „(...) *wente de morgensprake, so desulve gebborliker und na oltwamiger wyse geheget, so is se gelik und is ok werklik ein geheget undergerichte, darin de werkmeystere na tyden wesende vormoge und inholt ebrest o den hilligen gesworen lifliken eydes als richtere schedesleute und bevelhebbere van dem erbaren rad darto upgenamen bereydet bestetiget und gesettet.*“<sup>366</sup> Gleichwohl gab es zahlreiche Berührungspunkte zwischen den kaufmännischen und den gewerblichen Zünften und Gilden.<sup>367</sup>

Im Laufe des 14. Jahrhunderts sodann gelangten die Innungen teilweise auch an politische Macht und waren von nun an ebenfalls an der Stadtverfassung beteiligt.<sup>368</sup> Insofern schlossen die Innungen und Zünfte ab dem Ende des 14. Jahrhunderts anstelle des Stadtrats bereits eigenständige Verträge ab.<sup>369</sup> Dabei sind u. a. die Vereinbarung aus dem Jahr 1352 über die gemeinschaftliche Abfassung von Statuten verschiedener Mainstädte<sup>370</sup> oder ein Schmiedebündnis zwischen neun Städten aus dem Jahr 1383<sup>371</sup> zu nennen. Selbst im Fall des Machterhalts des Rates war dieser vielfach mit Innungsmitgliedern besetzt. In Stendal wurde die Kompetenz des Rates im Jahr 1345 gänzlich auf den Gesamtwillen der Gilden übertragen; allein soweit die Gildenmitglieder uneins waren, sollte der Rat die letzte Entschei-

365 *Stieda*, Das Gewerbegericht, S. 13 f.

366 Rolle der Schmiede in Lüneburg aus dem Jahr 1554 bei: *Bodemann*, Die älteren Zunfturkunden der Stadt Lüneburg, S. 204: die Übersetzung auf Seite XXXII: „(...) *denn die Morgensprache, in gebürlicher und alter Weise geheget, ist wie ein gehegtes Untergericht, darin die Werkmeister nach Kraft und Inhalt ihres zu den Heiligen geschworenen Eides als Richter, Schiedsleute und dazu Beauftragte (...) von dem ehrbaren Rath gesetzt und bestätigt sind.*“

367 Vgl. das Secherbott in Basel aus dem 14. Jahrhundert, in: *Stieda*, Das Gewerbegericht, S. 21 ff.

368 *Inama-Sternegg*, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Bd. 3.2, S. 54.

369 *Inama-Sternegg*, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Bd. 3.2, S. 58.

370 Vereinbarung zw. den Bäckern von Mainz, Worms, Speyer, Oppenheim, Frankfurt, Bingen, Bacherach und Boppard v. 17.09.1542, in: *Böhmer*, Codex diplomaticus Moenofrancofurtanus, Bd. 1, S. 625 ff.

371 Vereinbarung zw. den Schmiedemeistern von Mainz, Worms, Speyer, Frankfurt, Gelnhausen, Aschaffenburg, Bingen, Oppenheim und Kreuznach v. 13.05.1383, in: *Böhmer*, Codex diplomaticus Moenofrancofurtanus, Bd. 1, S. 760 f.

dung treffen.<sup>372</sup> *Neuburg* geht noch einen Schritt weiter, wenn er in den Zünften einen „*Staat im Staate*“<sup>373</sup> sieht. Richtig ist aber, dass es zu einer stetigen Machterweiterung der Innungen generell gekommen ist. Diese Ausweitung der Kompetenzen erfuhren sie nicht zuletzt, indem sie sich zwischen die Obrigkeit und ihre Mitglieder als Dachverbände für sämtliche Belange stellten. Reziprok erwuchs auch der Zunftzwang in hohem Maße.<sup>374</sup> Dies geschah flächendeckend selbstverständlich nicht einheitlich. Die im Süden agierenden frühzeitigen Handelsgesellschaften, nach Art der offenen Gesellschaft aufgebaut (z. B. die Handelshäuser der Fugger oder Welser<sup>375</sup>), bezogen sich in ihrer Handelstätigkeit fast ausschließlich auf den südeuropäischen Raum. Allein eine Nürnberger Gesellschaft ist im Jahr 1428 in Dänemark nachweisbar.<sup>376</sup> So scheint es im ersten Moment verwunderlich, als die im Norden agierenden Gesellschaften schon frühzeitig innerhalb des Verbands der Hanse Bruderschaften ähnlich den italienischen Hafengilden des 13. Jahrhunderts bilden.<sup>377</sup> Bedenkt man indes die intensiven hanseatischen und venezianischen Handelsbeziehungen spätestens gegen Ende des 14. Jahrhunderts – trotz der durch König Sigmund verhängten Handelssperre aufgrund des im Jahr 1411 begonnenen Konflikts<sup>378</sup> –, so treten dieser Bezug und der Einfluss der italienischen Gildenbildung deutlich hervor.

Am Ende verdrängt der Rat die Gilde aus den städtischen Funktionen, was zu einem Niedergang der Gilden und ihrer Zusammenschlüsse führt.<sup>379</sup> Diese Verdrängung war indes eine vornehmlich institutionelle und keine funktionale. Durch das verstärkte Engagement innerhalb des städtischen Rates konnten die freien Kaufleute ihren politischen Ambitionen besser nachgehen.

---

372 *Von Hegel*, Städte und Gilden der germanischen Völker im Mittelalter, Bd. 2, S. 486.

373 *Neuburg*, Zunftgerichtsbarkeit und Zunftverfassung, S. 199.

374 *Inama-Sternegg*, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Bd. 3.2, S. 33 f.

375 *Ehrenberg*, Das Zeitalter der Fugger. Geldkapitel und Kreditverkehr im 16. Jahrhundert, Bd. 1, 3. Aufl., S. 380 f.

376 *Roth*, Geschichte des Nürnbergischen Handels, Bd. 1, S. 166.

377 Über die Hansestädte im Besonderen nach 1358, aber auch Hinweise auf frühzeitige Aktivitäten, vgl. bei: *Stein*, Die Hansestädte, in: *Verein für Hansische Geschichte* (Hrsg.), Hansische Geschichtsblätter, Bd. XIX, S. 233-294.

378 Vgl. m. w. N. bei *Heyd*, Geschichte des Levantehandels im Mittelalter II, Bd. 2, S. 721 ff.

379 *Doren*, Untersuchungen zur Geschichte der Kaufmannsgilden des Mittelalters, in: *Schmoller* (Hrsg.), Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 12, Heft 2, S. 184.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass gerade die erstarkende Machtposition der Kaufleute innerhalb des städtischen Verbunds den Auftakt für eine gesonderte Handelsgerichtsbarkeit in Deutschland bildet. Insbesondere das anfängliche Hansgrafamt verfügt mittels der Beteiligung von juristischen Laien und Fachkundigen an der Rechtsprechung sowie durch die enge Verbundenheit mit der Obrigkeit über zwei wesentliche Elemente der hoheitlichen Sondergerichtsbarkeit, als durch die Laienexpertise und das staatliche Verfahrensmonopol geprägt.

### Abschnitt 3: Nürnberg als Schrittmacher der Handelsgerichtsbarkeit im 13. bis ins 17. Jahrhundert

Gleich den Unterschieden der einzelnen Handelshäuser und Vereinigungen in den jeweiligen Städten verhalten sich auch ihre Entstehungsgeschichten. Gleichwohl bietet uns die Stadt Nürnberg die einmalige Möglichkeit, die Entwicklung sämtlicher Organisationsformen und insbesondere das Wesen der Judikatur zu dieser Zeit in Gänze darzustellen. Nürnberg stellt in der historischen Entwicklung nicht nur ein Beispiel unter vielen dar, sondern war überdies Schrittmacher der Handelsrechtsgeschichte in Deutschland. Diese Darstellung soll indes nicht dazu führen, eine absolute Singularität Nürnbergs in Handelsgerichtssachen zu proklamieren. Dass es auch vergleichbare Organisationsformen jener Art gegeben hat, ist insoweit nicht zu bestreiten. Allerdings waren diese überproportional von den Entwicklungen Nürnbergs geprägt. Dies betrifft nicht nur die Entwicklung der Handelsgerichtsbarkeit per se, sondern damit verbunden auch die Entwicklung paralleler Gerichtsbarkeiten wie der Wechselgerichtsbarkeit mit der freien Reichsstadt Augsburg an der Spitze.

#### 3.1 – Die Anfänge

Der Beginn der Nürnberger Handelsgeschichte ist die Verlegung des Marktes von Fürth nach Nürnberg um das Jahr 1039 unter Heinrich III., die zum Emporkommen Nürnbergs maßgeblichen Anteil hatte.<sup>380</sup> Mit

---

380 *Mummenhoff*, Altnürnberg, in: *Reinhardstoettner/ Trautmann* (Hrsg.), Bayerische Bibliothek, Bd. 22, S. 6; 1062 gibt Heinrich IV. Fürth das Münz- und Marktrecht zurück; vgl. Abdruck der Urkunde in: *Historischer Verein zu Bamberg*, Bericht

dem Freibrief Friedrichs II. folgen im Jahr 1219<sup>381</sup> zahlreiche Freiheiten wie ein eigenes Kaufmannsrecht.<sup>382</sup> Nürnberg war also eine Reichsstadt und nur der Kaiser ihr Schutzherr und somit Gerichtsherr der Kaufleute. Mithin war dem kaiserlichen Burggrafen die alleinige und volle richterliche Gewalt zugesprochen.<sup>383</sup> Als Vertreter desselbigen erwachsen sog. Unterrichter bzw. Schultheißen.<sup>384</sup> Das Reichsschultheißamt bildete dabei ein zentrales Moment des politischen Streites zwischen der immer weiter erstarkenden Stadtgemeinde auf der einen und dem Reich sowie dem Geschlecht der Zollern auf der anderen Seite. Letztere wollten die Burggrafschaft zum erweiterten Territorium ausbauen, wohingegen das Reich seinen Besitzstand wahren wollte.<sup>385</sup> Diesem Stadtgericht sitzt der *Officialis* des Burggrafen vor.<sup>386</sup> Ab dem Jahr 1256 – spätestens ab dem Jahr 1263<sup>387</sup> – erscheinen dreizehn<sup>388</sup> Schöffen und ein Rat als Vertreter der Bürgerschaft und insoweit vornehmlich des Kaufmannsstands, um an der Urteilsfindung mitzuwirken.<sup>389</sup> Auf dieses Kolleg gingen allmählich die gesamte Gerichtszuständigkeit sowie die Verwaltungstätigkeit über. So bestimmte Heinrich VII. im Jahr 1313, dass alles, was die „*Consules et Sabini civitatis Nurembergen*“ für Recht sprechen, alle Einheimischen und Fremde zur

---

über das Bestehen und Wirken des Historischen Vereins zu Bamberg in Oberfranken in Bayern, Bd. 7, S. 56 f., No. 4.

381 Abgedruckt in: *Limnäus*, Iuris Publici Imperii Romano-Germanici, Bd. 3, Lib. VII., Cap. 35, No. 17.

382 *Roth*, Geschichte des Nürnbergischen Handels, Bd. 1, S. 12 ff.

383 Vgl. auch Anmerkungen zu dem Privileg in: *Wölkern u. a.*, Historia Norimbergensis Diplomatica, S. 151 ff., Sec. V.

384 *Sohm*, Die Entstehung des deutschen Städtewesens, S. 96.

385 Vgl. *Leiser*, Nürnbergs Rechtsleben, in: *Pfeiffer* (Hrsg.), Nürnberg – Geschichte einer europäischen Stadt, S. 171 ff.

386 Urkunde des Königs Rudolf von 1273 in: *von Lancizolle*, Geschichte der Bildung des preußischen Staats, Bd. 1, Beilagen, S. 659 f.

387 Urkunde vom 15.03.1263 in: *Lang*, Regesta sive Rerum Boicarum Autographa ad sannum usque MCCC, Bd. 3, S. 198, 199.

388 *Leiser* geht fälschlicherweise nur von zehn bis zwölf Schöffen aus; vgl. *Leiser*, Nürnbergs Rechtsleben, in: *Pfeiffer* (Hrsg.), Nürnberg – Geschichte einer europäischen Stadt, S. 171 ff.

389 Siehe in: *Limnäus*, Iuris Publici Imperii Romano-Germanici, Bd. 3, Lib. VII., Cap. 35, No. 10. Vgl. auch *Mummenhoff*, Altnürnberg, in: *Reinhardstoettner/Trautmann* (Hrsg.), Bayerische Bibliothek, Bd. 22, S. 20; Letzterer geht indes fälschlicherweise von acht und nicht von sechzehn alten Genannten als Mitglieder des Kollegs aus.



Bindung bringen solle.<sup>390</sup> Bereits im Jahr 1300 betont der alte Schultheiß *H'Bertholt Phinzine*, wie wenig die Stadtrichter „ohne die Schöpffen thun könne[n]“<sup>391</sup> mithin wie stark deren Befugnisse ausgeprägt sind und wie hoch deren Meinung und Sachverstand gewertet wurden. Zwar war der Schultheiß formal für den Richterspruch kompetent, gleichwohl hatte dieser die Entscheidung der Schöffen vollumfänglich zu berücksichtigen, musste er doch einmal im Jahr in Anwesenheit der *Consulibus* schwören, allein nach dem Ausspruch der Schöffen das Urteil zu fällen bzw. Recht zu sprechen.<sup>392</sup> Auch wurde bestimmt, dass kein Nürnberger vor ein fremdes Gericht gestellt werden solle – davon eingeschlossen waren auch die Offiziale des Bischofs von Bamberg.<sup>393</sup> Im Jahr 1315 wurden diese Privilegien endlich durch Ludwig IV. auch auf das kaiserliche Hofgericht ausgedehnt.<sup>394</sup> Es folgten weitere Privilegien. Unter anderem räumte Karl IV. durch Privileg vom 09.11.1347 Nürnberg alle Rechte im Handel mit ihrer Kaufmannschaft und in Bezug auf Zollbefreiung ein,<sup>395</sup> und bereits im Jahr 1331 war den Bürgern der Stadt Nürnberg die Wahl eigener Stadtrichter zugesprochen.<sup>396</sup> Das Amt des Schultheißen wurde im Laufe der Zeit – ähnlich dem Amt des italienischen *Podestà* – ab dem Jahr 1385 durch Auswärtige besetzt.<sup>397</sup> Dies lag gleichwohl nicht an der fehlenden Objektivität, wie es bei den *Podestà* der Fall war, sondern vielmehr an der Verpfändung des Reichsschultheißamtes im Jahr 1385 durch die Zöllern an die Stadt.<sup>398</sup> Erst im Jahr 1427 kam es endlich durch Kauf vollumfänglich an die Stadt. Auch hier tritt das stete Bestreben des Nürnberger Rates nach Beseitigung

---

390 Vgl. „(...) *praedictae, sub juramento praestito, pro pace ac moderatione rerum venalium, intra civitatem eandem statuerint, tam ab extraneis quam a civibus observetur.*“ In: *Moser/ Lünig*, Reichs-Stättisches Handbuch, Bd. 2, Kap. 34, S. 291.

391 Hinterlegt bei: *Wölkern u. a.*, *Historia Norimbergensis Diplomatica*, S. 241.

392 Vgl. *Moser/ Lünig*, Reichs-Stättische Handbuch, Bd. 2, Kap. 34, S. 291.

393 Vgl. v. 26.06.1313, in: *Lang/ Freyberg*, *Regesta sive Rerum Boicarum Autographa e Regni Scriniiis*, Bd. 5, S. 258.

394 Urkunde aus 1315 bei: *Nürnbergische Diplomatische Historie, Erste Periode*, in: *Wölkern/ Tyroff/ Schübler* (Hrsg.), *Historia Norimbergensis Diplomatica*, Anno 1315, S. 241 No. LXXIV.

395 *Mummenhoff*, *Altnürnberg*, in: *Reinhardstoettner/ Trautmann* (Hrsg.), *Bayerische Bibliothek*, Bd. 22, S. 43, mit Verweis auf: Urkunde im k. allg. Reichsarchiv vom 09.11.1347.

396 Urkunde abgedruckt bei: *Köhler/ Nützel*, *Historia codicis iuris statutarii, sive Reformationis Norimbergensis*, S. 8.

397 Vgl. bei *Stromer von Reichenbach*, *Geschichte und Gerechtsame des Reichsschultheisenamtes zu Nürnberg*, S. 56.

398 *Leiser*, *Nürnberg's Rechtsleben*, in: *Pfeiffer* (Hrsg.), *Nürnberg – Geschichte einer europäischen Stadt*, S. 171 ff.

von Handelshemmnissen besonders hervor.<sup>399</sup> Diesem Ziel kam er damit ein gewaltiges Stück näher. Der Rat der Stadt gelangte unaufhörlich in den politischen Fokus der Macht. Darin enthalten war gleichwohl auch die Befugnis der Jurisdiktion. Bereits in obigen Ausführungen zeigte sich der immer größer anwachsende Einfluss, den der Rat auf die Kaufleute ausübte. Dieser Einfluss wird nun auch auf die gesamte und insbesondere die handelsrechtliche Jurisdiktion ausgeweitet. Paradigmatisch für diesen Zeitraum ist, dass der Rat keinesfalls entgegen den Vorstellungen der Kaufmannschaft agierte. Vielmehr war er vornehmlich durch Bürger aus dem Handelsstand besetzt<sup>400</sup> und duldete keine organisatorisch eigenständigen und politischen Handwerkszünfte.<sup>401</sup> Ab dem Jahr 1571 wird das Schultheißamt endlich durch den Rat der Stadt selbst besetzt. Diese Personalidentität führt im Ergebnis zu einem massiven Abbau des Amtes und zu weiterem Machtgewinn des Rates.<sup>402</sup>

Eines der kernpolitischen Reformziele dieses ambitionierten Rates, der kraft seiner Macht und seiner Besetzung eng mit den Interessen der Handelstreibenden verwoben war, war die voranschreitende Beschleunigung der Gerichtsprozesse. Dabei ging es hauptsächlich um Verfahren in Handelssachen. Um das Ende des 14. und Anfang des 15. Jahrhunderts begann die Aufnahme des römischen Rechts in Deutschland.<sup>403</sup> Bereits im Jahr 1495 war das Reichskammergericht zur Hälfte mit Rechtsgelehrten besetzt worden.<sup>404</sup> In § 1 der Reichskammergerichtsordnung von 1495 war vorgeschrieben, dass die Hälfte der Beisitzer im „*Recht gelerte[n]*“ sein sollen.<sup>405</sup> Die Reichskammergerichtsordnung von 1521 bestimmt in ihrem Teil I. sogar, dass auch die zweite Hälfte (der Ritterschaft) möglichst Rechtsgelehrte sein sollen.<sup>406</sup> Das römisch-kanonische Recht forderte im

---

399 *Mummenhoff*, Altnürnberg, in: *Reinhardstoettner/ Trautmann* (Hrsg.), Bayerische Bibliothek, Bd. 22, S. 37.

400 *Mummenhoff*, Altnürnberg, in: *Reinhardstoettner/ Trautmann* (Hrsg.), Bayerische Bibliothek, Bd. 22, S. 47 f.

401 *Isenmann*, Die Deutsche Stadt im Mittelalter. 1150–1550, S. 826 f.

402 *Stromer von Reichenbach*, Geschichte und Gerechtsame des Reichsschultheisenamtes zu Nürnberg, S. 56.

403 Vgl. auch Entwicklung der Nürnbr. Reform. bei *Siebenkees*, Juristisches Magazin, Bd. 1, S. 319.

404 *Stobbe*, Geschichte der deutschen Rechtsquellen, in: Geschichte des Deutschen Rechts in sechs Bänden, Bd. 1.2, S. 84.

405 *Datt*, Volumen Rerum Germanicarum Novum, De Pace Imperii Publica, Bd. 5, S. 718 ff.

406 Reichskammer GO v. 1521 bei: *Senckenberg/ Schmauß*, Neue und vollständigere Sammlung der Reichs-Abschiede, Bd. 2, S. 179 ff.; Teil I auf S. 180.

Besonderen eine bestimmte Reihenfolge der einzelnen Parteihandlungen im Prozess. Durch dieses Mehr an prozessrechtlichen Vorschriften gestalteten sich die Gerichtsprozesse überwiegend als sehr schwerfällig.<sup>407</sup> Dies bestärkte den Rat in seinem Drängen nach einer Separation von den öffentlichen Gerichten und insbesondere die Etablierung summarischer Verfahren in Handelssachen.

Bereits in der Reformation von 1481 war ein extrem schnelles Verfahren für Gäste – meist und in erster Linie handeltreibende Fremde – vorgesehen.<sup>408</sup> Bemerkenswert in dieser Reformation ist, dass von dem allgemeinen Grundsatz des mittelalterlichen Municipalrechts, dass Bürger und Gäste gleichgestellt sind, durch Gesetz 8 (Titel I.) abgewichen wird, indem der Prozess deutlich beschleunigt wird, sofern der Streitwert unter 32 Gulden liegt. Dies setzte bereits ein fast wortgleich in die Reformation übernommener Ratserlass aus dem Jahr 1477 fest.<sup>409</sup> Voranschreitend wurde die Kompetenz des Bürgermeisters ausgebaut. In der Reformation von 1522 war dessen Zuständigkeit für Zivilstreitigkeiten in Arrestsachen und für den Fall des gerichtlichen Geständnisses bestimmt.<sup>410</sup> Dieser sich entwickelnde Bürgermeisterprozess kann mithin als einer der großen Anfänge der summarischen Verfahren in Handelssachen in der jüngeren Geschichte gesehen werden. Diese Verfahrensform fand schon bald Eingang in anderen Städten des Reiches, wie z. B. Frankfurt im Jahr 1578<sup>411</sup> oder Landshut im Jahr 1599<sup>412</sup>. Neben dem Bürgermeisterprozess entwickelte sich auch ein sog. Frohnbotengericht bei geringwertigen Streitigkeiten.<sup>413</sup> Bis zum

---

407 So auch die Schlussfolgerung von *Duschkow-Kessiakoff*, Das Handelsgericht. Ein Beitrag zur Geschichte, Wesen und Wirken der Handelsgerichte, S. 32.

408 Vgl. Nürnberger Reformation 1479 (1484) in: *Wolgemut*, Reformation der Statut vnd gesetze, Titelholzschnitt von Michael Wolgemut, Titel I. Gesetz 8 (S. 64 f.) und Gesetz 2 (S. 59).

409 Vgl. *Waldmann*, Die Entstehung der Nürnberger Reformation von 1478 (1484) und die Quellen ihrer prozessrechtlichen Vorschriften, in: *Mummenhoff* (Hrsg.), Bd. 18, S. 1–98, 80.

410 Nürn. Reform. v. 1522 bei: *Dürer*, Reformation der Stat Nürnberg, Blatt XVI. Titel IV. Gesetz 1.

411 Frankf. Reform. v. 1578 bei: *Lonicer*, Der Statt Franckenfurt erneuerte Reformation, Titel I. 12 § 1 Blatt 23 v, sowie für geringwertige Sachen: Titel I. 51 § 2 Blatt 85 r.

412 Privileg v. Herzog Maximilian am 21.07.1599 insbes. bzgl. Arrestverf., in: *Rosenthal*, Beiträge zur deutschen Stadtrechtsgeschichte, Bd. 1 u. 2, S. 125.

413 Vgl. die Nürn. Reform. v. 1522, Titel V. Gesetz 2 Blatt XXII v. bei: *Dürer*, Reformation der Stat Nürnberg, sowie Nürn. Reform. v. 1564, Titel VI. Gesetz 4 § 1 u. § 2 Blatt 32 v bis 33 bei: *Nürnberg Rat*, Der Stat Nürnberg verneute Reformation 1564.

Jahr 1534 urteilten hier drei Frohnboten und zwei Schöffen unter dem Vorsitz eines Stadtgerichtsschöffen. Ab jedenfalls dem Jahr 1626 urteilten fünf Schöffen unter dem Vorsitz eines Stadtrichters.<sup>414</sup> Soweit *Ehrenberg* also konstatiert, dass die Nürnberger Marktvorsteher die ersten deutschen Handelsrichter gewesen seien, ist ihm insbesondere in Bezug auf die Vorreiterrolle der Nürnberger Kaufleute zuzustimmen.<sup>415</sup>

In Frankfurt bildet sich um das Jahr 1500 parallel eine eigene Schlichtungsstelle der Kaufleute heraus, in der alle Streitigkeiten durch Unparteiische ohne gesondertes Verfahren gelöst werden sollten.<sup>416</sup> In Regensburg entwickelte sich bis spätestens zum Jahr 1486 das bereits oben bezeichnete Hansgericht stärker zu einem summarisch entscheidenden Lokalgericht ausschließlich für Handels- und Gewerbesachen.<sup>417</sup> Angemerkt sei hier, dass auch die Hansa zu Regensburg als eine freie Kaufmannsvereinigung zu sehen ist, die gewisse obrigkeitliche Befugnisse unter Aufsicht und ggf. Mitwirkung der städtischen Obrigkeit wahrgenommen hat.<sup>418</sup> In Breslau finden wir ebenfalls einen internen Streitbeilegungsmechanismus der (Bürger- und) Kaufmannschaft.<sup>419</sup> Im Jahr 1672 wird dieser durch § 25 der örtlichen Wechselordnung ergänzt bzw. kodifiziert, in der es heißt, dass die Streitigkeiten der Kaufleute durch die Ältesten außergerichtlich geschlichtet werden sollen, bei höheren Summen darüber hinaus Schiedsrichter (*Arbitri*) hinzugezogen werden sollen. Mangle es an einem Schlichtungsergebnis, so solle der Stadtrat in letzter Instanz summarisch, mündlich und schleunig entscheiden.<sup>420</sup> In Breslau war durch Friedrich

---

414 Mehr dazu bei: *Leiser*, Nürnbergs Rechtsleben, in: *Pfeiffer* (Hrsg.), Nürnberg – Geschichte einer europäischen Stadt, S. 171 ff.

415 *Ehrenberg*, Die alte Nürnberger Börse, in: *Verein für Geschichte der Stadt Nürnberg* (Hrsg.), Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg, Bd. 8, S. 69-86, 85.

416 *Heydiger*, Kurze Anleitung zu gründlichem Verstand des Wechsel-Rechts, S. 114.

417 *Koehne*, Das Hansgrafenamt, S. 29; mehr dazu bei: *Striedinger*, Der Kampf um Regensburg 1486–1492, in: *Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg* (Hrsg.), Verhandlungen des historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg, Bd. 44.1, S. 1-88, 64, sowie ders., Bd. 44.2 (1901), S. 95–205.

418 Vgl. den Ratsbrief von 1334 bei: *Gengler*, Beiträge zur Rechtsgeschichte Bayerns, Bd. 3, S. 115; ferner *Inama-Sternegg*, Deutsche Wirthschaftsgeschichte, Bd. 3.2, S. 276.

419 *Marpeters*, Schlesischer Kauffmann, oder: Ausführliche Beschreibung Der Schlesischen Commerciens und deren ietzigen Zustandes, S. 210.

420 Vgl. § 25 der WechselO der Stadt Breslau v. 1672 in: *Königk*, Der Stadt Leipzig Wechsel-Ordnung, S. 243.

den Großen eine Konkurrenzmesse zu Leipzig mit einem Messgericht unter Beteiligung der Kaufleute geplant gewesen; dies scheiterte indes.<sup>421</sup>

Zusammenfassend lässt sich bereits in diesem Anfangsstadium ein besonderes Bemühen um möglichst schnelle und einfache Prozesse erkennen. Gerade das vorherrschende, stark förmliche Recht und die damit einhergehenden schleppenden Prozesse bewirkten innerhalb der Kaufmannsreihen eine starke Gegenbewegung, die aufgrund ihres politischen Einflusses in zahlreichen Institutionen der Gerichtsbarkeit ihren Widerhall fand.

### 3.2 – Nürnberger Privileg von 1508

Einer der größten Paradigmenwechsel in der Geschichte der Handelsgerichtsbarkeit – nicht nur für die Stadt Nürnberg – waren die am 14.03.1508 durch Maximilian I. erteilten Privilegien<sup>422</sup> an die Stadt Nürnberg.<sup>423</sup> Bestätigt wurde dieses Privileg bereits im Jahr 1520 durch Karl V.<sup>424</sup> Vorausgegangen waren diesem historischen Wendepunkt u. a. die Urkunde Friedrichs III. vom 12.01.1465<sup>425</sup>, worin er die der Stadt Nürnberg am 22.05.1459 und am 12.12.1464 erteilten Privilegien bestätigt, in denen die Befreiung von fremden Gerichten, namentlich den Freistühlen und Stuhlgerichten Westfalens, geregelt wurde, sowie das am 24.08.1495 durch Maximilian I. erteilte Privileg<sup>426</sup> die Beschränkung der Appellation von den Urteilen der nürnbergischen Gerichte durch Festsetzung einer *summa appellabilis* und Auferlegung von Gefährdeid und

---

421 Cauer, Zur Geschichte der Breslauer Messe, eine Episode aus der Handelsgeschichte Breslaus, in: Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Alterthum Schlesiens; Heft 1, Bd. 5, S. 63-80, 70 ff., sowie Heft 2, S. 222-250.

422 Es ist anzunehmen, dass das Privileg als Ausgleich für ein dem Kaiser durch die gemeinen Kaufleute gewährtes Darlehen anzusehen ist; war er doch bei seinen Bemühungen um selbiges im Jahr 1507 bei Familien wie den Imhoffs, Hirsvogets und Fütterers auf Ablehnung gestoßen; vgl. dazu Rehm, Die Nürnberger Handelsgerichtsbarkeit, Verfassung und Prozeß insbesondere im 19. Jahrhundert, in: Hirschmann/ Hofmann/ Pfeiffer (Hrsg.), Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte, Bd. 14, S. 1 ff.

423 Urkunde v. 14.03.1508, aufbewahrt im Staatsarchiv Nürnberg unter dem Siegel FF/B Nr. 1, StAN Rst. Nürnberg, Kaiserl. Privilegien, Urkunden 584.

424 Wölkern u. a., Historia Norimbergensis Diplomatica, S. 879.

425 Urkunde v. 12.01.1465, aufbewahrt im Staatsarchiv Nürnberg unter dem Siegel HO/E Nr. 39 c/d, StAN Rst. Nürnberg, Kaiserl. Privilegien, Urkunden 491 a.

426 Urkunde v. 24.08.1495, aufbewahrt im Staatsarchiv Nürnberg unter dem Siegel FF/A Nr. 7.

Kaution betreffend durch Ferdinand III. am 20.11.1637<sup>427</sup> bestätigt und erneuert. Selbst wenn das Vertretungsorgan der Kaufmannschaft zu Nürnberg (die Marktvorsteher als *mercatores persona corporis*) offiziell erst zum Jahr 1566 in den Marktbüchern Eingang findet, so kann allein durch die Anregung zu solchen Privilegien von einer Art korporativen Vereinigung gesprochen werden.<sup>428</sup> Bei dieser Betrachtung darf indes nicht verkannt werden, dass gerade das im Jahr 1349 hoheitlich geschaffene Nürnberger *Rugsamt* die offizielle Gewerbeaufsicht führte.<sup>429</sup>

Inhaltlich legt das Privileg im Besonderen die Einhaltung von summarischen Verfahren vor den Gerichten zu Nürnberg fest, um insbesondere kaufmännische Schäden durch zu lange Verfahrensdauern abzuwehren. Darüber hinaus wird die Appellationsmöglichkeit beschränkt. Nürnberg erhielt insoweit das *privilegium de non appellando*<sup>430</sup>, sodass das Reichskammergericht gegen Urteile Nürnberger Gerichte nicht angerufen werden durfte.

Bedeutungsvoll ist in diesem viel zitierten Privileg sicherlich die Feststellung, dass „*niemand geschickter ist zu entscheiden die abgemeldeten Gebrechen der Kaufleute und Kaufmannshändler als die verständigen Kaufleute [selbste]*“. So sollte hier insbesondere die Laienbeteiligung vor Gericht gestärkt und ein Fokus auf die Fachrichtertätigkeit der Kaufleute selbst gelegt werden. Im Jahr 1549 folgte daraufhin eine eigene Gerichtsordnung, in der die Schöffen und Beisitzer die zentrale Rolle bei der Urteilsfindung spielten.<sup>431</sup>

Die Entstehung dieses Privilegs ist dabei auffällig durch das seinerzeit bereits praktizierende Schiedsgericht von Antwerpen inspiriert. In dem diesbezüglichen Privileg aus dem Jahr 1409 hieß es insoweit: „*werden getermineert met Vonnisse ons scholteten ende onser Schepenen, Ende daeraff sal*

---

427 Urkunde v. 20.11.1637, aufbewahrt im Staatsarchiv Nürnberg unter dem Siegel StAN Rst. Nürnberg, Kaiserl. Privilegien, Urkunden 772.

428 So auch: *Heerdegen*, Das Merkantil-Friedens- und Schiedsgericht der Stadt Nürnberg und seine Geschichte (Diss.), S. 6.

429 Vgl. *Lehnert*, Nürnberg – Stadt ohne Zünfte. Die Aufgabe des reichsstädtischen Rugsamts, in: *Elkar* (Hrsg.), Deutsches Handwerk in Spätmittelalter und Früher Neuzeit, S. 71–81, 75 ff. (*Lehnert* setzt die „Geburtsstunde“ erst auf das Jahr 1470: ders., S. 76); *Haupt*, Das Ende der Zünfte, S. 57.

430 Vgl. zum *privilegium de non appellando* bei: *Buchda*, G. über die „Appellationsprivilegien“ in: *Erler/ Kaufmann*, Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte (HRG), Bd. 1, 1. Aufl., Sp. 200–201.

431 Nürnberger GO v. 1549 bei: *Rat der Stadt Nürnberg*, Verneute vnd gepesserte Gerichts-Ordnung zu Nürnberg, Decretum in senatu XXVIII Nouembris MDXLVIII, S. 6, Titel II. § 1–14.

gebeert werden, alsobun saloirbaer duncken“ und weiter „onse Scepenen van Antwerpen, by verstaene van de Coopmanen“. <sup>432</sup> In Antwerpen bildete sich mithin Ende des 15. Jahrhunderts ein Kaufmannskolleg, welches durch vier gewählte Vorsteher geleitet wurde. <sup>433</sup> Diese agierten als Eingangs- und Schiedsgericht bzw. suchten, „wo es möglich [war zu] vereinigungen und [zu] vergleichen“ <sup>434</sup>, mithin (primär) als Schlichtungsstelle aufzutreten. Der Weg zu den ordentlichen Gerichten war freilich weiterhin offen: „so aber ein oder ander Parthey sich nicht darnach fügen und bequemen wolte/ sonderen Recht begehrt/ sollen dieselbe an uns oder unsere Nachkomen/ so der zetzoz Regiment der Statt subren/ gewiesen/ unnd die sach allda nach Recht abgehandelt werden.“ <sup>435</sup> Die strafrechtliche Kompetenz besaßen sie jedoch nicht: „Doch sollen die von der gesellschaffe keine Eximinalsachen oder andere Mißethaten für sich ziehen/ es were dann mit bewilligung unser des Schultheiß/ unnd Rats dieser Statt/ unnd unserer Nachkommen.“ <sup>436</sup> Dieses Kolleg wandte sich im Rahmen von Streitigkeiten mit den Engländern an Maximilian I., sodass dieser Einblick in die Geschehnisse des Kollegs erlangen konnte. Hier zeigt sich die Verbindung zwischen den beschriebenen Privilegien zugunsten Nürnbergs und dem Antwerpener Schiedsgericht als Vorlage desselbigen.

Mit dem Privileg entwickelte sich das Marktgewölbe <sup>437</sup>, eine berufsständische Vertretung der Kaufleute. Die Ältesten am Markt – die sog. *Marktherren* – überwachten die Aufrechterhaltung der Marktordnung und übten die Jurisdiktion aus. <sup>438</sup> Zuständig war das Marktgewölbe mithin für kleinere Streitigkeiten und solche, die keinen Aufschub duldeten. Die Streitig-

---

432 Marquart, *Tractatus Politico-Juridicus De Iure Mercatorum Et Commerciorum Singulari*, Bd. 1, S. 297.

433 Statuten v. 05.05.1485 aus dem Zunftbuch der Stadt Antwerpen in: *Meteren*, *Niederländische Historien oder Geschichten aller deren Händel*, so sich zugetragen von Anfangs deß Niederländischen Kriegs, biß auff das Jahr 1611, Bd. 1, S. 16, re. Sp., a. E.

434 Statuten v. 05.05.1485 aus dem Zunftbuch der Stadt Antwerpen in: *Meteren*, *Niederländische Historien oder Geschichten aller deren Händel*, so sich zugetragen von Anfangs deß Niederländischen Kriegs, biß auff das Jahr 1611, Bd. 1, S. 17, li. Sp.

435 Ders. (FN 434), S. 17, li. Sp.

436 Ders. (FN 434), S. 17, re. Sp.

437 Vgl. dazu *Rehm*, *Die Nürnberger Handelsgerichtsbarkeit, Verfassung und Prozeß insbesondere im 19. Jahrhundert*, in: *Hirschmann/ Hofmann/ Pfeiffer* (Hrsg.), *Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte*, Bd. 14, S. 2 ff.

438 Vgl. die Handschrift der Nürnberger Stadtbibliothek Amb. 2<sup>o</sup> No. 20 S. 13<sup>v</sup> Pörsch-(Bourse-)Ordnung: „*Geringe Sachen, auch Fuhrleute und dergl. Leute betr. Bleiben bei den Marktvorgehern, welche am Herrenmarkt (...) ein Gewölbe innehaben, Klag und Antwort zu vernehmen.*“

keiten wurden dabei *de simpliciter et plano* geurteilt.<sup>439</sup> Die Jurisdiktion war hier aber keine zwingende, sondern vielmehr eine rein fakultative.<sup>440</sup> Dies spiegelt sich später auch in dem Absonderungsrecht des § 1 der Wechselordnung von 1722<sup>441</sup> sowie in Art. 60 der Handelsgerichtsordnung vom 07.01.1804 wider. Ab spätestens dem Jahr 1570 übernahmen die Marktherren darüber hinaus auch die Zuständigkeit für die Boten.<sup>442</sup>

Parallel wurde am 10.08.1621 der *Banco Publico* als eine öffentliche Girobank eröffnet.<sup>443</sup> Diesem saßen wechselweise ein Mitglied aus „*der Raths mittel*“<sup>444</sup> oder ein Marktvorsteher vor und entschieden u. a. über Streitigkeiten, die sich im Rahmen von Geschäften vor dem *Banco Publico* ergaben. Dabei fiel ihm zunächst vornehmlich die Entscheidung über Münzstreitigkeiten und Handelsgeschäfte zu, also über „*alls allda alle vom Bancho herrührendte*“<sup>445</sup>. Eingeschränkt wurde diese Kompetenz jedoch mit dem Ratsverlass vom 19.03.1622<sup>446</sup>, dass es nur dann urteilen solle, soweit

---

439 Heerdegen, Das Merkantil-Friedens- und Schiedsgericht der Stadt Nürnberg und seine Geschichte (Diss.), S. 17.

440 Vgl. Banco-Gerichtsordnung v. 1697, Cap. V.: „*Wollte denn ein oder andere Theil vermeinen, seine praetension (...) vor den Marcks-Vorsteheren, in des Handels-Platzes Gewölb, de simpliciter & plano (...) anzubringen und sich entscheiden zu lassen, soll jeder dasselbe zu thun, befugt seyn und bleiben; (...)*“, abgedruckt bei: Ender, Des zu Nürnberg angerichteten Mercantil- und Banco-gerichts Ordnung. Anno 1697..

441 Vgl. § 1 WechselO v. 16.02.1722 in Cap. X: „*Wenn in Wechsel- oder anderen Handels-Sachen, sich Differentien ereignen, ist denen Interessenten unbenommen, entweder durch die Markts-Vorsteher die Sache gütlich heben zu lassen, oder auch sonst unpartheysche Kaufleute zu Schieds-Leuten zu erwählen, und solcher Gestalt, ohne Weitläufigkeit, in der Güte, sich zu vereinigen.*“ Wo eine solche Einigung aber nicht möglich sei, „*so solle solches bey dem löblichen Banco-Gericht, als in foro Competendi, sowohl con- als reconveniando geschehen.*“ Abgedruckt bei: Hübschmann, Sammlung der Wechselgesetze für das Königreich Baiern, S. 72.

442 Heerdegen, Das Merkantil-Friedens- und Schiedsgericht der Stadt Nürnberg und seine Geschichte (Diss.), S. 9 ff.

443 Heerdegen, Das Merkantil-Friedens- und Schiedsgericht der Stadt Nürnberg und seine Geschichte (Diss.), S. 12 f.

444 Art. 1 der Banco-Ordnung vom 16.07.1621, aufbewahrt im Stadtarchiv Nürnberg unter dem Siegel StadtAN E 8 Nr. 573; abgedruckt bei: Poschinger, Bankgeschichte des Königreichs Bayern, Bankgeschichte der Reichsstadt Nürnberg, Bd. 2, Beilage V., S. 11.

445 Art. 15 der Banco-Ordnung vom 16.07.1621, aufbewahrt im Stadtarchiv Nürnberg unter dem Siegel StadtAN E 8 Nr. 573; abgedruckt bei: Poschinger, Bankgeschichte des Königreichs Bayern, Bankgeschichte der Reichsstadt Nürnberg, Bd. 2, Beilage V., S. 14.

446 Abgedruckt bei: Poschinger, Bankgeschichte des Königreichs Bayern, Bankgeschichte der Reichsstadt Nürnberg, Bd. 2, Beilage IX, S. 19–20; zudem wird



der Beklagte ein Kaufmann sei.<sup>447</sup> Die Kompetenz war somit an das subjektive Kriterium der Kaufmannsstellung gebunden.

Dieses ursprüngliche Privileg war mithin ein subjektives, entwickelte sich endlich hin zu einem objektiven. Schlüsselmoment war hier der Ratsverlass vom 31.03.1624.<sup>448</sup> Klagen von bestimmtem Inhalt (*clausus numerus*) waren sodann gänzlich an das Bankoamt überwiesen, namentlich Wechsel- und Transportrecht. Bemerkenswert ist gleichwohl die Ausnahme, dass originär juristische Streitfragen weiterhin an das Stadtgericht verwiesen wurden. Auch waren Zeugenvernehmungen sowie die Eidabnahme einzig dem Stadtgericht vorbehalten.<sup>449</sup> Hier tritt ganz deutlich die Diskrepanz zwischen dem Bedürfnis nach Verfahrensbeschleunigung und dem Wunsch nach gleichwohl rechtstechnisch korrekten Entscheidungen hervor. So wurde der Kompetenzstreit zwischen Bankoamt und Stadtgericht durch eine strikte Unterteilung von rechtlich relevanten und reinen Tatsachenentscheidungen getroffen. Der Ratsverlass vom 31.03.1624 hebt ausdrücklich hervor, dass die Zuständigkeit des Bankoamts „(...) *insonderheit aber von solchen Strittigkeiten herrühren, deren Entscheidung mehr aus denen Handelsbüchern, Gesellschafts-Verschreibungen, und vernünftigen Marktsgewohnheiten, als den beschriebenen scharfen Rechten* (...)“ begründet wird. Gerade diese Umschreibung der „*vernünftigen Marktsgewohnheiten*“ legt die Entscheidungsgewalt und den gehobenen Stellenwert der juristischen Laien über die heute so beschriebenen, nicht kodifizierten Handelsbräuche dar und ist besonders hervorzuheben.

Nicht verkannt werden darf insoweit, dass das vormalige Handelsrecht keiner heutigen, vergleichbaren Kodifikation unterlag. Vielmehr bestand es hauptsächlich aus grundsätzlichen Bestimmungen und gewohnheitsrechtlichen Gepflogenheiten.<sup>450</sup> In Deutschland gab es darüber hinaus nur

---

in diesem Ratsverlass das *Privileg de non appellando* nochmals wiederholt und bekräftigt.

447 M. w. N. bei *Leiser*, Nürnbergs Rechtsleben, in: *Pfeiffer* (Hrsg.), Nürnberg – Geschichte einer europäischen Stadt, S. 171.

448 Abgedruckt bei: *Poschinger*, Bankgeschichte des Königreichs Bayern, Bankgeschichte der Reichsstadt Nürnberg, Bd. 2, Beilage XII., S. 22–23.

449 Vgl. den Ratsverlass vom 31.03.1624, abgedruckt bei *Poschinger*, Bankgeschichte des Königreichs Bayern, Bankgeschichte der Reichsstadt Nürnberg, Bd. 2, Beilage XII., S. 22–23.

450 Zur Untersuchung der historischen Entwicklung des Handelsrechts vertiefend bei: *Raisch*, Geschichtliche Voraussetzungen, dogmatische Grundlagen und Sinnwandlung des Handelsrechts (Habilitationsschrift Univ. Bonn).

unterschiedliches Stadt- oder Landesrecht.<sup>451</sup> Lediglich die *Lex Mercatoria*, ein im Mittelalter entstandenes Gewohnheitsrecht der Handelsleute für grenzüberschreitende Rechtsgeschäfte – auf das hier aber nicht näher einzugehen sein wird –, galt z. B. zwischen dem 13. und 17. Jahrhundert für die deutsche Hanse.<sup>452</sup> Weiterhin wurde das Handelsrecht auch durch die von den Nürnberger Marktvorstehern erteilten Gutachten (sog. *Parere*)<sup>453</sup> geprägt, was deren Entscheidungskompetenz nachdrücklich verdeutlicht.

Wenn nun aber das vormalige Handelsrecht eine unseren heutigen Vorstellungen entsprechende Kodifikation missen lässt, vielmehr aber aus grundsätzlichen Bestimmungen bestand, dann ist davon auszugehen, dass die meisten Streitfälle vor dem Bankoamt ohnehin nur durch handelsrechtliches Gewohnheitsrecht und Standesvorschriften zu lösen waren. Dadurch wiederum waren die Händler und Kaufleute selbst auch die Einzigen, deren Urteilsspruch fundiert sein konnte und Gewicht besaß.<sup>454</sup> Für einen Rechtsgelehrten hingegen mussten die handelstypischen Entscheidungen jedoch fremdartig gewesen sein.

---

451 Bemerkenswert ist, dass das Landesrecht erst im 14. Jahrhundert aufkommt: vgl. *Kroeschell/ Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte*, Recht und Rechtsbegriffe im 12. Jahrhundert., in: Vorträge und Forschungen, Probleme des 12. Jahrhunderts, Bd. 12, S. 309–335, 310.

452 Zu der *Lex Mercatoria* und ihrer historischen Einordnung im Besonderen: *Meyer*, *Bona fides und lex mercatoria in der europäischen Rechtstradition*, in: *Behrends/ Sellert* (Hrsg.), *Quellen und Forschungen zum Recht und seiner Geschichte*, Bd. 5; gegen die *Lex Mercatoria* als Rechtsquelle in heutiger Zeit: *Oetker*, Einleitung, in: *Canaris/ Habersack/ Schäfer* (Hrsg.), *Handelsgesetzbuch Großkommentar*, Bd. 1, 5. Aufl., S. 24, Rn. 59 f.; eine ausführliche Darstellung zu dem Streit bei: *Horn*, *Transnationales Handelsrecht: zur Normqualität der lex mercatoria*, in: *Bitter/ Lutter/ Priester/ Schön/ Ulmer* (Hrsg.), *Festschrift für Karsten Schmidt zum 70. Geburtstag*, S. 705–724.

453 Mehr dazu unter: *Heerdegen*, *Das Merkantil-Friedens- und Schiedsgericht der Stadt Nürnberg und seine Geschichte* (Diss.), S. 17 ff.

454 Ähnlich auch: *Creizenacy*, *Das Wesen und Wirken der Handelsgerichte und ihre Kompetenz*. Nach den Ergebnissen der französischen und rheinischen Praxis, in: *Beilageheft zur Zeitschrift für das gesammte Handelsrecht*, Bd. IV, 1861, S. 88, sowie *Ziehm*, *Ueber die Errichtung von Handels-Gerichten im Preussischen Staate mit Ausschluß der Rhein-Provinzen*, S. 12; lediglich darauf verweisend, dass die Kaufleute zur Auslegung kompetenter seien: u. a. *Götting*, *Die Frage über Handelsgerichte und deren Besetzung nach Publication des allgemeinen deutschen Handels-Gesetzbuches*. Zugleich eine Entgegnung auf die Schrift des Ober-Justizraths Dr. Leonhardt: „Die Errichtung von Handelsgerichten im Königreich Hannover“, S. 8 f.

Aus dieser Entwicklung geht alsdann das namhafte Nürnberger Bankoamt (oder auch das sog. *Merkantil- und Banco-Gericht in pleno*) hervor.<sup>455</sup> Dieses Bankoamt ist mit fünf Marktvorstehern und zwei durch den Rat bestellten Obermarktherren besetzt. Darüber hinaus wirkten zwei Rechtsgelehrte (*Consulenten* oder *juris consulti*) an der Entscheidungsfindung mit.<sup>456</sup> Am 03.11.1629<sup>457</sup> wurde das ursprüngliche Privileg nochmals auf objektiver Seite durch Ferdinand II. erweitert, sodass seither auch Münzstreitigkeiten unter die objektive Kompetenz des Bankoamts fielen. Dies wiederum wurde durch Ferdinand III. am 20.11.1637 abermals bestätigt und erneuert.<sup>458</sup> Auch mussten auf subjektiver Seite entweder beide Parteien oder zumindest der Beklagte ein Kaufmann sein.<sup>459</sup> Mit dem 10.03.1684<sup>460</sup>, dem 25.03.1685<sup>461</sup> und dem 07.06.1688<sup>462</sup> stellen sich die Marktvorsteher Nürnbergs hinter das Bankoamt und attestieren ihm eine besondere Bedeutsamkeit für die Rechtsprechung in Handelssachen.

Verfahrenstechnisch entschied das Bankoamt *in summaria*. Deutet *Endemann*<sup>463</sup> jedoch an, dass diese Schnelligkeit eine Erfindung der neuen und selbstständigen Handelsgerichte sei, so ist dem entschieden entgegenzutreten. Vielmehr stellt das summarische Verfahren eine Weiterentwicklung des bereits seit Beginn der Untersuchung auftretenden Bedürfnisses nach rascher Rechtsfindung da. Auch *Wurffbain* nennt diese Tatsache in seinem

455 Vgl.: Druckschrift der nürnberg. Kaufleute v. 12.05.1849, in: Bay. HStA. München, MJu 14452, No. 2 S. 3; *Leiser*, Nürnbergs Rechtsleben, in: *Pfeiffer* (Hrsg.), Nürnberg – Geschichte einer europäischen Stadt, S. 171.

456 Vgl. *Rehm*, Die Nürnberger Handelsgerichtsbarkeit, Verfassung und Prozeß insbesondere im 19. Jahrhundert, in: *Hirschmann/ Hofmann/ Pfeiffer* (Hrsg.), Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte, Bd. 14, S. 7; *Heerdegen*, Das Merkantil-Friedens- und Schiedsgericht der Stadt Nürnberg und seine Geschichte (Diss.), S. 16.

457 Urkunde v. 03.11.1629 bei: *Wölkern u. a.*, *Historia Norimbergensis Diplomatica*, S. 1016 ff.

458 Urkunde v. 20.11.1637, aufbewahrt im Staatsarchiv Nürnberg unter dem Siegel StAN Rst. Nürnberg, Kaiserl. Privilegie, Urkunde 73.

459 Vgl. hierzu auch bei: *Heerdegen*, Das Merkantil-Friedens- und Schiedsgericht der Stadt Nürnberg und seine Geschichte (Diss.), S. 23 f.

460 *Poschinger*, Bankgeschichte des Königreichs Bayern, Bankgeschichte der Reichsstadt Nürnberg, Bd. 2, S. 63 ff. (S. 65); Reaktion vom 03.04.1684, in: ders., *Beilage XXXIII* (S. 60 f.).

461 *Poschinger*, Bankgeschichte des Königreichs Bayern, Bankgeschichte der Reichsstadt Nürnberg, Bd. 2, S. 70.

462 Vgl. *Silberschmidt*, Die Entstehung des deutschen Handelsgerichts, S. 92.

463 *Endemann*, Beiträge zur Kenntniß des Handelsrechts im Mittelalter, in: *Goldschmidt* (Hrsg.), *Zeitschrift des gesamten Handelsrechts*, Bd. 5, S. 333-414, 348 f.

*Tractatus De Differentiis Iuris Civilis: „Quaedam vero sunt causae de jure nostro statuario itide ex singulari gratia Imper. Maximil. I. gloriosiss. mem. exemptae ab appellandi licentia, ut I. causae mercantiles, die Kaufhändel/(154), in quib[us] de simplici et de plano procedi debet, nec a sententia sive extrajudiciali, sive judiciali, eaque vel desinitiva vel interlocutoria ad aliud judicium superius, qua Magistratu Norimb. provocandum est II. causae aedisicioru, Bauhändel/ propter causas in d. privil. Maxim, I, expressas, Reform“.*<sup>464</sup>

Im Jahr 1697<sup>465</sup> endlich wird das Bankoamt durch die erste<sup>466</sup> Merkantil- und Banco-Ordnung quasi zum selbstständigen, ordentlichen Handelsgericht erhoben.<sup>467</sup> Von nun an konnte das Bankoamt Eide abnehmen und Zeugen anhören. Die Handelsleute fungierten nun als Judices.<sup>468</sup> Im Rahmen der Besetzung vollzog sich dementsprechend ein ebenso weitreichender Wandel. Von nun an hatten die Rechtsgelehrten keine bloße beratende Funktion, sondern ihnen kam auch eine Entscheiderfunktion zu.<sup>469</sup> Zuständig sollte es für alle handelsrechtlichen Streitigkeiten zwischen Kaufleuten untereinander oder gegen einen Kaufmann sein.<sup>470</sup>

### 3.3 – Nürnberg und Augsburg

Neben Nürnberg erhebt sich auch Augsburg zu einer wirtschaftlich bedeutenden Stadt des heutigen süddeutschen Raums. Insoweit standen diese beiden Städte von jeher in wirtschaftlicher Konkurrenz. Daher stellt sich im Anschluss an die ausführliche Darstellung Nürnbergs die Frage, ob und

---

464 *Wurffbain*, Tractatus de Differentiis Iuris Civilis et Reformationis Noricae, S. 167.

465 Diverse Ansichten zum genauen Datum: 12.04.: *Heerdegen* (S. 22); 21.10. Ordnung a. E. *Endter* (a. E.); 02.04.: *Endter* (S. 4).

466 Die Banco- und Wechsel-Ordnung v. 08.09.1654 kennt ihn ihrem Banco-Teil nur eine wechselnde Besetzung durch ein Ratsmitglied, einen Marktvorsteher oder wahlweise ein Mitglied der Handelsleute; abgedruckt in: *Poschinger*, Bankgeschichte des Königreichs Bayern, Bankgeschichte der Reichsstadt Nürnberg, Bd. 2, Beilage XXIV, S. 37–47 (Banco: S. 39–42).

467 Vgl. *Endter*, Des zu Nürnberg angerichteten Mercantil- und Banco-gerichts Ordnung. Anno 1697.; Erneuerung und Verbesserung der Ordnung am 26.08.1721 (vgl. dazu in: Bay. HStA. München, MJu 14452, No. 2, S. 3).

468 *Roth*, Geschichte des Nürnbergischen Handels, Bd. 4, S. 314 f.

469 Vgl. I. der Banco-Gerichtsordnung von 1697, abgedruckt bei: *Endter*, Des zu Nürnberg angerichteten Mercantil- und Banco-gerichts Ordnung, Anno 1697..

470 Vgl. Teil II der Banco-Ordnung v. 1697, in: *Endter*, Des zu Nürnberg angerichteten Mercantil- und Banco-gerichts Ordnung, Anno 1697..

inwieweit diese beiden Kräfte auch in Bezug auf eine Handelsgerichtsbarkeit in Konkurrenz oder gar Abhängigkeit zueinander standen.

Um diese Frage beantworten zu können, muss man sich zunächst mit der Entwicklungsgeschichte zur städtischen Urteilsfindung sowie mit den mächtigen Akteuren Augsburgs auseinandersetzen. Ausgangspunkt ist die im Jahr 1156 erfolgte Verleihung des Stadtrechts durch Friedrich I. Barbarossa.<sup>471</sup> An der Spitze Augsburgs stand insoweit der Bischof als Stadtherr. Dem Vogt war als Vertreter des Königs die Hochgerichtsbarkeit zugesprochen, wohingegen der durch den Bischof eingesetzte Burggraf für die Handels- und Gewerbepolizei sowie für die täglichen Gerichte kompetent war.<sup>472</sup>

Nahezu gleichzeitig mit Nürnberg<sup>473</sup> und Regensburg<sup>474</sup> erscheinen im Jahr 1257 Augsburger *Consules*, welche der Oberschicht zugehörig sind und zusammen mit dem Vogt die städtischen Urkunden ausstellen.<sup>475</sup> Bereits ab dem Jahr 1265 weicht der Vogt gänzlich den „*consules et universitates civium civitatis Augustae (...)*“<sup>476</sup>. Nachdem Augsburg im Jahr 1276 die Reichsunmittelbarkeit durch König Rudolf von Habsburg verliehen wurde, folgt bereits am 06.01.1316 die Reichsfreiheit<sup>477</sup> durch König Ludwig. Augsburg und seine Bürgerschaft waren mithin vom bischöflichen Stadtherrn unabhängig geworden.<sup>478</sup> So fanden auch die Patrizier als die „*discreti et ydonei cives Augustenses*“ das Recht, zu Gericht zu sitzen.<sup>479</sup> Bereits ab 1350 lässt sich in Augsburg ein allgemeines Stadtgericht nachweisen. Dabei führt der durch den Bischof eingesetzte Burggraf den Vorsitz.<sup>480</sup> Im 15. Jahrhundert folgt eine durch den Stadtrat erlassene Gerichtsordnung.

---

471 Schröder, Stadt Augsburg, S. 56 f.

472 Die Chroniken der schwäbischen Städte, Augsburg, in: *Historische Commission bei der Königl. Academie der Wissenschaften* (Hrsg.), Die Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis ins 16. Jahrhundert, Bd. 1, S. XX f.

473 Siehe oben bei FN 387.

474 Im Jahr 1259.

475 Bosl, Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Augsburger Bürgertums vom 10. bis zum 14. Jahrhundert, S. 27, m. w. N.; Schröder, Stadt Augsburg, S. 57.

476 Meyer, Urkundenbuch der Stadt Augsburg, Bd. 1, S. 26 (Urkunde Nr. XXX).

477 Meyer, Urkundenbuch der Stadt Augsburg, Bd. 1, S. 196 (Urkunde Nr. CCXXXV).

478 Schröder, Stadt Augsburg, S. 61.

479 Bosl, Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Augsburger Bürgertums vom 10. bis zum 14. Jahrhundert, S. 28.

480 Die Chroniken der schwäbischen Städte, Augsburg, in: *Historische Commission bei der Königl. Academie der Wissenschaften* (Hrsg.), Die Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis ins 16. Jahrhundert, Bd. 1, S. XX f.

Hervorzuheben ist, dass weder Vogt noch Burggraf eine Erwähnung finden.<sup>481</sup> Am 27.11.1546 wird dem Burggrafen schließlich der Besuch des Stadtgerichts durch den Stadtrat untersagt.<sup>482</sup>

Während im Jahr 1352 die Zunftbildung durch den Stadtrat noch unter Strafe gestellt wurde<sup>483</sup>, brachten soziale Spannungen<sup>484</sup> im Jahr 1368 eine friedliche Zunftrevolution in Augsburg hervor. Deutlich nach dem Vorbild der Stadt Ulm<sup>485</sup> wurde eine Zunftverfassung erarbeitet, an deren Spitze jedoch keine alleinige Zunftherrschaft, sondern eine „*korporative [...] Beteiligung der in Zünften zusammengefaßten Handwerker*“<sup>486</sup> mit „*der alten Führungsschicht*“<sup>487</sup> stand. Durch den Ersten<sup>488</sup> und den Zweiten<sup>489</sup> Zunftbrief aus dem Jahr 1368 werden die innere Ordnung der Zünfte sowie das Verhältnis zu den und innerhalb der Stadträte<sup>490</sup> geregelt.<sup>491</sup> So wählten im Wesentlichen alle 18 (ab 1397: 17) Zünfte einen Zunftmeister, der die Zunft im kleinen Rat vertrat. Die elf größten Zünfte stellten hierbei je ein weiteres Mitglied. Weiterhin wählten alle Zünfte je einen Zwölferausschuss, der sie nach außen im Großen Rat der Stadt vertrat. Zudem war den Zünften eine der beiden Bürgermeisterstellen zugesichert. Im Stadtgericht saßen je ein Vertreter der Zünfte sowie zwei Patrizier und zwei Kaufleute.<sup>492</sup>

---

481 *Kießling*, Bürgerliche Gesellschaft und Kirche in Augsburg im Spätmittelalter, S. 59 mit Hinweis in FN 41.

482 *Von Stetten*, Geschichte Der Heil. Röm. Reichs Freyen Stadt Augspurg, Bd. 1, S. 402.

483 Urkunde bei: *Meyer*, Urkundenbuch der Stadt Augsburg, Bd. 1, S. 249 Nr. X, Bl. 149\*.

484 Vgl. bei *Schröder*, Stadt Augsburg, S. 65.

485 *Jäger*, Schwäbisches Städtewesen des Mittelalters. Ulms Verfassung, bürgerliches und kommerzielles Leben im Mittelalter, Bd. 1, sowie *Dirr*, Studien zur Geschichte der Augsburger Zunftverfassung 1368–1548, in: Zeitschrift des historischen Vereins für Schwaben und Neuburg, Bd. 39, S. 144–243 (165) mit Auszügen aus dem Baumeisterbuch v. 1368.

486 *Schröder*, Stadt Augsburg, S. 64.

487 *Bosl*, Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Augsburger Bürgertums vom 10. bis zum 14. Jahrhundert, S. 32.

488 Vom 24.11.1368, in: *Meyer*, Urkundenbuch der Stadt Augsburg, Bd. 2, S. 146–148, Nr. DCXI.

489 Vom 16.12.1368, in: *Meyer*, Urkundenbuch der Stadt Augsburg, Bd. 2, S. 148–152, Nr. DCXII.

490 Das Aufkommen des Rates um die Jahrhundertmitte behandelt ausführlich: *Möncke*, Bischofsstadt und Reichsstadt, S. 118–128.

491 Vertiefend zum Verhältnis zwischen Rat und Bürgerschaft in Augsburg, bei: *Rogge*, Für den Gemeinen Nutzen.

492 *Bátori*, Die Reichsstadt Augsburg im 18. Jahrhundert, S. 65.

Über die internen Gewerbeangelegenheiten der Zünfte erfahren wir in diesen Regularien nichts. Lediglich ein Ratsdekret vom Jahr 1368<sup>493</sup> gibt darüber teilweise Aufschluss. Das Dekret (sog. *Ainung*) regelt u. a. das Schiedsrichteramt durch zwei Ratsherren und befasst sich mit der Gerichtsordnung. Die Schiedsrichter sollten zur Wahrung des städtischen Friedens auch zwischen Handwerkern und Kaufleuten entscheiden.

Regulativ griff der Rat nur unter besonderen Umständen in die Angelegenheiten der Zünfte ein, übte aber durchaus ein Aufsichtsrecht aus. Eine innere Jurisdiktion übten die Zunftmeister und Zwölfer lediglich bei kleineren inneren Konflikten als Schiedsrichter aus, wobei diese Schlichtung vielfach eine zwingende erste Instanz darstellte.<sup>494</sup> Später kommt den Zünften auch noch eine teilweise innere Strafjurisdiktion zu.<sup>495</sup>

Hervorzuheben ist natürlich, dass auch hier die zuständigen Zwölfer keine Rechtsgelehrten waren und kraft ihrer Position und ihrer besonderen Fachkenntnis entschieden.

Erst mit Verlesung der Karolingischen Regimentsordnung am 03.08.1548 wurde das patrizische Regiment wieder eingeführt und die Zünfte damit faktisch aufgelöst.<sup>496</sup> Ab dem Jahr 1548 bilden die sechs Bürgermeister u. a. die erste Instanz für die summarischen Rechtsverhandlungen, die auch Handelssachen umfassen.<sup>497</sup> Zugleich kommt bei diesen Verfahren das Bedürfnis nach gelehrten Räten auf. Insoweit ist ein Beschluss des Magistrats aus dem Jahr 1787 anzuführen, wonach nur noch ausgebildete Juristen unter den Nichtpatriziern zum Bürgermeister zugelassen werden sollen.<sup>498</sup> Neben dem grundsätzlich kompetenten Stadtgericht findet sich ab dem Jahr 1721<sup>499</sup> auch ein durch die kaiserliche

---

493 Teilweise Abgedruckt in: Die Chroniken der schwäbischen Städte, Augsburg, in: *Historische Commission bei der Königl. Academie der Wissenschaften* (Hrsg.), Die Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis ins 16. Jahrhundert, Bd. 4, S. 142 ff.

494 *Dirr*, Studien zur Geschichte der Augsburger Zunftverfassung 1368–1548, in: Zeitschrift des historischen Vereins für Schwaben und Neuburg, Bd. 39, S. 144–243 (187) u. a. mit Verweis auf eine Satzung aus dem Salzfertigerzunftbuch v. 1411.

495 Vgl. Dek. 03.07.1538, RB. XV. 146, abgedruckt bei: *Dirr*, Studien zur Geschichte der Augsburger Zunftverfassung 1368–1548, in: Zeitschrift des historischen Vereins für Schwaben und Neuburg, Bd. 39, S. 144–243 (225–227), Nr. 39.

496 Für die Verfassungsentwicklung seit 1548 insgesamt: *Bátori*, Die Reichsstadt Augsburg im 18. Jahrhundert.

497 *Schröder*, Stadt Augsburg, S. 68; Verweis auf: *Bátori*, Die Reichsstadt Augsburg im 18. Jahrhundert, S. 66 f.

498 Vgl. *Schröder*, Stadt Augsburg, S. 68, FN 34.

499 Art. 85 der Regimentsordnung von 1719.

Kommission eingesetztes Kunst-, Gewerbe- und Handwerksgericht, das für alle Gewerbeangelegenheiten kompetent war.<sup>500</sup>

Dieses war gleich der oben dargestellten Vorbilder ein schleuniges Gericht. Gerade Fälle, in denen ein schriftliches Verfahren notwendig war, wurden vor dem allgemeinen Stadtgericht verhandelt.<sup>501</sup> Unter Napoleon verliert Augsburg sodann seinen Status als freie Reichsstadt und wird im Jahr 1806 in das Königreich Bayern eingegliedert.

Gerade diese Eingliederung in das Königreich Bayern verhilft Augsburg jedoch auch auf Gerichtsebene dazu, ebenbürtig neben Nürnberg zu treten. Bereits um den Anfang des 16. Jahrhunderts wird maßgeblich durch die Handelsaktivitäten der Familie Fugger<sup>502</sup> in Augsburg der Grundstein für eine der ältesten deutschen Börsen gelegt. Nachdem die Börse aufgrund des Schmalkaldischen Krieges vorübergehend in Vergessenheit geraten war, wurde sie etwa in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in das Haus der Kaufleutestube verlegt. Dies trug zu einem erneuten Aufblühen der Börse bei.<sup>503</sup> Bereits am 26.01.1807 wurde in Augsburg ein Wechselgericht errichtet.<sup>504</sup> Dieses stand mit dem Handelsgericht erster und zweiter Instanz zu Nürnberg gleichwertig nebeneinander.<sup>505</sup> Mit dem 03.10.1820 folgte das königlich bayerische Wechselappellationsgericht in Augsburg.<sup>506</sup>

Mithin handelt es sich tatsächlich nicht um eine Frage der Konkurrenz zwischen Nürnberg und Augsburg auf Ebene der Handelsgerichtsbarkeit, sondern vielmehr um eine Beeinflussung, die zu einer jeweiligen Spezialisierung der Gerichtsbarkeiten führte. Während der Nürnberger Rat mit auf Warenhandel spezialisierten Kaufleuten besetzt war, lag der Fokus in Augsburg auf dem neu aufkommenden Finanzmarkt. Daraus könnte generell abgeleitet werden, dass die tatsächliche wirtschaftliche Ausrichtung

---

500 *Bátori*, Die Reichsstadt Augsburg im 18. Jahrhundert, S. 64, sowie *Reith*, Zünfte im Süden des Alten Reichs: Politische, wirtschaftliche und soziale Aspekte, in: *Haupt* (Hrsg.), Das Ende der Zünfte: Ein europäischer Vergleich, S. 39-69 (57).

501 Vgl. *Bátori*, Die Reichsstadt Augsburg im 18. Jahrhundert, S. 64 f.

502 Sehr detaillierte Beschreibung der Aktivitäten und Verflächtigungen bei: *Zorn*, Augsburg. Geschichte einer europäischen Stadt., S. 174 ff., 196 ff.

503 Vgl. dazu *Bátori*, Die Reichsstadt Augsburg im 18. Jahrhundert, S. 24.

504 *Mahir*, Handbuch für bayerische Staatsbürger, oder das Unentbehrlichste aus der gesamten Gesetzgebung und Administration des Königreichs Bayern (1835), S. 207, FN 10.

505 Vgl. Königl. Allerhöchste Entscheidung vom 12.01.1838 Nr. XII, in: Königlich bayerisches Amts- und Intelligenzblatt für die Pfalz 1838, No. 3, S. 13 f.

506 *Mahir*, Handbuch für bayerische Staatsbürger, oder das Unentbehrlichste aus der gesamten Gesetzgebung und Administration des Königreichs Bayern (1835), S. 208, FN 1.



der Städte unmittelbaren Einfluss auf die Entwicklung und Ausprägung der Gerichtsbarkeiten hatte. Um diese These indes wissenschaftlich zu untermauern, bedürfte es einer darüber hinaus gehenden vergleichenden Analyse. Aufgrund des erheblichen Umfangs einer solchen Darstellung kann dies durch die vorliegende Arbeit leider nicht geleistet werden.

### 3.4 – Blick in das übrige Reichsgebiet

Gegen Ende des 15. Jahrhunderts beginnt sich der Handel auch im übrigen Reichsgebiet endlich an der Börse zu orientieren.<sup>507</sup> An dieser waren meist auch eigene, um Selbstständigkeit bemühte Schlichtungsstellen etabliert. Die Nürnberger Händler forderten u. a. der Souveränität des Marktplatzes wegen am 09.02.1560 ein eigenes Börsengeleit.<sup>508</sup> Mit der Börse veränderte sich der Handel. Darüber hinaus bedurfte es auch weitergehender rechtlicher Regelungen. In Hamburg z. B. entsteht im Jahr 1607 eine an die Botenordnung Kopenhagens angelehnte allgemeine Botenordnung.<sup>509</sup> Auch in anderen Teilen des Reiches bildeten sich zahlreiche Spezialgerichte für Kaufleute unter eigener Besetzung. Nachdem der Herzog zu Lüneburg und Braunschweig, Rudolf August, am 01.03.1675 vergeblich versucht hatte, Privilegien für die Messgründung vom Kaiser zu erlangen, erweiterte er am 03.01.1681 kraft seiner eigenen Landesherrschaft die ständigen Jahrmärkte.<sup>510</sup> Neben der Zollfreiheit für Kaufleute, dem Frem-

---

507 Über die Entstehung derselben im Allgemeinen bei: *Kirchenpauer*, Die alte Börse, ihre Gründer und ihre Vorsteher. Ein Beitrag zur hamburgischen Handelsgeschichte.

508 *Ehrenberg*, Die alte Nürnberger Börse, in: *Verein für Geschichte der Stadt Nürnberg* (Hrsg.), Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg, Bd. 8, S. 69-86, 79, m. w. N., Der Wunsch der Kaufleute war es, der Börse, gleich großen Vorbildern, einen offiziellen und erkennbaren Zeitrahmen zu verschaffen: „*welchermassen ein zeitlang hero eine merkliche unordnung eingerissen ist, dass die kaufleut zu zeiten von dem markt abgagne sind, welches uns nit allein an unsern haushaltungen sebr ungelegen und beschwelich, sondern auch vielen frembden personen, die am markt alhien zu thun haben, etwas unbequem und verdriesslich ist, da sie die rechte marktzeit nicht treffen können, sondern etwan zu frue oder in sonsten zu unrechter zeit kommen sint, dieweil jetzt ainer uf den mark, dann ein anderer darauf und wieder darvon gehet (...)*“.

509 *Kirchenpauer*, Die alte Börse, ihre Gründer und ihre Vorsteher. Ein Beitrag zur hamburgischen Handelsgeschichte, S. 42.

510 *Hasse*, Geschichte der Leipziger Messe, in: *Fürstlich Jablonowski'sche Gesellschaft* (Hrsg.), Preisschriften, Bd. 25, S. 58, 61.

denprivileg und gesonderten Regelungen zur Vollstreckung durch den Stadtmagistraten wurde insbesondere ein spezielles Kaufgericht gegründet. Dieses wurde durch fremde und heimische Kaufleute in Wahlen besetzt und sollte im Namen des Herzogs schleunig urteilen. Am 01.12.1686 folgte eine einheitliche Wechselordnung für Braunschweig.<sup>511</sup> Auch hier wurden für Streitigkeiten die Kaufleute selbst als Urteiler in zwei Instanzen herangezogen, ihnen aber auch Rechtsgelehrte an die Seite gestellt.<sup>512</sup> Sie urteilten dabei summarisch<sup>513</sup>, wobei ein Güteverfahren stets vorgeschaltet war.<sup>514</sup>

Mit Braunschweig im Konflikt standen zuvorderst die Kaufleute zu Leipzig.<sup>515</sup> Auch hier wuchs das Bedürfnis nach einem durch Kaufleute besetzten Spezialgericht.<sup>516</sup> Nach Ansicht der Kaufleute sei der Prozess vor den Leipziger Gerichten derart rückständig, dass Fremde den Handelsplatz mieden. Daher sei die Einführung eines summarischen Verfahrens vor einem Handelsgericht dringend notwendig. Als Beispiel wird insbesondere Nürnberg hervorgehoben. Besetzt werden soll das als ständig konzipierte Handelsgericht durch zwei Ratsbevollmächtigte sowie vier Kaufleute zu Leipzig und je einen Kaufmann der übrigen großen Handelsplätze. Diese Leitung durch Rats erwählte erscheint bewusst eng an das Nürnberger System angelehnt. Eine Appellation war nur in beschränktem Umfang innerhalb von 48 Stunden an den Rat zu Leipzig vorgesehen. Gleichwohl stellte sich die Kramerinnung zu Leipzig gegen dieses Gericht.<sup>517</sup> Unterstützung bekamen die Leipziger Kaufleute durch ihre Genossen aus Nürnberg, die sich am 16.04.1681 an die kurfürstliche Commission wandten.<sup>518</sup>

---

511 Wechselordnung für Braunschweig vom 01.12.1686 bei: *König*, Der Stadt Leipzig Wechsel-Ordnung, Anhang, S. 128–158.

512 Nr. 2 der Wechselordnung für Braunschweig vom 01.12.1686.

513 Nr. 7 der Wechselordnung für Braunschweig vom 01.12.1686.

514 Nr. 6 der Wechselordnung für Braunschweig vom 01.12.1686.

515 Vgl. nur die Beschwerde über die bereits genannten erweiterten Jahrmärkte als Messen, in: Sächsisches Staatsarchiv, 10024 Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Nr. Loc.07404/14.

516 Vgl. im Folgenden die Eingabe der Kaufleute zu Leipzig vom 23.03.1681, in: Leipziger Stadtarchiv, Titelakten, Handel, Handelssachen 1551–1892, Kommissions-Akta, die Erhebung derer Commerciën, Anrichtung eines Handelsgerichts, Wechselordnung, betr. ergangen Anno 1681, Tit. XLV G. 6<sup>b</sup> S. 36 ff. (447,17 lfm).

517 Vgl. nur *Biedermann*, Geschichte der Leipziger Kramer-Innung 1477–1880, S. 47 ff.

518 Vgl. in: Leipziger Stadtarchiv, Titelakten, Handel, Handelssachen 1551–1892, Kommissions-Akta, die Erhebung derer Commerciën, Anrichtung eines Han-

Dabei betonten sie die Wichtigkeit eines schnellen Verfahrens für die Handlungsfähigkeit eines funktionierenden Marktes. Nach langer, durch Meinungsverschiedenheiten stark geprägten Zeit<sup>519</sup> stellt der Rat der Stadt Leipzig am 30.11.1681 nunmehr fest, dass ein gesondertes, durch Kaufleute besetztes Handelsgericht zwar die umfassende Gerichtskompetenz des Magistraten unterlaufen würde, für einen funktionsfähigen Handel aber eine fachkompetente und schleunige Entscheidung unerlässlich sei. Es wird somit der Vorschlag unterbreitet, ein durch Gelehrte und Kaufleute besetztes Handelsgericht ausschließlich für die drei Messzeiträume einzurichten. Durch Verordnung vom 26.09.1682 wird der ursprüngliche Antrag der Kaufleute zu Leipzig durch Johann Georg III. indes abgelehnt.<sup>520</sup> Gleichwohl erlegt er dem Rat zu Leipzig (nach dessen Vorschlag) auf, eine eigene Abteilung für summarische Handelsverfahren mit Gelehrten und Kaufleuten zu besetzen. Endlich, am 21.12.1682, erfolgt die Publikation einer einheitlichen und neuen Handelsgerichtsordnung.<sup>521</sup> Hier wird bestimmt, dass der Rat zu Leipzig ein ordentliches und ständiges Gericht für summarische Handelssachen bestellen soll.<sup>522</sup>

Auch hier zeigt sich abermals der Konflikt, der zwischen dem Erhalt des staatlichen Verfahrensmonopols auf der einen Seite und dem Bedürfnis nach fachkompetenter und schleuniger Verhandlung auf der anderen Seite besteht. Obschon ein auf die Messzeiträume temporär bestehendes Handelsgericht errichtet hätte werden können, entschied man sich dennoch für die Etablierung eines dauerhaften Sondergerichts für Handelssachen. In dieser Handelsgerichtsordnung zeigt sich – neben der bereits erwähnten Besetzung durch Ratsdeputierte – verstärkt die Anlehnung an das seinerzeit etablierte Nürnberger System. Gleich wie Nürnberg, soll das neue Handelsgericht ein neben dem ordentlichen Gericht stehendes Sondergericht sein, dessen Kompetenz eine subjektive ist.<sup>523</sup> Auch liegt der Fokus ebenfalls auf der unbedingten Notwendigkeit eines summarischen

---

delserichts, Wechselordnung, betr. ergangen Anno 1681, Tit. XLV G. 6<sup>b</sup> S. 142 (447,17 lfm).

519 Vgl. in der besagten Akta, S. 150 ff.

520 Verordnung v. 26.09.1682 bei: *Lünig*, Codex Augusteus oder neuvermehrtes Corpus juris Saxonici, Bd. 2, S. 2021 f.

521 Handelsgerichtsordnung der Stadt Leipzig v. 21.12.1682 in: *Lünig*, Codex Augusteus oder neuvermehrtes Corpus juris Saxonici, Bd. 2, S. 2038 ff.

522 Handelsgerichtsordnung der Stadt Leipzig v. 21.12.1682 in: *Lünig*, Codex Augusteus oder neuvermehrtes Corpus juris Saxonici, Bd. 2, S. 2039.

523 Vgl. „da der Beklagte ein Handelsmann ist (...)“, Handelsgerichtsordnung der Stadt Leipzig v. 21.12.1682, Nr. II., S. 2039.

Verfahrens bzw. auf der erheblichen Schädlichkeit eines langen Verfahrens für den Handel. Auch die Appellation wurde gleichfalls erheblich erschwert.<sup>524</sup> So kann *Marperger* insoweit gefolgt werden, geht er von dem Leipziger Handelsgericht in Einheit mit den Nürnberger Entwicklungen als das zentrale Momentum der seinerzeit modernen Handelsgerichtsbarkeit aus.<sup>525</sup>

Die Handelsgerichtsordnung unterlag regelmäßigen Anpassungen. U. a. wurde dem Rat daher am 26.02.1729 auferlegt, die Fälle zusammenzustellen, in denen die Ordnung zu schwerfällig für das vor dem Handelsgericht herrschende summarische Verfahren war.<sup>526</sup> Dies führte dazu, dass mit dem 29.05.1729 und dem 17.09.1738 die Ordnung in einigen Bestimmungen angepasst wurde. Mit dem 21.09.1883 wurde die Ordnung aufgehoben.

In Hamburg war seinerzeit ein gesondertes Seegericht vorausgegangen.<sup>527</sup> Waren die hansischen Kaufleute doch vornehmlich auf den Seeden den Binnenhandel spezialisiert, so war gleich den italienischen Kaufleuten das Seerecht eng mit dem Handelsrecht verwoben. Auch in Hamburg leitete die Admiralität als Vorstand der Handelsgesellschaften die Fahrten und übte die Judikatur.<sup>528</sup> Im Jahr 1623 endlich wurde ein Kaufmannskollegium, bestehend aus 14 juristisch Gelehrten und Laien, gegründet. Davon entfielen drei Stellen auf rechtsgelehrte Ratsdeputierte, drei auf Laien-Ratsdeputierte, sechs auf Vertreter der Kaufmannschaft sowie zwei auf die Ältesten der Schifffergesellschaft. Nach dem Ratsbeschluss vom 10.08.1623 hatte dieses Kollegium die Gerichtskompetenz über Streitigkeiten der Reeder untereinander oder mit den Schiffern oder den Frachtführern.<sup>529</sup> Diese war eine objektive, auf alle See- und

---

524 Handelsgerichtsordnung der Stadt Leipzig v. 21.12.1682, Nr. XX, S. 2046.

525 *Marperger*, Neu-eröffnetes Handels-Gericht oder Wohlbestelltes Commerciencollegium, S. 40 f., a. E.

526 Leipziger Stadtarchiv, 1. Sekt. Tit. XIII No. 7, Akta, die Handelsgerichtsordnung betreffend, anno 1729.

527 Über die Quellen zum Hansischen Seerecht von 1591, revidiert 1614 bei: *Kaltenborn*, Grundsätze des praktischen Europäischen Seerechts, Bd. 1, S. 27.

528 Vgl. Abt. 1 § 1 und § 15 der Handels-Verfassungen, in: *Klefeker*, Sammlung der hamburgischen Gesetze und Verfassungen in Bürger- und kirchlichen, auch Cammer-, Handlungs- und übrigen Policey-Angelegenheiten und Geschäften samt historischen Einleitungen, Bd. 6, S. 405 f., 424 f.

529 *Marquart*, Tractatus Politico-Juridicus De Iure Mercatorum Et Commerciorum Singulari, Bd. 2, S. 305, 591.

Frachtsachen bezogene Kompetenz.<sup>530</sup> Wie es bereits an anderer Stelle beschrieben wurde, holte auch dieses (überwiegende) Laiengericht Rechtsgutachten von außerhalb ein.<sup>531</sup> Erst durch ein Dekret Napoleons vom 04.07.1811 erwuchs zum 11.02.1813 ein Commerz-Tribunal nach französischem Vorbild. Mit Beschluss vom 03.08.1815<sup>532</sup> kam es im Jahr 1816 endlich zu der Einführung eines selbstständigen Handelsgerichts in Hamburg.<sup>533</sup> Vorausgegangen war bereits im Jahr 1750 die Bitte der Kaufmannschaft nach einem selbstständigen Handelsgericht, welche allerdings mit dem Hinweis auf die den Beschleunigungswunsch konterkarierende Appellationsmöglichkeit abgelehnt wurde.<sup>534</sup> Besetzt und in zwei Kammern geteilt ist das Gericht gemäß Art. 1 durch einen Praeside, einen Vice-Praeside, neun Richter sowie einen Actuario und dessen Substituten. Die beiden Letzteren sind gemäß Art. 2 Rechtsgelehrte. Nach Art. 3 a.E. konnten bei nautischen Angelegenheiten Schiffsalte oder sonstige Seefahrerkundige gutachterlich hinzugezogen werden. Ihre Stellung wandelte sich jedoch dahingehend, dass sie alsbald als „Mitglieder des fungierenden Justiz-Collegiums anzusehen“<sup>535</sup> waren und ihnen in diesen Fällen ein höherer Rang eingeräumt wurde.

Auch Aachen erhielt im Jahr 1794 ein *tribunal de commerce*. Köln und Mainz folgten im Jahr 1798 sowie Krefeld im Jahr 1810.<sup>536</sup>

In Lübeck ist um das Jahr 1655 insbesondere die Ordnung des summarischen Seegerichtsprozesses zu finden.<sup>537</sup> Die Schiffsgesellschaft fungierte indes teilweise weiterhin als Schiedsrichter.<sup>538</sup> Soll der Fokus hier aber auf

---

530 Supplementum V. der Admiralität, in: *Langenbeck*, Anmerkungen über das Hamburgische Schiff- und See-Recht, S. 310–330, und dabei besonders §§ 48–75, inbes. §§ 50, 51, S. 312–330.

531 § 75 Supplementum V. der Admiralität, in: ders., S. 329.

532 Vorwort der Handels-Gerichts-Ordnung der freien Hansestadt Hamburg v. 15.12.1815.

533 Anmerkung in: *Goldschmidt/Laband*, Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht, Bd. 10, S. 607.

534 Diesem Argument wurde mit Anführung der 1554, 1603 sowie 1634 erlassenen *Privilegien de non appellando* versucht entgegenzuwirken.

535 *Ullrich*, Sammlung von seerechtlichen Erkenntnissen des Handelsgerichts zu Hamburg nebst den Entscheidungen der höheren Instanzen. Erkenntnisse aus den Jahren 1851 bis 1853., Bd. 1, Tit. XIX, Nr. 1, S. 37 aus S. 155, Nr. 97.

536 Vgl. *Zeyss*, Die Entstehung der Handelskammern und die Industrie am Niederrhein während der französischen Herrschaft, S. 201, 203, 205.

537 Abgedruckt in: *Marquart*, Tractatus Politico-Juridicus De Iure Mercatorum Et Commerciorum Singulari, Bd. 2, S. 704 ff.

538 *Marperger*, Neu-eröffnetes Handels-Gericht oder Wohlbestelltes Commercien-Collegium, S. 44.

den südlichen Raum respektive Nürnberg liegen, so ist auf die sonstigen Gerichte für Handelssachen bei den nördlichen Seestädten hier nicht weiter einzugehen.<sup>539</sup>

### 3.5 – Die gesamtbayerische Entwicklung

Im Folgenden soll weiter auf die Entwicklung innerhalb des Kurfürstentums Bayern eingegangen werden. Im Jahr 1689 wird in Bayern das Kommerzkollegium gegründet.<sup>540</sup> Dieses war eine der modernen Handelskammer entsprechende, von der Obrigkeit eingesetzte Behörde, die der Regierung in beratender Funktion für wirtschaftspolitische Ziele zur Seite stand und gleichzeitig eine Vertretung der Kaufleute darstellte.<sup>541</sup> Am 22.05.1690 endlich wird das Kollegium als ein von den ständigen Gerichten im weiteren Sinne für Handelssachen unabhängiges Gericht erklärt.<sup>542</sup> Dieses sollte, soweit es möglich war, auch mündlich und schnell verfahren. Dabei hatte es auch im Rahmen der Vollstreckung hoheitliche Autonomie und Kompetenz.<sup>543</sup> Am 20.09.1779 folgte schließlich die Gründung des Wechselgerichts.<sup>544</sup> Im Jahr 1785 folgte sodann die neue bayerische Wechsel- und Merkantilgerichtsordnung.<sup>545</sup> In § 1 des zweiten Kapitels wird bestimmt, dass das Gericht neben gelehrten Richtern in bestimmten Fällen

---

539 Weiterführend dazu bei: *Schön*, Die Handelsgerichtsbarkeit im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung des Rheinlands, S. 20 f.; *Silberschmidt*, Die deutsche Sondergerichtsbarkeit in Handels- und Gewerbesachen, S. 83–90.

540 Seit der zweiten Hälfte des 17. Jh. werden Kommerzkollegien legitimiert durch die selbstständige Territorialgesetzgebung, gegründet von diversen Landesherren; vgl. *von Rosenberg*, Handelsgerichtsbarkeit, in: *Ehrenberg* (Hrsg.), Handbuch des gesamten Handelsrechts, Bd. 1, S. 449–520 (S. 453 f.); *Knatz*, Die Kammern für Handelssachen, auf geschichtlicher und rechtsvergleichender Grundlage dargestellt (Diss.), S. 15.

541 Meyers Großes Konversations-Lexikon, Bd. 11, 6. Aufl., S. 328.

542 Vgl. bei *Marperger*, Neu-eröffnetes Handels-Gericht oder Wohlbestelltes Commerciën-Collegium, S. 74–79.

543 Vgl. Nr. 2 und 3 bei *Marperger*, Neu-eröffnetes Handels-Gericht oder Wohlbestelltes Commerciën-Collegium, S. 75.

544 Vgl. die Verordnung über die Bestellung und Kompetenz der Wechsel- und Merkantil-Gerichte in den verschiedenen Gebietsteilen des Königreichs, in: *Moritz*, Handbuch sämtlicher Wechsel- und Merkantil-Gesetze für die älteren sieben Kreise des Königreichs Bayern, S. 9.

545 Vgl. die Wechsel- und Merkantilgerichtsordnung v. 1785, in: *Moritz*, Handbuch sämtlicher Wechsel- und Merkantil-Gesetze für die älteren sieben Kreise des Königreichs Bayern, S. 70–151.

auch eine mit durch die Kaufleute gewählte Besetzung findet. Insofern finden sich vor dem Wechsel- und Merkantilgericht zu München ganze sieben Assessoren des Handelsstands.<sup>546</sup>

Verglichen mit den Nürnberger Entwicklungen steht auch hier die Kompetenz der juristischen Laien im Vordergrund der Urteilsfindung. So schreibt der Kommentator des bayerischen Landrechts von 1756: „Es werden die Kaufmannshändel, regulariter wie all andere, vor ordentlicher Obrigkeit verhandelt, jedoch dergestalt, daß man dergleichen Causas nicht so genau ad apices Juris nihmt. (...) Und sich allemall vorzüglich an das, was Kaufmannsbrauch ist, zu haltem, sohin vor der Entscheidung von unpartheyischen Kaufleuten ihr Gutachten zu erhollen pflegt.“<sup>547</sup>

Mit der Ordnung des Handelsgerichts in der kaiserlichen freien Reichsstadt Nürnberg vom 07.01.1804 wird das tatsächlich erste so bezeichnete Handelsgericht in Deutschland aus dem Bankoamt heraus errichtet. Dabei blieb die Besetzungsparität des vormaligen Bankoamts unverändert.<sup>548</sup> An manch zeitgenössischer prominenter Stelle wird bereits hier von einer generellen Besetzung mit einem Juristen und zwei Handelsrichtern gesprochen.<sup>549</sup> Die schriftlichen Verfahren wurden allerdings grundsätzlich vor dem gesamten Plenum geführt.<sup>550</sup> Nur in besonders eilbedürftigen Fällen oder auf vorherigen Antrag der Parteien wurde ein mündliches Verfahren unter der obigen Besetzung des sog. deutschen Systems durchgeführt.<sup>551</sup>

---

546 Kap. 2, § 1, Zusatz Nr. 1 der Wechsel- und Merkantilgerichtsordnung v. 1785, in: *Moritz*, Handbuch sämtlicher Wechsel- und Merkantil-Gesetze für die älteren sieben Kreise des Königreichs Bayern, S. 78; *Knatz* geht ohne Quellenangabe von fünf Assessoren aus dem Handelsstand aus: *Knatz*, Die Kammern für Handelssachen, auf geschichtlicher und rechtsvergleichender Grundlage dargestellt (Diss.), S. 17.

547 *Kreittmayr*, Anmerkungen über den Codicem Maximilianum Bavaricum civilem, Bd. 5, Cap. 26, § VII, S. 1795 f.

548 Vgl. Art. 1 der Ordnung des Handelsgerichts in der kaiserlichen freien Reichsstadt Nürnberg (v. 7. Januar 1804); vgl. dazu oben bei FN 456.

549 Vgl. *Baumbach*, Praxisgerechte Urteile, in: *Wirtschaft in Mittelfranken (WiM)*, Heft 7–8, 2018, S. 39; *Kramer*, Die Geschichte der Handelsgerichtsbarkeit, S. 2; *Vereinigung der Handelsrichter*, Die Historie der Handelsrichter, abrufbar unter: <https://www.handelsrichter.eu/der-handelsrichter/historie.html> (zuletzt: 15.09.2018, 11.16 Uhr).

550 Art. 14 der Ordnung des Handelsgerichts in der kaiserlichen freien Reichsstadt Nürnberg (v. 7. Januar 1804).

551 Vgl. Art. 52, 53 der Ordnung des Handelsgerichts in der kaiserlichen freien Reichsstadt Nürnberg (v. 7. Januar 1804).

Diese „nicht an den gewöhnlichen Gerichtstagen“<sup>552</sup> stattfindende Ausnahme ist insoweit auch als eine solche zu begreifen. Obschon dieser Präzession die Besetzung respektive die Umstände der Besetzung betreffend, ist jedenfalls *Merzbacher* zu widersprechen, soweit er die Wiege des *deutschen Systems* erst um das Jahr 1816 in Hamburg zu sehen vermag.<sup>553</sup>

Die Zuständigkeit des Handelsgerichts wurde in Art. 8 definiert, wonach es in „*allen Streitsachen, welche aus Handelungs-Geschäften und Verhältnissen, aus Waarentransporten, Frachtierungen, kaufmännischen Wechsel, u.s.w. entstanden sind, und sich entweder zwischen Kaufmann und Kaufmann verhalten, oder in welchem doch der Beklagte ein Handelsmann (...) ist*“, entscheiden sollte. Gleichzeitig war diese Zuständigkeit abschließend und dem Stadtgericht eine Entscheidung auch bei beidseitigem Einvernehmen der Parteien verwehrt. Die Verfahren wurden weiterhin nur „*sumarisch und aufs kürzeste*“<sup>554</sup> verhandelt. Dies durfte gemäß Art. 55 allerdings nicht dazu führen, dass den Parteien eine wechselseitige Rechtsverteidigung bei schwierigen und besonders gravierenden Streitfragen verwehrt blieb. Beachtung finden sollte in diesem Zusammenhang aber, dass grundsätzlich „*juristische Ausführungen weder bei der Klage, noch bei der Antwort (...) zugelassen*“<sup>555</sup> waren. Lediglich soweit es sich um Spezialnormen handelte, war dies erwünscht bzw. sogar vorgeschrieben. Auch die Abgrenzung zu dem weiterhin bestehenden Marktgewölbe war gemäß Art. 60 eine grundsätzlich scharfe.<sup>556</sup>

So fand die betreffende Handelsgerichtsordnung ihren Schwerpunkt in dem starken Bedürfnis nach sachlicher und schneller Urteilsfindung, während die Förmlichkeit vor diesem öffentlichen Gericht weitestgehend weichen musste. Jedoch bleibt der gerichtliche Auftrag nach rechtlicher Präzession auch weiterhin bestehen und trat besonders in schwierig gelagerten Fällen durch die Notwendigkeit von juristischen Ausführungen wieder gestärkt hervor. Das Vorliegen dieser Konstellation war stets an die

---

552 Art. 53 der Ordnung des Handelsgerichts in der kaiserlichen freien Reichsstadt Nürnberg (v. 7. Januar 1804).

553 *Merzbacher*, Geschichte und Rechtsstellung des Handelsrichters. Rede vor der Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt, S. 14.

554 Art. 13 der Ordnung des Handelsgerichts in der kaiserlichen freien Reichsstadt Nürnberg (v. 7. Januar 1804).

555 Art. 17 der Ordnung des Handelsgerichts in der kaiserlichen freien Reichsstadt Nürnberg (v. 7. Januar 1804).

556 Art. 60 „*(...) und Streitigkeiten, welche einmal darselbst [vor dem Marktgewölbe] angebracht sind, können in der Folge nicht mehr vor das Handelsgericht gezogen werden (...)*“, außer die Marktvorsteher verweisen die Sache aufgrund „*wichtiger Ursachen*“.



Anwendbarkeit besonderer kodifizierter Normen angelehnt und verdeutlicht auch hier die Stellung der Handelsbräuche als die zentrale und – vor allem – alltägliche Rechtsquelle.

Nach Eingliederung der freien Reichsstadt Nürnberg an die Krone Bayerns<sup>557</sup> wurde die bisherige Ordnung bestätigt<sup>558</sup> und insbesondere das damalige Handelsgericht und das Handels-Appellationsgericht konstituiert.<sup>559</sup> Auch das Marktgewölbe als rasch entscheidendes Gericht der Marktvorsteher wird unter dem Namen Merkantil-, Friedens- und Schiedsgericht fortgeführt.<sup>560</sup> Besetzt war dieses Gericht weiterhin<sup>561</sup> mit vier ständigen<sup>562</sup> Vorstehern des Handelsstands und einem – durch den König ernannten – rechtsverständigen Protokollisten bzw. Gerichtsschreiber.<sup>563</sup> Außer in dringenden Fällen war die Vertretung durch Anwälte nicht gestattet.<sup>564</sup> Die Vorsteher des Handelsstands wurden durch den König zu Gerichtsassessoren ernannt und so zum Richteramt verpflichtet.<sup>565</sup> In

---

557 Art. XVII der Rheinbundakte v. 03.09.1806, vgl. in: RegBl. 1806, S. 353, in: *Döllinger*, Sammlung der im Gebiete der inneren Staats-Verwaltung des Königreichs Bayern bestehenden Verordnungen, aus amtlichen Quellen geschöpft und systematisch geordnet, Bd. 1, S. 227.

558 Allerhöchste Verordnung v. 18.05.1809, in: RegBl. 1809, S. 797–800: teilweise wiedergegeben in: Bay. HStA. Landtag 556, No. <sup>11</sup>, S. 3 f.; über die Entwicklungen der Zuständigkeit zu jener Zeit vgl. weiterführende Quellen in: Bay. HStA. München, MJu 14598, No. <sup>1ff</sup>, sowie MJu 14598 bis 146007.

559 Vgl. Druckschrift der nürnb. Kaufleute von 1849, in: Bay. HStA. München, MJu 14452, No. <sup>2</sup>, S. 4.

560 Hier handelt es sich gerade nicht um eine Neukonstitution, sondern um die *Verstaatlichung* eines bisher bereits aktiven Gerichts der Kaufleute zu Nürnberg und damit um einen inhaltlich synonym verwendbaren Begriff; vgl. Druckschrift der nürnb. Kaufleute von 1849, in: Bay. HStA. München, MJu 14452, No. <sup>2</sup>, S. 4, sowie Gesetz-Entwurf v. 31.03.1856 die Handelsgerichtsbarkeit über die Vorstädte und den Burgfrieden der Stadt Nürnberg betreffend, in: Bay. HStA. Landtag 556, No. <sup>1</sup> u. No. <sup>2</sup>; Edikt über die Gerichtsverfassung vom 24.07.1808 sowie Verordnung vom 18.05.1809.

561 Vgl. RegBl. 1806, S. 353 in: *Döllinger*, Sammlung der im Gebiete der inneren Staats-Verwaltung des Königreichs Bayern bestehenden Verordnungen, aus amtlichen Quellen geschöpft und systematisch geordnet, Bd. 1, S. 227.

562 Vgl. „*jedesmaligen*“ in: Druckschrift der nürnb. Kaufleute von 1849, in: Bay. HStA. München, MJu 14452, No. <sup>2</sup>, S. 4.

563 *Heerdegen*, Das Merkantil-Friedens- und Schiedsgericht der Stadt Nürnberg und seine Geschichte (Diss.), S. 42.

564 Vgl. Druckschrift der nürnb. Kaufleute von 1849, in: Bay. HStA. München, MJu 14452, No. <sup>2</sup>, S. 4.

565 Solche Bestellungen finden sich umfangreich in: Bay. HStA. München, MJu 14589, No. <sup>6, 8, 21, 30, 39, 45</sup> sowie in den ungebundenen Beilagen No. <sup>49ff</sup>.

dieser königlichen Bestellung kann eine gewisse *Verstaatlichung* des Instituts gesehen werden. Das Verfahren vor dem Merkantil-, Friedens- und Schiedsgericht war „*ad duplicas usque*“, und soweit kein Vergleich erzielt wurde, verkündete das Gericht nach unmittelbarer gemeinschaftlicher Beratung und zügiger Protokollierung sogleich das Urteil mit einer zehntägigen Appellationsfrist.<sup>566</sup> Auch die Handelsgerichte zu Nürnberg erster und zweiter Instanz sind neben den rechtsgelehrten Richtern mit einer solchen Anzahl von sachverständigen Mitgliedern aus dem Handelsstand besetzt, dass Letztere die Mehrheit bilden.<sup>567</sup>

So stehen den Nürnberger Kaufleuten mithin weiterhin drei besondere Handelsgerichte mit den jeweiligen ursprünglichen Privilegien zur Verfügung. Zwischen den Jahren 1811 und 1846 verbleibt es grundsätzlich bei den zuvor dargestellten Kompetenzen.<sup>568</sup> Am 19.09.1842 berief der König für ganz Bayern und auch für Nürnberg eine neue Vertretungskörperschaft der Wirtschaft ein – die Handelskammer.<sup>569</sup> Dabei waren die Vertreter – gleich den *Podestà* – anfangs ausschließlich Fremde.<sup>570</sup>

Mit dem Entwurf zum GVG vom 05.02.1849 wird versucht, die grundsätzliche Laienbeteiligung vor bayerischen Gerichten zu stärken. Art. 5 sah insoweit vor, dass bei den „*Bezirksgerichten, welche als Wechsel- und Merkantil-Gerichte bezeichnet werden, (...) außer den rechtsgelehrten Richtern noch Beisitzer aus dem Handelsstande zu ernennen*“<sup>571</sup> sind. Auch vor den Kreis-Gerichten als den Appellationsgerichten sollten in Wechsel- und Merkantilsachen Beisitzer aus dem Handelsstand beigezogen werden.<sup>572</sup> Zudem wurde die Kompetenz der Stadt- und Landgerichte auf handels-

---

566 Druckschrift der nürnberg. Kaufleute von 1849, in: Bay. HStA. München, MJu 14452, No. 2, S. 4 f.

567 Vgl. Druckschrift der nürnberg. Kaufleute von 1849, in: Bay. HStA. München, MJu 14452, No. 2, S. 5 f.

568 Kompetenz der Handelsgerichte zwischen 1811–1846, in: Bay. HStA. München, MJu 14548.

569 Königliche Verordnung vom 19.09.1842, in: RegBl. für das Königreich Bayern 1842, Nro. 36, Sp. 973–981.

570 Mit Ausnahme des Bankiers *G. Kalb*; vgl. *Zorn*, Liberalisierung der Wirtschaft und Frühindustrialisierung, in: *Pfeiffer* (Hrsg.), Nürnberg – Geschichte einer europäischen Stadt, S. 402.

571 Teilweise abgedruckt in: Bay. HStA. München, MJu 14452, No. 2, S. 6 ff.

572 Art. 6: Bei den Kreis-Gerichten (Appellations-Gericht) werden neben den rechtsgelehrten Richtern zur Erledigung der Wechsel- und Merkantil- Gegenstände Beisitzer aus den Handelsstände ernannt.

rechtliche Streitigkeiten ausgedehnt<sup>573</sup> und weitere diesbezügliche Änderungen getroffen.<sup>574</sup>

Im Ergebnis wären durch diese Regelungen indes die drei Handelsgerichte Nürnbergs vollständig aufgelöst worden, und die ihnen bisher zugewiesenen Klagen wären an die Bezirks- bzw. die Stadtgerichte verwiesen worden. Auch die Zahl der merkantilistischen Beisitzer wäre im Verhältnis zum bisher bestehenden Nürnberger Konzept geringer gewesen. Die Vorsteher des Nürnberger Handelsstands richteten sich daher am 12.05.1849 an die Hohe-Stände-Versammlung mit der Bitte, das Nürnberger System von der Änderung unangetastet zu lassen.<sup>575</sup> Dieses Begehren hatte schließlich Erfolg, und so fanden sich die drei Handelsgerichte Nürnbergs im BayGVG vom 25.07.1850<sup>576</sup> wieder.<sup>577</sup>

Um das Jahr 1855 wurde sich einem weiteren Problem der Nürnberger Handelsgerichtsbarkeit angenommen. Bis zur erklärten Besitznahme der Landeshoheit über das Territorium Nürnbergs durch die preußische Krone mittels Patent vom 03.07.1796 galt das Nürnberger Recht auch außerhalb der Stadtmauern. Mit Besitznahme fehlte jedoch die Gesetzeskompetenz, wodurch außerhalb Nürnbergs fortan die preußische Gerichtsordnung galt.<sup>578</sup> Auch die Nürnberger Handelsgerichtsordnung kam daher

---

573 Art. 11: Die Zuständigkeit der Stadt- und Land-Gerichte betrifft auch

a) Streitigkeiten mit Fuhrleuten, Schiffern wegen Transports etc.

b) Streitigkeiten über Gegenstände des Handels auf Messen und Märkten während der Dauern derselben.

c) Alle Klagen, welche in der Hauptsache an Geld oder Geldeswerth nicht über 200 Fl. Kapital oder Substanz betreffen.

574 Art. 10: Die Stadt- und Land-Gerichte haben das Vermittlungsamt nicht nur in den zu ihrer Zuständigkeit gehörenden Rechtsstreitigkeiten, sondern auch in denjenigen Fällen auszuüben, welchen dem Bezirks-Gerichte zugewiesen sind.

Art. 30: Bei der Entscheidung der im Art. 22 angeführten Fälle wird der Senat des betreffenden Bezirks-Gerichts durch zwei Beisitzer aus dem Handelsstande vermehrt, welchen gleiches Stimmrecht wie den Bezirks-Gerichtsräten zusteht.

Art. 38: In Fällen des Art. 22 wird der Senat bei Kreis-Gerichten aus vier Gerichtsmitgliedern und drei Richtern aus dem Handelsstande gebildet.

575 Mitteilung: An die Hohe Stände-Versammlung des Reichs. Ehrerbietige Vorstellung und Bitte der Vorsteher des Handelsstandes in Nürnberg die Organisation der Handelsgerichte betreffend, Nürnberg 12.05.1849, in: Bay. HStA. München, MJu 14452, No. 2.

576 Abgedruckt in: GesetzBl. für das Königreich Bayern 1849/50, No. 33 (20.08.1850), Sp. 425–460.

577 Vgl. Art. 7, 26, BayGVG.

578 Dies ergibt sich aus dem Patent nicht unmittelbar, davon ist indes auszugehen, vgl. § 3 aus Vortrag für den ersten Ausschuß der Kammer der Reichsräthe über

in diesen Teilen nicht zum Tragen. Ebenfalls wirkte auch die Verordnung vom 18.05.1809 nicht in diesen Gebieten. Die ehemaligen Bezirke außerhalb Nürnbergs waren in preußischer Zeit den Fürstentümern Ansbach und Bayreuth untergliedert. Gleiche fielen durch Patente vom 20.05.1806 und 07.04.1810 ebenfalls an die bayerische Krone. Daher galt auch hier gemäß der Verordnung vom 04.10.1810<sup>579</sup> anstelle der ehemals geltenden preußischen Gerichtsordnung ab dem 01.11.1810 die bayerische Gerichtsordnung aus dem Jahr 1753.<sup>580</sup> Gemäß dem allerhöchsten Reskript vom 24.07.1825 erfolgten zum 01.10.1825 die Zuteilung der Vorstädte und des Burgfriedens an das Kreis- und Stadtgericht Nürnberg, ließ aber die Wechsel- und Handelssachen unberührt.<sup>581</sup> In der Folge konnten die Bürger der Vorstädte und des Burgfriedens in erster und zweiter Instanz nicht an die Handelsgerichte ziehen, sondern waren an das *allgemeine* Stadtgericht bzw. Appellationsgericht verwiesen. So brachte „*Jede Aenderung des Domizils (...) eine Aenderung der Gerichtsbarkeit in Handelssachen mit sich (...)*“<sup>582</sup> und das in einer Zeit, zu der sich der Handel vermöge größerer Fabriken oder der Eisenbahnverbindung nach außerhalb der Stadtmauern orientierte.

Aufgrund dessen wurde in der 14. Sitzung der Kammer der Reichsräte vom 31.03.1856 ein Gesetzentwurf die Handelsgerichtsbarkeit über die Vorstädte und den Burgfrieden der Stadt Nürnberg betreffend vorgelegt.<sup>583</sup> Nach Art. 1 sollte die Zuständigkeit der Handelsgerichte in erster und zweiter Instanz sowie die des Merkantil-, Friedens- und Schiedsgerichts (ehemals sog. Marktgewölbe) auf die „*Vorstädte der Stadt Nürnberg und den ganzen Umfang der Burgfriedensgrenze (...) ausgedehnt*“<sup>584</sup> werden.

Gleichwohl dieser schlichten Kompetenzänderung bestünde grundsätzlich ein weiteres Problem in dem differierten materiellen Recht. Innerhalb der Stadt Nürnberg bestand die Zivilgesetzgebung primär aus der

---

den Gesetzentwurf vom 24.04.1856 in, Bay. HStA. München, Landtag 556, No. 11.

579 Regierungsblatt 1810, S. 873 f.

580 Sog. *cod. jur. bav. judiciarii*.

581 Teilweise wiedergegeben in: Bay. HStA. München, Landtag 556 No. 11, S. 7 f.: „*Die mit der Stadt Nürnberg vereinigten Vorstädte, Weiler und Einöden werden in Beziehung auf die landesherrliche Gerichtsbarkeit dem Stadtgerichte in Nürnberg zugetheilt werden.*“

582 Motive des Entwurfs, in: Bay. HStA. München, Landtag 556, No. 2, S. 5 f.

583 Protokoll der 14. Sitzung der Kammer der Reichsräte vom 31.03.1856, in: Bay. HStA. München MJu 14451, Beilage No. 1, S. 87; Unterlagen und Entwurf, in: Bay. HStA. München, Landtag 556.

584 Entwurf, in: Bay. HStA. München, Landtag 556, No. 1 u. No. 2.

erneuten Reformation der Stadt Nürnberg aus dem Jahr 1564 und aus einzelnen späteren Verordnungen und subsidiär aus dem gemeinen Recht. In den Vorstädten und dem Burgfried findet gemäß dem Hofreskript vom 18.08.1800 das Nürnberger Recht nur insoweit Anwendung, als es die Beurkundung herkömmlichen Rechts ist. Zudem waren diese Bezirke durch Ansbacher und Bayreuther Recht sowie subsidiär durch das preußische Landrecht geprägt. Die Motive des Entwurfs gehen hingegen auf das für das Handelsrecht spezifische materielle Recht ein. So gelte im Wechselrecht ohnehin die allgemeine deutsche Wechselordnung<sup>585</sup>, und *„in Handelssachen bilden die Handelsgebräuche ohnedieß eine gleichförmige Quelle der richterlichen Entscheidung, und nur, wo dergleichen nicht bestehen, finden die Bestimmungen des geschriebenen Rechts Anwendung, bei welchen übrigens zwischen dem gemeinen Rechte und den Vorschriften des preußischen Landrechts, soweit solche das Vertragswesen berühren, principielle Verschiedenheiten nicht bestehen.“*<sup>586</sup>

Gerade diese Formulierung innerhalb der Motive verdeutlicht das Gewicht, welches den nicht kodifizierten Handelsbräuchen innerhalb der handelsrechtlichen Urteilsfindung beigemessen wurde. Auch tritt das bestehende Exklusivitätsverhältnis zwischen der grundsätzlichen Fachkompetenz innerhalb der Handelssachen und der sekundären juristischen Kompetenz in Ausnahmangelegenheiten besonders hervor. Den politischen Einfluss der Kaufleute berücksichtigend, verdient es zudem Erwähnung, dass der Gesamtbeschluss der Kammer der Reichsräte und der Kammer der Abgeordneten vom 14.06.1856 gerade dem ursprünglichen Begehren der Nürnberger Kaufleute entsprach.<sup>587</sup>

Abschließend sei ein Blick auf alle übrigen bayerischen Handelsgerichte geworfen. Betrachtet man das Verhältnis zwischen rechtskundigen Richtern und den Vertretern der Kaufmannschaft als Gerichtsassessoren, so sticht das Nürnberger Verhältnis vor dem Handelsgericht mit drei Juristen und fünf Assessoren besonders hervor.<sup>588</sup> Lediglich München, Augsburg und Fürth kennen ebenfalls die besondere Mehrheit der nicht juristischen

---

585 Gemeint ist wohl das Gesetz v. 11.09.1825 (GesetzBl. 1825, S. 39 f.), welches die bay. Wechselgerichtsordnung v. 24.11.1785 ablösen sollte.

586 Motive des Entwurfs, in: Bay. HStA. München, Landtag 556, No. 2, S. 7.

587 Vgl. in: Bay. HStA. München, Landtag 556, No. 22 u. 23.

588 Aufstellung der Gerichte in den einzelnen Bezirken, in: Bay. HStA. München, MJu 14466.

Assessoren.<sup>589</sup> Vor den übrigen bayerischen Handelsgerichten gilt eine gleichgewichtige paritätische Besetzung.<sup>590</sup>

Mit der allerhöchsten königlichen Verordnung vom 30.04.1862<sup>591</sup> werden durch § 10 insgesamt 17 bayerische Handelsgerichte erster Instanz an den Bezirksgerichten eingerichtet.<sup>592</sup> Diese waren gemäß § 13<sup>593</sup> mit „*einem Vorstande und zwei Rätthen als rechtskundige Richter*“ sowie „*mit der erforderlichen Zahl von Beisitzern und Ergänzungsrichtern aus dem Kaufmannsstande besetzt*“, die sog. „*Handelsgerichts Assessoren*“.

Für die Pfalz werden am 12.06.1870<sup>594</sup> zum Vollzug des Einführungsgesetzes zur Prozessordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten vier Handelsgerichte erster Instanz bei den Bezirksgerichten gebildet.<sup>595</sup> Besetzt sind diese nach § 7 hingegen mit „*einem Vorstande und der erforderlichen Zahl von rechtskundigen Richtern*“ sowie mit „*der erforderlichen Zahl von technischen Beisitzern und Ergänzungsrichtern gemäß Art. 127 des Einführungsgesetzes zur Prozeßordnung und Art. 57 des Einführungsgesetzes zum allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuche*“ und lehnen sich daher näher an dem gewünschten System an.

Bezüglich der Handelsappellationsgerichte ist hier nicht vertiefend auf selbige einzugehen. Jedenfalls ab dem Jahr 1858 bestehen Handelsappellationsgerichte in München, Landsberg, Eichstädt, Nürnberg, Aschaffenburg und Augsburg.<sup>596</sup> Ab dem Jahr 1862 wohl nur noch das Handelsappellationsgericht zu Nürnberg.<sup>597</sup> Für die Pfalz wird am 12.06.1870 hingegen ein mit dem Appellationsgericht in Zweibrücken verbundenes Handels-

---

589 München: 1 zu 2; Augsburg: 3 zu 4; Fürth: 1 zu 2.

590 Würzburg 3 zu 3; Regensburg 2 zu 2 sowie 1 zu 1 in: Ansbach, Aschaffenburg, Bayreuth, Hof, Kempten, Landshut, Passau und Straubing.

591 Die VO v. 30.04.1862, in: Bay. StA München, MJu 14483, No. 26; der erste sowie folgende Entwürfe ab März 1862, in: ders., No. 15 ff.; 22 ff.

592 Vor den Bezirksgerichten: links und rechts der Isar in München, Landshut, Passau, Amberg, Regensburg, Bamberg, Bayreuth, Hof, Ansbach, Fürth, Nürnberg, Aschaffenburg, Schweinfurt, Würzburg, Augsburg, Kempten und Memmingen.

593 Bzw. § 12 der Entwürfe.

594 Justizministerialblatt XVII v. 15.06.1870, Nr. 42, S. 169–171, in: Bay. StA München, MJu 14485, No. 7.

595 Vgl. § 5: Frankenthal, Landau, Kaiserslautern und Zweibrücken.

596 Aufforderung an die Handelsappellationsgerichte, ihre Geschäftsberichte vorzulegen, v. 29.12.1861, in: Bay. StA München, MJu 14483 No. 2, 5 ff.

597 Vgl. §§ 1, 2 der VO die Organisation der Handelsgerichte in den Landestheilen diesseits des Rheines betreffend v. 30.04.1862, in: Bay. StA München, MJu 14483, No 26; sowie Material in Bay. StA München, MJu 14589, No. 8.

appellationsgericht errichtet.<sup>598</sup> Um dem politischen Ansinnen auf Aufhebung des Handelsappellationsgerichts zu Nürnberg (insbesondere im Lichte des aufgehenden BOHG, vgl. § 12 des Gesetzes vom 12.06.1869<sup>599</sup>) entgegenzuwirken, brachten die Handels- und Gewerbekammern für die Kreise Unterfranken und Aschaffenburg, Oberfranken und Oberpfalz in Regensburg mit dem 27.05., dem 30.05. sowie dem 09.06.1870 vor die Kammer der Abgeordneten den Antrag auf Beibehaltung desselbigen als höchste Appellationsinstanz in Handelssachen ein.<sup>600</sup> Insbesondere die Tatsache, dass durch das BOHG nur Juristen und keine Kaufleute urteilten, missfiel den Kammern. Diesem Ansinnen wurde insoweit entgegengetreten, als Handelsbräuche und deren Bestehen reine Tatsachenfragen seien, die überdies durch ein Appellationsgericht nicht zur Beurteilung stünden. Ebenfalls wurde in diesem Zusammenhang auf Art. 794 der bürgerlichen Prozessordnung Bayerns hingewiesen.<sup>601</sup> Endlich, in der 85. Sitzung der Kammer der Abgeordneten am 16.02.1871, wird durch die Antragsteller insbesondere die Berechtigung des BOHG und die damit einhergehende Unzweckmäßigkeit ihres Antrags anerkannt, wodurch der Antrag abgelehnt wird.<sup>602</sup>

Gleichwohl trat mit dem 01.10.1871 eine neue Verordnung in Kraft, die drei Handelsappellationsgerichte in Bayern bildete.<sup>603</sup>

---

598 Vgl. § 1 Justizministerialblatt XVII v. 15.06.1870, Nr. 42, S. 169–171, in: Bay. StA München, MJu 14485, No. 7.

599 Mehr dazu unten, ab FN 670.

600 Vortrag des Abg. Dr. Schüttinger als Referent des I. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten v. 05.02.1871, in: Bay. StA München, MJu 14483, No. <sup>95</sup>.

601 Art. 794 der Prozessordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten des Königreichs Bayern lautet: *Wegen Verletzung, falscher Auslegung oder unrichtiger Anwendung von Handelsgebräuchen findet Nichtigkeitsbeschwerde nicht statt. Sind Handelsgebräuche einer Entscheidung zu Grunde gelegt worden und behauptet eine Partei, es sei dieß mit Unrecht geschehen, weil das Handelsgesetzbuch ausreichende Bestimmungen für den betreffenden Fall enthalte, so ist Nichtigkeitsbeschwerde statthaft. Das Gericht hat aber seine Beurteilung auf diese Frage zu beschränken.*

602 Stenografischer Bericht der 85. Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 16.02.1871, in: Bay. StA München, MJu 14483 No. <sup>95a</sup> (= Drucks. Nr. 85, S. 452–454).

603 VO v. 11.09.1871 aufgrund der neuen Zivilprozessordnung v. 29.04.1869, in: Justizministerialblatt XXVII v. 17.09.1871 Nr. 63, S. 261–263, in: Bay. StA München, MJu 14484 No. <sup>6a</sup>.

### 3.6 – Zusammenfassung

Zu Beginn der Epoche sehen sich die Kaufleute mit den Auswirkungen des schleppenden Prozessrechts in Konflikt. In ihrem Bemühen um schnelle Urteilsfindung wenden sich die Kaufleute reaktionär auch privaten Streitbeilegungsmechanismen zu. Auch mittels ihres Einflusses auf die politische Führung der Städte entwickeln sich teilweise öffentliche Institutionen der raschen Verhandlung in Handelssachen.

Die Stellung Nürnbergs als Taktgeber der Handelsgerichtsbarkeit findet in den am 14.03.1508 durch Maximilian I. erteilten Privilegien einen beispiellosen geschichtlichen Wiederhall. Nicht zuletzt durch die Gründung des Nürnberger Marktgewölbes und des namhaften Nürnberger Bankoamts wird die Beteiligung der Kaufleute als juristische Laienrichter auf einen neuen, offiziellen Rang gehoben. Diese schleichende *Verstaatlichung* unter dem Wunsch des Erhalts des staatlichen Verfahrensmonopols findet ihren Fortgang in der Ernennung der handelsmännischen Assessoren für das Merkantil-, Friedens- und Schiedsgericht zu Nürnberg. Der Einfluss und die Beteiligung der Kaufleute im Stadtrat ist dabei eine der zentralen Schlüsselstellen.

Bei der Zuziehung von Kaufleuten handelte es sich jedoch um weit mehr als nur um eine schlichte Beteiligung. Vielmehr waren die Kaufleute tatsächliche Richter über das nur ihnen in diesem besonderen Maße bekannte, nicht kodifizierte Handelsrecht. Auch die Umschreibung des Ratsverlasses vom 31.03.1624 über die „*vernünftigen Marktsgewohnheiten*“ hebt die besondere Fachkompetenz der Handelsleute gegenüber den juristisch geschulten Richtern hervor und verdeutlicht die Beweggründe, die zur Etablierung des handelsmäßigen Fachrichtertums geführt haben.

Die Kombination aus fachlich kompetenten, aber juristisch ungeschulten Richtern mit dem Bedürfnis nach rascher Urteilsfindung führte unweigerlich zum Aufweichen der bisherigen Verfahrensförmlichkeit als konträre Zielgröße. Das Gerichtsziel nach juristisch präzisen Urteilen hingegen trat besonders bei schwierigen Sachverhalten wieder in den Vordergrund. Diese waren dadurch geprägt, dass Normen aus dem Kanon des kodifizierten Rechts berührt wurden. Insoweit wurde die Zielgrößenabwägung mittels eines festen Exklusivitätsverhältnisses zwischen dem grundsätzlichen Urteilsspruch durch schnell urteilende Fachrichter auf der einen Seite und der juristischen Präzision der Verfahrensförmlichkeit auf der anderen Seite gelöst. Gerade dieser Gedanke spiegelt sich in der Besetzung für eilbedürftige Fälle vor dem Nürnberger Bankoamt wider, sodass bereits



diese Institution als Wiege des heutigen *deutschen Systems* der Handelsgerichtsbesetzung gesehen werden kann.

#### Abschnitt 4: Der Einfluss der Kodifikationsentwicklung

Anfangs waren die Entwicklungen der verschiedenen Justizorganisationsformen meist durch gesellschaftliche Umbrüche geprägt. Mit der Zeit aber gewinnt die Kodifikationsentwicklung immer stärker an Bedeutung. Dies führt nicht nur zu einem Umschwung im Gesellschaftsgefüge, sondern auch zu einer stetigen Institutionalisierung der besonderen Rechtsfindungsformen für Handelssachen.

Zudem war insbesondere das Handelsrecht originär nicht kodifiziertes Recht, sondern vielmehr lokal unterschiedliches Stadt- und Landesrecht sowie nicht kodifiziertes Gewohnheitsrecht. Gerade aber der Schritt zur Kodifizierung des Handelsrechts bringt, gemessen an der Kompetenz der Kaufleute, als Richter zu fungieren, zahlreiche Änderungen mit sich und bewirkt besonders im deutschen Rechtskreis einige gravierende Änderungen im System der Handelsgerichtsbarkeit.

Um die Kodifikationsbemühungen des deutschen Rechtskreises nachvollziehen zu können, bedarf es hinführend einer Darstellung des französischen Einflusses unter Napoléon Bonaparte.

#### 4.1 – Napoléon Bonaparte und der französische Einfluss auf den deutschen Rechtskreis

Vorreiter auf dem Weg der Rechtskodifikation waren die französischen Könige. Bereits im Jahr 1673 strebte Ludwig XIV. durch seine *ordonnance pour la commerce*<sup>604</sup> (oder auch *Code Savary* nach Jacques Savary) eine Rechtsvereinheitlichung an. Insbesondere in Titel XII. geht es um die Prozessform in Handelssachen.<sup>605</sup> Mit dem Regensburger Reichstag von 1653/54 wurde das Reichsjustizwesen neu geordnet.<sup>606</sup> Insbesondere

---

604 Vom 23. März 1673 abgedruckt bei: *Bornier*, Ordonnance de Louis XIV, sur le commerce.

605 Titel XII bei: *Bornier*, Ordonnance de Louis XIV, sur le commerce, S. 537 ff.

606 Vgl. nur bei: *Meiern*, Acta Comititalia Ratisbonensia Publica Oder Regenspurgische Reichstags-Handlungen und Geschichte von den Jahren 1653 und 1654, Bd. 2, S. 477, Nr. 9 ff.

wurden weitere Vorkehrungen gegen die Verschleppung von Prozessen getroffen; so hatte in Wechselsachen die mögliche Appellation keinen Suspensiveffekt mehr.<sup>607</sup> Mit dem Reichsgutachten vom 31.07.1668 sollte diese Beschleunigung in der Exekution der Urteile auf alle Handelssachen erweitert werden. Darüber hinaus war geplant, dass alle höchsten Gerichte des Reiches vor ihrer Urteilsfindung ein Gutachten von verständigen, guten und erfahrenen Kaufleuten *circa factum mercantile* erheben und in ihrer Entscheidung berücksichtigen sollten.<sup>608</sup> Dieser Vorschlag wurde im 17. Jahrhundert indes nie umgesetzt.<sup>609</sup>

Im Jahr 1801 wurde durch Napoléon Bonaparte eine Kommission unter der Leitung von *Gorneaus* zur Vorbereitung eines kodifizierten Handelsrechts eingesetzt. Napoléon griff dabei insbesondere im Rahmen der Ausgestaltung des Gerichtswesens auch selbst in die Entwürfe ein.<sup>610</sup> Mit Dekret vom 15.09.1807 trat am 01.01.1808 endlich der französische *Code de commerce* als Bestandteil des *Code Napoléon* in Kraft.<sup>611</sup> Dieser ersetzte die vorausgegangenen *ordonnance de moulins* (v. 1566<sup>612</sup>), die *ordonnance pour la commerce* (v. 1673<sup>613</sup>) sowie die *ordonnance de la marine du mois d'août* (v. 1681<sup>614</sup>) bzw. nahm den Regelungsgehalt teilweise in den *Code civil* auf.

Neben dem Umstand, dass dieses Werk zum ersten Mal den Begriff der Aktiengesellschaft auswies, ist für die vorliegende Untersuchung vorzüglich auf die Regelungen zur Gerichtsbarkeit – insbesondere in Handelssachen – zu verweisen. Insoweit wurden im vierten Buch spezielle Regelungen zur Handelsgerichtsbarkeit getroffen. § 617 legt fest, dass das Gericht mit einem Vorsitzenden und mindestens zwei, höchstens acht or-

---

607 § 107 des JRA von 1654 in: *Meiern*, Acta Comitalia Ratisbonensia Publica Oder Regenspurgische Reichstags-Handlungen und Geschichte von den Jahren 1653 und 1654, Bd. 2, Anhang S. 117.

608 Das Gutachten bei: *Pacher von Eggenstorff*, Vollständige Sammlung Aller Von Anfang des noch fürwährenden Teutschen Reichs-Tags de Anno 1663. biß anhero abgefaßten Reichs-Schlüsse, Bd. 1, S. 310–312, 311.

609 Vgl. bei *Bergmann*, Corpus iuris iudiciarii civilis germanici academicum, S. 467 f.

610 *Schioppa*, Napoleone e il Code de commerce, in: *Paradisi* (Hrsg.), Diritto e potere nella storia europea, Bd. 2, S. 1041–1067, 1041 f.

611 *Kaltenborn*, Grundsätze des praktischen Europäischen Seerechts, Bd. 1, S. 46.

612 Abgedruckt bei: *Jourdan u. a.*, Recueil général des anciennes lois françaises, depuis l'an 420 jusqu'à la révolution de 1789, Bd. 14, S. 189–212.

613 Abgedruckt bei: *Bornier*, Ordonnance de Louis XIV, sur le commerce.

614 Abgedruckt bei: *Valin*, Commentaire sur l'ordonnance de la marine du mois d'août 1681, Bd. 1, 2. Aufl.

dentlichen (ehrenamtlichen, § 628) Beisitzern besetzt sein soll. Diese sollen gemäß §§ 618, 620 in einer Versammlung der vornehmsten Kaufleute aus den eigenen Reihen auf zwei bzw. ein Jahr (vgl. § 622) gewählt werden. Die rechtsanwaltliche Vertretung ist grundsätzlich ausgeschlossen, § 627. Die Zuständigkeit war hier sowohl eine subjektive (Streitigkeiten zwischen Kaufleuten, § 631 Nr. 1) als auch eine objektive (alle Streitigkeiten eines Handelsgeschäfts, § 631 Nr. 2).<sup>615</sup> In der Zeit zwischen den Jahren 1804 bis 1810 folgten weitere Gesetzbücher für Zivil- und Strafsachen sowie die Prozessordnungen (*Les cinq codes*). Geltung erfuhren sie ebenfalls in den linksrheinischen Gebieten sowie nach der Gründung des Rheinbunds im Jahr 1806 und dem Feldzug gegen Preußen auch in weiteren Teilen Deutschlands. So etwa im Königreich Westfalen, Großherzogtum Baden, Frankfurt, Danzig, Hamburg oder Bremen.<sup>616</sup> Durch den *Code de procédure civile* aus dem Jahr 1806<sup>617</sup> wurde zugleich das französische Verfahrensrecht geregelt. Diese enthält in Buch 2 Tit. XXV (§§ 414 ff.) Verfahrensgrundsätze für die gegründeten *tribunaux de commerce*. Insoweit ist eine anwaltliche Vertretung ausgeschlossen (§ 414), und die Verfahren sind möglichst schleunig zu behandeln (§§ 415, 417).

Der *Code de commerce* beanspruchte auch in den von Napoléon besetzten Gebieten Deutschlands ab dem Jahr 1808 seine Geltung<sup>618</sup> und galt hier teilweise auch über die Zeit der Befreiungskriege hinaus weiter fort.<sup>619</sup> Das *tribunal de commerce* in Elberfeld (Rheinland) wurde beispielsweise nach seinem Errichtungsbeschluss am 16.12.1813 im Jahr 1814 ohne weitere Mitwirkung der Franzosen eingesetzt. In Hamburg hingegen wurde zwar im Jahr 1814 das *tribunal de commerce* abgeschafft, aber aufgrund des „Beifall[s] des commercirenden Publicums“ über das „bestandene *Commerztribunal*“<sup>620</sup> mit dem Rats- und Bürgerschluß vom 03.08.1815 sich

615 Vgl. für eine deutsche Version: Code de commerce: das Handelsgesetzbuch des Französischen Reichs. Nach der officiellen Ausg. übersetzt, Leipzig 1808.

616 Vgl. ferner Sonnenberg, Bürgerliches Recht, in: *Sonnenberg/ Classen* (Hrsg.), Einführung in das französische Recht, 4. Aufl., S. 141 ff.

617 Abgedruckt bei: *Rondonneau*, Code de procédure civile. Edition de l'imprimerie ordinaire du Corps législatif.

618 *Gräff*, Chronologische Sammlung der rheinpreußischen Rechtsquellen mit Ausschluss der fünf Gesetzbücher, Bd. 1. Abt., S. 629: „*Loi qui fixe au 1<sup>er</sup> janvier 1808, l'époque à laquelle le Code de commerce sera exécutoire. Du 15 sept. 1807.*“

619 *Steinbeck*, Handelsrecht, Baden-Baden, 2. Aufl., S. 29.

620 Auszugsweise Begründung des Senatsantrags v. 20.07. 1815, in: *Bertram*, Hamburgs Zivilrechtspflege im neunzehnten Jahrhundert, S. 68 f.

auf den 20.07.1815 beziehend<sup>621</sup> sowie der Handelsgerichtsordnung vom 15.12.1815<sup>622</sup> die Errichtung eines Handelsgerichts beschlossen. Dieses war gemäß Art. 3 der Handelsgerichtsordnung vom 15.12.1815 mit „*in gutem Rufe stehende[n] Kaufleute[n]*“ besetzt. Auch in Regensburg, Straubing und Passau wurden im Jahr 1825 Wechsel- und Merkantilgerichte unter der Besetzung von drei Juristen und vier Kaufleuten gegründet.<sup>623</sup> Darüber hinaus auch in Würzburg, Aschaffenburg, Memmingen, Ansbach und Bamberg.<sup>624</sup>

Bereits mit dem 18.03.1806 wurde in Lyon das erste Gewerbegericht als Laiengericht errichtet, sodass auch selbige in der Folge Eingang in das deutsche Justizgebiet fanden.<sup>625</sup>

## 4.2 – Deutsche Gesetzgebung

Auch nach Ende der Befreiungskriege und Gründung des Deutschen Bundes<sup>626</sup> fanden sich die französischen Kodifikationsansätze im deutschen Rechtskreis wieder. Nach Teil I. Tit. 30 §§ 3, 6 der Gerichtsordnung der preußischen Staaten aus dem Jahr 1831<sup>627</sup> wurden Kaufleute in Handelsprozessen vor den ordentlichen Gerichten nur als *Assistenten*<sup>628</sup> bestellt. Dies sollte allerdings gemäß Teil I. Tit. 30 § 2 nur subsidiär gelten, soweit keine besonderen „*Handlungs-, Wett- oder Seegerichte, oder wie sie sonst genannt werden*“ errichtet wurden.<sup>629</sup> Aufgabe war allerdings nicht lediglich

---

621 Rats- und Bürgerschuß abgedruckt in: *Anderson*, Sammlung der Verordnungen der freyen Hanse-Stadt Hamburg, Bd. 2, (20.07.1815, No. 4) S. 127–128, (03.08.1815, No. 2 lit. b) S. 146–147.

622 Handelsgerichtsordnung v. 15.12.1815, abgedruckt in: *Anderson*, Sammlung der Verordnungen der freyen Hanse-Stadt Hamburg, Bd. 2, S. 207–233.

623 Vgl. die Verordnungen vom 06.11. und 25.11. bei: *Moritz*, Handbuch sämtlicher Wechsel- und Merkantil-Gesetze für die älteren sieben Kreise des Königreichs Bayern, S. 151 f., 154 f.

624 *Silberschmidt*, Die deutsche Sondergerichtsbarkeit in Handels- und Gewerbe-sachen, S. 56 f., m.w.N.

625 *Zeyss*, Die Entstehung der Handelskammern und die Industrie am Niederrhein während der französischen Herrschaft, S. 207 ff.

626 Durch die Unterzeichnung der Deutschen Bundesakte am 08.05.1815.

627 Gerichtsordnung der preußischen Staaten von 1831, im Bestand der Staatsbibliothek zu Berlin, Signatur: Gs 8815–1.

628 Vgl. die Beisitzerfunktion in § 617 bei FN 615.

629 Vgl. die nach französischem Vorbild errichteten Handels- bzw. Wechsel- und Merkantilgerichte, ab FN 620.

eine Stellung als einfacher *Gutachter*<sup>630</sup>, sondern die eines während des gesamten Verfahrens<sup>631</sup> beratenden Assistenten des Gerichts, dessen Endgutachten maßgeblichen Einfluss auf die Entscheidungsfindung beigetragen wurde.<sup>632</sup> Dieses Vorgehen der Gutachterstellung entsprach bereits den vorangegangenen Entwicklungen anderorts und vor den höchsten Gerichten.<sup>633</sup> Daneben wurden durch Teil I. Tit. 30 §§ 9 ff. die Schaffung besonderer, auf Kaufmannsangelegenheiten spezialisierter ordentlicher Gerichte nach den zuvor aufgestellten Verfahrensregeln an Orten, „wo Messen, Vieh- und andere Märkte gehalten werden“, begünstigt, die genaue Ausgestaltung allerdings dem Ermessen des jeweiligen Ortes überlassen. Diese sollten nach dem Merkantilprozess urteilen.

Bereits im Jahr 1828 kam es zu einem ersten wesentlichen Akt gesamtdeutscher Handelsgesetzgebung. Das bereits im Jahr 1794 erlassene Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten (ALR)<sup>634</sup> hatte zwar durchaus in seinen Teil II. Tit. 8 Sec. 7 (§§ 475 ff.) ein auf den subjektiven Kaufmannsbegriff verweisendes Sonderrecht, war aber gleichwohl nur lokal bestimmt. Hierbei vereinbarten Bayern, Württemberg, Preußen und Hessen sowie weitere mitteldeutsche Staaten einen Zollverein.<sup>635</sup> Dieser diente als Motor der Rechtsvereinheitlichung, wurde nicht zuletzt die Notwendigkeit eines einheitlichen Handelsrechts verstärkt aufgezeigt.<sup>636</sup>

---

630 So aber *Schön*, die auf § 6 der GO verweist: *Schön*, Die Handelsgerichtsbarkeit im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung des Rheinlands, S. 26, FN 149.

631 In § 5 heißt es: „Diesen Assistenten muß der Deputierte des Gerichts bei der ganzen Instruktion (...) mit zuziehen, und auf seinen Rath und sein Gutachten dabei Rücksicht nehmen.“

632 In § 6 heißt es: „Das Gericht aber muß (...) [das] Gutachten (...) bei [der] Entscheidung der Hauptsache gehörig achten.“

633 So sollten „Drittens, in Kauf- und Handels-Sachen bey den höchsten Gerichten, vor Eröffnung der Urthel, verständiger Kaufleute Gutachten circa Factum mercantile gehört, und nicht beyseit gesetzt werde.“ Kaiserliches Kommissions-Dekret vom 10.10.1668, in: *Senckenberg/ Schmauß*, Neue und vollständigere Sammlung der Reichs-Abschiede, Bd. 4, Nr. XXIX, S. 59, sowie Kaiserliches Kommissions-Dekret vom 15./16.07.1669, in: ders., Nr. XXXIII, S. 64 (65).

634 Abgedruckt bei: *Hattenhauer/ Bernert*, Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten von 1794, 3. Aufl.

635 *Köbler*, Zielwörterbuch europäische Rechtsgeschichte, 5. Aufl., S. 1055.

636 So auch: *Winkler*, Das Bundes- und spätere Reichsoberhandelsgericht (Diss.), S. 18; *Müller*, Die ersten 25 Jahre des Reichsgerichts, in: Sonderheft des Sächsischen Archivs für Deutsches Bürgerliches Recht, Beilageheft zu Bd. 14, S. 1, 5.

Nach einem Anstoß des Berliner Justizministers vom 02.01.1840<sup>637</sup> folgten zahlreiche Stellungnahmen zu der Frage nach der Einführung und der Besetzung von Handelsgerichten in Preußen<sup>638</sup>. Dies führte am 10.05.1842 zu dem Übereinkommen, einen „Versuch zu machen“<sup>639</sup>. Am 03.04.1847 endlich folgte ein Gesetz, das die Einführung von Handelsgerichten in Preußen, besetzt durch Juristen und Kaufleute, ermöglichte.<sup>640</sup> Es kam indes nie zum Vollzug, wurde es doch „für nothwendig erachtet (...), das Gesetz über [die] Errichtung von Handelsgerichten mit dem in Werke befindlichen revidierten Handelsgesetzbuche zu verbinden, und daß daher der Zeitpunkt, wo die Vorlegung dieses Gesetzes erfolgen kann, abgewartet werden muß“.<sup>641</sup>

Im Jahr 1848 endlich folgte der Erlass der Allgemeinen Deutschen Wechselordnung. Verkündet als Reichsgesetz auf der Nationalversammlung der Frankfurter Paulskirche, wurde sie nach Scheitern der Revolution und mangels einer Gesetzgebungskompetenz des Bundes durch die jeweiligen Teilstaaten mittels einer Parallelgesetzgebung eingeführt und galt jedenfalls ab dem Jahr 1850 als allgemeines Recht.<sup>642</sup> Daneben hatte die Paulskirchenversammlung bereits einen ersten Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches ausgearbeitet, dessen einzelstaatliche Implementierung indes misslich wurde.<sup>643</sup> Auch § 180 in Abschnitt VI. Art. X. der Frankfurter Reichsverfassung<sup>644</sup> sah vor, dass „[d]ie bürgerliche Rechtspflege (...) in Sachen besonderer Berufserfabrung durch sachkundige, von den Berufsgenossen frei gewählte Richter geübt bzw. mitgeübt werden“ sollte. Parallel wurde durch kaiserliches Patent vom 20.11.1852 in Österreich eine Art Handelsgerichtsbarkeit auf der unteren Ebene durch mit rechts-

---

637 Vgl. Acta Generali des Justiz-Ministeriums betr. die Organisation der Handelsgerichte, 1830, S. 89.

638 Vgl. Acta Generali des Justiz-Ministeriums betr. die Organisation der Handelsgerichte, 1830, S. 148 ff.

639 Vgl. Acta Generali des Justiz-Ministeriums betr. die Organisation der Handelsgerichte, 1830, S. 287.

640 Vgl. Acta Generali des Justiz-Ministeriums betr. die Organisation der Handelsgerichte, 1842, S. 98: § 1 lautet „(...) soll, wenn die dortige Kaufmannschaft (...) anträgt, ein solches Gericht (...) errichtet werden.“

641 Vgl. Acta Generali des Justiz-Ministeriums betr. die Organisation der Handelsgerichte, 1842, S. 49.

642 Steinbeck, Handelsrecht, Baden-Baden, 2. Aufl., S. 29, Rn. 2.

643 Vgl. Baum, Entwurf eines allgemeinen Handelsgesetzbuches für Deutschland (1848/49).

644 Abgedruckt u. a. in: Verfassung des deutschen Reichs sammt dem Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause.

kundigen Richtern besetzte Gerichten eingeführt<sup>645</sup>, mit dem 01.08.1895 gleichwohl wieder aufgehoben und ersetzt<sup>646</sup>. Darauf ist indes nicht näher einzugehen.

Im Jahr 1857<sup>647</sup> wurde alsdann auf Initiative Bayerns durch die Bundesversammlung eine Kommission zur Erarbeitung eines Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches bestellt.<sup>648</sup> Diese legte dabei hauptsächlich einen preußischen Entwurfsvorschlag ihren Beratungen zugrunde.<sup>649</sup> Mit Beschluss der Bundesversammlung vom 31.05.1861 wurde endlich das erste Allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch (ADHGB)<sup>650</sup> verabschiedet und trat in den folgenden Jahren ebenfalls im Wege der Parallelgesetzgebung partikularrechtlich in den einzelnen Bundesstaaten in Kraft.<sup>651</sup> Lediglich in Nürnberg behielten das Handelsrecht und dessen Institutionen bis zur Einführung des ADHGB und auch darüber hinaus Geltung.<sup>652</sup> Somit galt erstmals ein einheitliches, gesamtdeutsches Handelsrecht. In den Art. 12–14 wies das ADHGB den Handelsgerichten der Länder bestimm-

---

645 Vgl. Allgemeines Reichs-Gesetz- und Regierungsblatt (RGRBl.), 1852, Nr. 251, S. 1081–1102.

646 Vgl. Reichsblatt für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, 1895, Nr. 113, S. 365–457.

647 Bayerischer Antrag in der Bundestagsitzung v. 21.02.1856; Beschluss der Bundesversammlung, eine Kommission einzurichten v. 18.12.1856; Zusammentritt der Kommission in Nürnberg am 15.01.1857; Ende der Kommissionsarbeit am 11.03.1861, aus: Motive zum Gesetzesentwurf zum Einführungsgesetz des ADHGB, S. 7 Sp. (p), in: Bay. HStA München, Landtag 857, No. 5; weiteres zur Beratungsgeschichte und der Arbeit der Kommission in: Vortrag des Abgeordneten Lauk über den Gesetz-Entwurf die Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches betr., v. 29.08.1861 (Berichtigung: „19.“ auf „29.“ als Beilage), in: Bay. HStA München, Landtag 857, No. 5<sup>(1/2)</sup>).

648 Vgl. Lutz, Protokolle der Kommission zur Berathung eines Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches, S. 1 ff.

649 Abdruck des preußischen Entwurfs in: Entwurf eines Handelsgesetzbuchs für die Preußischen Staaten: Nebst Motiven, Berlin 1857.

650 Müßig sieht in dieser beginnenden Rechtsvereinheitlichung richtigerweise einen der großen Meilensteine auf dem Weg zur Nationalintegration: dazu ausführlich bei FN 861.

651 Im Norddeutschen Bund wurde das ADHGB im Zuge des Zusammenwachsens der deutschen Teilstaaten mit § 1 des Gesetzes v. 05.06.1869 als Bundesgesetz des Norddeutschen Bundes eingeführt, in: BGBl. d. Norddeutschen Bundes 1869, S. 379–381.

652 Schultheiss, Im „Vormärz“, in: Pfeiffer (Hrsg.), Nürnberg – Geschichte einer europäischen Stadt, S. 382, und Art. 61 des Einführungsgesetzes zum ADHGB in Bayern: „Das Merkantil-, Friedens- und Schiedsgericht der Stadt Nürnberg wird in seiner bisherigen Einrichtung beibehalten.“

te (Register-)Funktionen zu. Mit Art. 3 wurde diese Existenzdarstellung gleichwohl wieder relativiert, sollten in Ermangelung solcher Handelsgerichte doch die gewöhnlichen Gerichte urteilen bzw. entscheiden. Insofern war die Etablierung faktisch zur Ländersache erklärt worden.

Das Einführungsgesetz zum ADHGB in Bayern<sup>653</sup> führte dazu, dass Handelsgerichte nun generell errichtet wurden. Art. 56 Abs. 1 spricht davon, dass „für die Verhandlung und die Entscheidung der Handelssachen [diesseits des Rheins] (...) Handelsgerichte errichtet“ werden sollen, während das GVG vom 25.07.1850 (gleich Art. 615 des französischen Handelsgesetzbuchs) Handelsgerichte nur dort kennt, wo ein Bedürfnis dies erfordert. Übernommen wurde indes die Besetzung der Handelsgerichte mit „mindestens (...) drei rechtsgelehrten Richtern (...) und mit zwei Beisitzern aus dem Kaufmannsstande“ (vgl. Art. 57 Abs. 1). Zuständig waren sie gemäß Art. 63 für „Streitigkeiten aus Handelsgeschäften“. Ausgenommen waren nach dem ursprünglichen Art. 64 „Klagen gegen Nichtkaufleute“. Entgegen den Kammerberatungen legte die königliche Staatsregierung hingegen einen neuen Art. 64 vor, der „Klagen gegen Nichtkaufleute aus den in Art. 63 Z. 1 erwähnten Handelssachen“ vor die Handelsgerichte brachte „wenn das Geschäft, aus welchem geklagt wird, auf Seiten des Beklagten ein Handelsgeschäft war oder der Nichtkaufmann als Wiederbeklagter belangt wird“. Wenn also ein Nichtkaufmann ein gemäß dem Gesetz als Handelsgeschäft bezeichnetes Geschäft vollzog, war das Handelsgericht dennoch zuständig. Diese Änderung wurde einzeln beraten, zur Abstimmung gestellt und gebilligt.<sup>654</sup> Das Einführungsgesetz ging mit der einzelnen Änderung des Art. 64 am 24.10.1861 durch die Kammer der Reichsräte, wurde sodann der Kammer der Abgeordneten übergeben<sup>655</sup> und erging am 10.11.1861.<sup>656</sup> Das Einführungsgesetz ergänzend, wurde durch das Justizministerium festgestellt, die „Handelsgerichte sollen in der Folge die ordentlichen Gerichte für alle Handelssachen sein.“<sup>657</sup> Selbiges fügte deskriptiv hinzu, dass „für jedes Handelsgericht

---

653 Vgl. Entwurf des Einführungsgesetzes vom 15.07.1859, in: Bay. HStA München, Landtag 857, No. 5.

654 Vgl. Protokoll der 31. Sitzung der Kammer der Reichsräte vom 24.10.1861, S. 231–266 (zum Einführungsgesetz: S. 260–266), in: Bay. HStA München, Landtag 857, No. 26.

655 Vgl. in Bay. HStA München, Landtag 857, No. 28.

656 Vgl. auch den Hinweis in der Beilage CIX, S. 133, aus dem Vortrag des Abg. Dr. Schüttinger vom 05.02.1871, S. 134, re. Sp., in: Bay. HStA München, MJu 14483, No. 95.

657 Aus dem Schreiben an das königliche Ministerium vom 28. d. M. 1861, in: Bay. StA München, MJu 14483, No. 1, S. 2 ff., a. E. ff.



*mindestens vier kaufmännische Beisitzer erforderlich sein anzuordnen, nämlich zwei wirkliche Beisitzer und zwei Supplinanten“.*<sup>658</sup>

Bei den Beratungen des Einführungsgesetzes für das ADHGB wurde von beiden Häusern des Landtags (Preußens) der Beschluss gefasst: „*die Erwartung auszusprechen, die Staatsregierung werde mit Einführung des deutschen Handelsgesetzbuchs auf Organisation von Handelsgerichten mit kaufmännischen Mitgliedern bedacht sein, überall, wo die Verhältnisse sachgemäße Besetzung ermöglichen“.*<sup>659</sup>

Die letztendlich gescheiterte Frankfurter Reformakte vom 01.09.1863 führte durch Art. 2, 10 Abs. 3 im Ergebnis nur zu einem Bundesgericht als Verfassungsgerichtshof.<sup>660</sup> Mit dem im Jahr 1860 gegründeten Deutschen Juristentag und dem Deutschen Handelstag entflammte jedoch die Forderung nach einem Gesamtdeutschen Handelsgericht.<sup>661</sup> Der 3. Deutsche Handelstag konkretisierte seine Forderungen und beschloss im Jahr 1862, dass das Handelsgericht in Zukunft mit „*kaufmännischen Richtern unter einem rechtskundigen Vorsitzenden“*<sup>662</sup> entscheiden sollte. Mit dem 23.02.1869 brachte das Königreich Sachsen den ersten Entwurf eines Gesetzes über die Einführung eines obersten Gerichtshofs für Handelssachen ein.<sup>663</sup> Vorgesehen war in § 6 des Entwurfs, dass „*Mitglieder des Bundes-Oberhandelsgerichts (...) nur ein Rechtskundiger*“ werden könne. Auch sollte das BOHG nach § 13 des Entwurfs u. a. für Streitigkeiten „*gegen einen Kaufmann (...) aus dessen Handelsgeschäften*“ zuständig sein. Nach § 16 des Entwurfs war vorgesehen, das jeweilig angewandte Prozessverfahren an das geltende Prozessgesetz zu binden, „*aus welchem die Sache an das Bundes-Oberhandelsgericht gelangt*“. Diese Schlüsselvorschriften wurden in den

---

658 Aus dem Schreiben an das königliche Ministerium vom 28. d. M. 1861, in: Bay. StA München, MJu 14483, No. 1, S. 7.

659 Hahn, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 110.

660 Vgl. Hieber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3, S. 431.

661 Vgl. Verhandlungen des ersten Deutschen Handelstages von 1861, S. 110; Weigel, Bericht betreffend die Verhandlung der Frage über Einführung von Handelsgerichten auf dem Ende August d. J. zu Braunschweig abgehaltenen V. deutschen Juristentag, an den bleibenden Ausschuss des deutschen Handelstages, Berlin 1864, sowie bei Winkler, Das Bundes- und spätere Reichsoberhandelsgericht (Diss.), S. 19.

662 Hahn, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 114, § 82.

663 Drucksachen zu den Verhandlungen des Bundesrathes des Norddeutschen Bundes, Session 1869, Nr. 22 (Seite i. R. d. Gesamtzusammenstellung der betr. Session: S. 453 ff.).

weiteren Beratungen teilweise kontrovers diskutiert, vermochten jedoch nicht im Vordergrund des Diskurses zu stehen. Von Itzenplitz, Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, führte am 11.03.1869 generell zu dem Entwurf Sachsens aus: „Wichtiger als die Einsetzung eines höchsten Gerichtshofes für Handelssachen ist die Einführung der eigentlichen mit kaufmännischen Mitgliedern besetzten Handelsgerichte, welche bestimmt sind, eine möglichst schleunige und sachverständige Erledigung der Handelsprozesssachen in erster Instanz herbeizuführen.“<sup>664</sup> Die Ausführungen zu einzelnen Bestimmungen des Berichts des Ausschusses für Justizwesen vom 22.03.1869<sup>665</sup> geht ebenfalls auf die in § 6 festgelegte Besetzung ein: „Der Entwurf sieht von der Besetzung des Gerichtshofs mit kaufmännischen Mitgliedern ab. Eine Unvollkommenheit kann hierin nicht gefunden werden; denn es würde in einer derartigen Besetzung auch für diejenigen Staats- und Rechtsgebiete, in welchen das Institut der Handelsgerichte entwickelt ist, eine große Neuerung liegen, für welche sich bisher nichts weniger als Bedürfnis fühlbar gemacht hat. Eine befriedigende Besetzung des Gerichtshofs mit kaufmännischen Mitgliedern möchte überdies wegen der Nothwendigkeit der Rücksichtnahme auf die verschiedenen Zweige des Handels und auf eine genügende Kunde der besonderen Verhältnisse der Haupt-Handels- und Verkehrsplätze den größten Schwierigkeiten unterliegen.“<sup>666</sup> Der preußische Justizminister führte in den Verhandlungen des preußischen Staatsministeriums vom 14.03.1869 aus, dass es aufgrund des unregelmäßigen Verfahrens nach § 16 des Entwurfs zu einer „Spaltung des obersten Gerichtshofes“<sup>667</sup> kommen könnte. Auch in den Ausführungen zu einzelnen Bestimmungen des Berichts des Ausschusses für Justizwesen vom 22.03.1869<sup>668</sup> geht er auf § 13 ein: „So wenig der Ausschuß verkennt, daß es konkreter sein würde, die Bestimmung unter Nr. 1 durch die zu ersetzen: ‚aus einem Handelsgeschäfte‘, so glaubt er gleichwohl in seiner Mehrheit die Vorschrift des Entwurfs aus den bezeichneten praktischen

---

664 Abgedruckt in: Schubert, Die deutsche Gerichtsverfassung (1869–1877), S. 271 ff. (Zit.: 271 f.).

665 Drucksachen zu den Verhandlungen des Bundesrathes des Norddeutschen Bundes, Session 1869, Nr. 51 (Seite i. R. d. Gesamtzusammenstellung der betr. Session: S. 769 ff.).

666 Drucksachen zu den Verhandlungen des Bundesrathes des Norddeutschen Bundes, Session 1869, Nr. 51, S. 12 (Seite i. R. d. Gesamtzusammenstellung der betr. Session: S. 780).

667 Abgedruckt in: Schubert, Die deutsche Gerichtsverfassung (1869–1877), S. 273 ff. (Zit.: 274).

668 Drucksachen zu den Verhandlungen des Bundesrathes des Norddeutschen Bundes, Session 1869, Nr. 51 (Seite i. R. d. Gesamtzusammenstellung der betr. Session: S. 769 ff.).

Gründen zur Billigung empfehlen zu müssen.“<sup>669</sup> Das Errichtungsgesetz behielt die genannten Vorschriften indes im wesentlichen Kern unverändert bei.<sup>670</sup> Mit dem 12.06.1869 wurde endlich das Bundesoberhandelsgericht (BOHG) in Leipzig als Oberstes Bundesgericht errichtet, um über eine einheitliche Auslegung des Handelsrechts zu wachen.<sup>671</sup> Besetzt war das BOHG ausschließlich mit rechtsgelehrten Richtern.<sup>672</sup> Nach § 13 wurde im Rahmen der Zuständigkeit auf die Handelssachen verwiesen, also auf diejenigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in welchen durch die Klage ein Anspruch „gegen einen Kaufmann (...) aus dessen Handelsgeschäften (...)“ erhoben wurde. Alsdann tritt das BOHG auch als oberster Gerichtshof für die Gebiete Elsass und Lothringen auf.<sup>673</sup>

Im Jahr 1871 wurde das ADHGB als Reichsgesetz neu erlassen<sup>674</sup>, für den Norddeutschen Bund mit Reichsgesetz vom 16.04.1871<sup>675</sup> und u. a. in Bayern durch Gesetz vom 22.04.1871<sup>676</sup>. Die Urteile hatten allerdings keine unmittelbare Bindungswirkung für die Gerichte in den jeweiligen Ländern. Vielmehr wurden die Urteile in Sammelbänden herausgegeben und den Gerichtshöfen und übrigen Collegialgerichten diese Sammlung als Hilfsmittel zur Rechtsprechung und Rechtsentwicklung durch das Staatsministerium der Justiz empfohlen<sup>677</sup>. Darüber hinaus wurde auch unmittelbar eine sukzessive Einheit des materiellen Rechts angestoßen. In § 10 des Gesetzes betreffend die Verbindlichkeit zum Schadenersatz für die bei dem Betrieb von Eisenbahnen, Bergwerken usw. herbeigeführten Tötungen und Körperverletzungen vom 07.06.1871 heißt es beispielsweise

---

669 Drucksachen zu den Verhandlungen des Bundesrathes des Norddeutschen Bundes, Session 1869, Nr. 51, S. 15 (Seite i. R. d. Gesamtzusammenstellung der betr. Session: S. 783).

670 Gesetz vom 12.06.1869, in: BGBl 1869, S. 201210 = Drucks. No. 22 [u. a. in: Bay. HStA. Abt. I., MJu 14481, No. 1], sowie Schlussabstimmung darüber, in: Protokoll der 43. Sitzung des Reichstages des Norddeutschen Bundes am 21.05.1869, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes. I. Legislatur-Periode, Session 1869, Bd. 2, S. 997 ff.

671 Vgl. BGBl., S. 201–208.

672 Errichtungsgesetz § 6.

673 Vgl. Entwurf, in: Bay. HStA. Abt. I., MJu 14481, No. 44 sowie den Einführungsbeschluss (§ 281) durch den Bundesrath und in der 19. Sitzung des Bundesrathes am 27.05.1871, in: Bay. HStA. Abt. I., MJu 14481, NoNr. 45. 45.

674 Durch das Gesetz, betreffend die Verfassung des deutschen Reichs, vom 16.04.1871 in Gemäßheit der Versailler Verträge.

675 Gesetz v. 16.04.1871, RGBl. 1871, S. 63–85.

676 § 2 Abs. 1 Nr. 8 des Gesetzes v. 22.04.1871, RGBl. 1871, S. 87–90.

677 Vgl. Justizministerialblatt für das Königreich Bayern, Nr. 31, 30.10.1871, in: Bay. HStA. Abt. I., MJu 14481, No. 77.

se: „Die Bestimmungen des Gesetzes, betreffend die Errichtung eines obersten Gerichtshofs für Handelssachen vom 12. Juni 1869, sowie die Ergänzungen desselben werden auf diejenigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten ausgedehnt, in welchen durch die Klage oder Widerklage ein Anspruch auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes oder der in § 9 erwähnten landesgesetzlichen Bestimmungen geltend gemacht wird.“<sup>678</sup>

Ebenfalls wurde das BOHG in das Reichsoberhandelsgericht (ROHG) mit Plenarbeschluss vom 02.09.1871 umbenannt.<sup>679</sup> Während im Jahr 1871 die Zahl der vor dem BOHG anhängigen Sachen aller Staatsgebiete noch bei 797<sup>680</sup> lag, steigerte sich diese Zahl im Jahr 1872 vor dem ROHG um 32,99 % auf 1060<sup>681</sup> Sachen. Der generelle Aufwärtstrend hielt in sich abflauend bis zum Jahr 1878 mit insgesamt 1874 Sachen vor dem ROHG an.<sup>682</sup> Aufgrund der hohen Fallzahlen wurde am 09.07.1874 neben den beiden bestehenden Senaten ein weiterer, dritter Senat begründet.<sup>683</sup> Besonders Preußen, Sachsen und Bayern brachten die meisten Fälle vor das ROHG. Im Jahr 1879 sank die Zahl der Sachen um 19,26 % auf dann nur noch 1513 Sachen.<sup>684</sup>

Aufgrund des neuen Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) vom 27.01.1877<sup>685</sup> ging ab dem 01.10.1879 das ROHG in dem neuen Reichsge-

---

678 Gesetz abgedruckt in: Bay. HStA. Abt. I., MJu 14481, No. <sup>43</sup> = Deutscher Reichstag Drucks. No. 105.

679 Vgl. BOHGE 2, 448, mit weiterführenden Hinweis über die Benennung der Richter.

680 Aufstellung der Anzahl der Sachen im Geschäftsjahr 1871 (aufgestellt am 08.01.1872), in: Bay. HStA. Abt. I., MJu 14481 No. <sup>82</sup> = Drucks. 6.

681 Aufstellung der Anzahl der Sachen im Geschäftsjahr 1872 (aufgestellt am 07.01.1873), in: Bay. HStA. Abt. I., MJu 14481, No. <sup>98</sup> = Drucks. 11.

682 Aufstellungen aus den Jahren: 1873: Bay. HStA. Abt. I., MJu 14482, No. <sup>17</sup> = Drucks. 5; 1875: Bay. HStA. Abt. I., MJu 14482, No. <sup>42</sup> = Drucks. 5; 1876: Bay. HStA. Abt. I., MJu 14482, No. unbekannt = Drucks. 6; 1877: als Anlage 1 in Protokoll der ersten Sitzung des Bundesraths vom 07.01.1878, in Bay. HStA. Abt. I., MJu 14482, als Manuskript; 1878: als Anlage 1 in Protokoll der zweiten Sitzung des Bundesraths vom 14.01.1879, in Bay. HStA. Abt. I., MJu 14482, als Manuskript.

683 Vgl. Antrag des Ausschusses für Justizwesen an den Bundesrath vom 23.06.1874, in: Bay. HStA. Abt. I., MJu 14482, No. <sup>34</sup> = Drucks. 97; Central-Blatt für das Deutsche Reich, Hrsg. Reichskanzler-Amt, II. Jahrgang, No. 29, 17.07.1874, S. 276 ff. (282), in: Bay. HStA. Abt. I., MJu 14482, No. <sup>35</sup>.

684 Aufstellung der Anzahl der Sachen bis Ende September 1879: als Anlage 1 in Protokoll der zweiten Sitzung des Bundesraths vom 15.01.1880, in: Bay. HStA. Abt. I., MJu 14482, als Manuskript.

685 Gesetz v. 27.01.1877, in: RGBl. Nr. 4, S. 41–76.

richt (RG) auf, nahm mithin die Aufgaben des ROHG wahr<sup>686</sup>. Auch personell fand gemäß § 19 des Einführungsgesetzes zum GVG vom 27.01.1877 ein fließender Übergang statt.<sup>687</sup> Seinen Sitz hatte das RG trotz tief greifender Kontroversen in Leipzig<sup>688</sup>. Mit diesem neuen GVG wurde auch das sog. *deutsche System* mit den Kammern für Handelssachen eingeführt. Der hierbei beschrittene Weg zeigt die Entwicklung der Systemstreitigkeiten und hebt im besonderen Maße die Grunderwägungen hervor, die zur Einführung des heutigen Systems beigetragen haben. Diesen Weg der Entwicklung des GVG und damit des sog. *deutschen Systems* gilt es im Folgenden näher zu skizzieren.

### Abschnitt 5: Die Entwicklung des GVG als Prellbock des Systemstreits

Den Ausgangspunkt soll hier das alte BayGVG vom 25.07.1850 bilden.<sup>689</sup> Bereits dieses statuierte, dass bestehende Handelsgerichte gemischt besetzt sein sollten.<sup>690</sup> Dieser Grundsatz findet sich auch in den Motiven des Entwurfs zum Einführungsgesetz des ADHGB aus dem Jahr 1859 wieder.<sup>691</sup> Am 25.05.1861 verhandelte die bayerische Kammer der Abgeordneten in ihrer 29. öffentlichen Sitzung über einen Entwurf eines Gesetzes, die Gerichtsverfassung betreffend, um das alte BayGVG vom 25.07.1850 zu ändern.<sup>692</sup> Der Entwurf<sup>693</sup> sah in seinem Art. 1<sup>694</sup> keine generellen Han-

---

686 Gesetz bzgl. Übergang der Geschäfte auf das RG, in: Bay. HStA. Abt. I., MJu 14038; Entwurf v. 17.02.1879 (= BR Drucks. 34) (in: Bay. HStA. Abt. I., MJu 14038, No. 22) wird in der 48. Sitzung des Reichstags am 19.05.1879 unverändert angenommen (Bay. HStA. Abt. I., MJu 14038, No. 69); Gesetz v. 16.06.1879 in RGBL., S. 157 (= Drucks. 18) (in: Bay. HStA. Abt. I., MJu 14038, No. 75); in Kraft: gleichzeitig mit dem Gerichtsverfassungsgesetz (vgl. § 3 des Gesetzes v. 16.06.1879).

687 § 19: „Die Mitglieder des Reichs-Oberhandelsgerichts werden durch Kaiserliche Verfügung mit Beibehaltung ihrer Besoldung entweder bei dem Reichsgerichte angestellt oder in den Ruhestand versetzt.“

688 Gesetz v. 11.04.1877, RGBL., S. 415 (in: Bay. HStA. Abt. I., MJu 14037, No. 64).

689 GesetzBl. für das Königreich Bayern 1849/50, No. 33 (20.08.1850), Sp. 425–460.

690 Vgl. Art. 7, 26, 31, 39 und 50 BayGVG v. 1850.

691 Motive, S. 16, in: Bay. HStA München, Landtag 857, No. 5; sowie oben, FN 653.

692 Stenografischer Bericht ders., Nr. 29, sowie Vortrag des Abgeordneten Carl Edel in einer Extra-Beilage, S. 1–9, in: Bay. HStA München, Abt. I., MJu 14454.

693 Bay. HStA München, Abt. I., MJu 14454, No. 12.

694 Art. 1: Die Gerichtsbarkeit wird ausgeübt: 1) durch Stadt- oder Landgerichte, 2) durch Bezirksgerichte, 3) durch Appellationsgerichte, 4) durch das Oberappellationsgericht.

delsgerichte vor und verwies „Streitigkeiten über Gegenstände des Handelsverkehrs auf den Messen und Märkten“ gemäß Art. 8<sup>695</sup> grundsätzlich an die Stadt- und Landgerichte. Gleichwohl sah der Entwurf in seinem Art. 74 Abs. 1<sup>696</sup> die fakultative Errichtung von Handelsgerichten vor, soweit „es das Bedürfnis erfordert“. Im Gegensatz zum BayGVG aus dem Jahr 1850 sollten nach Art. 3 n. F. „bei den Stadt- und Landgerichten mehrer Gerichtsschreiber angestellt werden, während Art. 2 des Gesetzes von 1850 nur von einem Gerichtsschreiber spricht“, zudem „können bei einzelnen Stadtgerichten mehrere Stadtrichter aufgestellt werden, während das Gesetz von 1850 nur die Aufstellung eines Stadtrichters, dem nach Bedürfnis ein oder mehrere Assessoren beizugeben sind, kennt“.<sup>697</sup> „Weitere Modifikationen der gesetzlichen Regel muß das Einführungsgesetz zum allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuche bringen, indem manche mit dem Handelsrechte in nächster Beziehung stehende Uebertragungen den Handelsgerichten zur Aburtheilung zu überlassen und deshalb auf Antrag des k. Staatsministers der Justiz einzelne Bestimmungen der früheren Redaktion des Polizeistrafgesetzbuchs aus diesem entfernt worden sind.“<sup>698</sup> Mit Gesetz vom 10.11.1861 wurden diese Änderungen endlich auch umgesetzt.<sup>699</sup>

In dem durch Preußen vorgelegten 6. Entwurf eines Gesetzes über die Verfassung und Einrichtung der Gerichte im Deutschen Reich<sup>700</sup> vom September 1872 waren im 3. Buch, Tit. IV (§§ 223–245) gesonderte Handelsgerichte vorgesehen, die – entsprechend dem bayerischen Vorbild – bei

---

695 Art. 8: Die Zuständigkeit der Stadt- und Landgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten umfaßt: (...) Nr. 4) Streitigkeiten über Gegenstände des Handelsverkehrs auf Messen und Märkten, soweit sie während der Dauer der Messe oder des Marktes bei Gericht angebracht werden und nicht den Handelsgerichten zugewiesen sind (...).

696 Art. 74: (Abs. 1) Für die Verhandlung und Entscheidung von Handels- und Wechselstreitigkeiten werden, soweit es das Bedürfnis erfordert, Handelsgerichte errichtet. (Abs. 2) Die näheren Bestimmungen über Organisation dieser Gerichte, über deren Zuständigkeit und über das für dieselben geltende Verfahren werden in dem Einführungsgesetz zum allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuch getroffen.

697 Vortrag des Abgeordneten *Carl Edel* in einer Extra-Beilage, S. 1–9 (1), in: Bay. HStA München, Abt. I., MJu 14454.

698 Vortrag des Abgeordneten *Carl Edel* in einer Extra-Beilage, S. 1–9 (3), in: Bay. HStA München, Abt. I., MJu 14454.

699 Gesamt-Beschluss der Kammern der Reichsräthe und der Abgeordneten v. 01.10.1861, in: Bay. HStA München, Abt. I., MJu 14454, No. 28.

700 Abgedruckt bei *Schubert*, Die deutsche Gerichtsverfassung (1869–1877), S. 338–380, und in Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14026.

Bedürfnis durch die Landesregierungen errichtet werden sollten.<sup>701</sup> Nach § 224 Nr. 1 sollten diese Handelsgerichte vornehmlich bei Rechtsstreitigkeiten über Verbindlichkeiten eines Kaufmanns aus seinen Handelsgeschäften entscheiden.<sup>702</sup> So folgte die Zuständigkeit der Handelsgerichte in seinem § 224 den Gedanken des bayerischen Einführungsgesetzes zum GVG vom 15.07.1859.<sup>703</sup> Besetzt werden sollten die Handelsgerichte gemäß § 227<sup>704</sup> mit rechtsverständigen Richtern und mit Richtern, welche dem Kaufmannsstand angehören. Letztere hatten gemäß § 231 ein vollwertiges Stimmrecht und wurden gemäß § 232 durch ihre Berufsgenossen gewählt. Die Beratung und Beschlussfassung des Gerichts erfolgten dabei gemäß § 230 Abs. 1<sup>705</sup> durch einen Rechtsverständigen und zwei Handelsrichter. In Streitigkeiten mit einem Streitwert von über 300 Mark hingegen standen dem rechtsverständigen Richter vier Handelsrichter zur Seite.<sup>706</sup>

In der folgenden Zeit kam es zu weiteren Vorschlägen zum GVG u. a. durch Bayern, Württemberg und Sachsen.<sup>707</sup> Der bayerische Entwurf<sup>708</sup> sah in seinen §§ 7,<sup>709</sup> 16<sup>710</sup> ebenfalls eine gemischte Besetzung im Verhältnis zwei zu eins vor. Jedoch sollten die Handelsgerichte nach § 3 lediglich

---

701 § 223: Die Errichtung von Handelsgerichten erfolgt durch die Landesgesetzgebung da, wo es das Bedürfnis erfordert. Sie verhandeln und entscheiden die ihnen überwiesenen Rechtssachen in erster Instanz.

702 § 224: Vor die Handelgerichte gehören: 1. Die Rechtsstreitigkeiten über Verbindlichkeiten eines Kaufmanns (Art. 4 des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuchs) aus seinen Handelsgeschäften (Art. 271–276 des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuchs); 2. Die Rechtsstreitigkeiten über Verbindlichkeiten eines Nichtkaufmanns aus einem Handelsgeschäfte, wenn das Geschäft auf Seiten dieses Nichtkaufmanns ein Handelsgeschäft ist (...).

703 Vgl. FN 653.

704 § 227: Die Handelsgerichte bestehen aus rechtsverständigen Richtern und aus Richtern, welche dem Kaufmannsstande angehören (Handelsrichter).

705 § 230 Abs. 1: Die Berathungen und Beschlußfassungen der Handelsgerichte erfolgen durch einen rechtsverständigen Richter und zwei Handelsrichter.

706 § 230 Abs. 2: Als erkennende Gerichte bestehen die Handelsgerichte aus einem rechtsverständigen Richter und vier Handelsrichtern, wenn der Gegenstand des Rechtsstreits an Geld oder Geldeswerth die Summe von dreihundert Mark Reichsmünze übersteigt, bei minderm Werth aus einem rechtsverständigen Richter und zwei Handelsrichtern.

707 *Schubert*, Die deutsche Gerichtsverfassung (1869–1877), S. 385 ff.

708 Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14026.

709 § 7 Abs. 1: Die Handelsgerichte werden mit einem Präsidenten als Gerichtsvorstand, sowie mit rechtsgelehrten und kaufmännischen Richtern besetzt.

710 § 16 Abs. 1: Die Handelsgerichte entscheiden in Senaten, welche mit einem rechtsgelehrten Richter als Vorsitzenden und zwei kaufmännischen Richtern besetzt sind.

an Handelsplätzen zugelassen werden. Der Entwurf Württembergs<sup>711</sup> sah in seinem § 15 ebenfalls eine Besetzung durch einen „rechtsgelehrten Vorsitzenden u. 2 kaufmännische Richter“ vor. Gleich dem preußischen Entwurf sollten Handelsgerichte nach § 1 ebenfalls nur als Ausnahme und nur dort „wo das Bedürfnis solches erheischt“, errichtet werden. Auch im sächsischen Entwurf<sup>712</sup> finden sich Handelsgerichte, allerdings auf die landgerichtliche Kompetenzschwelle beschränkt, vgl. §§ 1, 2, 4 Abs. 2.

Diesen Initiativen vorausgegangen war ein viel beachteter Vortrag von W. Reusing, gehalten in der Gemeinnützigen Gesellschaft zu Leipzig am 02.12.1872.<sup>713</sup> Zunächst wird hier die Notwendigkeit einer einheitlichen Prozess- und Gerichtsorganisationsordnung hervorgehoben. Im Fokus des Vortrags steht dabei, dass es sich bei dem Bemühen um ein gemeinsames GVG „keineswegs (...) um etwas Anderes [handle], als um die Schaffung einheitlicher Justizinstitutionen“<sup>714</sup> die „für das ganze Reichsgebiet einheitlich zu gestalten sind“<sup>715</sup>. Diese klaren Worte bildeten die Richtschnur der weiteren Überlegungen und Debatten. Konsequenterweise folgt daraus aber auch, dass die fakultative Errichtung von Handelsgerichten am Maßstab des Bedürfnisses in jeweiliger Länderverantwortung – so wie es u. a. der preußische oder der sächsische Entwurf vorsahen – keinen Bestand haben kann.

Gleichwohl wurde auch in der Staatsministerkonferenz vom 17.12.1872 an dem System der Bedürfniserrichtung festgehalten. Lediglich zu § 223 wurde auf Antrag Sachsens beschlossen, dass Handelsgerichte entgegen dem bayerischen Entwurf nicht bloß für Handelsplätze, sondern mit örtlich weiterreichender Kompetenz errichtet werden dürfen.<sup>716</sup> Lediglich in § 230 des preußischen Entwurfs wurde eingefügt, dass „die Beschlussfassung [nur] durch [den] Vorsitzenden erfolgen“ sollte.

---

711 Abgedruckt bei *Schubert*, Die deutsche Gerichtsverfassung (1869–1877), S. 397–402 (398).

712 Abgedruckt bei *Schubert*, Die deutsche Gerichtsverfassung (1869–1877), S. 402–406 (402).

713 Separater Abdruck aus der Wochenschrift: „Im neuen Reich“ Hrsg. A. Dove, Leipzig 1872, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14026.

714 Separater Abdruck aus der Wochenschrift: „Im neuen Reich“ Hrsg. A. Dove, Leipzig 1872, S. 19 oben, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14026.

715 Separater Abdruck aus der Wochenschrift: „Im neuen Reich“ Hrsg. A. Dove, Leipzig 1872, S. 19 unten, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14026.

716 Vgl. Protokolle, Teil IV. § 23, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14026, und auch bei: *Schubert*, Die deutsche Gerichtsverfassung (1869–1877), S. 413–418 (413); die Konferenzen vom 12.12. (S. 406 f.), 13.12. (S. 408 f.) und 16.12.1872 (S. 410 f.) sind hier unbeachtlich.



Insoweit wurde entgegen dem primären Ziel der Schaffung einer einheitlichen Rechtslage für die Handelsgerichte ein Kompromiss geschlossen und die Bedürfniserrichtung als Möglichkeit herangezogen, den Interessen der Kaufleute entgegenzukommen.

In Konsequenz der beschriebenen Staatsministerkonferenz<sup>717</sup> folgte am 04.01.1873 ein neuer Entwurf zum GVG. Dieser Entwurf sah die Handelsgerichte nunmehr in §§ 150–170 vor.<sup>718</sup> Die Besetzung durch einen Rechtskundigen sowie zwei Handelsrichter blieb erhalten (§ 155). Gestrichen wurde hingegen die Verdoppelung der Handelsrichter bei einem Streitwert von über 300 Mark. Hingegen wurde die Zuständigkeitsregelung in § 151, nach der die Handelsgerichte bei „*Rechtsstreitigkeiten über Verbindlichkeiten eines Nichtkaufmanns aus einem Handelsgeschäfte, wenn das Geschäft auf Seiten dieses Nichtkaufmanns ein Handelsgeschäft ist* (...)“ kompetent sein sollten, gestrichen. Zwischen dem 13.02.1873 und dem 04.03.1873 folgen diverse Änderungsanträge zu dem Entwurf vom 04.01.1873; insbesondere auf den zehn kommissarischen Beratungen des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die zur Einführung der Deutschen Civil- und Strafprozessordnung erforderliche Einrichtung der Gerichte im Deutschen Reich.<sup>719</sup> Besondere Beachtung finden sollte dabei die 6. Sitzung vom 25.02.1873<sup>720</sup>, in welcher zahlreiche Grundsatzentscheidungen getroffen werden – gleichwohl diese in der Folge wieder aufgehoben werden. So wird entgegen dem badischen Antrag entschieden, dass auch Streitigkeiten mit einem Wert von unter 300 Mark vor die Handelsgerichte zu bringen sind.<sup>721</sup> Der geplante Antrag Bayerns, die Zuständigkeit der Handelsgerichte wieder für Handelsgeschäfte von Nichtkaufleuten zu öffnen – wie sie zuvor gestrichen wurde –, wurde wieder zurückgezogen und gelangte nicht zur Abstimmung. Bezüglich der Besetzung forderte Baden, drei rechtsverständige Richter und zwei Handelsrichter zu bestimmen. Gleichwohl fand der württembergische Vorschlag den Vorzug, sich auf einen rechtsverständigen Vorsitzenden und zwei Handelsrichter zu verständigen. Letzterer entsprach auch den inhaltlichen Interessen Bayerns.<sup>722</sup>

---

717 Nach der Konferenz am 17.12. fand noch eine weitere am 18.12. statt, diese ist aber unerheblich (zu dieser bei: *Schubert*, Die deutsche Gerichtsverfassung (1869–1877), S. 419–423).

718 Entwurf in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14026, No. 15.

719 Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14026, No. 31.

720 Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14026, No. 32. Dokument No. 5.

721 Vgl. hierzu *Schubert*, Die deutsche Gerichtsverfassung (1869–1877), S. 461 f.

722 Bayern wollte die Organisation der Handelsgerichte lediglich in Senate untergliedern.

Auch wird auf Antrag Bayerns die Legitimation der Handelsrichter in Form einer „Wahl der Berufsgenossen“<sup>723</sup> durch das Institut der Ernennung in § 157 ausgetauscht.

Im Ergebnis der kommissarischen Beratungen wird im März 1873 ein neuer Entwurf zum GVG vorgelegt, der die Handelsgerichte nun in den §§ 82–94 vorsieht. Insoweit bleibt es gemäß § 1 weiterhin bei einer Errichtung nach Bedürfnis<sup>724</sup>, bei dem Ausschluss der Zuständigkeit bei Handelsgeschäften durch Nichtkaufleute i. R. d. § 83, sowie bei der Ernennung der Handelsrichter nach § 90<sup>725</sup>. In der Bundesratsvorlage vom 12.11.1873<sup>726</sup> beschränkt sich die Normierung auf die §§ 82–93. Hier finden sich nicht nur Änderungen auf Gliederungsebene, sondern auch inhaltliche Abweichungen. Während die Besetzung nach § 87 i. d. F. v. März<sup>727</sup> noch den rechtsverständigen Richter als Vorsitzenden und zwei Handelsrichter vorsah, statuiert § 93<sup>728</sup> der Bundesratsvorlage, dass dem rechtsverständigen Richter als Vorsitzenden vier Handelsrichter beizuordnen sind.

Der Justizausschuss des Bundesrats hat in seiner 7. Sitzung vom 24.04.1874<sup>729</sup> dem Entwurf weitestgehend zugestimmt und ersucht am 12.05.1874<sup>730</sup> den Bundesrat, das GVG mit einigen wenigen Änderungen im Bereich der Handelsgerichte zu verabschieden. Dies geschah am 16.06.1874.<sup>731</sup> Der Entwurf wurde sodann am 29.10.1874 dem Reichstag

---

723 Vgl. § 157 des Entwurfs v. 04.01.1873.

724 § 1 In den Bundesstaaten des Reichs wird die Gerichtsbarkeit in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen durch Amtsgerichte, Landgerichte, Oberlandesgerichte, oberste Gerichtshöfe und, wo es das Bedürfnis erfordert, durch Handelsgerichte ausgeübt (...).

725 § 90 Die Handelsrichter werden ernannt (...).

726 Bundesrats-Drucks. 168.

727 § 87 Die Handelsgerichte entscheiden in der Besetzung mit einem rechtsverständigen Richter, als Vorsitzenden, und zwei Handelsrichtern. Dem Ersteren kommen alle Befugnisse zu, welche die Prozeßgesetze dem Vorsitzenden beilegen. § 88 Sämtliche Mitglieder der Handelsgerichte haben gleiches Stimmrecht.

728 § 93 Die Handelsgerichte entscheiden als Kollegien, welche aus einem rechtsverständigen Richter als Vorsitzenden und vier Handelsrichtern gebildet werden. Sämtliche Mitglieder der Handelsgerichte haben gleiches Stimmrecht.

729 Protokoll in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14027, No. 17.

730 Entwurf in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14027, No. 3/6 (Drucks. 64).

731 Protokoll in: *Schubert*, Die deutsche Gerichtsverfassung (1869–1877), S. 778–787.

vorgelegt.<sup>732</sup> Bemerkenswert ist vornehmlich die Beibehaltung der Bedarfserrichtung der Handelsgerichte durch die Landesjustizverwaltungen in § 81<sup>733</sup>, obwohl dieselben in § 1<sup>734</sup> als ständige Gerichte kraft Reichsgesetz statuiert werden. Hier zeigt sich der Spagat, den die Abgeordneten zwischen dem Bedürfnis nach Rechtseinheit auf der einen Seite und dem Streit um die Notwendigkeit von Handelsgerichten auf der anderen Seite eingehen mussten. Auch die Besetzung der Handelsgerichte verbleibt wie beschrieben. Gleichwohl wird die Einzelentscheidungskompetenz des Vorsitzenden gestärkt.<sup>735</sup> Auch sah der Entwurf wie noch von seinen Vorläufern gewohnt, kein Antragsersfordernis für die Zuständigkeitsbegründung vor. Die Zuständigkeit der Handelsgerichte sollte also nicht mehr von prorogativen Elementen abhängig sein, sondern absolut bestehen.

Durch einen Antrag Preußens wurde die Anzahl der Handelsrichter wieder von vier auf zwei herabgesetzt.<sup>736</sup> Besetzt werden sollten die Handelsgerichte nach § 92 somit „mit einem rechtsverständigen Richter als Vorsitzenden und zwei Handelsrichtern“. Anzumerken ist hierzu, dass sich der Grad der Besetzung – ausweichlich der Motive des Entwurfs – gleichförmig mit der vor den LG in erster Instanz verhalten sollte.<sup>737</sup> So waren in § 37 der Bundesratsvorlage<sup>738</sup> ebenfalls fünf Richter vorgesehen, dies wur-

---

732 Der Entwurf des GVG von 1874, vorgelegt dem Reichstag am 29.10.1874 ist abgedruckt bei: *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 3–21 (§ 81, S. 12) (§ 92, S. 18).

733 § 81 Handelsgerichte können für örtlich abgegrenzte Bezirke errichtet werden, insoweit die Landesjustizverwaltung ein Bedürfnis als vorhanden annimmt.

734 § 1 Die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit wird durch Amtsgerichte, Landgerichte und Handelsgerichte, durch Oberlandesgerichte und durch das Reichsgericht ausgeübt.

735 § 92 Die Handelsgerichte entscheiden in der Besetzung mit einem rechtsverständigen Richter als Vorsitzenden und zwei Handelsrichtern. Sämtliche Mitglieder der Handelsgerichte haben gleiches Stimmrecht. In Streitigkeiten, welche sich auf das Rechtsverhältnis zwischen Rheder oder Schiffer und Schiffsmannschaft beziehen, kann die Entscheidung durch einen rechtsverständigen Richter allein erfolgen.

736 Abgedruckt bei: *Schubert*, Die deutsche Gerichtsverfassung (1869–1877), S. 650–661 (S. 656, Nr. 29).

737 Zitat: „Wenn der Entwurf die zur Urteilsfällung erforderliche Gesamtzahl der Richter auf drei feststellt, so steht dies damit im Einklang, daß auch die Landgerichte in der Besetzung von drei Richtern entscheiden.“, *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 129.

738 § 37 Die Landgerichte beschließen in Kollegien von drei Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden; als Gericht erster Instanz in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten in Kollegien von fünf Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden.

de ebenso auf drei Mitglieder herabgesetzt.<sup>739</sup> Mithin lag die Festsetzung von zwei Handelsrichtern jedenfalls nicht ausschließlich in möglichen Gewichtungsentscheidungen, sondern zudem in dem Bemühen um eine einheitliche Gerichts- bzw. Kammerbesetzung.

Ebenfalls verdient die Frage nach den Motiven für die Besetzung der Handelsgerichte mit Handelsrichtern eine gesonderte Betrachtung. Ausweichlich der Motive des Entwurfs zum GVG von 1874<sup>740</sup> geht es bei der Besetzung der Handelsgerichte mit Handelsrichtern nicht ausschließlich um deren besondere Fachkompetenz. Vielmehr bestehe „in der öffentlichen Meinung auf weiten Gebieten die Neigung, neben dem rechtsgelehrten Richter auch Laien zur Rechtsprechung zuzulassen“.<sup>741</sup> Insoweit tritt auch hier der durch einen gewissen Zeitgeist getragene politische Gedanke in einen starken Fokus der Überlegungen. Soweit es die fachliche Fähigkeit der Handelsrichter betrifft, stellen die Motive auf die besondere Kenntnis der Branchentätigkeiten nur am Rande ab.<sup>742</sup> Vielmehr geht es darum, dass die Kaufleute besser als die rechtsgelehrten Richter Kenntnis von dem ungeschriebenen Gewohnheitsrecht und den maßgeblichen Gebräuchen mit Rechtskraftcharakter haben.<sup>743</sup> Sie seien damit in der Rechtsmaterie *Handelsrecht* schlichtweg die besseren Richter kraft besserer Rechtskenntnis.

---

739 § 57 der Bundesratsvorlage: Die Kammern der Landgerichte entscheiden in der Besetzung von drei Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden (...).

740 Motive des Entwurfs zu den Handelsgerichten, in: *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 108–129.

741 *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 110.

742 „Nicht unwesentlich sei auch der Gesichtspunkt, daß Kaufleute Scheu trügen, vor Gerichten, welche mit Berufsgenossen besetzt sind, Ansprüche und Einreden geltend zu machen, die ihren kaufmännischen Ruf schädigen könnten. (...) Gerichte, bei welchen tüchtige und erfahrene Kaufleute mitwirken, werden in Handelssachen ohne Weiteres und mit Sicherheit zu einem sachgemäßen, die Gestaltung des kaufmännischen Verkehrs richtig würdigenden Urtheil gelangen können, während ein nur mit rechtsgelehrten Richtern besetztes Gericht in vielen Fällen nur durch das umständliche und weniger sichere Mittel der Vernehmung von Sachverständigen sich die nothwendigen Grundlagen des Urtheils verschaffen kann (...)“, *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 111.

743 „Das Verlangen des Handelstandes nach Handelsgerichten gründet sich vornehmlich darauf, daß bei der Beurtheilung von Handelssachen das Gewohnheitsrecht und die für den Abschluß und die Auslegung der Rechtsgeschäfte maßgebenden Gebräuche eine hervorragende Stelle einnehmen, als auf anderen Rechtsgebieten, daß überdies das Gewohnheitsrecht in Handelssachen noch jetzt in beständiger Neubildung begriffen sei und daß die Kenntniß dieser fortwährend in der Entstehung begriffenen Gewohnheitsrechts sowie derim Verkehrsleben sich wandelnden Gebräuche nur denjenigen zuverlässig und vollständig bekannt sei, welche berufsmäßig Handel treiben (...)“,

Diese Sichtweise wird durch die Wahl der Besetzung und der betreffenden Anzahl bekräftigt, als „die Verhandlung und Entscheidung handelsrechtlicher Streitigkeiten eine genaue Kenntniß des Prozeßrechts, sowie des gesammten materiellen Rechts, keineswegs bloß des Handelsrechts erfordert und daß diese Kenntniß bei kaufmännischen Richtern nicht vorausgesetzt werden kann“.<sup>744</sup> So ist auch hier die Kenntnis des Handelsrechts als nicht kodifiziertes Recht das Leitmotiv bei der Entscheidung, Kaufleute als Richter zu bestellen. Wie gesehen, sollen die rechtsgelehrten Richter vornehmlich die übrige Rechtskenntnis einbringen und darüber hinaus dafür Sorge tragen, dass die „*rechtlichen Gesichtspunkte [nicht] (...) durch Hinterthüren in das Spruchkollegium gleichsam eingeschmuggelt würden*“.<sup>745</sup>

Diesen Motiven setzte sich bereits der fünfte Deutsche Juristentag entgegen. Gerade durch das Selbstverständnis des ADHGB als umfassende, rechtsvereinheitlichende Kodifikation des Handelsrechts fehle ein derartiges Bedürfnis nach gewohnheitsrechtlichen Entscheidungen. Darüber hinaus wäre nicht zuletzt die Frage nach einer tatsächlich bestehenden Rechtskraft von Gebräuchen und Gewohnheiten in ihrem Ursprung eine juristische und setze damit juristisches Fachwissen voraus.<sup>746</sup>

In seiner Rede während der 19. Sitzung des Deutschen Reichstags am 27.11.1874<sup>747</sup> ergänzte der Abgeordnete *Klöppel* die ursprünglichen Motive und verlagerte den Betrachtungswinkel auf ein anderes Moment: „*Meine Herren, auch bei den Handelsgerichten müssen Sie von vornherein davon absehen, als ob es den Parteien darum zu thun wäre, den einzelnen Rechtsfall möglichst nach der juristischen Seite mit voller Genauigkeit und Gründlichkeit durchzuarbeiten. Auch demjenigen rechtsuchenden Publikum, welches auf Handelsgerichte hingewiesen ist, kommt es vor allem auf prompte Justiz an, die im konkreten Falle dem Rechtsbewusstsein entspricht, und in den Hintergrund tritt die Frage, ob dabei jede einzelne theoretische Rechtsfrage mit voller Gründlichkeit erörtert ist.*“<sup>748</sup> Zur Lösung dieses Problems schlägt er einen doppelten Ansatz vor. Zunächst müsse es möglich sein, gegen alle Urteile der Han-

---

*Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 111.

744 *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 114.

745 *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 129.

746 *Schriftführer-Amt der ständigen Deputation*, Verhandlungen des Fünften Deutschen Juristentages, Bd. 1, S. 38.

747 Protokoll in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 12809, No. 30.

748 Protokoll der 19. Sitzung am 27.11.1874, S. 360.

delsgerichte ein Rechtsmittel einlegen zu können.<sup>749</sup> Des Weiteren schlägt er vor, anstelle des gelehrten Richters einen rechtskundigen Sekretär mit der Justizexpertise des Gerichts zu betrauen.<sup>750</sup>

Nach den ersten Beratungen zum GVG in der 16. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 24.11.1874<sup>751</sup> wurde am Schluss der ersten Beratung in der zweiten Sitzung mit der 17. Sitzung des Deutschen Reichstags am 25.11.1874<sup>752</sup> der Entwurf eines GVG zur weiteren Vorberatung an eine 28-köpfige Kommission durch eine „*sehr große Majorität*“<sup>753</sup> verwiesen. Dies führte indes keineswegs dazu, dass die Diskussionen über das Institut der Handelsgerichte und ihre Umstände abebbten. Wendepunkt in der Diskussion um die deutschen Handelsgerichte, war die 5. Sitzung der (XI.) Reichsjustiz-Commission am 26.04.1875.<sup>754</sup> Den Auftakt bildete die grundsätzliche Frage nach der Legitimation besonderer Handelsgerichte neben den AG und LG.<sup>755</sup> Nach langem Diskurs befand die Kommission die besonderen Handelsgerichte schlussendlich für nicht wünschenswert. Angeführt wurden insbesondere zwei tragende Argumente. Soweit es sich bei den besonderen Handelsgerichten nicht um ordentliche Gerichte handle, sei die Einheit der Rechtsprechung eklatant gefährdet. Gerade die Freiheit und Rechtsunkundigkeit der Gerichte würden zu bloßen Gewogenheitsurteilen, fernab der rechtlichen Rahmenbedingungen, führen. Weiterhin sei weder ein plausibler Grund noch der Wunsch der Rechtsordnung erkennbar, eine besondere, staatliche Standesgerichtsbarkeit für Handeltreibende zu konstituieren – denn genau darum würde es sich bei den besonderen Handelsgerichten handeln. Die Kommission sah insoweit neben der Rechtseinheit auch das staatliche Verfahrensmonopol in Gefahr. In diesem

---

749 „Wenn es, sei es zugleich in thatsächlicher, sei es in nur rechtlicher Beziehung möglich gemacht wird, von allen Urtheilen der Handelsgerichte ein Rechtsmittel zu ergreife, so wird jenem Ueberlstande genügend vorgebeugt sein.“

750 „Glaubt man dann, daß den Handelsrichtern ein rechtsverständiger Beistand nothwendig sei, so scheint mir, daß man ihnen diesen besser in der Person eines Sekretärs gibt, indem man von diesem eine rechtswissenschaftliche Bildung fordert; daß aber der rechtsverständige Präsident mit den beiden kaufmännischen Richtern zurecht komme, scheint mir großen Bedenken zu unterliegen.“

751 Protokoll in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14026, No. 43.

752 Protokoll in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14026, No. 44.

753 Protokoll der 17. Sitzung vom 25.11.1874, S. 325.

754 Protokoll der 5. Sitzung in: *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 286–289.

755 Protokoll der 5. Sitzung in: *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 286–289 (287).

Zusammenhang ist auch die an den 5. Deutschen Juristentag angelehnte<sup>756</sup> Äußerung des Abgeordneten *Reichensperger* zu sehen, wonach das „*Bedürfniß nach Handelsgerichten (...) mit der Kodifizierung des Handelsrechts fortgefallen* [sei], *da letzteres nicht mehr ein Geheimniß des Kaufmannsstandes*“<sup>757</sup> sei.

An dieser Entscheidung festhaltend, beehrte die Reichsjustiz-Commission mit dem 26.04.1875 zu tiefer gehender Beratung die Zuziehung juristisch Gelehrter. Diesem Wunsch wurde in der 14. Sitzung des Bundesrats vom 10.05.1875 entsprochen.<sup>758</sup>

In Reaktion auf diesen Grundsatzbeschluss der Kommission, sich von den besonderen Handelsgerichten abzuwenden, berief der (VII.) Deutsche Handelstag am 29.05.1875 eine außerordentliche Generalversammlung in Berlin ein. Diese fand ihren Abschluss in einer umfassenden Resolution, die unter Hinweis auf die Kongruenz mit dem 5. Deutschen Juristentag<sup>759</sup> sowie dem 7. Congress Deutscher Volkswirthe<sup>760</sup> das „*Fortbestehen beziehungsweise [die] Einführung [von Handelsgerichten] überall da, wo ein Bedürfniss sich zeigt, (...) nach wie vor für dringend geboten erachtet*“.<sup>761</sup>

---

756 Vgl. FN 746.

757 *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 286–289 (287).

758 Protokoll in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14028, No. 33.

759 Sowohl die vorgelegten Gutachten als auch das Referat zu den Handelsgerichten in der zweiten Plenarversammlung des 5. Deutschen Juristentags v. 29.08.1864 gehen übereinstimmend von dem grundsätzlichen Bedürfnis nach Handelgerichten aus: Gutachten IV. *von Holzschuber*, in: *Schriftführer-Amt der ständigen Deputation*, Verhandlungen des Fünften Deutschen Juristentages, Bd. 1, S. 39–42; Gutachten XIII. *Anschütz*, in: *Schriftführer-Amt der ständigen Deputation*, Verhandlungen des Fünften Deutschen Juristentages, Bd. 2, S. 3–9; Gutachten XIV. *Röder*, in: ders., S. 10–18; Referat, in: ders., S. 53–61.

760 Stenografische Berichte, in: *Faucher/ Michaelis*, Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte, Bd. 3, 2. Jahrg. (7. Bd. in g. Z.), S. 156–240 (hier: S. 220).

761 Resolution abgedruckt in: Kundgebung des deutschen Handelstages, in: *Meyer* (Hrsg.), Deutsches Handelsblatt, Bd. 23, S. 199: Der Deutsche Handelstag hält auch nach Kenntnissnahme der Protocolle der Justizcommission des Reichstags und der gegen die Einführung von Handelsgerichten daselbst vorgebrachten Gründe an seinen auf dem ersten, dritten und vierten Deutschen Handelstag in Uebereinstimmung mit dem fünften Deutschen Juristentag und dem siebennten Congress Deutscher Volkswirthe in Betreff der Handelsgerichte gefassten Beschlüssen in dem Sinne fest, dass er deren Fortbestehen beziehungsweise Einführung überall da, wo ein Bedürfniss sich zeigt, aus den in den stenografischen Verhandlungen und Denkschriften des Handelstages und seines

Es folgten weitere Eingaben, u. a. ein gemeinsamer Brief der Bremer und Hamburger Handelskammern an die Justizkommission des Reichstags vom 24.06.1875<sup>762</sup>, in denen die grundsätzliche Notwendigkeit der Handelsgerichte nochmals hervorgehoben werden sollte. Darüber hinaus betonte die Kaufmannschaft ihren Wunsch nach einer Besetzung gemäß dem sog. *deutschen System*.

In Reaktion auf diesen Ansturm der Entrüstung durch die Kaufmannschaft beantragte der Ausschuss für Justizwesen beim Bundesrat am 18.06.1875<sup>763</sup>, zwei Instruktionen an die Kommission zu erteilen. Danach sollte – zum Ersten – die Kommission der gemeinsamen Überzeugung der verbündeten Regierungen entschieden Ausdruck geben: „*es sei die Aufrechterhaltung der Handelsgerichte durch das Interesse des Handelsverkehrs dringend geboten*“, und – zum Zweiten – in jedem Fall u. U. auch alternativ Beratungen über diese zu führen. So sollte der politische Wille, den Eingaben zu entsprechen, verdeutlicht werden.

Diesem Verlangen entsprechend, bildete die Kommission mit dem 14.09.1875 eine Subkommission, damit „für den Fall, daß der Reichstag sich für die Einrichtung der Handelsgerichte entscheide, demselben ein formulierter Gesetzesentwurf vorgelegt werden könne“,<sup>764</sup> und eröffnete in ihrer 81. Sitzung vom 04.10.1875 die Diskussion darüber, wodurch die Handelsgerichtsbarkeit wieder Einzug in den Entwurf findet.<sup>765</sup>

Gleichwohl werden maßgebliche Änderungen an der Zuständigkeit der Handelsgerichte vorgenommen. Nach dem neu vorgesehenen § 83 sollen nur noch diejenigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten vor die Handelsgerichte gehören, in welchem durch die Klage Ansprüche „*von einem Kaufmann (...) gegen einen Kaufmann aus den Handelsgeschäften des Letzteren*“ geltend gemacht werden. Beide Parteien müssen mithin Kaufleute sein, und ein Handelsgeschäft muss aufseiten des Beklagten vorliegen.<sup>766</sup> Vorausge-

---

Ausschusses ausführlich niedergelegten Gründen nach wie vor für dringend geboten erachtet.

762 Abgedruckt mit beigefügten Gutachten der juristischen Mitglieder der Kammern vom Mai 1875, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14028.

763 Abgedruckt: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14028, No. <sup>6</sup> (= Drucks. 58).

764 Protokoll der 81. Sitzung der Kommission vom 04.10.1875, in: *Hahn*, Die gesamten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 290–303 (hier: S. 290, FN 1).

765 Vgl. Protokoll in: *Hahn*, Die gesamten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 290–303 (292).

766 Vgl. Protokoll in: *Hahn*, Die gesamten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 290–303 (290).



gangen war der gescheiterte Antrag des Hamburger Abgeordneten *Dr. Isaac Wolffson*, die Zuständigkeit nur bei beidseitigen Handelsgeschäften zu eröffnen.<sup>767</sup> Ein Antrag gleichen Inhalts<sup>768</sup>, gestellt durch Hamburg am 12.06.1874, wurde bereits in der 30. Sitzung des Bundesrats am 16.06.1874 abgelehnt.<sup>769</sup> Die gleiche Alternative wurde auch am 07.10.1875 in den Beschlüssen der Redaktionskommission gefasst.<sup>770</sup> Weiterhin wird das vor den Handelsgerichten gültige Verfahrensrecht an das der LG angeknüpft.<sup>771</sup> Um dem besonderen Bedürfnis nach Verfahrensbeschleunigung vor den Handelsgerichten gleichwohl gerecht zu werden, wird versucht, die Einlassungsfrist von vier auf zwei Wochen zu verkürzen. Dies scheitert indes.<sup>772</sup>

Ungeachtet dieser neuen Entwurfsvorschläge durch die Kommission handelt es sich dabei lediglich um *Eventualberatungen*<sup>773</sup>. Grundsätzlich lehnt sie das Institut der Handelsgerichte weiterhin ab. Laut Aussage des Abgeordneten *Becker* in der 96. Sitzung der Kommission vom 03.11.1875 sei „*keine Aussicht vorhanden, daß die Kommission von diesem Beschlusse [der Streichung der Handelsgerichte in § 1 durch die o. g. 5. Sitzung der Kommission] abgehen werde*“.<sup>774</sup> Vielmehr werden in betreffender Sitzung drei Wegrichtungen aufgezeigt, die das System der Handelsgerichtsbarkeit

---

767 Vgl. Protokoll in: *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 290–303 (295), (301).

768 Antragsnummer 3: Änderung des § 83 Abs. 1: „*aus Geschäften, welche auf Seiten beider Kontrahenten Handelsgeschäfte sind*“: abgedruckt in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 12809, No. <sup>23</sup>.

769 Protokoll in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 12809, No. <sup>27</sup> (S. 214).

770 Für den Fall der Beibehaltung der Handelsgerichte: Deutscher Reichstag Justiz-Kommission, S. 1–3 (3), in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033.

771 Abschnitt 3, § a: Auf das Verfahren vor den Handelsgerichten finden die Vorschriften über das Verfahren vor den Landgerichten Anwendung. In: vgl. Protokoll in: *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 290–303 (291).

772 Vgl. Protokoll in: *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 290–303 (313).

773 Vgl. mündlicher Bericht der Kommission zur Vorberathung über die Entwürfe eines Gerichtsverfassungsgesetzes durch Abgeordneten *Miquél* in der 3. Sitzung des Reichstags am 29.10.1875; Protokoll in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14028, No. <sup>47</sup>.

774 Protokoll, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033, Protokolle S. 95–139, sowie in: *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 388–406.

nehmen kann. Der Hauptantrag<sup>775</sup> erfolgt durch *Becker* und Kollegen, nicht als Eventualantragersatz für den Fall, dass der Reichstag die Handelsgerichte doch etabliere, sondern als eigenständiger Antrag, der neben eventuellen Handelsgerichten stehen würde. Votiert wird insoweit für die Einführung von Kammern für Handelssachen, die gemäß § 47<sup>776</sup> durch die Landesjustizverwaltung bei Bedürfnis errichtet werden können und gemäß § 50d durch einen rechtsverständigen Richter und zwei Handelsrichter besetzt sein sollen.<sup>777</sup> Weiterhin wären diese gemäß § 50a nur auf Antrag der Parteien zuständig. Gerade dieses neu eingefügte Antragerfordernis weicht erheblich von den bisherigen Überlegungen zu den besonderen Handelsgerichten ab. Begründet wird der Antrag damit, dass die gegen Handelsgerichte angeführten Argumente der Bagatellschwellen oder drohender Verschleppung durch Kompetenzstreitigkeiten keinen Halt finden.<sup>778</sup> Der Antrag entspricht inhaltlich bereits den durch *Becker* und Kollegen gestellten Abänderungsanträgen zum Entwurf des Gerichtsverfassungsgesetzes No. 6 vom 13.10.1875<sup>779</sup> und No. 17 vom 30.10.1875<sup>780</sup> sowie dem Antrag durch *von Puttkamer*, No. 17 vom 14.10.1875.<sup>781</sup>

Diesem Antrag immanent ist das sich im Laufe der Diskussion ändernde Verständnis gerichtlicher Tätigkeit. Während ursprünglich weder eine Einteilung in verschiedene Spruchkörper noch eine Selbstverwaltung innerhalb der Gerichte vorgesehen war, änderte sich dieses Verständnis und beeinflusst damit auch die Konzeptionsfindung.<sup>782</sup>

---

775 Protokoll, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033, Protokolle S. 95–139 (95 f.).

776 § 47 Soweit die Landesjustizverwaltung ein Bedürfnis als vorhanden annimmt, können bei Landgerichten für ihre Bezirke oder für örtlich abgegrenzte Theile derselben auch eine oder mehrere Kammern für Handelssachen gebildet werden.

777 § 50d Die Kammern für Handelssachen entscheiden in der Besetzung mit einem für dieses Amt bestimmten rechtsverständigen Mitgliede des Landgerichts als Vorsitzenden und zwei Handelsrichtern. Sämmtliche Mitglieder der Kammer für Handelssachen haben gleiches Stimmrecht.

778 Protokoll, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033, Protokolle S. 95–139 (100).

779 Abgedruckt in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033.

780 Abgedruckt in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033.

781 Abgedruckt in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033.

782 Dazu ausführlich bei: *Mießig*, Recht und Justizhoheit, Der gesetzliche Richter im historischen Vergleich vor der Kanonistik bis zur Europäischen Menschenrechtskonvention, unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsentwicklung in Deutschland, England und Frankreich, in: *Schulze/ Wadler/ Zimmermann*

Durch *Bähr* wurde hingegen beantragt<sup>783</sup>, in besonders gelagerten Fällen – wie den üblichen Handelsprozessen – zwei fachkundige Personen in beratender Funktion hinzuzuziehen. Diesen sollte hingegen keine entscheidende Stimme zukommen. Die Konsultation derselben sollte dabei entweder auf Antrag oder auch von Amts wegen erfolgen können.<sup>784</sup> Zentral für diesen Vorschlag ist, dass im Gegensatz zu einem Sachverständigengutachten keine konkret formulierte Frage notwendig sei und die Expertise generell und umfassend Eingang finden kann. Ein „*eigentliches richterliches Votum zu ertheilen, habe er nicht für nothwendig gehalten, weil das Urtheil des Laien in technischen Fragen schon wegen dessen technischer Kenntnisse Gewicht erhalten werde, und weil es andererseits eine Menge von Fragen gebe, für welche ein Laienurtheil so gut wie gar keinen Werth habe*“.<sup>785</sup> Argumentativ untermauert wurde der Vorschlag mit dem Hinweis darauf, dass das Gericht, abweichend von festen KfH oder Handelsgerichten, stets solche Laien zuziehen könne, welche „*sich zur Beurtheilung der betreffenden Frage besonders eignen*“.<sup>786</sup> Zusätzlich wurden in dem Antrag Regelungen, verschiedene Ablehnungsgründe und die Eidleistung betreffend, angeführt.

In ähnlicher Weise beantragte *Reichensperger*<sup>787</sup>, dass die ordentlichen Gerichte bei Entscheidungen über Handelssachen auf Antrag zwei Handelsassessoren mit beratender Stimme hinzuzuziehen haben. Gleichwohl war dieses Modell auf Handelssachen und Handelsassessoren beschränkt und überließ die Einführung derselben nicht dem Gericht, sondern der Landesjustizverwaltung.<sup>788</sup> Der Antrag entspricht inhaltlich dem Abände-

---

(Hrsg.), Schriften zur Europäischen Rechts- und Verfassungsgeschichte, Bd. 44, 2. Aufl., S. 310 ff.

783 Protokoll, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033, Protokolle S. 95–139 (97).

784 Hinter § 158 oder § 163 einzufügender § a: In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, bei deren Entscheidung die einem besonderen Berufsstande eigenthümliche Fachkunde in Betracht kommt, kann das Gericht auf Antrag oder von Amts wegen die Zuziehung von zwei Fachkundigen anordnen, welche der Verhandlung beizuwohnen und an der Berathung des Gerichts, jedoch ohne entscheidende Stimme, Theil zu nehmen haben.

785 Protokoll, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033, Protokolle S. 95–139 (102).

786 Protokoll, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033, Protokolle S. 95–139 (102).

787 Protokoll, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033, Protokolle S. 95–139 (97).

788 § 9a: Die ordentlichen Gerichte haben bei Entscheidung von Streitigkeiten über Handelssachen auf Antrag beider Parteien oder einer derselben zwei Handelsassessoren zur Mitwirkung mit berathender Stimme zuzuziehen, insoweit Han-

rungsantrag zum Entwurf des Gerichtsverfassungsgesetzes No. 11 durch Reichensperger vom 18.10.1875.<sup>789</sup>

Jedoch werden am Ende der Sitzung alle drei Anträge abgelehnt.<sup>790</sup> Gegen die Vorschläge wird angeführt, dass es sich in jedem Fall um eine Art der Standesgerichtsbarkeit handle. In Bezug auf die KfH wird darauf hingewiesen, dass die Mitwirkung der Kaufleute an der Kodifizierung des ADHGB bekanntermaßen von großem Wert gewesen sei, diese Teilnahme an der Gesetzgebung von einer möglichen Teilnahme an der Rechtsprechung gleichwohl strikt zu trennen sei. In Letzterer soll ein individueller Fall unter ein bestimmtes Gesetz subsumiert werden, was die vollständige Kenntnis der Gesetze und der Methodik voraussetzt. Derartige Fähigkeiten können durch einen Rechtsunkundigen nicht erbracht werden. Auch die erweiterte Sachverständigenlösung von *Bähr* bzw. *Reichensperger* vermische die Grenzen der Urteilsfindung auf nicht zumutbare Weise. Einzig gegenüber dem parteiöffentlich erstellten Sachverständigengutachten hätten die Parteien die Möglichkeit, die Aussage zu erörtern und zu bemängeln. Verlagere sich die gutachterliche Beratung auf das Hinterzimmer, würden die Parteien der Möglichkeit beraubt, Stellung zu den Untersuchungsergebnissen zu nehmen.

In der Sitzung des Justizausschusses des Bundesrats vom 04.04.1876<sup>791</sup> wird alsdann über die Beschlüsse der Kommission beraten. Der vorgelegte Hauptentwurf<sup>792</sup> enthält in Konsequenz der Ablehnung in § 1 sowie in §§ 81 ff. keine Handelsgerichte, sodass die Beratungen insoweit über die Eventualbeschlüsse geführt werden. Auf Antrag Preußens wird die Zuständigkeit nach § 83 erneut<sup>793</sup> geöffnet und auch Klagen durch einen Nichtkaufmann gegen einen Kaufmann aufgrund eines Handelsgeschäfts

---

delsassessoren bei dem betreffenden Gerichte durch die Landesjustizverwaltung bestellt sind. Diese Zuziehung kann auch von Amts wegen angeordnet werden.

789 Abgedruckt in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033.

790 Protokoll, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033, Protokolle S. 95–139 (115 f.), sowie in: *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 406.

791 Protokolle S. 10–16, in: Bay. Geh StA München MA 66 747.

792 Zusammenstellung des Entwurfs eines Gerichtsverfassungsgesetzes mit den (Haupt-)Beschlüssen der Kommission vom März 1876, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14028.

793 Vgl. zu diesebzüglichen Änderungen bereits FN 766.

des Letzteren einbezogen.<sup>794</sup> So finden die Handelsgerichte schlussendlich wieder Eingang in den GVG-Entwurf.<sup>795</sup>

Geprägt durch diese Beratungen und Entscheidungen des Justizausschusses des Bundesrats, trat die Kommission am 11.05.1876 zu ihrer 131. Sitzung zusammen.<sup>796</sup> Insgesamt 24 Petitionen, insbesondere aus dem Kaufmannsstand, die Handelsgerichte betreffend, waren jüngst eingegangen. Auch hier tritt der enorme Einfluss der Kaufleute hervor, als „*der Beschluß der Justiz-Kommission (betreffend die Aufhebung der Handelsgerichte) eine weit und tiefgehende Erregung im gesamten Handelsstande hervorgerufen hat, und daß letzterer darin eine nicht berechnete Verletzung seines Anspruchs auf eine seine Verhältnisse und Interessen berücksichtigende Gestaltung der zukünftigen deutschen Rechtspflege sieht*“.<sup>797</sup> Dieser Einfluss ist auch der Auslöser eines starken politischen Umdenkens innerhalb der Kommission. In der Folge wird der dringende Wunsch der Kaufleute, als dem „*gebildetsten und einflußreichsten Kreise der Nation*“<sup>798</sup>, nach Handelsgerichten als „*bedeutende Manifestationen des Volkswillens*“<sup>799</sup> begriffen. Diesem allgemeinen Volkswillen sei nur dann entgegenzutreten, soweit „*ganz überwiegende Gegengründe*“<sup>800</sup> bestehen. Soweit also auch in den Petitionen darauf Bezug genommen werde, dass die Zusammensetzung der Handelsgerichte aus gelehrten Juristen und Kaufleuten einerseits die Wahrung des geschriebenen Rechts und andererseits die richtige Feststellung des Sachverhalts sichere<sup>801</sup>, wäre gerade darin ein Kompromiss zu finden.

---

794 Anträge Preußens zum GVG-Entwurf, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14028, No. 59.

795 Vgl. hierzu die Anträge, betreffend die Handelsgerichte zum GVG und zu den von der Justizkommission für den Fall der Beibehaltung der Handelsgerichte gefassten Beschlüssen. v. 03.05.1876, No. 53, Deutscher Reichstag Justiz-Kommission, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033.

796 Protokoll, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033, Protokolle S. 513–526, sowie in: *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 705–715.

797 Protokoll, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033, Protokolle S. 513–526 (514).

798 *Von Amsberg*, in: Protokoll, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033, Protokolle S. 513–526 (517).

799 *Von Amsberg*, in: Protokoll, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033, Protokolle S. 513–526 (517).

800 *Von Amsberg*, in: Protokoll, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033, Protokolle S. 513–526 (517).

801 Protokoll, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033, Protokolle S. 513–526 (515).

Demzufolge kam es zu der wiederholten Unterbreitung des Antrags von *Becker* und Kollegen aus der 96. Sitzung der Kommission vom 03.11.1875<sup>802</sup> sowie dem Antrag zum Entwurf eines Gerichtsverfassungsgesetzes in der 2. Lesung, No. 56 vom 11.05.1876<sup>803</sup>, zur Einführung von KfH mittels §§ 47 ff. Die KfH seien im Gegensatz zu gesonderten Handelsgerichten institutionell näher am LG-Prozess angelehnt, was zu leichteren Verweisungsbeschlüssen führen würde. Auch gäbe es aufgrund der Kammerorganisation bzw. -eingliederung weniger bis keine Verzögerungen durch Kompetenzstreitigkeiten. Die größte Änderung stellte das Antragsfordernis nach § 50a<sup>804</sup> dar. Etwas Vergleichbares war bisher nicht vorgesehen. Diese Wahlfreiheit sei indes laut *Becker* lediglich die „*Konsequenz des gefaßten prinzipiellen Beschlusses*“.<sup>805</sup> Die Errichtung per Bedürfnis wurde weiterhin beibehalten. In der folgenden Abstimmung wurden die besonderen Handelsgerichte durch die Kommission mit 23 zu fünf Stimmen abgelehnt<sup>806</sup> und die KfH mit 16 zu zwölf Stimmen angenommen.<sup>807</sup>

Durch einen Antrag *Wolffsons*<sup>808</sup> beschloss die Kommission in der darauf folgenden 132. Sitzung vom 12.05.1876 entgegen ihren Beschlüssen der 81. Sitzung<sup>809</sup> die Zuständigkeit in Handelssachen auf solche Sachen zu beschränken, die „*aus Geschäften, welche auf Seiten beider Kontrahenten Handelsgeschäfte sind*“<sup>810</sup>, entstehen. Begründet wurde die Entscheidung damit, dass gerade diese zweiseitigen Handelsgeschäfte den Kern der eigentlichen Handelsgeschäfte ausmachten.<sup>811</sup> Der Antrag durch *Klotz, Herz* und *Eysoldt*, nur Kaufleute gegen Kaufleute klagen zu lassen, wird hingegen abgelehnt.<sup>812</sup>

---

802 Vgl. bereits FN 775.

803 Abgedruckt in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033.

804 § 50a: Wo Kammern für Handelssachen bestehen, sind von denselben auf Antrag diejenigen bürgerlichen Rechtstreitigkeiten zu entscheiden, in welchen (...).

805 Protokoll in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033, Protokolle S. 513–526 (525).

806 Protokoll, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033, Protokolle S. 513–526 (524).

807 Protokoll, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033, Protokolle S. 513–526 (525).

808 Antrag No. 57 v. 11.05.1876, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033.

809 Vgl. FN 764 und 766.

810 Protokoll, in: *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 715–721 (716).

811 Einige weitere Handschriften zu den Berichten des GVG vom Mai 1876, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033.

812 Protokoll, in: *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 715–721 (718).

Diese Ergebnisse werden dem Bundesrat am 29.07.1876 durch den Abgeordneten Hofmann vorgelegt.<sup>813</sup> Hervorgehoben wird insbesondere der Beschluss der Kommission, KfH einführen zu wollen. Dies soll als Modifikation des bundesrätlichen Wunsches gesehen werden, an den Handelsgerichten festzuhalten. Weiterhin wird auf die Einschränkung der Zuständigkeit für beidseitige Handelsgeschäfte Bezug genommen. Der Justizausschuss des Bundesrats lässt sich indes nicht für dieses System begeistern und besteht in seiner Sitzung vom 19.10.1876 weiterhin auf der Errichtung selbstständiger Handelsgerichte.<sup>814</sup> Im Verlauf der weiteren vier Sitzungen vom 20., 21., 23. und 24.10., erklären sich Sachsen und Bayern mit den KfH einverstanden, seien die selbstständigen Handelsgerichte wohl doch nicht durchführbar. Weiterhin nimmt der Ausschuss die Beschränkung der Zuständigkeit an, die alle Bagatellsachen betreffen. Schlussendlich wird auch das Zuständigkeitserfordernis der beidseitigen Handelsgeschäfte durch Preußen, Lübeck, Braunschweig und Hessen gegen Bayern, Württemberg und Sachsen gestrichen.<sup>815</sup> Dies führt zum Antrag Preußens vom 28.10.1876 an den Bundesrat<sup>816</sup>, wonach *„den Handelsgerichten auch die Handelsstreitigkeiten unter 300 Mark zuzuweisen (...) [und] In Konsequenz des Beschlusses (...) den Anwaltszwang auf das Verfahren vor den Handelsgerichten nicht auszudehnen (...)“*<sup>817</sup> sei, fehle für eine derartige Aufspaltung jegliche historische Begründung. Dieser Antrag wird in der 25. Sitzung des Bundesrats am 31.10.1876 angenommen.<sup>818</sup>

Insoweit positioniert sich der Bundesrat weiterhin gegen die KfH und für die selbstständigen Handelsgerichte, öffnet aber die Kompetenz der Handelsgerichte auch für Bagatellsachen unter dem Wert von 300 Mark. Insbesondere *Becker* verweigert sich der wiederholten Bera-

---

813 Abgedruckt in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 12809, No. 49, Teil A, S. 16.

814 Erstes vertrauliches Protokoll des Ausschusses für Justizwesen, abgedruckt in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14028, No. 109.

815 Vgl. Bericht über die Sitzung des Justizausschusses am 19. und 20.10.1876 sowie fünftes vertrauliches Protokoll des Ausschusses für Justizwesen.

816 Abgedruckt, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 12809, No. (Unbekannt) (= Drucks. 85).

817 Abgedruckt, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 12809, No. (Unbekannt) (= Drucks. 85); vorausgegangen war die Abstimmung in der fünften Sitzung des Ausschusses am 24.10.1876: Hier stimmten Preußen, Bayern, Württemberg und Braunschweig für den Anwaltszwang in handelsgerichtlichen Verfahren vor den AG, während Sachsen, Hessen und Lübeck dagegen stimmten.

818 Protokoll, in: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 12809, No. 10; sowie Protokolle über die Verhandlungen des Bundesrats des Deutschen Reichs, Bd. 1876, S. 203–207.

tung über besondere Handelsgerichte in der 169. Sitzung der Kommission vom 09.11.1876.<sup>819</sup> Vielmehr versucht er durch seinen Antrag vom 08.11.1876<sup>820</sup>, das Argument gegen die KfH zu beseitigen, sie würden bei dem Fehlen eines LG an einem Handelsplatz zu der Versagung von Handelsgerichtsbarkeit führen. Dieser Antrag wird, syntaktisch leicht modifiziert, einstimmig angenommen<sup>821</sup>, und die Kommission hält weiterhin an dem System der KfH fest.

Unter diesen Beschlüssen der Kommission kommt der Reichstag in seiner zweiten Beratung der 10. Sitzung vom 17.11.1876 dahingehend überein, dass in § 1 des Entwurfs die Handelsgerichte gestrichen und in § 81<sup>822</sup> die KfH eingeführt werden.<sup>823</sup> Lediglich in Elsass-Lothringen bleiben die dort existierenden Handelsgerichte bis zur weiteren gesetzlichen Regelung bestehen. Weiterhin wird vereinbart, dass ein beidseitiges Handelsgeschäft vorliegen muss. Hervorzuheben sind in dieser Sitzung auch die Äußerungen des Abgeordneten Lasker sowie des Abgeordneten Römer. Nach Ersterem sei es allgemein anerkannt, dass „*gerade der kaufmännische Stand historisch (...) an der Entwicklung des seinem Berufe eigenthümlichen Rechts den lebhaftesten Antheil genommen hat*“ und dass der „*Handelsstand auf die Abfassung des deutschen Handelsgesetzbuchs den allerbedeutendsten Einfluß ausgeübt hat*“<sup>824</sup>. Dies führe in *conclusio* dazu, dass dem Kaufmannsstand gerade ein hohes Maß an Kompetenz zugesprochen werden könne. Römer hingegen hält die Teilnahme der Laien an der Rechtsprechung im Allgemeinen für einen „*vollkommenen Anachronismus*“. Die Laienrechtsprechung wäre nur möglich „*in der Jugendzeit der Völker, in der Zeit, da das bestehende Recht*

---

819 Protokoll, in: *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 2, S. 1021–1039 (1022).

820 Antrag: „*Die Kammer für Handelssachen kann an einem Orte (des Landgerichtsbezirkes) ihren Sitz haben, welcher nicht der Landgerichtssitz ist. In diesem Fall kann ein Amtsrichter Vorsitzender der Kammer für Handelssachen sein und können auch bei dem Landgerichte nicht zugelassene Anwälte bei derselben zugelassen werden.*“ In: Bayr. HStA München, Abt. I, MJu 14033 (= Drucks. No. 96).

821 Protokoll, in: *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 2, S. 1021–1039 (1026).

822 § 81: Soweit die Landesjustizverwaltung ein Bedürfnis als vorhanden annimmt, können bei den Landgerichten für den Bezirk oder für örtlich abgegrenzte Theile derselben Kammern für Handelssachen gebildet werden. Vgl. Protokoll, in: *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 2, S. 1063–1113 (1111).

823 Protokoll, in: *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 2, S. 1063–1113.

824 *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 2, S. 1063–1113 (1090).



noch in der Brust eines jeden Einzelnen lebt, nicht aber in hochkultivierten und komplizierten Zuständen wie die unsirgen sind“.<sup>825</sup> So tritt auch hier der Streit um die Balance zwischen Expertise und Befähigung in Zeiten kodifizierten Rechts abermals hervor. Der Abgeordnete *Beseler* pointiert den Streit insoweit, als „nach dieser Anschauung das Volksrecht ein Juristenrecht geworden sei und daß nur Juristen das Recht üben können“.<sup>826</sup> Gleichwohl sieht er gerade in der gegenseitigen Abhängigkeit von Rechtswissenschaft und Volksgerechtigkeit die Chance, dass „ein gesundes, ein kräftiges Volksrecht sich doch behaupten kann“<sup>827</sup>. Daher sei es gerade die Aufgabe der Juristen, „dieses Recht im Volke zu erkunden, wie ein Naturforscher durch Beobachtung seine Wahrnehmung feststellt, und das erkundete Recht juristisch zu konstruieren.“<sup>828</sup>

Nach weiteren Beratungen des Justizausschusses des Bundesrats<sup>829</sup> befand der Bundesrat in seiner 33. Sitzung am 12.12.1876<sup>830</sup> über die durch den Ausschuss vorgelegten Änderungsanträge.<sup>831</sup> Diese Anträge werden nahezu ausnahmslos<sup>832</sup> durch den Bundesrat angenommen und die Ergebnisse dem Reichstag mitgeteilt.<sup>833</sup> In den folgenden fünf Sitzungen des Reichstags zwischen dem 18.12.1876 und dem 21.12.1876<sup>834</sup> wird der GVG-Entwurf mit kleineren Anpassungen verabschiedet. Über die KfH wird in der 34. Sitzung am 19.12.1876 ohne Diskussion in unveränderter Form positiv entschieden.<sup>835</sup> Diese durch den Reichstag verabschiedete

---

825 *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 2, S. 1063–1113 (1100).

826 *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 2, S. 1063–1113 (1069).

827 *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 2, S. 1063–1113 (1069).

828 *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 2, S. 1063–1113 (1069).

829 Protokoll vom 09.12.1876, in: Bay. HStA München, Abt. I, MJu 12809.

830 Protokoll, in: Protokolle über die Verhandlungen des Bundesrats des Deutschen Reichs, Bd. 1876, S. 253–254 (254).

831 Änderungsanträge des Ausschusses: Drucks. No. 108 (Antrag des Ausschusses für Justizwesen v. 09.12.1876).

832 Mit Ausnahme des Antrags C II Nr. 18.

833 Abgedruckt in: *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 2, S. 1476–1477 (= Reichstags-Drucks. No. 115).

834 Alle Protokolle bei: *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 2: 33. Sitzung: S. 1485–1547; 34. Sitzung: S. 1548–1615; 35. Sitzung: S. 1616–1636; 36. Sitzung: S. 1637–1645.

835 *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 2, S. 1548–1615 (1594).

Fassung des GVGEntwurfs nimmt der Bundesrat in seiner 36. Sitzung am 22.12.1876<sup>836</sup> unverändert an.

Die KfH finden sich somit in dem GVG vom 27.01.1877<sup>837</sup> vornehmlich in Titel 7 §§ 100–119. Gemäß § 12 wird die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit durch AG und LG, durch Oberlandesgerichte und durch das Reichsgericht ausgeübt. Die Handelsgerichte sind gänzlich verschwunden. Verblieben ist es indes bei der Errichtung nach Bedürfnis, geregelt in § 100 Abs. 1<sup>838</sup>, sowie bei dem Erfordernis der beidseitigen Handelsgeschäfte nach § 101.<sup>839</sup> Auch das Antragerfordernis findet sich in § 102 des GVG wieder.<sup>840</sup> Auch die Besetzung orientiert sich an den bisherigen Mustern aus einem rechtgelehrten Richter und zwei ehrenamtlichen Handelsrichtern.<sup>841</sup> Schlüsselnorm ist dabei § 118, nach dem die KfH in eigener Sachkunde ohne Beweisverfahren entscheiden kann.<sup>842</sup>

---

836 Protokoll in: Protokolle über die Verhandlungen des Bundesrats des Deutschen Reichs, Bd. 1876, S. 293–295 (294 f.).

837 Gesetz v. 27.01.1877, in: RGBl. 1877, Nr. 4, S. 41–76.

838 § 100 (1) Soweit die Landesjustizverwaltung ein Bedürfnis als vorhanden annimmt, können bei den Landgerichten für deren Bezirk oder für örtlich abgegrenzte Theile derselben Kammern für Handelssachen gebildet werden. (2) Solche Kammern können ihren Sitz innerhalb des Landgerichtsbezirks auch an Orten haben, an welchen das Landgericht seinen Sitz nicht hat.

839 § 101 Vor die Kammern für Handelssachen gehören nach Maßgabe der folgenden Vorschriften diejenigen den Landgerichten in erster Instanz zugewiesenen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in welchen durch die Klage ein Anspruch: 1. gegen einen Kaufmann (Art. 4 des Handelsgesetzbuchs) aus Geschäften, welche auf Seiten beider Kontrahenten Handelsgeschäfte (Art. 271–276 des Handelsgesetzbuchs) sind; 2. aus einem Wechsel im Sinne der Wechselordnung (...).

840 § 102 (1) Die Verhandlung des Rechtsstreits erfolgt vor der Kammer für Handelssachen, wenn der Kläger dies in der Klageschrift beantragt hat. Die Einlassungsfrist (§ 234 Satz 1 der Civilprozeßordnung) beträgt mindestens zwei Wochen. (2) In den Fällen der §§ 466–467 der Civilprozeßordnung hat der Kläger den Antrag auf Verhandlung vor der Kammer für Handelssachen in der mündlichen Verhandlung vor dem Amtsgerichte zu stellen.

841 § 109 (1) Die Kammer für Handelssachen entscheidet in der Besetzung mit einem Mitgliede des Landgerichts als Vorsitzenden und zwei Handelsrichtern. (2) Sämmtliche Mitglieder der Kammer für Handelssachen haben gleiches Stimmrecht. (3) In Streitigkeiten, welche sich auf das Rechtsverhältniß zwischen Rheder oder Schiffer und Schiffsmannschaft beziehen, kann die Entscheidung durch den Vorsitzenden allein erfolgen. § 111 Das Amt des Handelsrichters ist ein Ehrenamt.

842 § 118 Ueber Gegenstände, zu deren Beurtheilung eine kaufmännische Begutachtung genügt, sowie über das Bestehen von Handelsgebräuchen kann die Kammer für Handelssachen auf Grund eigener Sachkunde und Wissenschaft entscheiden.

Besondere Beachtung findet auch die Möglichkeit, KfH unabhängig von bestehenden LG zu errichten, § 100 Abs. 2. Diese Privilegierung von Markt- und Messplätzen<sup>843</sup> findet sich auch in der ZPO vom 30.01.1877 wieder. Bereits in den Beschlüssen des Ausschusses für Justizwesen hieß es zu dem Entwurf einer Deutschen Civilprozeßordnung No. 64, Anlage 3, vom 12.05.1874 zu § 30, dass „für Klagen aus den auf Messen und Märkten, mit Ausnahme der Jahr- und Wochenmärkte, geschlossenen Handelsgeschäften (Meß- und Marktsachen) (...) das Gericht des Meß- oder Markorts zuständig“<sup>844</sup> sei.

Auch das Ausführungsgesetz zum GVG vom 23.02.1879<sup>845</sup> kennt die KfH als mit besonderer Sachkenntnis ausgestattete Kammern. Daher wird z. B. das Handelsregister innerhalb des LG an die KfH verwiesen, Art. 27, 28. Insoweit wird die Regierungsvorlage unmittelbar und ohne Änderungen übernommen<sup>846</sup> und tritt sodann auch als Art. 28 Abs. 2 und Art. 29 unverändert<sup>847</sup> am 23.02.1879 in Kraft.<sup>848</sup> Mit der Verordnung vom 02.09.1879<sup>849</sup> werden an 16 LG in Bayern KfH gebildet.<sup>850</sup> Die Zahl der Handelsrichter sollte nach deren § 3 indes individuell bestimmt werden

---

843 Vgl. bereits den kritischen Antrag des Abg. *Beckers* v. 08.11.1876, oben in FN 820.

844 Abgedruckt, in: Bay. HStA München, Abt. I, MJu 12809, No. 14; Motive waren einzig die Begriffsbestimmung, vgl. Bericht des Referenten des Bundesraths Ausschusses für Justizwesen über den Entwurf einer deutsche Civilprozessordnung nebst Einführungsgesetz, in: Bay. HStA München, Abt. I, MJu 12809, No. 16, S. 2.

845 Abgedruckt, in: Bay. HStA München, Abt. I, MJu 1403/a: Beilage C, S. 117, und Begründung auf S. 135 ff. = betreffend die Zuständigkeit der nicht zur ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeiten gehörenden Handelssachen in Art. 27 Abs. 2 des Entwurfs.

846 Vgl. 18. Protokoll der Sitzung des besonderen (VIII.) Ausschusses der Kammer der Abgeordneten zur Berathung der durch die Ausführung der Reichs-Prozeßordnungen des Reichs-Gerichtsverfassungsgesetzes veranlaßten Gesetzentwürfe vom 26.11.1878, S. 126, in: Bay. HStA München, Abt. I, MJu 14043/a, No. 29; sowie in: Beilage J. Zusammenstellung, S. 432, in: Bay. HStA München, Abt. I, MJu 14043/a, No. 37.

847 Die Verschiebung ist die Folge der Einführung des neuen Art. 9 (ehemals Art. 8a des Entwurfs der Bearthungen, vgl. Beilage J. Zusammenstellung, S. 429, in: Bay. HStA München, Abt. I, MJu 14043/a, No. 37), der die Gerichtsbarkeit nach der revidierten Rheinschiffahrtsakte vom 17.10.1868 regelte.

848 Laut Regierungsvorlage sollte diese am 27.01.1877 in Kraft treten, Art. 81.

849 VO in Bay. StA München, MJu 14258, orange Mappe, No. 1/1-5.

850 Diese sind: München I, Passau, Frankenthal, Bamberg, Bayreuth, Hof, Aschaffenburg, Schweinfurt, Würzburg, Regensburg, Ansbach, Fürth, Nürnberg, Augsburg, Kempten, Memmingen.

können. Aufgrund der hohen Nachfrage werden mit der Verordnung vom 26.07.1890<sup>851</sup> am LG München I sowie in Nürnberg je eine weitere KfH gebildet. Diese Erweiterungsmaßnahme wird sodann mit Verordnung vom 07.09.1891<sup>852</sup> dahingehend geöffnet, dass von nun an der Staatsminister der Justiz die Anzahl der KfH vor den LG individuell bestimmen kann. Einzig Landshut bemängelt noch 1900 nach zahlreichen gescheiterten Versuchen das Fehlen einer KfH.<sup>853</sup> Erst mit Verordnung vom 29.11.1902<sup>854</sup> wird ihr ab dem 01.01.1903 eine KfH eingeräumt. Weiterhin steigende Fallzahlen vor den KfH führen Anfang des 20. Jahrhunderts immer wieder zu Anträgen auf Erweiterung derselben bzw. Hinzufügungen, teilweise aber auch zu Reduzierungen.<sup>855</sup>

Nachdem sich zwischen dem 01.01.1883 und dem 24.01.1905 die Anzahl der KfH von 80 auf 151 fast verdoppelt hatte<sup>856</sup>, folgte am 13.03.1905 eine Novelle zum GVG, in welcher der Kreis der zum Handelsrichteramt berechtigten Personen auch auf u. a. Geschäftsführer einer GmbH erweitert wurde und neben dem Wohnort der Ort der gewerblichen Niederlassung als ortsbezogenes Bestellungsmerkmal ergänzt wurde.

Zusammenfassend muss die schlussendliche Etablierung der KfH als eine von vielen Kompromisslösungen im Rahmen eines einheitlichen GVG gesehen werden.<sup>857</sup> Beginnend mit den Erwägungen zu einer der Rechtseinheit diametral entgegenstehenden Bedürfniserrichtung von Handelsgerichten, setzt sich dieser Zwiespalt bis in die Kommissionsberatungen fort. War die Kommission gegen die Einführung von besonderen Handelsgerichten, so wurden die KfH als geringere Abkehr von dem grundsätzlichen staatlichen Verfahrensmonopol akzeptiert. Diverse Vorschläge zur systematischen Anpassung des Verfahrens an die handelsrechtlichen

---

851 VO in Gesetz- und Verordnungsblatt No. 29 v. 29.07.1890, S. 505–506, in: Bay. StA München, MJu 14258, hellblaue Mappe, No. 62.

852 VO in Justizministerialblatt XIII v. 14.09.1891, S. 169–170, in: Bay. StA München, MJu 14258, graue Mappe, No. 7.

853 Vgl. Ausschnitt in: Bay. StA München, MJu 14258, dunkelblaue Mappe, No. 23.

854 VO in Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 55 S. 727, in: Bay. StA München, MJu 14258, dunkelblaue Mappe, No. 4.E.

855 Vgl. Antrag LG München von 7 auf 6 KfH am 15.11.1929; alle Materialien dazu in: Bay. StA München, MJu 14259.

856 Vgl. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Änderung des § 113 des Gerichtsverfassungsgesetzes. Vom 24.01.1905, S. 5, in: MJu 14041 (= BR-Drucks. 13).

857 So wird auch in den Diskussionen und Stellungnahmen die Beschreibung als *Kompromiss*, *Mittelweg* oder *Vermittlungsvorschlag* wiederholt betont: vgl. *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 2, S. 934, 1064, 1074, 1079, 1092.

Bedürfnisse – wie etwa erweiterte Sachverständigengutachten – fanden keinen Eingang. Wie auch die eigentliche Diskussion über die Frage nach der Notwendigkeit von Fachrichtern in Zeiten umfänglich kodifizierten Handelsrechts einen angemessenen Resonanzraum bei den Beratungen vermissen lässt, mangelt es auch bei den KfH an konkreten Lösungsmöglichkeiten zur Beschleunigung der Verfahrensdauern. Auf die Auswirkungen dieser Konstellation wird vermöge ihrer prägenden Wirkung in den Schlussbemerkungen gesondert einzugehen sein.

## Abschnitt 6: Zusammenfassung der deutschen Entwicklung

Anfangs waren die Bemühungen der Kaufleute um Sonderjurisdiktion eher verhalten. Der Königs- und damit der Marktfrieden boten ausreichenden Schutz. Gerade durch die Errichtung der speziellen öffentlichen Marktgerichte war das aufkeimende Bedürfnis der Kaufleute nach Spezialisierung, Fachkompetenz und Beschleunigung im Verfahren gestillt. Erst mit der aufkommenden Gilden- und Zunftbildung setzte ein stärkerer Drang nach Sondergerichten ein. Diesem wurde auch entsprochen. Um das staatliche Verfahrensmonopol auch zu jener Zeit zu sichern, wurden weitere Institutionen mit öffentlichem Charakter und Kaufleuten als Urteiler geschaffen. Insbesondere das anfängliche Hansgrafamt besticht durch die kombinatorische Beteiligung von juristischen Laien und Fachkundigen an der Urteilsfindung sowie durch die enge Verbundenheit mit der Obrigkeit. Damit ist es ein Sinnbild für die durch Laienexpertise und das staatliche Verfahrensmonopol geprägte hoheitliche Sondergerichtsbarkeit.

Diese Entwicklung setzt sich auch in Zeiten des schleppenden Prozessrechts fort. Gerade in Nürnberg zeigen die Kaufleute besondere Ambitionen und werden zum Schrittmacher der Handelsprozessrechtsgeschichte. Nicht zuletzt durch die Gründung des Nürnberger Marktgewölbes und des namhaften Nürnberger Bankoamts als Konsequenz der Privilegien Maximilians I. aus dem Jahr 1508 wird die Beteiligung der Kaufleute als juristische Laienrichter auf einen neuen, offiziellen Rang gehoben. Unter dem Wunsch des Erhalts des staatlichen Verfahrensmonopols findet diese Entwicklung ihren Fortgang in der Ernennung der handelsmännischen Assessoren für das Merkantil-, Friedens- und Schiedsgericht zu Nürnberg. Die Nürnberger Entwicklungen heben dabei die primäre Aufgabe der Kaufleute an der Rechtsprechung anschaulich hervor. Aufgrund ihrer besonderen Kenntnis der Gebräuche und Sitten in Handelssachen sind sie gegenüber den geschulten Juristen die besseren Fachrichter, soweit es sich

um die Beurteilung von unter Gewohnheitsrecht stehendem Handelsrecht handelte. Die Kombination aus Fachrichtertum und dem Bedürfnis nach raschen Verfahren führt gleichwohl zu einem Konflikt mit der sich aus dem grundsätzlichen staatlichen Verfahrensmonopol ergebenden Verfahrensförmlichkeit. Gerade diese Konflikte tragen sich bis in die Beratungen zum ersten gesamtdeutschen GVG fort. Hervorzuheben ist hierbei, dass die Einführung selbstständiger Handelsgerichte mit oder durch § 1 E-GVG eine der *Gretchenfragen* der Kodifikationsgeschichte bildet. Eben auch die Tatsache, dass in den Handelsgerichten privilegierte Standesgerichte gesehen wurden, führte zu erheblichen Ressentiments. Auf der anderen Seite sahen die Kaufmannschaften in der Abkehr eine gravierende Verletzung ihrer historisch gewachsenen Privilegierung sowie der handelsrechtlichen Besonderheiten.<sup>858</sup> Die schlussendliche Einführung der KfH muss bei klarer Betrachtung als reine Kompromisslösung gesehen werden. War die Kommission gegen die Einführung von besonderen Handelsgerichten, so wurden die KfH als geringere Abkehr von dem grundsätzlichen staatlichen Verfahrensmonopol akzeptiert. Historisch betrachtet, verfehlt sie indes die wesentlichen Kernfragen einer besonderen Jurisdiktion für Kaufleute. Weder sind die gewandelten Verhältnisse, die Rechtsquellen betreffend, berücksichtigt, noch erfüllt sie das besondere Bedürfnis nach schneller Urteilsfindung. Durch die starke Bindung an das staatliche Verfahren gelingt es u. a. nicht, den KfH die notwendige verfahrensförmliche Freiheit einzuräumen. Anders gewendet, diente die Einführung der KfH auch der Zweckmäßigkeit, wobei jeder diesbezügliche Motivgedanke als Ausgangspunkt für die Entwicklung weiterer Lösungsmöglichkeiten Verwendung finden kann.<sup>859</sup>

Trotz aller Kritik muss das unbedingte Bemühen um Rechtsvereinheitlichung hervorgehoben und gewürdigt werden. Nachdem im Jahr 1808 der *Code de commerce* als Teil des *Code civil* und die damit verbundenen *tribunaux de commerce* als besondere Handelsgerichte mit Fachrichtern Einzug nach Deutschland gefunden hatten, war der Weg für das ADHGB von 1861 geebnet worden. Es folgten das BOHG von 1869 und das ROHG von 1871 als erste Bundes- bzw. Reichsobergerichte sowie das spätere RG. Bemerkenswert an dieser Stelle ist, dass es vor dem RG eine eigene Zivil-

---

858 So auch: *Merzbacher*, Geschichte und Rechtsstellung des Handelsrichters. Rede vor der Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt, S. 30.

859 So auch: *Schepp*, Die Stellung der Kammer für Handelssachen im Gerichtsaufbau (Diss.), S. 37.

kammer für das sog. rheinische Recht der westrheinischen Länder gab.<sup>860</sup> Hierbei galten seinerzeit prozessual das alte französische System und die bezüglich Besetzungsregelungen. Mit Annahme durch den Reichstag am 07.04.1897 und Verkündung am 21.05.1897 löste mit In-Kraft-Treten am 01.01.1900 das neue HGB das alte ADHGB ab.

Diese neue Form der Einheitsgesetzgebung, beginnend in Frankreich und auf Deutschland übergreifend, kann als Fundament unserer heutigen Rechtsordnung gesehen werden. Wenngleich die Anfänge auf das Handelsrecht beschränkt waren, so bildeten sie doch die Vorreiterstellung für weitere Kodifikationen des allgemeinen Zivilrechts. Darüber hinaus kann in der Einheitsgesetzgebung auch eine Form der Nationalintegration gesehen werden, war für Deutschland die Rechtseinheit, flankiert von dem BOHG als erstem Bundesobergericht, doch ein starker Motor hin zur Nationaleinheit.<sup>861</sup> Gleichwohl ist dabei stets die Intention der Mitwirkenden zu betrachten: War die Integration bewusst gewollt oder nur ein Nebenprodukt bei der Verfolgung anderer Ziele? Wie *Gönner* bereits im Jahr 1808 vermerkte, ist die Rechtseinheit von zentraler Bedeutung für den überregionalen Handel und Verkehr.<sup>862</sup> Gleich trat dieses Bedürfnis bereits an anderer Stelle durch die Handelsleute selbst gestellt hervor.<sup>863</sup> Verkannt werden darf aber nicht, dass mit einer Rechts- und Gesetzeseinheit auch eine gewisse Macht im zersplitterten Deutschland einherging oder -gehen sollte. Diese politischen Erwägungen attestierten bereits *Biener* (1781) und *Reitmeier* (1801).<sup>864</sup> Hingegen verwies *Thibaut* explizit bei seiner Forderung nach einem deutschen Nationalgesetzbuch auf die Integrationswirkung einer gesamtdeutschen Kodifikation. Die Vorteile für den Handel erschienen ihm dabei als positiver Nebeneffekt.<sup>865</sup> Wenngleich der Handel das Kernstück einer Gemeinschaft darstellt, so verwies die Leipziger Literatur-Zeitung doch im Jahr 1816 darauf, zunächst

---

860 Vgl. Zweiter Zivilsenat (sog. rheinischer Senat), vgl. dessen Entscheidungen in: RGZ 1, 193–222, 407–422.

861 Mehr und ausführlich dazu bei: *Müßig*, Handelsrechtseinheit durch Höchstgerichtsbarkeit: Die Entstehung des Bundes- bzw. Reichsoberhandelsgerichts, in: *Cordes* (Hrsg.), Eine Grenze in Bewegung, S. 265 ff.

862 *Gönner*, Einführung des Code Napoleon, in: Archiv für die Gesetzgebung und Reforme des juristischen Studiums, Bd. 1, S. 190 ff.

863 Vgl. obige Ausführungen zu den Gilden etc. mit überregionalen Übereinkünften und landesunabhängiger Justiz durch die eigenen.

864 *Schöler*, Deutsche Rechtseinheit: partikulare und nationale Gesetzgebung (1780–1866), in: Forschungen zur Deutschen Rechtsgeschichte, Bd. 22, S. 22, 33, 39.

865 *Schöler*, Deutsche Rechtseinheit: partikulare und nationale Gesetzgebung (1780–1866), in: Forschungen zur Deutschen Rechtsgeschichte, Bd. 22, S. 106 ff.

lediglich oder vornehmlich diejenigen „Rechtsgegenstände, um welche die Bewohner Deutschlands, als Individuen, in der frequentesten und allgemeinsten Wechselwirkung über ihre respectiven Territorialgränzen hinweg stehen“<sup>866</sup> zu vereinheitlichen, um so eine bürgernähere Integrationswirkung durch die Rechtseinheit hervorzubringen. In jedem Fall jedoch führte die Rechtseinheit zu einer besonderen Nationalintegration.

---

866 Rechtswissenschaft – Beschluss der Recension von Anton Friedrich Thibaut  
Civilistische Abhandlungen, in: Leipziger Literatur-Zeitung, Bd. 1, S. 276.



Titel IV. – Zusammenfassung und Schlussbemerkung zu den geschichtlichen Entwicklungen

Bereits in der Einleitung zu dieser Untersuchung wurde auf die drei prominenten Zielgrößen hingewiesen: das staatliche Verfahrensmonopol, die Verfahrensförmlichkeit sowie die Laienexpertise. Im Folgenden soll versucht werden, die Ergebnisse der historischen Untersuchung anhand dieser drei Faktoren systematisch darzustellen.

Abschnitt 1: Verfahrensförmlichkeit

Wenn *Silberschmidt* meint, dass „die Formen des ordentlichen Prozesses [für Handelssachen] abzukürzen seien“<sup>867</sup>, dann ist ihm durchaus zuzustimmen. Bereits zu Beginn der Untersuchung wird deutlich, dass die Kaufleute in Italien und insbesondere die Fremden nicht auf einen langen Prozess warten konnten.<sup>868</sup> Das summarische Verfahren in Handelssachen ging von den italienischen *Consules mercatorum* schließlich auf die Seegerichte Italiens und Frankreichs und von dort aus auf die Messen und endlich auch teilweise auf die ordentliche Gerichtsverfassung über. Nicht nur der skizzierte Weg über Frankreich, sondern selbstverständlich auch der direkte, führte die italienischen Kaufleute – und damit ihr System – nach Deutschland.<sup>869</sup> Im Reichsgebiet herrschte anfangs das mündliche Verfahren. Diese natürliche rasche Erledigung verlor sich endlich durch und nach der Rezeption des römischen Rechts. Gleichwohl wuchs erneut das Bedürfnis nach Beschleunigung, besonders in Handelssachen als das originäre schnelle Verfahren. *Silberschmidt* geht sogar einen Schritt weiter und sagt, dass der wahre „Entstehungsgrund und Zweck des deutschen Handelsgerichts [allein] die Schaffung eines beschleunigten kaufmännischen Prozesses“<sup>870</sup> war. Auch *Bartolus* geht in diese Richtung, wenn er sagt: „*In curia mercatorum aequitatem praecipue sepctandam et ex bono et aequo causas dirimendas esse,*

---

867 *Silberschmidt*, Die Entstehung des deutschen Handelsgerichts, S. 159.

868 Vgl. *Lattes*, Il diritto commerciale nella legislazione statutaria delle città italiane, S. 92, n. 10.

869 Teil der Kaufmannsstadt (*pagus mercatorum*) Römling (*inter Romanos*) in Regensburg deuten auf feste Ansiedelung italienischer Kaufleute hin, vgl. *Maurer*, Geschichte der Städteverfassung in Deutschland, Bd. 1, S. 405 f.

870 *Silberschmidt*, Die Entstehung des deutschen Handelsgerichts, S. 161.

*et de apicibus juris disputare minime congruere.*<sup>871</sup> Dabei sind die *apices Juris* die starren Konsequenzen der abstrakten Rechtsregel bei ausschließlicher Anwendung des Rechts. Das Begehren nach Beschleunigung findet sich auch in dem fließenden Übergang zu den Schlichtungsverfahren für Handelssachen.<sup>872</sup> In jedem Fall aber führte der Wunsch zur Beschleunigung stets zur Aufweichung der Verfahrensförmlichkeit.

Gerade dieses Bedürfnis nach schnellen und kostengünstigen Verfahren galt es somit stets mit dem Wunsch nach rechtlich präzisen Urteilen in Ausgleich zu bringen. Soweit die Streitigkeiten kompliziert wurden, mithin meist kodifiziertes Recht berührten, fanden später die gelehrten Rechtskundigen sowie das starre und akkurate Verfahrensrecht Einzug in die Handelsprozesse. Dieser strikten Aufspaltung waren aber auch andere Systeme wie etwa die Beziehung von juristischen Gutachten und Gerichtsschreibern vorausgegangen. Durch diese Gutachten konnten kodifikationsrechtliche Fragen der Streitsache ebenfalls beantwortet werden, ohne dass die Parteien auf die Verbindung aus Rechtskunde und Fachkunde verzichten mussten.

Mit der Errichtung der heutigen KfH findet sich jedoch kein dem Handelsrecht besonderer Ausgleichsversuch zwischen Prozessbeschleunigung und Rechtspräzision. Vor den KfH findet das allgemeine Zivilprozessrecht Anwendung. Sonderbestimmungen zur Beschleunigung sind nicht vorgesehen. Das historisch jederzeit bestandene Bedürfnis nach rascher und kostengünstiger Urteilsfindung musste bei der Errichtung der KfH zugunsten der Einheit der Verfahrensformen vor staatlichen Gerichten zurückstehen.<sup>873</sup>

Obschon dieser Niederlage wurde auch weiterhin versucht, die Verfahrenszeiten zu reduzieren. U. a. wurden die Verfahren in Wettbewerbssachen nicht länger als Press-Delikt vor den ausführlich verhandelnden Schwurgerichten, sondern im Jahr 1914 an die ordentliche Strafkammer

---

871 In: *Endemann*, Beiträge zur Kenntniß des Handelsrechts im Mittelalter, in: *Goldschmidt* (Hrsg.), Zeitschrift des gesamten Handelsrechts, Bd. 5, S. 333 ff., 362.

872 Vgl. diesbezügliche Anmerkungen von *Kreittmayr*, in: *Kreittmayr*, Anmerkungen über den Codicem Maximilianeum Bavaricum civilem, Bd. 5, Cap. 26 (S. 1781 ff.), § VII, S. 1795 f.

873 Mehr dazu unter Kapitel C Titel. II Abschnitt 3, sowie Titel III Abschnitt 3.

verwiesen.<sup>874</sup> Es folgten neben den prominenten Anträgen Bayerns<sup>875</sup> und Hamburgs<sup>876</sup> auch nach dem Jahr 1933 zahlreiche Änderungen der ZPO<sup>877</sup>, um ganz allgemein das Zivilverfahren zu beschleunigen und Kosten zu sparen. Eine besondere Beschleunigung für Handelssachen fehlt indes vollständig.

## Abschnitt 2: Laienexpertise

Zu Beginn der Untersuchung könnte die These aufgestellt werden, dass die Besetzung besonderer Handelsgerichte ausschließlich durch juristische Laien geprägt war. In der Praxis zeigt sich indes vielmehr, dass sich eine Mischung zwischen Rechtsgelehrten und Kaufleuten herausgebildet hatte. Diese Zusammensetzung sollte für das im Wesentlichen nicht kodifizierte Handelsrecht eine möglichst beschleunigte und rechtlich präzise Urteilsfindung ermöglichen.

Originäre Handelsgerichte finden sich anfangs in Deutschland nur selten (z. B. in Nürnberg). In Braunschweig waren Richter und Ratsmitglieder je hälftig verteilt. Der Leipziger Stadtrat verzichtete im Ergebnis sogar gänzlich auf eine feste Verteilung. In Naumburg entschied der Rat nur unter Zuziehung von zwei handelskundigen Personen.<sup>878</sup> Die Admiralität in Hamburg war wie gesehen gänzlich mit Laien, Juristen und Kaufleuten

---

874 Dem Verlangen der Kaufmannschaft wurde mit dem Änderungsgesetz zum RGVG v. 21.08.1914 (Gesetz- und Verordnungs-Blatt für das Königreich Bayern, Nr. 48, v. 24.08.1914, S. 83 f., in: Bay. HStA., MJu 14052) entsprochen (sämtliche Unterlagen dazu seit 1908, in: Bay. HStA., MJu 14052; enthält Eingaben und Stellungnahmen der Kaufmannschaft, Protokolle, Zeitungsartikel etc.); bzgl. der Press-Delikte: Siehe bereits oben bei Sitzung des Justizausschusses v. 09.12.1876: Bayern erklärt sich für den § 81 und glaubt, dass eine Verständigung in dem Sinne möglich wäre, dass diejenigen Staaten, welche schwurgerichtliches Verfahren für Preßdelicte haben, dasselbe auch beibehalten können.

875 Vom 11.06.1874 im Bundesrath: § 251 Abs. 1 des Kommissionsentwurfs anzunehmen, da „*Der rasche Gang und die Lebendigkeit der mündlichen Verhandlung wird durch lange Protokollirungen beeinträchtigt.*“ In: Bay. HStA., MJu 12809, No. 22, S. 2.

876 Antrag-Nr. 3 vom 12.06.1874 im Bundesrath: § 451 ZPO [Berufungsfrist als Notfrist] so zu ändern, dass die Frist für Urteile der Landgerichte 1 Monat, für Urteile der Amts- und Handelsgerichte zehn Tage und für Urteile in Wechsel-, Fracht- und Heuersachen drei Tage betragen solle, in: Bay. HStA., MJu 12809, No. 23, S. 4.

877 Vgl. Gesetz v. 27.10.1933 (RGBl., S. 780).

878 *Silberschmidt*, Die Entstehung des deutschen Handelsgerichts, S. 162.

sowie den Alten durchmischt. Man kann erkennen, dass die Besetzung mit Nichtgelehrten nicht einer starren Gerechtigkeitsvorstellung, sondern vielmehr einer Überlegung der Akzeptanz sowie der besonderen Fachkenntnis entsprungen sein mag. Urteilern und Richtern war kraft ihrer Kenntnis und ihres Ansehens eine größere Legitimation eingeräumt. So hatten die Urteile des mit angesehenen Kaufleuten besetzten Rates durchaus ein gesellschaftliches Gewicht. In Freiburg waren die 24 Marktgeschworenen zwar zunächst nur Urteiler, es ist aber davon auszugehen, dass sie darüber hinaus als Vertreter der Gemeinde angesehen waren und als solche auch tätig wurden.<sup>879</sup> Eine ähnliche Aussage kann über die im Rat sitzenden Nürnberger Kaufleute getroffen werden. Auch die Bestellung der Kaufleute nur als Gerichtsgutachter ist bekannt.<sup>880</sup>

Richtig und wichtig ist jedenfalls, dass die Kaufleute mittels ihrer besonderen Kenntnisse über Gebräuche und Sitten in Handelsachen gegenüber den juristisch gelehrten Richtern die besseren Fachrichter waren. Dies gilt selbstverständlich unter der Maxime, dass es sich um die Beurteilung von unter Gewohnheitsrecht stehendem Handelsrecht handelte.

*Silberschmidt* beruft sich darauf, dass es unmöglich sei, ein bestimmtes System als bevorzugt anzuerkennen, sondern es schlicht bei der Grundforderung bleibe: „*Schnelle, praktische Justiz, von wem immer sie ausgeht!*“ Dem ist an dieser Stelle entschieden entgegenzutreten. Vermöge der in den obigen Darstellungen und Quellen ausgeführten Schwankungen und lokalen Unterschieden ist eine Urform der Spezialgerichte für Handelsachen tatsächlich nicht festzustellen. Jedoch ist zu beachten, dass die Laien nicht kraft ihrer Laienschaft<sup>881</sup> als Richter herangezogen wurden, sondern kraft ihres Vertrauens und ihrer Expertise in das tatsächliche (*nicht* oder nur *teilweise* kodifizierte) *Recht*. Dieser Vertrauensaspekt als geschichtlich wichtiger Faktor für Kraft und Macht eines Gerichts respektive eines Urteils kann heute zurückgestellt werden. Gleichwohl bleibt die Frage nach der

---

879 *Waitz*, Deutsche Verfassungsgeschichte. Die Deutsche Reichsverfassung von der Mitte des neunten bis zur Mitte des zwölften Jahrhunderts, Bd. 7, 2. Aufl., S. 412 f.

880 Siehe oben, FN 633.

881 Anders bei den reine Laiengerichten wie z. B. dem 1890 eingeführten Gewerbegericht (Gesetz v. 29.07.1890, in: RGBl., S. 141–162), das durch die Arbeitsgerichtsbarkeit (1926) abgelöst wurde; vgl. *Lemke-Küch*, Der Laienrichter – überlebtes Symbol oder Garant der Wahrheitsfindung?, in: Europäische Hochschulschriften, Bd. 5640, S. 134.

Legitimation und dem Bedürfnis nach Expertise weiterhin bestehen.<sup>882</sup> Diese wiederum ist wie aufgezeigt maßgeblich von der Art der Rechtsquellen abhängig. Insoweit waren die Kaufleute am Maßstab des früheren Handelsrechts als „*Sonderrecht sozialautonomen Ursprungs (...) zu dem der im Umgang mit der römischen Rechtstradition geschulte Jurist nur schwer Zugang fand*“<sup>883</sup> schlicht die besser geeigneten Richter. Für die heutige Gerichtsverfassung ist die Darstellung der Handelsrichter daher in die Frage nach dem *Ob* und die Frage nach dem *Wie* zu unterteilen.<sup>884</sup>

### Abschnitt 3: Staatliches Verfahrensmonopol

Auch der Themenkomplex rund um das staatliche Verfahrensmonopol kann in ein *Ob* und in ein *Wie* aufgeteilt werden. Die Frage nach dem *Ob* soll wie eingangs dargestellt bei dieser Untersuchung hinter die Frage nach dem *Wie* zurücktreten. Insoweit zeigt sich gerade in den Anfängen der Handelsgerichtsbarkeit eine starke Tendenz zu privaten Gerichten. Diese waren kraft ihrer privaten Autonomie weitestgehend unabhängig und standen auch teilweise in Wettstreit mit den hoheitlichen Gerichten der Obrigkeit. Das Bemühen um den Erhalt und die Wiedergewinnung des vollständigen staatlichen Verfahrensmonopols musste im Laufe der Entwicklung mit zahlreichen Privilegien für die hoheitlichen Handelsgerichte erkaufte werden. Während die übrigen Prozesse an strenge Verfahrensvorgaben gebunden waren, kam es gleich den privaten Gerichten auch vor den hoheitlichen Handelsgerichten zu Reduktionen der Formvorschriften. In der Konsequenz stellt sich daher die Frage, ob darin weiterhin der Erhalt des eigentlichen Verfahrensmonopols zu sehen ist oder es sich lediglich um eine *Verstaatlichung* der privaten Gerichte handelt. Auf der einen Seite kann das staatliche Verfahrensmonopol als gerade von der unbedingten Einheit und Gleichheit der Verfahren geprägt gesehen werden, auf der anderen Seite handelt es sich im Wesentlichen um die monopolistische Stellung des Staates, Institute zur Streitbeilegung bereitzuhalten.

---

882 *Langermann* bejaht sogar die Frage, ob Kaufleute vollwertige Richter sein können: *Lauterbach/ Langermann*, Theseis De Jure In Curia Mercatorum Usitato, Thes. LXV; dazu später mehr.

883 *Zimmermann*, GVG, in: *Krüger/ Rauscher* (Hrsg.), Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 3, 5. Aufl., § 93, Rn. 1.

884 Mehr dazu unter Kapitel C Titel III Abschnitt 1.

Neben der Privilegierung der eigenen hoheitlichen Sondergerichte zur Verdrängung der privaten sehen wir insbesondere in Deutschland am Beispiel von Nürnberg die Tendenz zur sukzessiven *Verstaatlichung* der privaten Sondergerichte der Kaufleute. Die hoheitliche Rückeroberung der Handelsgerichtsbarkeit fand endlich ihren ersten Höhepunkt in der Etablierung zahlreicher besonderer und selbstständiger staatlicher Handelsgerichte und des folgenden Bundes- bzw. Reichsobergerichts.

Diese Entwicklung wäre wohl nicht möglich gewesen, wäre es dem Handel und dem Gewerbe nicht von jeher in die Wiege gelegt, durch Korporationen und Zusammenschlüsse eigene Interessen in den politischen Fokus zu rücken und gesellschaftliche Entwicklungen zu prägen. Grundsätzlich verhält sich die Einflussstärke einer Interessengruppe direkt proportional zu folgenden fünf Faktoren: Finanzkraft, Mitgliedsstärke, rechtliche Privilegierung, Stellung im System der Interessenorganisationen sowie Zugang zu politischen Einflussadressen.<sup>885</sup> Gerade sein hervorgehobener wirtschaftlicher Stellenwert hat dem Handel und dem Gewerbe in all diesen Kriterien positiven Aufschwung verschafft und den Weg zu Sondergerichten (und Rechtskodifikation) frühzeitig geebnet.

Auch die modernen KfH können sich jedenfalls entwicklungschronologisch in die Reihe der Handelsgerichtsinstitute einfinden. Allerdings propagieren sie durch ihre Eingliederung in den durch einheitliche Verfahrensregelungen geprägten, ordentlichen Gerichtsaufbau vehementer als ihre Vorgänger das staatliche Verfahrensmonopol als höchstes Ziel der Zeit. Das dem Handelsrecht immanente Bedürfnis nach besonders beschleunigten Verfahren wurde dabei übergangen.

---

885 *Lichter*, Die Handelskammern und der Deutsche Handelstag im Interessengruppensystem des Deutschen Kaiserreichs, in: Kölner Vorträge und Abhandlungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 40, S. 14 u. FN 28.

## Kapitel B – Wesensmerkmale der modernen KfH

Nachdem in dem vorangestellten Kapitel A die Entwicklungsgeschichte der besonderen Handelsgerichte respektive der KfH dargestellt wurde, wird im Folgenden die aktuelle und tatsächliche Ausgestaltung derselben zu klären sein. Dieser Abbildung soll eine Einordnung der KfH zu den bereits genannten drei Zielgrößen folgen. Besonders die praktischen Erwägungen und Gegebenheiten der Gegenwart finden endlich in Kapitel C Eingang in die Untersuchung. Die Entwicklungsgeschichte hat bereits gezeigt, dass sich das Wesen der Handelsgerichtsbarkeit grundlegend verändert hat. *„Das gilt sowohl im Hinblick auf die Stellung der KfH in der Gerichtsverfassung als auch im Hinblick auf ihre allgemeine Charakterisierung.“*<sup>886</sup> Um also im Kapitel C auf Fragestellungen der Gegenwart und Lösungsansätze aus der Geschichte eingehen zu können, bedarf es einer Abbildung des Status quo.

---

886 Schepp, Die Stellung der Kammer für Handelssachen im Gerichtsaufbau (Diss.), S. 50.

Titel I. – Bestehen und Besetzung

Abschnitt 1: Institutionell

Institutionell handelt es sich bei den KfH um gesetzlich nicht zwingend vorgeschriebene spezielle Kammern an den Landgerichten als Teil des ordentlichen Rechtszugs.<sup>887</sup> Dabei treten die KfH gemäß § 94 GVG als spezielle Spruchkörper strukturell an die Stelle der allgemeinen ZivilK.

Gemäß § 93 Abs. 1 S. 1 GVG werden die 16 Landesregierungen Deutschlands dazu ermächtigt, KfH an den Landgerichten zu konstituieren. Ursprünglich waren dafür die jeweiligen Landesjustizverwaltungen kompetent (§ 93 Abs. 1 GVG a. F.) bzw. die delegierenden Landesregierungen nach dem Gesetz vom 01.07.1960.<sup>888</sup> Aufgrund von Zweifeln über die Vereinbarkeit mit dem Zitiergebot erfolgte die Ergänzung bzw. Feststellung der Delegationsbefugnis in § 93 GVG.<sup>889</sup> Von dieser Möglichkeit haben die meisten Landesregierungen Gebrauch gemacht und entsprechende Rechtsverordnungen erlassen.<sup>890</sup>

Das Bundesgebiet ist in 115 LG-Bezirke untergliedert.<sup>891</sup> Obschon des den Ermächtigten eingeräumten Beurteilungsspielraums, ob und inwieweit eine Errichtung von KfH notwendig ist, ist in der Praxis an allen LG mindestens eine KfH eingerichtet.<sup>892</sup> Die Anzahl der jeweils eingerichteten

---

887 Auf das Verhältnis zwischen KfH zu den allg. ZivilK wird in Titel III dieses Kapitels eingegangen.

888 Gesetz v. 01.07.1960, BGBl. 1960, S. 481.

889 Gesetz v. 19.04.2006, BGBl. 2006, S. 866, sowie Begründung: BT-Drucks. 16/47, S. 48.

890 Vgl. Baden-Württemberg: § 12 ZuVOJu; Bayern: § 2 GZVJu; Brandenburg: § 1 GerZustV; Hamburg: LGKamHdlsVO; Hessen: § 4 JuZuV; Mecklenburg-Vorpommern: § 1 KafHSBildVO; Niedersachsen: § 1 ZustVO-Justiz; Nordrhein-Westfalen: § 1 KHSVO; Rheinland-Pfalz: § 1 HKVO RhPF; Saarland: § 4 SAG GVG; Sachsen-Anhalt: § 4 LSAZivGerZustVO; Schleswig-Holstein: § 1 HandS-KammVO; Berlin hingegen hat von der Möglichkeit der Ermächtigungsübertragung auf die Landesjustizverwaltung nach Abs. 2 Gebrauch gemacht (§ 1 BlnHKEÜVO); für Thüringen: VO v. 12.08.1993, GVBl. 563, zuletzt geändert 01.12.1995, GVBl. 404 (vgl. Beck'scher Kurz-Kommentar ZPO, in: *Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann* (Hrsg.), Bd. 1, 77. Aufl., § 93 GVG); für Sachen vgl. § 2 JuZustVO (nach *Jacobs*, GVG, in: *Stein/Jonas* (Hrsg.), Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 10, 22. Aufl., § 93 Rn. 6); k. A. für Bremen.

891 Vgl. individuelle Auflistung auf [justiz.de/Orts\\_Gerichtsverzeichnis/index.php](https://justiz.de/Orts_Gerichtsverzeichnis/index.php) (zuletzt: 27.09.2018, 13.17 Uhr).

892 Vgl. dieser Arbeit zugrunde liegende Recherchen sowie: *Zimmermann*, in: *Rauscher/Krieger*, Münchener Kommentar zur ZPO, Bd. 3, 5. Aufl., § 93 GVG, Rn. 2,



KfH ist durch die Ermächtigten selbst festzusetzen und kann nicht auf den jeweiligen LG-Präsidenten übertragen werden.<sup>893</sup> Weiterhin dürfen mehrere KfH in einem LG-Bezirk gebildet werden. Insgesamt bestehen daher derzeit ca. 318 KfH in Deutschland.<sup>894</sup> Davon entfallen z. B. 45 KfH auf Bayern und 39 KfH auf Baden-Württemberg. In Bayern<sup>895</sup> bestehen an elf von 22 LG und in Baden-Württemberg<sup>896</sup> an zehn von 17 LG mindestens zwei KfH. Gemäß § 13a GVG kann durch Landesrecht eine gemeinsame KfH für mehrere LG-Bezirke gebildet werden und so eine gerichtsübergreifende Zuständigkeitskonzentration erwirkt werden.<sup>897</sup>

Gleichwohl werden die anfallenden Sachen teilweise turnusmäßig zwischen den bestehenden KfH verteilt, sodass keine den allgemeinen ZivilK vergleichbare Auslastung erreicht wird. Auch ist eine interne Sachverteilung zwischen den KfH eines LG nach unterschiedlichen Zuständigkeitsbereichen und Spezialisierungen nicht unüblich.<sup>898</sup>

## Abschnitt 2: Das sog. deutsche System

Von den allgemeinen ZivilK an den LG unterscheidet sich die KfH prominent durch ihre Besetzung. Insoweit weicht die KfH zwar nicht von dem grundsätzlichen Kollegialprinzip (§ 75 GVG) einer LG-Kammer ab, setzt sich aber in ihrer konkreten Ausgestaltung aus einem Berufsrichter (Volljurist) und zwei ehrenamtlichen Handelsrichtern (§ 45a DRiG) zusammen,

---

mit Verweis auf *Schulz*, Zivilprozessuale Probleme in Verfahren vor der Kammer für Handelssachen, in: *Huber/ Lorenz/ Rönnau/ Vofskuhle* (Hrsg.), Juristische Schulung (JuS), Heft 10, S. 909-912 (909); a. A.: „nicht bei jedem LG“, *Zimmermann*, Zivilprozessordnung, 10. Aufl., § 93, Rn. 1.

893 Vgl. *Kissel/ Mayer*, Gerichtsverfassungsgesetz – Kommentar, 9. Aufl., § 93, Rn. 6; auch wenn dieser ansonsten für diese Bestimmung kompetent ist, vgl. ders., § 60 GVG, Rn. 5.

894 Mangels gesicherter Zahlen war zur Bestimmung dieser Anzahl ein Abgleich aller Gerichtsorganisations- bzw. Geschäftsverteilungspläne der 115 LG in Deutschland notwendig; Stand: 18.03.2019.

895 LG Augsburg, LG Landshut, LG Memmingen, LG München I, LG München II, LG Traunstein, LG Nürnberg-Fürth, LG Regensburg, LG Bamberg, LG Aschaffenburg, LG Würzburg; keine Informationen allerdings bei LG Bayreuth.

896 LG Freiburg, LG Heidelberg, LG Karlsruhe, LG Konstanz, LG Mannheim, LG Ellwangen/Jagst, LG Ravensburg, LG Stuttgart, LG Tübingen, LG Ulm.

897 *Zimmermann*, GVG, in: *Krüger/ Rauscher* (Hrsg.), Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 3, 5. Aufl., § 13a, Rn. 2; § 93, Rn. 2.

898 Vgl. den Inhalt der jeweiligen Gerichtsorganisations- bzw. Geschäftsverteilungspläne.

§ 105 Abs. 1 GVG. An diesem sog. *deutschen System* orientiert sich mit Reichsgesetz aus dem Jahr 1877 auch die Besetzung (*l'échevinage*) der KfH beim *Tribunal de Grande Instance* im französischen Elsass bzw. wurde diesem angepasst (früheres *Reichsland Elsaß-Lothringen*).<sup>899</sup> Diese Besetzung ist – wie bereits in Kapitel A gezeigt – keine Erfindung der Neuzeit, sondern folgt einer langen Tradition. An dieser Stelle kann ergänzend darauf hingewiesen werden, dass bereits in der Folge der Vormärz-Zeit (1830) Schöffen in Strafsachen in einer vergleichbaren Konstellation zur Urteilsfindung herangezogen wurden.<sup>900</sup>

Die deutschen Handelsrichter sind Fachexperten aus dem Handelsstand und vornehmlich nicht juristisch geschult. In Frankreich hingegen urteilen sog. *Konsularrichter* (*juges consulaires*) an eigenständigen Handelsgewichten.<sup>901</sup> Diese sind ausschließlich Fachleute aus der Wirtschaft. Dieses System geht zurück auf den *Code de commerce* als Bestandteil des *Code Napoléon* von 1808.<sup>902</sup> Teilweise werden auch Unternehmensjuristen in den Gerichtshof delegiert, was zu einer Sicherung der Rechtsanwendung führen soll. In England hingegen urteilen in handelsrechtlichen Streitigkeiten ausschließlich Berufsrichter. Diese müssen allerdings besondere Fachkenntnisse des Wirtschaftsrechts nachweisen.<sup>903</sup> Auch in Italien urteilen ausschließlich Berufsrichter.<sup>904</sup>

Gemäß den Geschäftsverteilungsplänen der LG sind den KfH in der Regel meist mehr als zwei Handelsrichter zugewiesen. Dies soll die einzelnen (ehrenamtlichen) Handelsrichter vor Überlastung schützen. Geht damit zwar grundsätzlich eine Überbesetzung der Kammer einher, so soll diese

---

899 Gesetz v. 27.01.1877, in: RGBl. 1877, Nr. 4, S. 41–76; das Elsass war seit dem Jahr 1871 Teil des Deutschen Reichs (Gesetz v. 09.06.1871, in: RGBl. 1871, Nr. 25, S. 212–213; bzgl. der Verlegung der Verfassungsgeltung von dem 01.01.1873 auf den 01.01.1874: vgl. Gesetz v. 20.06.1872, in: RGBl. 1872, Nr. 19, S. 208).

900 Z. B. in Baden im Jahr 1864 (zwei Schöffen, ein Berufsrichter), vgl. *Sydow*, § 5 Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Baden, in: *Sommermann/ Schaffarik* (Hrsg.), *Handbuch der Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland und Europa*, S. 143 ff. (160); *Umwandlung der Schwurgerichte in Schöffengerichte 1923* (sechs Schöffen, drei Berufsrichter) m. B. v. 23.12.1923, vgl. *Vornbaum*, *Einführung in die moderne Strafrechtsgeschichte*, 3. Aufl., S. 173.

901 Zu der Stellung der KfH s. u.

902 *Kaltenborn*, *Grundsätze des praktischen Europäischen Seerechts*, Bd. 1, S. 46; weiteres dazu in Kapitel A Teil II und Teil III Abschnitt 4.

903 Auch erfolgt die fallspezifische Zuteilung mittels einer sog. *Spezialitätenliste*.

904 *Knatz*, *Die Kammern für Handelssachen*, auf geschichtlicher und rechtsvergleichender Grundlage dargestellt (Diss.), S. 91 f.

Praxis nach Auffassung des BGH<sup>905</sup> und des BVerfG<sup>906</sup> doch im Interesse der Funktionsfähigkeit der Rechtsprechung zulässig sein.

Mithin ist das deutsche Besetzungssystem an dem Leitmotiv der Vereinigung von Fach- und Rechtswissen orientiert. Waren die ursprünglichen und früheren Handelsgerichte bereits mittels der fachrechtlich kompetenten Handelsrichter auch in juristischer Dimension ausgestattet,<sup>907</sup> so kann dieses Ziel in Zeiten ausgeprägter Rechtskodifikation und Verfahrensförmlichkeit durch die Beiziehung rechtsgelehrter Juristen verfolgt werden. Diese Zielsetzung hat sich besonders durch und mit den Verhandlungen zum GVG herausgebildet.

## 2.1 – Wählbarkeit und Qualifikationen

Zum Handelsrichter kann grundsätzlich nur ernannt werden, wer neben den Voraussetzungen nach § 109 Abs. 1 GVG eine hauptberufliche kaufmännische Tätigkeit vorweisen kann, vgl. § 109 Abs. 1 Nr. 3 GVG.<sup>908</sup>

Dieses Erfordernis ergibt sich bereits kraft Natur der Sache der KfH als spezieller Entscheidungsinstanzen für handelsrechtliche Streitigkeiten. Des Weiteren sichern die Voraussetzungen in Bezug auf den Wohnort bzw. den Unternehmenssitz (Abs. 2) eine gewisse Kenntnis von örtlichen Handelsgewohnheiten. Dabei ist der Wohnsitz im Bereich des LG-Bezirks nicht notwendig, aus praktischen Überlegungen wohl aber wünschenswert.

An dieser Stelle gilt es, die besonderen fachlichen Qualifikationserfordernisse der Handelsrichter gegenüber den Berufsrichtern hervorzuheben. Insoweit sollen Erstere gerade durch ihr besonderes Wissen um die tatsächlichen, aktuellen Gewohnheiten, Gepflogenheiten und Handelsbräuche in der Kammer die notwendige Expertise zur Verfügung stellen. Dabei sollen die Handelsrichter der Kammer Handelsbräuche und berufliche Regelwerke veranschaulichen, um u. a. langwierige und kostenintensive Beweisverfahren und Sachverständigenanhörungen zu vermeiden. Um die-

---

905 BGH Urt. v. 14.02.1966, in: NJW 1966, 1084 ff. (Rz. 10), m. w. N.; BGH Beschl. v. 30.09.1997, in: NJW-RR 1998, 699 ff. (Rz. 16 f.), m. w. N.

906 Vgl. BVerfGE 95, S. 322 ff.

907 Siehe dazu bereits oben, ab FN 867.

908 In der NS-Zeit war es Personen jüdischen Glaubens verboten, Handelsrichter zu werden: Vgl. Empfehlung des StM der Justiz an Präsidenten der OLG vom 25.03.1933, Nummer: III. 12560, in: MJu 14295, No. 12, sowie Verbotsgesetz v. 07.04.1933 in RGBl., S. 188, Nr. 421, in: MJu 14298, No. <sup>Blauer Hefter Bekanntmachung</sup>.

se Kenntnisse prozessual verwerten zu können und ein möglichst sachgerechtes Verfahren zu ermöglichen, findet diese besondere Stellung der Handelsrichter in einer Privilegierung i. R. d. Beweisverfahren nach § 114 GVG seinen Niederschlag.

Soweit § 109 Abs. 1 Nr. 3 GVG jedoch davon spricht, dass auch eine vormalige Handelstätigkeit („*eingetragen war*“) den Anforderungen der Fachkenntnis entspricht, werden auch nicht mehr aktive Handelskaufleute als geeignet empfunden. Dies kritisierte *Sommerneyer* bereits im Jahr 1969<sup>909</sup> mit dem Hinweis auf die möglicherweise fehlende Kenntnis in Bezug auf neuere Handelsbräuche und berufliche Regelwerke.<sup>910</sup>

§ 109 Abs. 3 GVG statuiert des Weiteren mehrere Ausschlussgründe, indem z. T. auf die Vorschriften der Schöffenbestellung verwiesen wird. Dabei ist zu beachten, dass im Gegensatz zu sonstigen ehrenamtlichen Richtern ein Ausschluss von Politikern für das Amt des Handelsrichters nicht vorgesehen ist. Insoweit mangelt es an einem unmittelbaren oder auch mittelbaren Verweis auf § 34 GVG.<sup>911</sup> Auch § 44a DRiG gilt es mit möglichen Ausschlussgründen zu beachten.

Eine Vorprüfung dieser Voraussetzungen erfolgt einschließlich einer fachlichen Qualifikationsvorprüfung durch die örtliche Industrie- und Handelskammer (IHK) per gutachterlichem Vorschlag, § 108 HS. 1 GVG.

## 2.2 – Wahlorgan und Ernennung

Die potenziellen Handelsrichter werden gutachterlich durch die Industrie- und Handelskammer (IHK) dem Präsidenten des jeweiligen LG nach § 108 HS. 1 GVG vorgeschlagen.<sup>912</sup> Dieser ist sodann für die Ernennung derselbigen zuständig. Die Ernennung und das Verfahren sind dabei Ländersache. In Frankreich hingegen werden die bereits bezeichneten Konsularrichter

---

909 *Sommerneyer*, Einige Fragen zur Kammer für Handelssachen, in: Deutsche Richterzeitung (DRiZ) 1969, S. 220–221, 220.

910 Mehr dazu in Kapitel C. Titel. II.

911 Vgl. hingegen § 22 Nr. 1 VwGO, § 19 Nr. 1 FGO, §§ 77 Abs. 1 i. V. m. 34 Abs. 1 GVG.

912 So bereits in der Bekanntmachung des Staatsministeriums der Justiz vom 12.03.1872, in: Justizministerialblatt IX. v. 20.03.1872 Nr. 33, S. 109–111, in: MJu 14484, No. Gegen gegen Ende der Akte) und in § 1 der Ministerialbekanntmachung vom 13.09.1879, in: MJu 14263, No. <sup>3 u 4</sup> (sowie weitere Materialien zur erstmaligen Besetzung).

(*juges consulaires*) durch ein selbst gewähltes Gremium der Kaufleute (*délégués consulaires*) ausgewählt.<sup>913</sup>

Im Vergleich dazu ist die Wahl der deutschen Berufsrichter auf Bundesebene durch Richterwahlausschüsse (Art. 95 Abs. 2, 98 Abs. 4 GG) vorgesehen, um die Justiz enger mit den politisch-parlamentarischen Kräften zu verknüpfen<sup>914</sup> und die demokratische Legitimation der Richter zu stärken.<sup>915</sup> Auf Landesebene gibt es beispielsweise in Bayern die Richter-Wahl-Kommission des Bayerischen Landtags nur für die Mitglieder des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs. Die übrigen Richter werden durch die oberste Dienstbehörde ernannt, Art. 12 Abs. 1 S. 2 HS. 1 BayRiStAG. Dieser grundsätzliche Gedanke der demokratischen Legitimation folgt aus der Betrachtung der Gerichte als unparteiische Rechtsprechungsorgane, deren Wahl demzufolge notwendigerweise auf rechtsstaatlichen Prinzipien beruhen muss. Jedenfalls mittels der Ernennung durch den Justizminister kommt es zu einer indirekten demokratischen Legitimation. Parallel trägt die staatliche Bestellung dazu bei, der Bezeichnung der Handelsgerichte respektive der KfH als Standesgerichte<sup>916</sup> entgegenzuwirken. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob eine Bestellung der Handelsrichter nicht an das entsprechende Verfahren für Berufsrichter angeglichen werden sollte. Dies würde indes vernachlässigen, dass sich gerade diese Zuwendung an den internen Legitimierungsprozess, von den historischen Vorgängerinstitutionen auf die heutigen KfH durchgeschlagen hat. Es erscheint insoweit sogar denklogisch, Handelsrichter, die ausschließlich über handelsrechtliche Streitigkeiten zwischen Kaufleuten urteilen sollen, zumindest teilweise an

---

913 Vgl. ausführlich dazu: *Faissner*, Die Gerichtsverwaltung der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Frankreich und Deutschland, in: *Gesellschaft für Rechtsvergleichung e. V.* (Hrsg.), *Rechtsvergleichung und Rechtsvereinheitlichung*, Bd. 52, S. 125 f.

914 Vgl. *Wassermann*, Der Richter im Grundgesetz, in: *Schmidt-Hieber/ Wassermann* (Hrsg.), *Justiz und Recht: Festschrift aus Anlass des 10jährigen Bestehens der Deutschen Richterakademie in Trier*, S. 19-42 (FN 42); *Jahrreiss/ Zinn*, Die Rechtspflege im Bonner Grundgesetz, in: *Ständige Deputation des deutschen Juristentages* (Hrsg.), *Verhandlungen des 37. Deutschen Juristentages in Köln am 17. September 1949*, S. 37: „Die Lösung des Grundgesetzes bedeutet eine Auswahl-erörterung auf breitgegründeter Verbindung des verantwortlich-ministeriellen Einflusses mit dem gewichtigen Zu-Worte-Kommen der Legislative.“

915 Vgl. *Wassermann*, Der politische Richter, S. 97 ff.: *Wassermann* verweist dabei im Besonderen auf die rechtschöpfende Funktion der Richter; *Böckenförde*, Verfassungsfragen der Richterwahl, in: *Schriften zum öffentlichen Recht*, Bd. 250, S. 115.

916 Siehe oben, bei FN 858.

die institutionelle Selbstverwaltung der Kaufleute zu binden und so eine speziellere Legitimation derselben zu schaffen. Darüber hinaus würde in einer Bestellung der Handelsrichter in ausschließlicher Regie des LG-Präsidiums eine verfassungsrechtlich untersagte *Kooptation* liegen.<sup>917</sup>

Die Zuteilung der Handelsrichter innerhalb der KfH richtet sich nach § 21g Abs. 2 GVG. Abgestellt wird insoweit nicht auf die jeweiligen Rechtsstreitigkeiten, sondern auf die Sitzungstage, § 45 GVG. In der Konsequenz daraus ergibt sich eine Geschäftsverteilung durch Terminierung, wodurch die Besetzung des Gerichts mittels der Terminierungspraxis beeinflusst werden kann.<sup>918</sup> Besonders soweit ein weiterer Verhandlungstag notwendig wird, kann dies auch in Hinblick auf § 309 ZPO problematisch sein.<sup>919</sup>

### 2.3 – Amtszeit

Im Gegensatz zu den auf Lebenszeit ernannten Berufsrichtern werden die Handelsrichter gemäß § 108 HS. 1 a. E. GVG lediglich auf fünf Jahre ernannt. Dabei ist laut § 108 HS. 2 GVG eine Wiederernennung möglich. In der Praxis ist die Wiederernennung nicht nur aufgrund der Kontinuität in der gerichtlichen Rechtsprechungspraxis wünschenswert, sondern trägt auch zu einer höheren Kompetenz der dann bereits praktisch erfahrenen Handelsrichter bei. Daneben unterstützt und ergänzt eine insgesamt längere Amtszeit der Handelsrichter das Objektivitätskriterium derselben, welches die lebenszeitige Berufung der Berufsrichter maßgeblich begründet.<sup>920</sup> Aus den Untersuchungen und Recherchen, die dieser Arbeit zugrunde liegen, lässt sich eine starke Tendenz zur Wiederernennung ableiten. Der Anteil der Handelsrichter, die mindestens eine zweite Amtsperiode durchlaufen, liegt bei ca. 77,46 % und stellt somit den größten Anteil dar.

---

917 So auch der *Bundesverband ehrenamtlicher Richterinnen und Richter e. V.*, Rechtspolitisches Programm des Bundesverbandes ehrenamtlicher Richterinnen und Richter e.V..

918 *Kissel/ Mayer*, Gerichtsverfassungsgesetz – Kommentar, 9. Aufl., § 95 Rn. 13.

919 Kritik dazu bei: *Roth*, Das Grundrecht auf den gesetzlichen Richter (Diss.), S. 199–206 (insbes. 204 f.).

920 So auch die Begründung bzgl. der persönlichen Unabhängigkeit der Handelsrichter in: *Zimmermann*, GVG, in: *Krüger/ Rauscher* (Hrsg.), Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 3, 5. Aufl., § 112 GVG Rn. 1.

Gleichwohl ist eine Niederlegung des Amtes als Handelsrichter jederzeit möglich, da es sich gerade um eine ehrenamtliche Übernahme handelt.<sup>921</sup>

Auf der anderen Seite sind die Vorschriften über die Ablehnung und Ausschließung von Gerichtspersonen nach §§ 41–48 ZPO auf die Handelsrichter anwendbar.<sup>922</sup> Auch bei der Entscheidung über das Ablehnungsgesuch, den Vorsitzenden betreffend, wirken sie mit.<sup>923</sup>

In Bezug auf eine mögliche Amtsenthebung ist auf § 113 GVG zu verweisen. Neben dem nachträglichen Verlust der Wahleigenschaften nach § 109 GVG (§ 113 Abs. 1 Nr. 1 GVG), hat eine Amtsenthebung auch bei gröblicher Amtspflichtverletzung zu erfolgen (§ 113 Abs. 1 Nr. 2 GVG). Eine solche grobe Amtspflichtverletzung liegt grundsätzlich nur bei einer „*schwerwiegenden Zuwiderhandlung gegen die Pflichten eines ehrenamtlichen Richters*“ wie einem Verstoß gegen die Pflicht „*zur besonderen Verfassungstreue*“ vor.<sup>924</sup> Eine Versetzung ist hingegen nicht möglich<sup>925</sup> und schließt sich denklösig auch in Hinblick auf § 109 Abs. 2 S. 1 GVG aus.

### Abschnitt 3: Der Handelsrichter und sein Amt

Wie bereits dargestellt, handelt es sich bei den Handelsrichtern um besondere Experten für handelsrechtliche Sachverhalte. Darüber hinaus sind sie gemäß Art. 92 GG i. V. m. § 1 DRiG sowie § 112 GVG, § 44 DRiG vollwertige Richter mit den damit einhergehenden Rechten und Pflichten. Im Gegensatz zu den vor den Arbeitsgerichten eingesetzten ehrenamtlichen Richtern (§§ 6, 16 ArbGG) stellen sie gerade keine Interessenvertretung dar, sondern sind im besonderen Maße der Unabhängigkeit verpflichtet, vgl. § 25 DRiG i. V. m. § 112 GVG.

921 Vgl. *Kissel/ Mayer*, Gerichtsverfassungsgesetz – Kommentar, 9. Aufl., § 108 Rn. 3.

922 OLG Stuttgart ZIP 1994, 778; vgl. *Pfeiffer*, Der Handelsrichter und seine Unbefangenheit, in: Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (ZIP), Heft 10, S. 769; *Kissel/ Mayer*, Gerichtsverfassungsgesetz – Kommentar, 9. Aufl., § 112 Rn. 7; *Lückemann*, GVG, in: Zöller – Zivilprozessordnung – Kommentar, 32. Aufl., § 112 Rn. 1. *Zimmermann*, GVG, in: *Krüger/ Rauscher* (Hrsg.), Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 3, 5. Aufl., § 112 GVG Rn. 3.

923 Vgl. BayObLG, Beschl. v. 30.10.1979, Az.: 1 Z 71/79, in: DRiZ 1980, S. 72–73.

924 BVerfG, Beschl. v. 26.08.2013, in: NJW 2014, 206 f.: über grobe Amtspflichtverletzung eines ehrenamtlichen Sozialrichters nach § 22 Abs. 1 Satz 2 SGG.

925 *Zimmermann*, GVG, in: *Krüger/ Rauscher* (Hrsg.), Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 3, 5. Aufl., § 112 Rn. 2; vgl. §§ 30, 32 DRiG.

Gleichwohl sind sie im Gegensatz<sup>926</sup> zu den Berufsrichtern Richter honoris causa und erhalten gemäß § 107 GVG lediglich gewisse Auslagen erstattet.

Eine darüber hinaus gehende Vergütung der Handelsrichter war von Anfang an nicht vorgesehen.<sup>927</sup> Als *lex specialis*<sup>928</sup> beschränkt sich die Entschädigung auf Tage- und Übernachtungsgelder entsprechend den Regelungen für Richter der Besoldungsgruppe R 1<sup>929</sup> sowie seit dem Jahr 1923<sup>930</sup> auf den Ersatz von Fahrtkosten entsprechend § 5 JVEG (§ 107 Abs. 2 GVG). Anders als die übrigen ehrenamtlichen Richter können Handelsrichter somit keine Erstattung der sonstige Aufwendungen oder Entschädigung für Zeitversäumnisse, Nachteile bei der Haushaltsführung oder einen Verdienstaustausch beanspruchen, §§ 15, 7, 16–18 JVEG.<sup>931</sup> Darüber hinaus sind die Handelsrichter über § 2 Abs. 1 Nr. 10 lit. a SGB VII unfallversichert.

Innerhalb der KfH steht den Handelsrichtern nach § 105 Abs. 2 GVG ein vollwertiges Stimmrecht zu. Damit ist ein Überstimmen des Berufsrichters denkbar, in der Praxis wohl aber nicht üblich. Grundsätzlich entscheidet die Kammer nach dem Kollegialprinzip. Um einfache Verfahren zu beschleunigen und die Gerichte zu entlasten, wurde im Jahr 1976 u. a.

---

926 Berufsrichter sind keine Beamten. Vielmehr werden Berufsrichter seit der Lübecker Innenministerkonferenz vom 30.06.1955 um der Einheit des öffentlichen Dienstes willen „genau so wie die übrigen Beamten“ behandelt; Stellungnahme der Innenministerkonferenz zum Richtergesetz, in: *Blaum/ Egidil/ Frege/ Gebhard/ van Husen/ Koch/ Leibholz/ Menzel/ Reschke/ Reuss/ Ruscheweyh* (Hrsg.), Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl), S. 488-490 (489). Der Berufsrichter ist also ein verfassungsmäßiges Organ mit besonderen Rechten und Pflichten und kein bloßer Teil der Behördenhierarchie (sog. „kleiner Justizbeamter“); vgl. *Wassermann*, Der Richter im Grundgesetz, in: *Schmidt-Hieber/ Wassermann* (Hrsg.), Justiz und Recht: Festschrift aus Anlass des 10jährigen Bestehens der Deutschen Richterakademie in Trier, S. 19-41 (26). Dies ist dabei nicht nur eine bloße Förmel, sondern vielmehr Kernstück der durch die Gewaltenteilung geprägten rechtsstaatlichen Struktur der Verfassung; vgl. Art. 98 Abs. 1, 2 GG, vgl. *Arndt*, Das Bild des Richters, in: *Böckenförde/ Lewald* (Hrsg.), Gesammelte juristische Schriften, S. 325-342 (325 f.).

927 Vgl. Besondere Begründung des Entwurfs eines GVG (1874), in: *Hahn*, Die gesammelten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 1, S. 43 ff. (121).

928 Vgl. BT-Drucks. 15/1971 v. 11.11.2003, S. 178, li. Sp.

929 Vgl. *Zimmermann*, GVG, in: *Krüger/ Rauscher* (Hrsg.), Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 3, 5. Aufl., § 107 GVG Rn. 1.

930 Eingeführt durch Gesetz v. 13.12.1923, RGBl. 1923, S. 1185.

931 Vgl. *Kissel/ Mayer*, Gerichtsverfassungsgesetz – Kommentar, Aufl. 9, § 107 Rn. 1.



§ 349 ZPO eingefügt bzw. spürbar erweitert.<sup>932</sup> In den Fällen des § 349 Abs. 2 ZPO obliegt die Entscheidung somit allein dem vorsitzenden Richter.<sup>933</sup> Indes werden in dem Katalog des § 349 Abs. 2 ZPO ausschließlich Situationen benannt, in denen die besondere Sachkunde der Handelsrichter nicht vorzüglich Verwendung finden kann, mithin formaljuristische Fragestellungen vorliegen. Dogmatisch handelt es sich hier nicht um eine ausschließliche Zuständigkeit des Vorsitzenden gegenüber der Kammer, sondern um eine Obliegenheit für den Vorsitzenden der Kammer. Eine Kollegialentscheidung in den Fällen des Katalogs des Abs. 2 ist somit weiterhin möglich.<sup>934</sup>

In diesen Fällen der Einzelentscheidung durch den Vorsitzenden handelt es sich nicht um eine Entscheidung eines Einzelrichters i. S. d. § 568 S. 1 ZPO, sodass u. a. das Beschwerdegericht in der Senatsbesetzung entscheiden muss.<sup>935</sup> Im Falle einer Überdehnung der Grenzen des § 349 ZPO ist eine Zurückverweisung aufgrund mangelnder Besetzung nach § 538 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 ZPO möglich.<sup>936</sup>

Darüber hinaus besteht auch in dringenden Fällen (§ 944 ZPO) oder im Einvernehmen der Parteien (§ 349 Abs. 3 ZPO) die Möglichkeit, dass der Vorsitzende allein entscheiden kann. Insbesondere von der letzten Möglichkeit wird wohl in der Praxis verwunderlicherweise überaus großzügig Gebrauch gemacht.<sup>937</sup> Teilweise wird davon ausgegangen, dass der Anteil der Einzelentscheidungen durch den Vorsitzenden ohne die Mitwirkung der Handelsrichter bei ca. 90 % liege.<sup>938</sup> Aus den qualitativen und quantitativen Recherchen, die dieser Arbeit zugrunde liegen, lässt sich ebenfalls ein

932 Vgl. u. a. BT-Drucks. 7/2729 v. 05.11.1974, S. 12, 83 f.; BT-Drucks. 7/5250 v. 21.05.1976, S. 43.

933 Nach § 21f GVG muss der Vorsitz durch einen Vorsitzenden Richter geführt sein.

934 Beck'scher Kurz-Kommentar ZPO, in: *Baumbach/ Lauterbach/ Albers/ Hartmann* (Hrsg.), Bd. 1, 77. Aufl., § 349 Rn. 17; *Grunsky*, § 349 ZPO, in: *Stein/ Jonas* (Hrsg.), Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 5, 22. Aufl., § 349 Rn. 13.

935 BGHZ 156, 320.

936 Der Besetzungsfehler macht die Entscheidung jedoch nicht unwirksam, aus: BayObLG, Beschl. v. 30.10.1979, in: DRiZ 1980, S. 72–73; vgl. auch OLG Frankfurt Ur. v. 11.04.2003, in: MDR 2003, S. 1375.

937 So auch: *Eberhard*, Die Rolle und Verantwortung des Handelsrichters bei der Rechtsprechung, Vortrag im Rahmen der Mitgliederversammlung 2013 des Bundesverbandes der Richter in Handelssachen am 11. Okt. 2013, S. 6.

938 Vgl. u. a.: *Wagner*, Rechtsstandort Deutschland im Wettbewerb, S. 202, m. w. N.; *Lindloh*, Der Handelsrichter und sein Amt, 6. Aufl., S. 40; im Jahr 1993 vor Norddeutschen KfH: *Karl-Dieter Pardey*, Kammer für Handelssachen, in: *Bund Deutscher Rechtspfleger* (Hrsg.), Rechtspfleger Studienhefte (RpflStud), Bd. 17,

vergleichbarer Trend zur Einzelentscheidung durch den Vorsitzenden der Kammer ableiten.

Trotz dieser starken Stellung des Vorsitzenden sind Handelsrichter auch außerhalb der Sitzungen ein ordentlicher Teil der Kammerbesetzung. Insofern wirken sie im Gegensatz zu den strafrechtlichen Schöffen (§ 30 Abs. 2 GVG) grundsätzlich auch bei Arrestgesuchen und einstweiligen Verfügungen (ohne mündliche Verhandlung) mit. Auch ist im Gegensatz zu den Schöffen in Strafsachen (§ 275 Abs. 2 S. 3 StPO) vorgesehen, dass Handelsrichter das Urteil unterschreiben, § 315 Abs. 1 S. 1 ZPO. Handelsrichter können ferner für z. B. Güteversuche als beauftragter Richter (§§ 361, 375 ZPO) auftreten. Eine Stellung als Einzelrichter scheidet hingegen aus, § 348 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 lit. f ZPO. Weiterhin steht den Handelsrichtern nach § 112 GVG i. V. m. § 136 Abs. 2 S. 2 ZPO ein umfassendes Fragerecht zu. Dies umfasst auch ein Akteneinsichtsrecht.

#### Abschnitt 4: Konformität mit GG und EMRK

Eingangs wurde bereits auf zahlreiche Unterschiede zwischen den Berufsrichtern und den Handelsrichtern hingewiesen. Eine – wenn nicht gar die – zentrale Gemeinsamkeit ist hingegen die richterliche Unabhängigkeit.<sup>939</sup> Insofern stellt sich die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Zuziehung von ehrenamtlichen Richtern verfassungskonform bzw. mit Verfassungs- und höherrangigem Recht vereinbar ist.

Dafür ist zunächst erforderlich, sich die jüngste Entwicklung der richterlichen Unabhängigkeit vor Augen zu führen. Die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland (i. S. d. Art. 21 Abs. 2 GG) ist eine Ordnung, die unter „*Ausschluß jeglicher Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt*“.<sup>940</sup> Nach dem nationalsozialistischen Regime (1933–1945) musste die dafür beseitigte richterliche Unabhängigkeit erst wiederhergestellt werden. Bereits der nicht in Kraft getretene

---

Heft 5, S. 129-132 (131); jedenfalls eine „*Mehrzahl*“ bei Jacobs, GVG, in: Stein/Jonas (Hrsg.), Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 10, 22. Aufl., § 93 Rn. 1.

939 Auf die konkrete Ausgestaltung der Besetzung in Bezug auf das grundrechtsgleiche Recht auf den gesetzlichen Richter aus Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG wird unter Kapitel C, Titel III., Abschnitt 1, 1.2 vertieft einzugehen sein.

940 BVerfGE 2, 1 f. v. 23.10.1952 (1 BvB 1/51), in: NJW 1952, S. 1407.

Verfassungsentwurf der Frankfurter Nationalversammlung enthielt in Abschnitt VI., Art. X., ein eigenes Justizprogramm<sup>941</sup>, über welches das heutige GG sogar noch hinaus geht.

Anknüpfend an klassische liberale Verfassungen<sup>942</sup>, welche zwischen der gesetzgebenden, der vollziehenden und der rechtsprechenden Gewalt unterscheiden, wurde im heutigen GG die Gewaltentrennung statuarisch in den Art. 20 Abs. 2 S. 2 und Art. 1 Abs. 3 GG begründet.

Die rechtsprechende Gewalt wurde durch Abschnitt IX. darüber hinaus äußerst deutlich und scharf von den Übrigen getrennt und entgegen *Montesquieu*<sup>943</sup>, welcher ständige Gerichte eher ablehnte und diese als „*en quelque façon nulle*“<sup>944</sup> betrachtete, zu einer die anderen Gewalten kontrollierenden Gewalt erhoben (vgl. Rechtswegklausel: Art. 19 Abs. 4 sowie Art. 92 GG).<sup>945</sup>

Unabhängig von der Frage, ob diese besondere, hervorgehobene Stellung der richterlichen Gewalt nun allein aus den „*historischen Gegebenheiten*“

941 Vgl. oben, FN 644.

942 *Locke*, The second treatise of government: an essay concerning the True Original, Extent, and End of Civil Government, ed by Peter Laslett, Chap. XII., § 143 f.; wobei *Locke* nur zwischen der gesetzgebenden und der vollziehenden Gewalt differenziert.

943 Näheres über die durch *Montesquieu* erhobene Forderung nach Gewaltenteilung und nicht nach funktioneller Gewaltentrennung bei: *Seif*, Recht und Gerechtigkeit: Die Garantie des gesetzlichen Richters und die Gewaltenteilungskonzeptionen des 17.–19. Jahrhunderts, in: *Böckenförde/ von Bogdandy/ Brugger/ Grawert/ Kunisch/ Ossenbühl/ Pauly/ Quaritsch/ Voßkuhle/ Wahl* (Hrsg.), Der Staat, Zeitschrift für Staatslehre und Verfassungsgeschichte, deutsches und europäisches öffentliches Recht, Bd. 42, Heft 1, S. 110-140 (117); *Seif*, Der mißverständene Montesquie: Gewaltenbalance, nicht Gewaltentrennung, in: *Brauneder/ Caroni/ Klippel/ Schott/ Schulze* (Hrsg.), Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte (ZNR), S. 149-166 (152). Die Ablehnung ständiger Gerichte kann bereits der Interpretation entgegengehalten werden, *Montesquieu* fordere die Unabhängigkeit der Justiz und damit eine funktionelle Gewaltentrennung (*Seif*, Recht und Gerechtigkeit, in: Der Staat, S. 110–140 (115)); die Verteilung der Gewalt basiert nach *Montesquieu* darauf, dass in jeder der drei Grundgewalten ein anderes Formprinzip dominiert (*Seif*, Der mißverständene Montesquie: Gewaltenbalance, nicht Gewaltentrennung, in: *Brauneder/ Caroni/ Klippel/ Schott/ Schulze* (Hrsg.), Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte (ZNR), S. 149-166 (152)).

944 *Montesquieu*, De l'esprit des lois, Livre XI, Chapitre VI, S. 128 ff. (132), sowie in der novellierten Edition des 2. Bd. *Montesquieu*, De l'esprit des lois, Bd. 2, Livre XI, Chapitre VI, S. 38.

945 Vgl. *Jahrreiss/ Zinn*, Die Rechtspflege im Bonner Grundgesetz, in: *Ständige Deputation des deutschen Juristentages* (Hrsg.), Verhandlungen des 37. Deutschen Juristentages in Köln am 17. September 1949, S. 47 ff.

ten (...) 1949<sup>946</sup> erwuchs oder historische Gründe dabei nur anteilig eine Rolle spielten,<sup>947</sup> bleibt festzuhalten, dass der Richter maßgeblicher Garant der Verfassung und damit der Rechtsstaatlichkeit ist.<sup>948</sup>

Zurückgreifend auf die Zuziehung von ehrenamtlichen Richtern in die ordentliche staatliche Gerichtsbarkeit, ist dies nach dem GG allein dem gesetzgeberischen Ermessen überlassen.<sup>949</sup> Von diesem Ermessen wurde jedenfalls für die Handelsrichter in verfassungskonformer Art und Weise Gebrauch gemacht.

Auch dem Recht auf ein faires Verfahren nach Art. 6 EMRK wird durch die Zuziehung von ehrenamtlichen Richtern in Handelssachen nach dem deutschen System bzw. in Deutschland nicht widersprochen.<sup>950</sup> Lediglich soweit auch Verbraucher oder Arbeitnehmer Klagen vor den KfH erheben könnten, wäre dies aufgrund einer fehlenden paritätischen Besetzung der Kammer zu problematisieren.<sup>951</sup>

Entgegen der allgemeinen Vermutung<sup>952</sup> ist der Streit um eine fehlende paritätische Besetzung jedoch auch in Deutschland zu führen. Gemäß § 71 Abs. 2 Nr. 3 GVG gehören auch Ansprüche aus kapitalmarktrechtlichen Rechtsverhältnissen in die Zuständigkeit der LG. Besonders Ansprüche aus den §§ 21, 22, 22a, 24 und 24a des Wertpapierprospektgesetzes oder

---

946 *Dolzer* sieht dies als Hauptgrund an: *Dolzer*, Verfassungskonkretisierung durch das Bundesverfassungsgericht und durch politische Verfassungsorgane, in: Heidelberg Forum, Bd. 14, S. 25.

947 So jedenfalls: *Wassermann*, Der Richter im Grundgesetz, in: *Schmidt-Hieber/Wassermann* (Hrsg.), Justiz und Recht: Festschrift aus Anlass des 10jährigen Bestehens der Deutschen Richterakademie in Trier, S. 19 ff. (21).

948 Daher nicht lediglich „Gesetzgebungsstaat“, sondern als „Rechtsprechungs-Staat“, vgl. *Jahrreiss/Zinn*, Die Rechtspflege im Bonner Grundgesetz, in: *Ständige Deputation des deutschen Juristentages* (Hrsg.), Verhandlungen des 37. Deutschen Juristentages in Köln am 17. September 1949, S. 33; *Ule*, Das Bonner Grundgesetz und die Verwaltungsgerichtsbarkeit, S. 39.

949 So auch: BVerfG Beschl. v. 11.06.1969 (2 BvR 518/66), in: BVerfGE 26, 186 Rz. 23.

950 Allgemeine Meinung: *Dourneau-Josette*, Le cadre juridique: l'article 6 de la Convention, in: *Vallens/ Storck* (Hrsg.), Impartialité et justice économique en Europe, S. 15 ff.; *Hobloch*, Impartialité et justice économique en Allemagne, in: *Vallens/ Storck* (Hrsg.), Impartialité et justice économique en Europe, S. 45 ff.; *Hubin*, Impartialité et justice économique en Belgique, in: *Vallens/ Storck* (Hrsg.), Impartialité et justice économique en Europe, S. 83 ff..

951 Vgl. diesbezüglichen Streitstand für die Schweiz bei: *Brunner*, Handelsgerichte im Rechtsvergleich – Projekt Best Practice, Bd. 2, S. 30.

952 Mit weiteren Nachweisen, dass diese Problemstellung in Deutschland überhaupt nicht thematisiert wird: *Brunner*, Handelsgerichte im Rechtsvergleich – Projekt Best Practice, Bd. 2, S. 30, insbes. FN 4.

den §§ 20–22 des Vermögensanlagegesetzes können gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 6 GVG an die KfH gebracht werden. Gleichwohl stehen sich hier nicht lediglich Unternehmer und Kaufleute gegenüber, sondern es können auch sog. semiprofessionelle Anleger (vgl. § 1 Abs. 19 Nr. 33 KAGB) betroffen sein. Soweit es um natürliche Personen geht (vgl. § 1 Abs. 19 Nr. 33 lit. a–c KAGB) sind diese gerade keine Unternehmer i. S. d. § 14 BGB, sondern vielmehr Verbraucher i. S. d. § 13 BGB, jedenfalls aber nicht zwingend Kaufleute nach dem HGB. Lediglich die besonderen Anforderungen an den Wissensstand und die Investitionssummen (vgl. § 1 Abs. 19 Nr. 33 lit. a–c KAGB) können dazu beitragen, die Kategorisierung der semiprofessionellen Anleger zu relativieren, sodass eine gleichwertige Typologisierung der streitenden Parteien angenommen werden kann. Dies würde auch der Intention des Gesetzgebers<sup>953</sup> entsprechen, der verständigen und hohe Summen investierenden Personen mittels der Klassifizierung als semiprofessionelle Anleger auch Vorteile zuspricht und sie somit aus der bloßen Stellung eines einfachen Verbrauchers (Kleinanleger) emporhebt.

Auch soweit ein Nicht-Kaufmann einen Anspruch von einem Kaufmann herleitet (z. B. als dessen Rechtsnachfolger), kann er diesen vor der KfH geltend machen.<sup>954</sup> Dies soll etwa der Fall sein, soweit ein Rechtsnachfolger gegen einen Kaufmann klagt und die zugrunde liegende Vereinbarung für den Rechtsvorgänger ein beidseitiges Handelsgeschäft war.<sup>955</sup> Auch soweit der Rechtsnachfolger in ein laufendes und nicht unterbrochenes Verfahren vor der KfH eintritt (§§ 239, 246 ZPO), muss ebenfalls die Frage nach der Verfassungskonformität aufgrund fehlender paritätischer Besetzung erhoben werden.

---

953 Vgl. Begründung in: BT-Drucks. 17/13395, S. 401, re. Sp.

954 LG Bielefeld, Urt. v. 03.07.1968, Az.: 2 S 176/68, in: NJW 1968, 2384, re. Sp.

955 Bspw. für den verlängerten Eigentumsvorbehalt: LG Bremen, Beschl. v. 29.04.1993, Az.: 6 O 2907/92, in: MDR 1994, 97; *Kissel/ Mayer*, Gerichtsverfassungsgesetz – Kommentar, 9. Aufl., § 95 Rn. 6.

Titel II – Recht und Prozessform der KfH

Abschnitt 1: Die Rechtsquellen vor den KfH

Bereits an anderer Stelle wurde festgestellt, dass es sich bei den KfH um besondere Kammern im Rahmen der ordentlichen Zivilgerichtsbarkeit handelt. Eine eigene Gerichtsbarkeit wird durch sie gerade nicht begründet.

Während die Sitten, Gebräuche und Gepflogenheiten unter Handelsleuten lediglich über § 114 GVG Eingang in die Beurteilung des Streitstands finden,<sup>956</sup> richtet sich die Urteilsfindung vor den KfH primär nach dem kodifizierten allgemeinen Zivilrecht des BGB sowie nach dem kodifizierten Handelsrecht des HGB als besonderes Zivilrecht der Kaufleute und anderen Nebengesetzen, aus denen sich Streitigkeiten nach § 95 GVG ergeben können.<sup>957</sup>

Bei den Handelsbräuchen (oder auch *Usancen*) handelt es sich jedoch nicht um kodifizierte Rechtsquellen bzw. Rechtsnormen.<sup>958</sup> Vielmehr stellen die Handelsbräuche Rechtserkenntnisquellen<sup>959</sup> gleich der allgemeinen Verkehrsauffassung (§§ 157, 242 BGB) im Besonderen dar. Soweit § 346 HGB statuiert, dass „unter Kaufleuten (...) in Ansehung der Bedeutung und Wirkung von Handlungen und Unterlassungen (...) die im Handelsverkehr geltenden Gewohnheiten und Gebräuche“ zu berücksichtigen sind, wird hier gerade deren Maßgeblichkeit für die Rechtsanwendung vermittelt. Eingang in die Urteilsfindung finden sie mithin im Rahmen der Auslegung von Rechtsgeschäften.

In den Rang einer Rechtsquelle können Handelsbräuche lediglich erstarcken, soweit sie durch wiederholte Übung mit Rechtsgeltungswillen

---

956 Das noch früher teilweise vorherrschende Handelsrecht als gemeines Recht wurde wie dargestellt über den Verlauf der Rechtskodifikation sukzessiv durch das allgemeine Zivilrecht sowie das kodifizierte Handelsrecht verdrängt.

957 Im Weiteren als *kodifiziertes Zivilrecht* umschrieben.

958 Für die h. M. vgl. m. w. N. *Schmidt*, in: *Schmidt* (Hrsg.), Münchener Kommentar zum Handelsgesetzbuch (MüKo HGB), 4. Aufl., Vorb. § 1 Rn. 34; *Röbricht*, Einleitung, in: *Röbricht/ Graf von Westphalen/ Haas* (Hrsg.), Handelsgesetzbuch – Kommentar, 4. Aufl., Einl. Rn. 89.

959 *Oetker*, Einleitung, in: *Canaris/ Habersack/ Schäfer* (Hrsg.), Handelsgesetzbuch Großkommentar, Bd. 1, 5. Aufl., Einl. Rn. 37.

durch die betroffenen Verkehrskreise Verwendung finden.<sup>960</sup> Folgend spricht man von Handelsgewohnheitsrecht.

Als Beispiel für Handelsgewohnheitsrecht sei hier nur auf das kaufmännische Bestätigungsschreiben Bezug genommen.<sup>961</sup> Bei den Handelsbräuchen kann beispielsweise auf die Tegernseer Holzhandelsbräuche verwiesen werden.

Die fokussierte Rechtsquelle, aus der sich die Urteile der KfH erschöpfen, ist mithin das allgemeine kodifizierte Zivilrecht mit handelsrechtlichen Besonderheiten. Diese sind dabei die über die Handelsrichter feststellbaren (§ 114 GVG) Handelsbräuche, welche durch Übung zu Handelsgewohnheitsrecht erstarken können, sowie die sich in einer Vorstufe befindlichen Handelsbräuche, welche zur Auslegung von Rechtsgeschäften herangezogen werden. Die Sachkunde der Handelsrichter nach § 114 GVG tritt dabei gleichwertig an die Stelle eines Sachverständigengutachtens und geht damit über die offensichtliche Tatsache bzw. das Gerichtswissen nach § 291 ZPO hinaus.<sup>962</sup> So kann sie von einem Gutachten erster Instanz abweichen, sich das Berufungsgericht auf die Feststellungen der KfH stützen,<sup>963</sup> aber auch ein weiteres Sachverständigengutachten einholen.<sup>964</sup> Teilweise wird dem entgegengehalten, dass auch ein Berufsrichter nicht durch seine (zufällige) Fachkenntnis von einem Sachverständigengutachten abweichen könne.<sup>965</sup> Diese Ansicht verkennt indes die besondere Stellung, die der handelsrichterlichen Fachkenntnis historisch bedingt über § 114 GVG gegenüber dem allgemeinen Berufsrichter eingeräumt wird.<sup>966</sup>

Trotz der gespaltenen Besetzung mit überwiegend Nichtrechtskundigen wird die Rechtskenntnis der Kammer weiterhin durch den Vorsitzenden

---

960 Schmidt, in: Schmidt (Hrsg.), Münchener Kommentar zum Handelsgesetzbuch (MüKo HGB), 4. Aufl., Vorb. § 1 Rn. 32, 34; Röbriecht, Einleitung, in: Röbriecht/Graf von Westphalen/ Haas (Hrsg.), Handelsgesetzbuch – Kommentar, 4. Aufl., Einl. Rn. 89 f.; Oetker, Einleitung, in: Canaris/ Habersack/ Schäfer (Hrsg.), Handelsgesetzbuch Großkommentar, Bd. 1, 5. Aufl., Einl. Rn. 37.

961 Vgl. Steinbeck, Handelsrecht, Baden-Baden, 2. Aufl., S. 27 Rn. 16.

962 RGZ 110, S. 47–50 (49); Bsp. für die einfache Gerichtskunde über Traditionen und Gebräuche in der Bevölkerung am Bsp. von Starkbier während der Fastenzeit, in: BayObLG, Beschl. v. 26.11.1992, Az.: 3 ObOWi 101/92, in: NStZ 1993, 347.

963 RGZ 90, S. 102–106 (104).

964 RGZ 44, S. 31–35 (33 f.).

965 Zimmermann, GVG, in: Krüger/ Rauscher (Hrsg.), Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 3, 5. Aufl., § 114 GVG Rn. 4.

966 Zur Frage der Legitimation in heutiger Zeit unter Kapitel C.

garantiert, wodurch sich keine Abweichung von dem Grundsatz *iura novit curia* ergibt.

Teil des allgemeinen kodifizierten Zivilrechts ist das besondere Zivilrecht der Kaufleute, welches im HGB seine Kodifikation gefunden hat. Materiellrechtliche Modifikationen heben hier das besondere Bedürfnis nach Beschleunigung der Kaufmannschaft hervor. Darunter fallen insbesondere die kaufmännische Rügeobliegenheit<sup>967</sup>, die Wertung des Schweigens eines Kaufmanns als rechtserhebliche Erklärung<sup>968</sup>, das Versteigerungsrecht bei Annahmeverzug<sup>969</sup> sowie die abgeschwächten Formvorschriften bei Bürgschaft, Schuldanerkennnis und Schuldversprechen.<sup>970</sup>

## Abschnitt 2: Das Prozessrecht vor den KfH

Auch i. R. d. Prozessrechts sind die KfH an das allgemeine Verfahrensrecht der ZPO gebunden. Ein besonderes Verfahrensrecht gegenüber der allgemeinen ZivilK besteht mithin nicht. Auch vor den KfH gilt daher der allgemeine Verfahrensablauf. Besonderheiten ergeben sich insoweit ausschließlich aus § 349 ZPO und § 114 GVG.

Gleich den einer Beschleunigung dienenden materiellrechtlichen Modifikationen und dem historisch gewachsenen Bemühen um eine möglichst zeit- und kosteneffiziente Verfahrensführung in Handelsachen findet sich der allgemeine Beschleunigungsgrundsatz auch in den Normen der ZPO wieder. Sah § 102 Abs. 1 S. 2 GVG a. F.<sup>971</sup> nur vor den KfH eine verkürzte Einlassungsfrist von mindestens zwei Wochen, anstatt mindestens einem Monat (§ 234 Abs. 1 S. 1 ZPO a. F.<sup>972</sup>) vor, so liegt diese mittlerweile<sup>973</sup> gemäß § 274 Abs. 3 S. 1 ZPO generell bei mindestens zwei Wochen. Die ZPO war seit Kodifizierung an dem Verfahrensziel der Beschleunigung orientiert. Bereits die Reformen aus den Jahren 1924<sup>974</sup> und 1933<sup>975</sup> sahen

---

967 § 377 HGB; anders § 437 BGB.

968 § 362 HGB; anders §§ 142 ff. BGB.

969 § 373 ff. HGB; anders §§ 300 ff. BGB.

970 § 350 HGB; anders §§ 766, 780, 781 BGB.

971 § 102 GVG i. d. F. v. 27.01.1877, in: RGBl. 1877 I, Nr. 4, S. 41–76.

972 § 234 CPO i. d. F. v. 30.01.1877, in: RGBl. 1877, Nr. 6, S. 124–167.

973 So wurde § 102 Abs. 1 S. 2 GVG zwischenzeitlich durch Art. I Nr. 5 des Gesetzes v. 17.05.1898 (in: RGBl. 1898 I, Nr. 21, S. 252–255) gestrichen.

974 Gesetz v. 13.02.1924, in: RGBl. 1924 I, Nr. 15, S. 135–150, insbes. Art. II, Nr. 22, 23, 27–30, 43, 78.

975 Gesetz v. 27.10.1933, in: RGBl. 1933 I, S. 780, insbes. Art. 1, Nr. 1, 2, 5–7.



derartige Regelungen vor. Die Regelung des § 193 Abs. 2 ZPO a. F.<sup>976</sup>, nach der ein Richter innerhalb von 24 Stunden terminieren musste, spiegelt sich auch heute noch in dem Postulat nach Unverzüglichkeit in § 216 Abs. 2 ZPO sowie § 272 Abs. 3 ZPO wider. Weitere allgemeine Reformbemühungen, wie die sog. Beschleunigungsnovelle aus dem Jahr 1970<sup>977</sup>, die schlussendlich an dem 6. Bundestag scheiterte, fehlen anfangs. Auch der am 21.05.1976 vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung und Beschleunigung gerichtlicher Verfahren (sog. Vereinfachungsnovelle)<sup>978</sup> wurde aufgespalten. Es folgten die Entlastungsnovelle im Jahr 1974<sup>979</sup> und die Vereinfachungsnovelle im Jahr 1976<sup>980</sup>. Auch heute finden sich zahlreiche Wegmarken, die in Zivilprozessen generell für Beschleunigung sorgen sollen. Darunter sind u. a. die Vorbereitungen durch den Richter<sup>981</sup> und den Anwalt<sup>982</sup>, die Kostennachteile bei Verzögerung<sup>983</sup>, die außergerichtliche Erledigung<sup>984</sup> und die Konzentrationsmaxime<sup>985</sup> zu nennen.

Darüber hinaus gehende Besonderheiten beschleunigter Verfahren finden sich in Handelsprozessen vor den KfH indes nicht. Gerade vor den KfH, vor denen ausschließlich handelsrechtliche Streitigkeiten verhandelt werden, nimmt der Beschleunigungsgrundsatz gleichwohl einen besonderen Rang in der Wahrnehmung der Parteien ein. Soweit das Recht der Kaufleute durch Sondervorschriften des HGB auf eine einfache und schnelle Entscheidung gerichtet ist<sup>986</sup>, sollte sich dies auch prozessual widerspiegeln. Dies ist allerdings aktuell nicht der Fall.

---

976 § 193 CPO i. d. F. v. 30.01.1877, in: RGBl. 1877, Nr. 6, S. 124–167.

977 BT-Drucks. 82/70, BT-Drucks. VI/790.

978 BT-Drucks. 7/2729.

979 Gesetz v. 20.12.1974, in: BGBl. 1974, S. 3651–3655.

980 Gesetz v. 03.12.1976, in: BGBl. 1976, S. 3281–3312.

981 Allgemein: § 273 ZPO; Beweisbeschluss vor mündlicher Verhandlung: § 358a ZPO.

982 §§ 129, 132 ZPO.

983 § 95 ZPO.

984 §§ 278, 278a ZPO.

985 §§ 272, 279 II ZPO.

986 Vgl. oben, ab FN 967.

### Titel III – Zuständigkeit der KfH

Bevor auf die Frage nach der Zuständigkeit der KfH eingegangen werden kann, muss zunächst geklärt werden, was unter dem Begriff der Zuständigkeit zu verstehen ist. Zuvorderst ist die Unterscheidung zwischen der deutschen und der internationalen Rechtszuständigkeit sowie der generellen Rechtswegzuständigkeit zu nennen. Auf selbige soll nicht eingegangen werden, da vorliegend ausschließlich die deutsche Sonderjudikatur für Kaufleute im Blick der Untersuchung steht. Weiterhin ist zwischen der sachlichen Zuständigkeit und der örtlichen Zuständigkeit zu differenzieren. Unter die sachliche Zuständigkeit fallen sowohl die funktionelle wie die instanzielle Zuständigkeit. Um der Frage nach der Zuständigkeit der KfH nachgehen zu können, muss insoweit das Verhältnis derselben zu den allgemeinen ZivilK betrachtet werden.

#### Abschnitt 1: Das Verhältnis zu den allgemeinen Zivilkammern

Die KfH sind grundsätzlich besondere Kammern, die vor den LG eingerichtet werden können. Mithin handelt es sich bei der KfH um einen Teil des LG. Normalerweise spricht das GVG hingegen nur von *Kammern* im Allgemeinen (§ 60 GVG) und überträgt die Spezialisierung der Spruchkörper der präsidialen Geschäftsverteilung (§ 21e GVG). Diese ist aber grundsätzlich<sup>987</sup> fakultativ. Grundlage ist meist eine Zweckmäßigkeitserwägung, bezogen auf besondere Zuständigkeitsregelungen durch Sonderzuweisungen.<sup>988</sup> Die Errichtung von KfH ist den LG indes durch die jeweilige Landesregierung bzw. die Landesjustizverwaltung vorgeschrieben.<sup>989</sup>

Die KfH sind organisatorisch den LG eingegliedert.<sup>990</sup> Allerdings bestehen zahlreiche Besonderheiten für die KfH im Vergleich zu den übrigen Spezialspruchkörpern wie dem Familiengericht (§ 23b Abs. 1 GVG) oder dem Kartellsenat (§ 94 Abs. 1 GVG). Demnach sind in den §§ 97, 98, 99, 101, 102 GVG besondere Verweisungsvorschriften allein für die KfH normiert. Solche Verweisungsvorschriften sind ansonsten nur im Verhältnis

---

987 Vgl. hingegen § 72a GVG.

988 Bspw.: § 61 Abs. 3 GmbHG, § 98 Abs. 1 AktG, § 51 Abs. 3 S. 3 GenG.

989 Siehe dazu bereits oben unter Kapitel B Titel I Abschnitt 1.

990 BGHZ 71, 264 Rz. 5: „(...) handelt es sich nicht um jeweils „verschiedene Gerichte“, sondern um verschiedene Spruchkörper des Landgerichts im Sinne des § 21e GVG (...)“.

zwischen verschiedenen Gerichten vorgesehen (vgl. § 281 ZPO). Daher kann bei den KfH von einer Stellung als gesetzliche Spezialspruchkörper ausgegangen werden.

Dogmatische Relevanz besitzt die Einordnung der KfH bei der Frage nach der Anwendbarkeit des § 281 ZPO (Verweisungsmöglichkeit) und der §§ 38 ff. ZPO (Gerichtsstandsvereinbarungen) im Verhältnis zwischen KfH und allgemeiner ZivilK. Die mangelnde nicht gerügte Zuständigkeit als solche begründet hingegen mittlerweile nach § 545 Abs. 2 ZPO keinen Revisionsgrund mehr.

Allgemein wird davon ausgegangen, dass aufgrund der abschließenden Regelungen der §§ 96–99 GVG eine Zuständigkeitsvereinbarung und damit eine Kompetenzerweiterung der KfH gegenüber der allgemeinen ZivilK nach § 38 ZPO unwirksam sei.<sup>991</sup> Eine wirksame Zuständigkeitsvereinbarung der allgemeinen ZivilK hingegen führt zu einer Unwirksamkeit des Antrags nach § 96 GVG.<sup>992</sup> Unter den Voraussetzungen der §§ 38 ff. ZPO können Parteien aber eine Handelssache, die eigentlich vor das AG gehört, kraft ihres Prorogationsrechts sachlich an das LG bringen.<sup>993</sup> Vor dem LG ist auf die §§ 97 ff. GVG sowie das Antragsersfordernis (§§ 96 Abs. 1, 98 Abs. 1 S. 1 GVG) zu verweisen.

Auch die §§ 280, 281, 282 Abs. 3 ZPO sollen nach allgemeiner Meinung bei Kompetenzstreitigkeiten zwischen KfH und allgemeiner ZivilK nicht zur Anwendung kommen.<sup>994</sup> Auch § 17a GVG kommt im Verhältnis KfH zur allgemeinen ZivilK nicht zur Anwendung.<sup>995</sup> Hingegen ist bei Unklar-

---

991 Zimmermann, GVG, in: *Krüger/ Rauscher* (Hrsg.), Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 3, 5. Aufl., § 95 Rn. 1, m. w. N.; mit Hinweis auf § 98 Abs. 4 GVG: *Kissel/ Mayer*, Gerichtsverfassungsgesetz – Kommentar, 9. Aufl., § 94 Rn. 3.

992 Zimmermann, GVG, in: *Krüger/ Rauscher* (Hrsg.), Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 3, 5. Aufl., § 95 Rn. 1.

993 *Kissel/ Mayer*, Gerichtsverfassungsgesetz – Kommentar, 9. Aufl., § 23 Rn. 11; allgemein zum Prorogationsrecht der Parteien bzgl. der sachlichen Zuständigkeit in 1. Instanz u. a. bei: *Wern*, ZPO, in: *Prütting/ Gehrlein* (Hrsg.), ZPO Kommentar, 9. Aufl., § 39 Rn. 1 ff.

994 Vgl. *Hüfstege*, GVG, in: *Thomas/ Putzo/ Reichold/ Hüfstege/ Seiler* (Hrsg.), Zivilprozessordnung, 40. Aufl., Vorb. § 93 Rn. 1; vgl. mit Beispiel zu GWB, *Schepp*, Die Stellung der Kammer für Handelssachen im Gerichtsaufbau (Diss.), S. 105–108.

995 Vgl. *Kotzian-Marggraf*, GVG, in: *Prütting/ Gehrlein* (Hrsg.), ZPO Kommentar, 9. Aufl., § 96 Rn. 1 a. E.; LG Hannover, Beschl. v. 25.01.2011, Az.: 23 O 204/09, in: NJW-RR 2011, 834.

heiten über die Zuständigkeit zwischen zwei KfH innerhalb desselben örtlichen LG-Bezirks die Regelung des § 281 ZPO voll anwendbar.<sup>996</sup>

Die sachliche Zuständigkeit der KfH richtet sich grundsätzlich nach § 95 GVG. Eine Zuweisung per Prorogation ist aufgrund der *lex-specialis*-Regelungen der §§ 93 ff. GVG ausgeschlossen.<sup>997</sup> Insoweit weisen manche darauf hin, dass § 95 GVG die funktionelle Zuständigkeit definiert und damit tatsächlich Teil der sachlichen Zuständigkeit sei.<sup>998</sup> Mit dem Gegenargument, dass sich die Frage nach der Zuständigkeit immer nur auf das Gericht in Gänze beziehe, wird dieser Ansicht entgegengesetzt, dass es sich um eine gesetzlich geregelte Geschäftsverteilung handle.<sup>999</sup> Es sei generell zwischen der sachlichen Zuständigkeit, welche zwischen AG und LG diffe-

---

996 Kissel/ Mayer, Gerichtsverfassungsgesetz – Kommentar, 9. Aufl., § 93 Rn. 7.

997 Vgl. zur allgemeinen Meinung etwa: Eymelt-Niemann, GVG, in: Kern/ Dirk (Hrsg.), Zivilprozessordnung, § 95 Rn. 2, m. w. N.

998 Vgl. OLG Bremen, Beschl. v. 14.01.1980, Az.: 14 O 522/79, in: MDR 1980, 410; mit teilweisen Einschränkungen m. E. auch als Teil der Zuständigkeit, aber auch für Geschäftsverteilung begreifend RGZ 48, S. 27–32; Eymelt-Niemann, GVG, in: Kern/ Dirk (Hrsg.), Zivilprozessordnung, § 95 Rn. 8, § 96 Rn. 1; zur funktioniellen Zuständigkeit: BGHZ 97, 79, 84; OLG Düsseldorf, Beschl. v. 12.02.2001, Az.: 19 Sa 5/01, in: NJW-RR 2001, 1220; „sachliche Zuständigkeit“ nach: Wittschier, GVG, in: Musielak/ Voit (Hrsg.), Zivilprozessordnung, 16. Aufl., § 95 Rn. 1.

999 Kotzian-Marggraf, GVG, in: Prütting/ Gehrlein (Hrsg.), ZPO Kommentar, 9. Aufl., § 93 Rn. 3, § 94 Rn. 1; Wörstmann, ZPO, in: Rauscher/ Krüger (Hrsg.), Münchener Kommentar zur ZPO, Bd. 1, 5. Aufl., § 1 Rn. 5; Beck'scher Kurzkommentar ZPO, in: Baumbach/ Lauterbach/ Albers/ Hartmann (Hrsg.), Bd. 1, 77. Aufl., Grdz. § 1 ZPO Rn. 6, Üb. § 93 GVG Rn. 1, § 94 GVG Rn. 1 § 97 GVG, Rn. 1 (unter dem Begriff der *funktionellen Zuständigkeit* wird hier die *geschäftplanmäßige Zuständigkeit* verstanden); Hoffmann, Kammern für internationale Handelssachen, in: Baer/ Bussmann/ Callies/ Karstedt/ Mahlmann (Hrsg.), Vereinigung für Recht und Gesellschaft Law Society, Bd. 4, S. 196; Hüßtege, GVG, in: Thomas/ Putzo/ Reichold/ Hüßtege/ Seiler (Hrsg.), Zivilprozessordnung, 40. Aufl., Vorb. § 93 Rn. 1; Rosenberg u. a., Zivilprozessrecht, 18. Aufl., § 33 Rn. 5; BGHZ 63, 214, 217 (Frage der sachlichen Zuständigkeit im üblichen Sinne der ZPO); OLG München Beschl. v. 14.09.2007, Az.: 31 AR 211/07, in: MDR 2007, 1334; Kissel/ Mayer, Gerichtsverfassungsgesetz – Kommentar, 9. Aufl., § 93 Rn. 2, § 94 Rn. 2; Mertins, Fluchtwege zur Vermeidung der Zurückweisung wegen Verspätung und ihre Abwehr, in: Schriftleiter: Salger (Hrsg.), Deutsche Richterzeitung (DRiZ), Bd. 63. Jahrgang, Heft 9, S. 344-349 (348); Zimmermann, Zivilprozessordnung, 10. Aufl., § 93 Rn. 1, § 94 Rn. 1 und bereits 1879: Struckmann/ Koch, Die Civilprozeßordnung für das Deutsche Reich, 2. Aufl., § 100 Anm. 3, S. 831.

renziere, und der reinen internen, geschäftsplanmäßigen Zuständigkeit – zwischen KfH und allgemeiner ZivilK – zu unterscheiden.<sup>1000</sup>

Gegen die Einordnung als gesetzlich geregelte Geschäftsverteilung muss indes die Auswirkung des parteilichen Verweisungsantrags herangezogen werden. Bereits das RG hat diesbezüglich erwo-gen, dass die „wesentlich verschiedenen Zusammensetzung des Richterpersonals der Zivilkammern einerseits und der Kammern für Handelssachen andererseits“ unmittelbar ein „Interesse der Parteien“ berühre und es sich insoweit „keineswegs“ um eine „lediglich im Interesse des internen Geschäftsgangs getroffenen Geschäftsverteilung“ handle.<sup>1001</sup> Demzufolge kann man in der Disposition der Parteien – in Form des nicht zurücknehmbaren Parteienantrags nach § 96 Abs. 1 GVG<sup>1002</sup> – eine „Kompetenzabgrenzung mit Außenwirkung“<sup>1003</sup> der KfH erblicken.

Gegen eine Einordnung als gesetzlich geregelte Geschäftsverteilung spricht ferner folgende Überlegung: Neben den allgemeinen Zuständigkeitsnormen weisen auch besondere Zuständigkeitsregelungen dem Prozessgericht des ersten Rechtszugs die Zuständigkeit zu. Darunter fallen etwa der besondere Gerichtsstand des Hauptprozesses (§ 34 ZPO), die Hauptintervention (§ 64 ZPO), die Nichtigkeits- und Restitutionsklage (§ 584 Abs. 1 S. 1 HS. 1 ZPO), die Klage auf Erteilung der Vollstreckungsklausel (§ 731 ZPO) sowie die Vollstreckungsabwehrklage (§ 767 Abs. 1 ZPO). Maßgeblich für die Zuweisung in diesen Fällen ist allerdings nicht das Vorliegen eines neuen Prozesses bzw. der Charakter des neuen Prozesses und dessen Streitstand, sondern aufgrund der Konzentrationsmaxi-me, Kostenfragen und Prozesswirtschaftlichkeit<sup>1004</sup> gerade der sachliche Streitstoff des Vorprozesses. Soweit der Vorprozess als Handelsprozess (§ 95 GVG) vor der KfH geführt wurde, muss der Folgeprozess gleichermaßen vor diese gezogen werden.<sup>1005</sup> Nach dem BGH<sup>1006</sup> wäre insoweit eine

1000 So auch *Schepp*, Die Stellung der Kammer für Handelssachen im Gerichtsaufbau (Diss.), S. 69 f.

1001 RGZ 23, 371–384 (379).

1002 Mehr dazu unter Kapitel B Teil III Abschnitt 3.

1003 *Gaul*, Das Zuständigkeitsverhältnis der Zivilkammer zur Kammer für Handelssachen bei gemischter Klagenhäufung und (handelsrechtlicher) Widerklage, in: *Brandner/ Großfeld/ Starck/ Stürmer/ Weber* (Hrsg.), Juristische Zeitung (JZ), Heft 2, S. 57–65 (58).

1004 Beck'scher Kurz-Kommentar ZPO, in: *Baumbach/ Lauterbach/ Albers/ Hartmann* (Hrsg.), Bd. 1, 77. Aufl., § 34 Rn. 2; § 64 Rn. 2.

1005 A. A.: Beck'scher Kurz-Kommentar ZPO, in: *Baumbach/ Lauterbach/ Albers/ Hartmann* (Hrsg.), Bd. 1, Aufl. 77, § 34 Rn. 4; § 64 Rn. 9.

1006 Nach: LG Bonn, Beschl. V. 08.05.2009 (14 O 1/09) Rz. 6; BGH, NJW 1975, 829 f.

Zuständigkeit der KfH für Vollstreckungsgegenklagen gegeben, wenn der titulierte Anspruch aus einem Verfahren vor der KfH herrührt.

Eine in der Geschäftsverteilung abweichende Regelung über eine Zuteilung an die allgemeine ZivilK würde zwangsläufig das Vorliegen eines anderen Prozessgerichts bedeuten und insoweit der Vorhersehbarkeit nach dem Grundsatz des gesetzlichen Richters (Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG) zuwiderlaufen.<sup>1007</sup> Gesetzlich normierte Ausnahme und damit *Argumentum e Contrario* zu dieser These bildet § 103 GVG, welcher in Fällen des fehlenden Antrags nach § 98 GVG innerhalb des Erstprozesses (und damit einer Verhandlung vor der allgemeinen ZivilK) eine Zuständigkeit der KfH zu deren Ungunsten ausschließt, soweit ein ebenbürtiger Antrag für den Erstprozess nicht noch zulässig ist.<sup>1008</sup>

Bei § 95 GVG handelt es sich mithin vielmehr um eine sachliche Zuweisung denn um eine sachliche Zuständigkeit.<sup>1009</sup> Insoweit ist zu berücksichtigen, dass § 95 GVG als Nachfolger des § 13 ROHG-G<sup>1010</sup> zu verstehen ist. Die sachliche Zuständigkeit ist mithin eröffnet, soweit die Zuständigkeit der LG begründet ist. Die KfH treten insoweit gemäß § 94 GVG gleichwertig<sup>1011</sup> an die Stelle der allgemeinen ZivilK. Andere sprechen hingegen aufgrund der Notwendigkeit des dispositiven Parteiantrags von einer Vorgriffs- oder Allzuständigkeit der allgemeinen ZivilK gegenüber der KfH.<sup>1012</sup>

---

1007 Mehr zum Handelsrichter unter Berücksichtigung des grundrechtsgleichen Rechts auf den gesetzlichen Richter unter Kapitel C, Titel III., Abschnitt 1, 1.2 sowie zum Recht auf den gesetzlichen Richter generell bei: Müßig, *Recht und Justizhoheit. Der gesetzliche Richter im historischen Vergleich von der Kanonistik bis zur Europäischen Menschenrechtskonvention*, unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsentwicklung in Deutschland, England und Frankreich, in: *Schulze/ Wadler/ Zimmermann* (Hrsg.), *Schriften zur Europäischen Rechts- und Verfassungsgeschichte*, Bd. 44, 2. Aufl..

1008 Zu § 103 bei: Beck'scher Kurz-Kommentar ZPO, in: *Baumbach/ Lauterbach/ Albers/ Hartmann* (Hrsg.), Bd. 1, 77. Aufl., § 103 GVG Rn. 2.

1009 Vgl. *Marcus*, *Zweifelsfragen betr. die sachliche Zuständigkeit der Kammern für Handelssachen nach der Novelle v. 1. Juni 1909*, in: *Laband/ Hamn/ Heinitz* (Hrsg.), *Deutsche Juristen-Zeitung* (DJZ), Bd. 15, Nr. 4, S. 248-249 (249); *Schepp*, *Die Stellung der Kammer für Handelssachen im Gerichtsaufbau* (Diss.), S. 70.

1010 Gesetz v. 12.06.1869, in: *RGBl.* 1869, Nr. 22, S. 201–210.

1011 So: *Kissel/ Mayer*, *Gerichtsverfassungsgesetz – Kommentar*, 9. Aufl., § 94 Rn. 2, 4.

1012 *Gaul*, *Das Zuständigkeitsverhältnis der Zivilkammer zur Kammer für Handelssachen bei gemischter Klagenhäufung und (handelsrechtlicher) Wiederklage*, in: *Brandner/ Großfeld/ Starck/ Stürmer/ Weber* (Hrsg.), *Juristische Zeitung* (JZ),

Dasselbe Ergebnis der Gleichwertigkeit lässt sich indes auch durch eine Analyse der Entstehungsgeschichte der KfH ableiten.<sup>1013</sup> Sollten die ursprünglich angedachten selbstständigen Handelsgerichte gerade neben den AG und LG stehen, wurde durch die KfH ein vollkommen neuer Weg beschritten.<sup>1014</sup> Dies war neben dem Wunsch, spezielle Landesgerichte der Kaufleute zu verhindern, zudem durch die politisch bedingte Ablehnung von Verhältnissen und Institutionen nach französischem Vorbild geprägt.<sup>1015</sup> Die Eingliederung der KfH in die Organisation und Zuständigkeit der LG als gesetzlicher Spezialspruchkörper gerade neben den allgemeinen ZivilK glich somit das Bedürfnis nach einer weitgefassten Handelsgerichtsbarkeit und diesem Weltbild aus.

Auch im Rahmen von Kompetenzstreitigkeiten zwischen der KfH und der allgemeinen ZivilK entscheidet nach allgemeiner Meinung nicht der LG-Präsident, sondern im Wege einer analogen<sup>1016</sup> Anwendung des § 36 Abs. 1 Nr. 6 ZPO das OLG.<sup>1017</sup>

Die örtliche Zuständigkeit ist nach Vorstehendem ebenfalls an die des LG angebunden. Lediglich aus § 93 Abs. 1 S. 1 Alt. 2 GVG können sich innerhalb des LG-Bezirks örtliche Begrenzungen ergeben.

---

Heft 2, S. 57-65 (59); *Zimmermann*, GVG, in: *Krüger/ Rauscher* (Hrsg.), Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 3, 5. Aufl., § 96 Rn. 1.

1013 Ausführlich dazu unter Kapitel A Teil III Abschnitt 5.

1014 Die Errichtung von besonderen Handelsgerichten wurde bereits in der 5. Sitzung der ersten Lesung der Reichstagskommission am 26.04.1875 abgelehnt, vgl. oben, ab FN 754.

1015 So auch: *Schepp*, Die Stellung der Kammer für Handelssachen im Gerichtsaufbau (Diss.), S. 40–42.

1016 Verwunderlicherweise für eine direkte Anwendung: *Zimmermann*, Zivilprozessordnung, 10. Aufl., § 94 Rn. 2, § 102 Rn. 3.

1017 *Schulz*, Zivilprozessuale Probleme in Verfahren vor der Kammer für Handelssachen, in: *Huber/ Lorenz/ Rönau/ Voßkuhle* (Hrsg.), Juristische Schulung (JuS), Heft 10, S. 909-912 (910); BGHZ 71, 264 (271); OLG Brandenburg, v. 21.06.2000, Az.: 1 AR 37/00, in: NJW-RR 2001, 429 (430); *Schultzky*, ZPO, in: *Zöller – Zivilprozessordnung – Kommentar*, 32. Aufl., § 36 Rn. 10; so auch eine analoge Anwendung in den Urteilen: KG Berlin, Beschl. v. 20.07.2017 (2 AR 24/17), in: NJW-RR 2017, 1189 ff.; OLG Hamm, Beschl. v. 06.11.2018 (32 SA 34/18), in: openJur 2019, 13586; OLG Brandenburg, Beschl. v. 24.08.2004, Az.: 1 AR 40/04, in: MDR 2005, 231 ff.; OLG Schleswig, Beschl. v. 13.12.2002, Az.: 2 W 211/02, in: NJW-RR 2003, 1650 ff.; analoge Anwendung für OLG Senate: BayObLG, Beschl. v. 28.04.1994, Az.: 1Z AR 15/94, in: BayObLGZ 94, 119–123 (121).

## Abschnitt 2: Zwischen objektiver und subjektiver Zuweisung

Die vormaligen Innungsgerichte konnten ursprünglich nur von ihren Mitgliedern selbst angerufen werden. Sie waren grundsätzlich streng subjektiv zuständig.<sup>1018</sup> Die Mitgliedschaft – sei sie freiwillig oder durch Zwang – war der zentrale Dreh- und Angelpunkt sowohl der Zuständigkeit als auch der Legitimation der Gerichte.

Die anschließende, politisch motivierte Öffnung der Gerichte auch für Übrige führte in ihrem Kern diesen Gedanken fort, ermöglichte allerdings dadurch ein gemischt subjektiv-objektives System der Zuständigkeit. Fortan stand nicht nur die Kaufmannseigenschaft bzw. die Mitgliedschaft, sondern auch der Streitgegenstand im Fokus.<sup>1019</sup> Dieses gemischte System war der Ursprung des frühen deutschen Handelsgerichts.<sup>1020</sup> Gegenwärtig gilt für die KfH eine grundsätzlich freie Wahl bei objektiven Gegebenheiten (vgl. § 95 GVG).

Wie gesehen, tritt die KfH an die Stelle der allgemeinen ZivilK des LG. Dessen sachliche Zuständigkeit ist ab einer Streitwertgrenze von 5000 Euro begründet (§§ 23 Nr. 1, 71 Abs. 1 GVG). Die Kammerzuweisung erfolgt im Rahmen des § 95 GVG ausschließlich anhand objektiver Kriterien.<sup>1021</sup> Hervorzuheben ist hier § 95 Abs. 1 Nr. 1 GVG, nachdem die KfH für beidseitige Handelsgeschäfte zwischen Kaufleuten zuständig ist. Nach der damit verbundenen materiellrechtlichen Vermutungswirkung des § 343 Abs. 1 HGB, dass alle Geschäfte eines Kaufmanns, die zum Betriebe seines Handelsgewerbes gehören, Handelsgeschäfte sind, stehen sich insoweit vornehmlich Kaufleute gegenüber. Arbeitsrechtliche und konsumrechtliche Streitigkeiten werden durch das Erfordernis der Korrelation ausgenommen.

---

1018 Bereits früh in Italien vor den *Consules mercatorum*, vgl. *Endemann*, Beiträge zur Kenntniß des Handelsrechts im Mittelalter, in: *Goldschmidt* (Hrsg.), Zeitschrift des gesamten Handelsrechts, Bd. 5, S. 333 ff. (358); oder auch später, vgl. z. B. Nürnberger Privileg aus dem Jahr 1508 oben, ab FN 422.

1019 *Silberschmidt*, Die Entstehung des deutschen Handelsgerichts, S. 163, 81, 90; ferner dazu bei: *Endemann*, Beiträge zur Kenntniß des Handelsrechts im Mittelalter, in: *Goldschmidt* (Hrsg.), Zeitschrift des gesamten Handelsrechts, Bd. 5, S. 333 ff. (361 f.).

1020 Vgl. z. B. oben die geregelte Zuständigkeit in der Nürnberger Mercantil- und Banco-Gerichtsordnung v. 1697, FN 470.

1021 Vor dem englischen Commercial Court (Civil Procedure Rules: 58.1 u. 58.2 CPR: *claims of the commercial list*); französische Handelsgerichte (Art. L.721.3 Code de Commerce); im Elsass: sachliche Zuständigkeit für: „*les contestations relatives aux actes de commerce entre toutes personnes physiques ou morales*“.



Dieser Grundsatz führt vorerst zu der Annahme, dass das subjektive Kriterium der Kaufmannseigenschaft lediglich verobjektiviert wurde.

Diese Verobjektivierung wird auch in der konkreten Beschreibung der Kaufmannseigenschaft nach § 95 Abs. 1 Nr. 1 GVG fortgeführt. So ist allein die Eintragung des Beklagten in das Handelsregister und nicht die materiellen Voraussetzungen nach dem HGB erforderlich. Diese formelle Anknüpfung an die Registereintragung wurde durch Gesetz vom 22.06.1998<sup>1022</sup> zur Vermeidung von Beweisstreitigkeiten eingeführt.<sup>1023</sup> Ausgenommen werden davon lediglich juristische Personen des öffentlichen Rechts, für die keine Eintragung vorgesehen ist.<sup>1024</sup> Für Prozessparteien mit einem Sitz im Ausland kommt es auf eine dem Handelsregister entsprechende Registereintragung an.<sup>1025</sup> Fortgeführt wird dieser Gedanke durch § 97 Abs. 2 S. 2 GVG, wonach der KfH eine Verweisung von Amts wegen an die allgemeine ZivilK untersagt ist, soweit der alleinige Grund in der fehlenden Kaufmannseigenschaft des Beklagten liegt.<sup>1026</sup>

Maßgeblich für die Zuweisung nach § 94 GVG ist mithin der Begriff der Handelssache nach § 95 GVG. Selber Begriff findet auch Verwendung in Art. 2 Abs. 1 EGHGB, um die Anwendbarkeit des HGB in Vorzug zum allgemeinen Zivilrecht zu definieren. Gleichwohl weicht die Begriffsbedeutung in §§ 94, 95 GVG von Letzterer insoweit ab, als – wie soeben gesehen – nur beidseitige Handelsgeschäfte umfasst sind (engere Fassung) und auch Rechtsstreitigkeiten außerhalb der im HGB regulierten Bereiche<sup>1027</sup> umfasst sind (weitere Fassung).<sup>1028</sup> Maßgeblich für die Frage, ob prozessual eine Handelssache vorliegt, ist dabei nicht die Rechtsansicht

1022 Art. 16 des Gesetzes v. 22.06.1998, BGBl. 1998, S. 1474–1484 (1481).

1023 Begründung zu Art. 16, in: BT-Drucks. 13/8444, S. 83; vgl. ferner: OLG Nürnberg Beschl. v. 10.07.1999, in: NJW-RR 2000, 568; KG Beschl. v. 13.03.1008, in: NJW-RR 2008, 1023.

1024 Z. B. kommunale Sparkassen, Deutsche Bank etc.

1025 *Zimmermann*, GVG, in: *Krüger/ Rauscher* (Hrsg.), Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 3, 5. Aufl., § 95 GVG Rn. 7; soweit auf das bloße ausländische Recht abgestellt wird, wird obige Begründung ignoriert: so aber *Kissel/ Mayer*, Gerichtsverfassungsgesetz – Kommentar, 9. Aufl., § 95 Rn. 2.

1026 Soweit die Verweisung jedoch auf die fehlende Eintragung selbst gestützt wird, steht § 97 Abs. 2 S. 2 GVG hingegen nicht entgegen, vgl. OLG Nürnberg, Beschl. v. 20.07.1999, Az.: 3 AR 1951/99, in: NJW-RR 2000, 568; *Zimmermann*, Zivilprozessordnung, 10. Aufl., § 97 Rn. 2; a. A. OLG Düsseldorf, Beschl. v. 12.02.2001, Az.: 19 Sa 5/01, in: NJW-RR 2001, 1220.

1027 Z. B. WechselG, ScheckG, UWG, BörsenG etc.

1028 So auch nachdrücklich: *Röbriecht*, Einleitung, in: *Röbriecht/ Graf von Westphalen/ Haas* (Hrsg.), Handelsgesetzbuch – Kommentar, 4. Aufl., Einl. Rn. 58.

des Klägers<sup>1029</sup>, sondern der Parteivortrag und die rechtliche Würdigung. Insoweit ist es ausreichend, dass *ein* Klagegrund unter § 95 GVG fällt.<sup>1030</sup>

Werden hingegen mehrere Ansprüche im Wege einer objektiven Klagehäufung geltend gemacht, von denen lediglich ein Anspruch bzw. ein Rechtsgrund eine Handelssache ist, steht die Zuständigkeit der KfH für die Gesamtheit der prozessualen Ansprüche infrage. Dabei sind der prozessuale Anspruch, die Gesamtheit der Rechtsnatur des materiellen Anspruchs sowie der Klageantrag bzw. das Parteivorbringen<sup>1031</sup> und die Kategorisierung als Handelssache dem Urteil des Gerichts und nicht dem der Parteien überlassen.<sup>1032</sup>

Eine Einbeziehung sämtlicher prozessualer Ansprüche erschiene in einem solchen Fall nicht nur mit § 17 Abs. 2 GVG vereinbar, sondern würde darüber hinaus auch prozessökonomischen Überlegungen entsprechen.<sup>1033</sup> Geht man hingegen anders von einer Prävalenz oder einer Allzuständigkeit der allgemeinen ZivilK aus<sup>1034</sup>, ist die KfH nur enumerativ und damit nur ausnahmsweise gegenüber der allgemeinen ZivilK zuständig; eine Erweiterung kommt nach dieser Ansicht nicht in Betracht.<sup>1035</sup> Auch eine Prozesstrennung nach § 145 ZPO wäre demnach nicht zulässig. Vielmehr müsste es zu einer Gesamtverweisung an die allgemeine ZivilK kommen.<sup>1036</sup>

Hingegen erscheint es mit den prozessökonomischen Zielen jedenfalls vermittelnd vernünftig, eine Prozesstrennung (§ 145 ZPO) auf Antrag des Beklagten durchzuführen.<sup>1037</sup> Weiterführend soll es hier nach manchen indes notwendig sein, dass der Kläger die abtrennbaren Teile als solche

---

1029 Vgl. BGH Urt. v. 10.02.1955, Az.: III ZR 123/53, in: NJW 1955, 707–709.

1030 *Zimmermann*, Zivilprozessordnung, 10. Aufl., § 95 Rn. 1; *Brandi-Dobrn*, Die Zuständigkeit der Kammer für Handelssachen bei mehrfacher Klagebegründung, in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW), Heft 45, S. 2453.

1031 Allg. zweigliedriger Streitgegenstandsbegriff.

1032 Vgl. dazu BGHZ 16, 275.

1033 So etwa: *Kissel/ Mayer*, Gerichtsverfassungsgesetz – Kommentar, 9. Aufl., § 97 Rn. 4; *Brandi-Dobrn*, Die Zuständigkeit der Kammer für Handelssachen bei mehrfacher Klagebegründung, in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW), Heft 45, S. 2453.

1034 Siehe dazu bereits oben, ab FN 1009 ff.

1035 Vgl. dazu *Zimmermann*, GVG, in: *Krüger/ Rauscher* (Hrsg.), Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 3, 5. Aufl., § 96 Rn. 5.

1036 *Rosenberg u. a.*, Zivilprozessrecht, 18. Aufl., § 33 Rn. 11; *Zimmermann*, Zivilprozessordnung, 10. Aufl., § 97 Rn. 1.

1037 *Kissel/ Mayer*, Gerichtsverfassungsgesetz – Kommentar, 9. Aufl., § 97 Rn. 4; *Lückemann*, GVG, in: *Zöller – Zivilprozessordnung – Kommentar*, 32. Aufl., § 97 Rn. 8; wohl auch *Eymelt-Niemann*, GVG, in: *Kern/ Dirk* (Hrsg.), Zivilprozess-

bezeichnet.<sup>1038</sup> Dies scheint in der Konsequenz einer Gesamtverweisung bei mangelnder Bezeichnung vornehmlich zum Schutz des Beklagten gefordert zu werden.

Auch bei einer nachträglichen objektiven Klagehäufung kommen die Vorschriften des GVG zu der KfH an ihre Grenzen. So wird im Allgemeinen § 99 Abs. 1 GVG analog angewandt und somit der Prozess im Ganzen auf Antrag des Beklagten an die allgemeine ZivilK verwiesen.<sup>1039</sup>

Gleichwohl können auch Nicht-Kaufleute Ansprüche aus objektiven Handelssachen geltend machen und so vor die KfH ziehen. Bei den gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 2, Nr. 3 GVG vor die KfH gehörigen Scheck- und Wechselsachen kommt es nicht auf die Kaufmannseigenschaft an, sodass auch Nicht-Kaufleute einzig aufgrund objektiver Umstände vor die KfH ziehen können. Allerdings entscheidet in diesen Fällen gemäß § 349 Abs. 2 Nr. 8 ZPO ausschließlich der Einzelrichter.

Klagen gegen BGB-Gesellschaften fallen hingegen nicht unter § 95 GVG.<sup>1040</sup>

Somit bleibt festzuhalten, dass grundsätzlich allein objektive Merkmale, nämlich der sachliche Inhalt des klagegründenden Rechtsverhältnisses, die Zuweisung<sup>1041</sup> zur KfH begründen. Objektiv kann somit nicht von einem subjektiven Standesgericht gesprochen werden. So beschreibt es auch *Lent*, wenn er sagt: „Die Handelssachen umfassen weder nur Ansprüche gegen Kaufleute, z. B. nicht bei Wechselklagen oder Ansprüchen aus unerlaubtem Wettbewerb, noch alle Ansprüche gegen Kaufleute, sondern nur solche handelsrechtlicher Natur.“<sup>1042</sup> Dem könnte indes entgegengehalten werden, dass die vor den KfH eingerichtete besondere Verbindung von Rechts- und Sachwissen de facto einzig einem bestimmten Personenkreis vorbehalten bleibt. Gleichwohl ist diese faktische Beschränkung der Prozessberechtigt-

---

ordnung, § 95 Rn. 3, mit Hinweis auf LG Mannheim, v. 28.04.2015, Az.: 2 O 46/15, in: GRUR-RR 2015, 454 Rn. 7.

1038 *Zimmermann*, GVG, in: *Krüger/ Rauscher* (Hrsg.), Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 3, 5. Aufl., § 97 Rn. 7.

1039 Vgl. *Zimmermann*, Zivilprozessordnung, 10. Aufl., § 99 Rn. 1.

1040 *Zimmermann*, GVG, in: *Krüger/ Rauscher* (Hrsg.), Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 3, 5. Aufl., § 95, Rn. 6.

1041 Für den Streit über das Verhältnis von KfH zur allgemeinen ZivilK vgl. Kapitel B Titel III Abschnitt 1.

1042 *Lent*, Der Nutzen der Einrichtung oder Beibehaltung von Handelsgerichten und ihr Einfluß auf die Weiterbildung des Rechts, in: *Wolf* (Hrsg.), Beiträge zum Handels- und Wirtschaftsrecht, S. 26-35 (28).

ten vor der KfH auf Kaufleute zum Erhalt der Konformität mit dem GG und der EMRK notwendig<sup>1043</sup> und sollte insoweit nicht angetastet werden.

### Abschnitt 3: Fakultativ oder obligatorisch

Den größten Wandel erlebte die Pflichtmäßigkeit der Anrufung von handelsrechtlicher Sonderjurisdiktion. Während ursprünglich der Zunft- und Gildenzwang die Mitglieder zur Anrufung der eigenen Gerichte oktroyierte, ist die Anrufung der KfH durch die Parteien gegenwärtig rein fakultativ.

Konkret geht das heutige dogmatische Verhältnis noch einen Schritt weiter und lässt die Verfahren nur auf vorherigen Parteiantrag durch den Kläger (§ 96 Abs. 1 GVG) oder durch den Beklagten (§ 98 Abs. 1 S. 1 GVG) vor die KfH zu. Dieses spezielle Wahlrecht in der Form des Antrags kann im Gegensatz zum allgemeinen Verweisungsantrag nach § 101 GVG als widerrufliche, prozessuale Willenserklärung nicht zurückgenommen werden.<sup>1044</sup> Soweit vor die allgemeine ZivilK eine vor die KfH gehörige Klage zur Verhandlung gebracht wurde, ist die allgemeine ZivilK insoweit zu einer Verweisung von Amts wegen nicht befugt, § 98 Abs. 3 GVG.

Parallel ist die betroffene Kammer an einen Verweisungsbeschluss streng gebunden, § 102 S. 2 GVG. Ausgenommen ist lediglich eine willkürliche Verweisung.<sup>1045</sup> Zweck dieser Regelungen ist stets das Bemühen um Prozessbeschleunigung.<sup>1046</sup>

Über die ordnungsgemäße Erhebung des Parteiantrags und das Vorliegen der Voraussetzungen entscheidet der Vorsitzende gemäß § 349 Abs. 2 Nr. 1 ZPO selbstständig und grundsätzlich vor der Prüfung der sonstigen

---

1043 Diesbezüglich bereits unter Kapitel B Titel I Abschnitt 4.

1044 Vgl. Zimmermann, GVG, in: Krüger/ Rauscher (Hrsg.), Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 3, 5. Aufl., § 96 Rn. 4, § 101 Rn. 2.

1045 Vgl. BGHZ 71, 729; OLG Celle, Beschl. v. 04.10.2006 (4 AR 75/06), in: open-Jur 2012, 44907.

1046 Schulz, Zivilprozessuale Probleme in Verfahren vor der Kammer für Handels-sachen, in: Huber/ Lorenz/ Rönnauf/ Voßkuhle (Hrsg.), Juristische Schulung (JuS), Heft 10, S. 909-912 (909); BGHZ 63, 216 (217).

Zuständigkeitsfragen.<sup>1047</sup> Diese Reihenfolge der Prüfung ergibt sich aus § 101 Abs. 2 S. 1 GVG.<sup>1048</sup>

#### Abschnitt 4: Rechtsmittelzuständigkeit

Im Rahmen der Rechtsmittelzuständigkeit ergeben sich bei den KfH grundsätzlich keine Besonderheiten gegenüber der allgemeinen ZivilK. Die KfH als vor dem LG eingerichtete Sonderkammer kann insoweit als Eingangsinstanz sowie nach § 100 GVG als Berufungsinstanz tätig werden. Dass die KfH unter den o. g. Voraussetzungen auch in der zweiten Instanz tätig sein kann, wurde erst mit Gesetz vom 01.06.1909<sup>1049</sup> eingeführt. In der prozessualen Praxis scheint eine Berufung an die KfH indes „höchst selten“<sup>1050</sup> und die Berufung an die allgemeine ZivilK die Regel.<sup>1051</sup> Rechtsmittel gegen Urteile der KfH wenden sich immer an das Rechtsmittelgericht i. R. d. ordentlichen Instanzenzugs. Im Gegensatz dazu ist die Schweizer Direktbeschwerde (sog. *fast-track*) an das Bundesgericht anzuführen. Insoweit kennt das Schweizer Appellationsrecht für die Handelsgerichte nur zwei Instanzen.<sup>1052</sup>

Grundsätzlich muss an dieser Stelle allerdings darauf hingewiesen werden, dass diese Arbeit die Besonderheiten der Appellation sowohl im rechtshistorischen wie auch im gegenwärtigen Kontext nur am Rande betrachten kann. Hingewiesen soll in diesem Zusammenhang lediglich auf die naturgemäße Kontroverse, die zwischen der Möglichkeit weiterer Appellation und dem Beschleunigungsgrundsatz liegt.

1047 BGHZ 63, 214 mit Verweis auf LG Karlsruhe, ZZP 38, 424; Beck'scher Kurz-Kommentar ZPO, in: *Baumbach/ Lauterbach/ Albers/ Hartmann* (Hrsg.), Bd. 1, 77. Aufl., § 97 GVG Rn. 3; *Kissel/ Mayer*, Gerichtsverfassungsgesetz – Kommentar, 9. Aufl., § 97 Rn. 1; *Lückemann*, GVG, in: *Zöller*, Zivilprozessordnung – Kommentar, 32. Aufl., Vor. § 93 GVG Rn. 6; offengelassen von BGHZ 63, 214 Rz. 13.

1048 *Schulz*, Zivilprozessuale Probleme in Verfahren vor der Kammer für Handels-sachen, in: *Huber/ Lorenz/ Rönnau/ Voßkuhle* (Hrsg.), Juristische Schulung (JuS), Heft 10, S. 909-912 (910).

1049 Gesetz v. 01.06.1909, RGBl. 1909, S. 475–498.

1050 *Zimmermann*, GVG, in: *Krüger/ Rauscher* (Hrsg.), Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 3, 5. Aufl., § 72 GVG Rn. 6.

1051 *Zimmermann*, GVG, in: *Krüger/ Rauscher* (Hrsg.), Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 3, 5. Aufl., § 100 Rn. 1.

1052 Vgl. Art. 6 Abs. 1 ZPO-CH und Art. 75 Abs. 1, 2 lit. b BGG-CH.

#### Titel IV – Zusammenfassung

Die KfH sind nach dem deutschen System spezielle, an den LG eingerichtete Kammern, denen auf Parteiantrag (§§ 96 Abs. 1, 98 Abs. 1 S. 1 GVG) Verfahren nach § 95 GVG zugewiesen werden können und die somit an die Stelle der allgemeinen ZivilK treten. Besetzt sind sie gleichrangig (§ 105 Abs. 2 GVG) mit zwei ehrenamtlichen Handelsrichtern aus den Reihen der Kaufleute und einem Berufsrichter (§ 105 Abs. 1 GVG). Gerade durch ihre Fachkenntnis in handelsrechtlichen Gewohnheiten und Gebräuchen, die sich in Handelsgewohnheitsrecht manifestieren oder zur Auslegung von Rechtsgeschäften herangezogen werden können, nehmen die Handelsrichter die Rolle eines Fachrichters ein (§ 114 GVG). Gleichwohl ist die Stellung des Berufsrichters mittels seiner erweiterten Entscheidungsbefähigung als Einzelrichter (§ 349 ZPO) hervorgehoben zu berücksichtigen. Ein umfassendes, nicht kodifiziertes Gewohnheitsrecht der Kaufleute, welches die Handelsrichter ebenfalls zu Standesrechtsexperten erhebt, existiert nicht (mehr), sodass das allgemeine Zivilrecht sowie das allgemeine Handelsrecht Maßstab der Urteilsfindung sind.

Gerade diese Balance zwischen Fach- und Rechtskenntnis charakterisiert die KfH als Kompromiss zwischen den ursprünglichen Handelsgerichten und der reinen staatlichen Allgemeinjurisdiktion ohne handelsrechtliche Spezialgerichte. Historischer Scheideweg waren hier insbesondere die Beratungen und Beschlüsse der Reichsjustizkommission zum GVG sowie die diesbezüglichen Eingaben der Vertretungen der Kaufmannschaft.

## Kapitel C – Fragestellungen der Gegenwart und Lösungsansätze aus der Geschichte

Nach dieser summarischen Charakterisierung der modernen KfH im Gerichtsaufbau und ihrer Wesensmerkmale wird in einem dritten und letzten Schritt eine Gegenüberstellung zwischen den Einflüssen und Auswirkungen der historischen Entwicklung und den gegenwärtigen Fragestellungen herausgearbeitet werden. Dabei wird insbesondere auf die außergewöhnlich stark sinkenden Fallzahlen vor den KfH eingegangen sowie kursorisch mögliche Novellierungsüberlegungen einbezogen. Ziel sind die systematische Analyse und ein direkter Vergleich der drei Zielgrößen. Anhand dessen können sich Argumente für eine Weiterentwicklung der modernen Handelsgerichtsbarkeit gewinnen lassen. Der aktuelle Streitstand der Diskussion soll insoweit nicht vollständig rezipiert werden. Vielmehr sollen durch die Darstellung neue Grundlagen und Impulse für den weiteren Diskurs geschaffen werden.

## Titel I. Problemstellungen

### Abschnitt 1: Sinkende Fallzahlen vor den KfH

Natürgemäß sind die gerichtlichen Fallzahlen Schwankungen unterworfen. Diese Schwankungen sind grundsätzlich kein Grund zur Besorgnis, bedürfen allerdings genauerer Betrachtung, soweit sich aus ihnen ein negativer Trend zu entwickeln oder gar zu manifestieren droht.

Dieses Schicksal teilt im zeitgenössischen Diskurs insbesondere das Institut der KfH. Gerade hier scheint ein bedrohlicher Abwärtstrend eingesetzt zu haben, der an dem Bestand und dem Konzept der KfH zweifeln lässt.<sup>1053</sup> Daher stehen die sinkenden Fallzahlen vor den KfH vermehrt im Fokus der Aufmerksamkeit. Doch auch die Anzahl der neu anhängig gemachten Zivilverfahren<sup>1054</sup> ist zwischen den Jahren 2000 und 2017 bei den AG von 1.475.461 auf 936.979 und bei den LG von 415.036 auf 307.718 zurückgegangen. Insgesamt liegt der Rückgang von 1.890.497 auf 1.244.697 also mit einer Differenz von 645.797 Verfahren bei 34,16 %. Parallel ist die Zahl der erledigten Verfahren ebenfalls von 2010 bis 2017 bei den AG von 1.475.461 auf 952.413 und bei den LG von 392.103 (mit einem Spitzenwert im Jahr 2005 von 430.236) auf 308.026 zurückgegangen. Auch hier liegt der Rücklauf von insgesamt 1.867.564 auf 1.260.439 mit einer Differenz von 607.125 erledigten Verfahren bei 32,50 %.<sup>1055</sup>

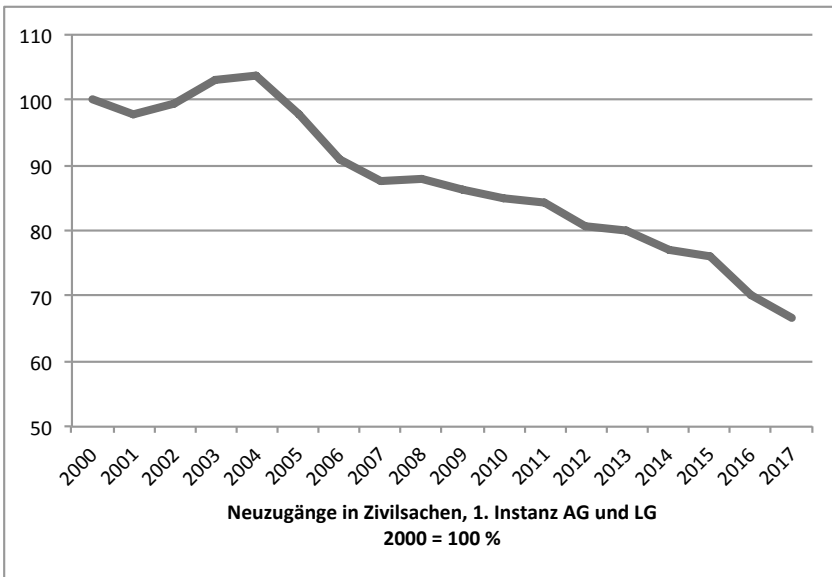
---

1053 So auch *Prof. Dr. Gerhard Wagner* im Interview mit Beckextra Das Magazin, abrufbar unter: <http://presse.beck.de/beckextra-das-magazin/flaute-am-rechtsstandort-deutschland-was-sind-die-gruende.aspx> (zuletzt: 26.03.2019, 13.57 Uhr).

1054 Betrachtet wird nur die erste Instanz ohne Berücksichtigung der Familiensachen.

1055 Vgl. die statistischen Rohdaten in: *Bundesamt für Justiz, Referat III, Geschäftsentwicklung der Zivilsachen in der Eingangs- und Rechtsmittelinstanz, sowie Statistisches Bundesamt, Fachserie 10, Reihe 2.1, Rechtspflege, Zivilgerichte, 2017, S. 12 f., 42 f.*





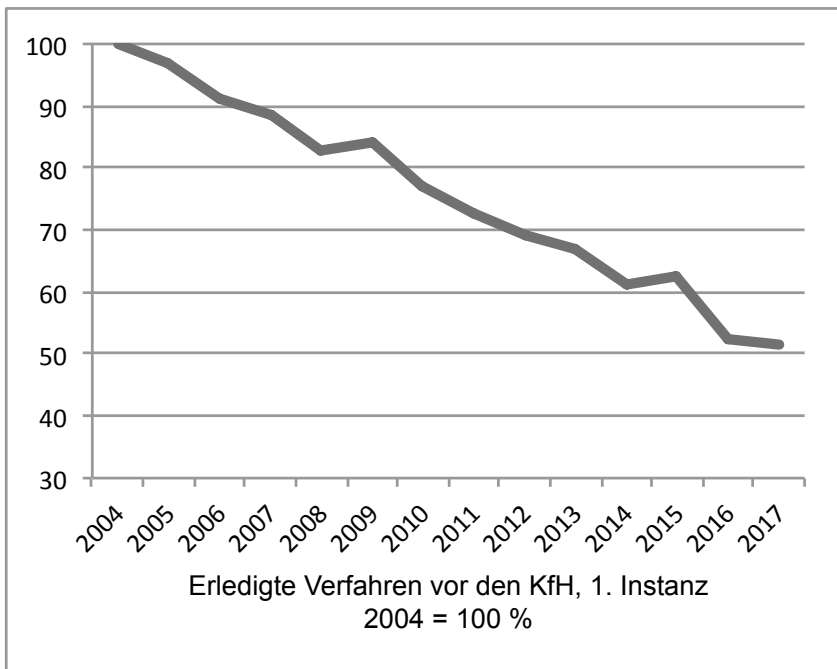
Dieser anhaltende Rückgang der Fallzahlen vor den Zivilgerichten entwickelt sich spätestens seit dem Jahr 2004 zu einem gesicherten Trend.

Das Statistische Bundesamt schlüsselt darüber hinaus die Daten zu den erledigten Verfahren nach Rechtsgebieten auf.<sup>1056</sup> Besonders die Zahlen der erledigten Verfahren vor den KfH sind dabei von Interesse.

Im Zeitraum vom Jahr 2004 bis 2017 sind die Zahlen der erledigten Verfahren vor den KfH von 52.477 dramatisch auf 26.959 zurückgegangen. Bei einer Differenz von 25.518 erledigten Verfahren entspricht dies einem Rückgangsquotienten von 48,62 %.<sup>1057</sup>

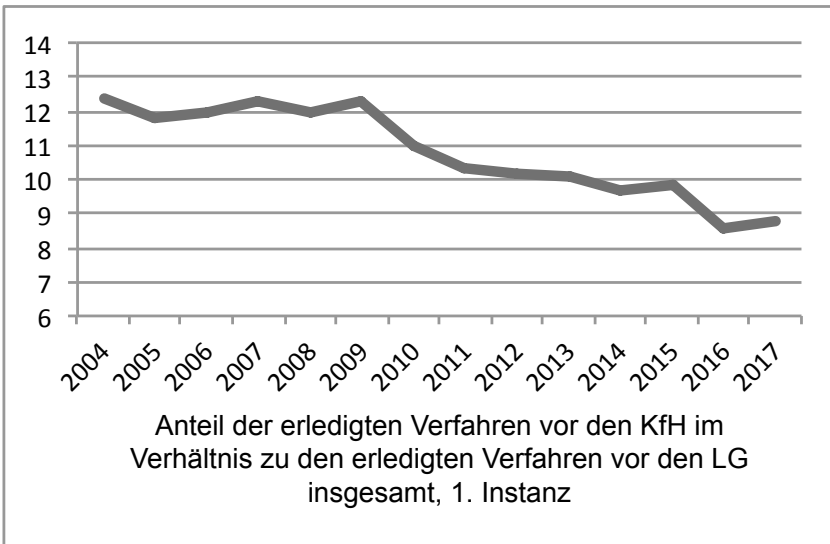
1056 Die folgenden Daten stammen aus: *Statistisches Bundesamt*, Fachserie 10, Reihe 2.1, Rechtspflege, Zivilgerichte, 2017.

1057 Stat. BuA., S. 42.



Selbstverständlich ist der Rückgang der Fallzahlen vor den KfH naturgemäß mit dem Rückgang der Fallzahlen vor den Zivilgerichten im Allgemeinen verbunden. Gleichwohl zeigt sich gerade vor diesen Kammern ein spürbarer Rückgang, der im Vergleich zum Gesamttrend weitaus stärker ausfällt.

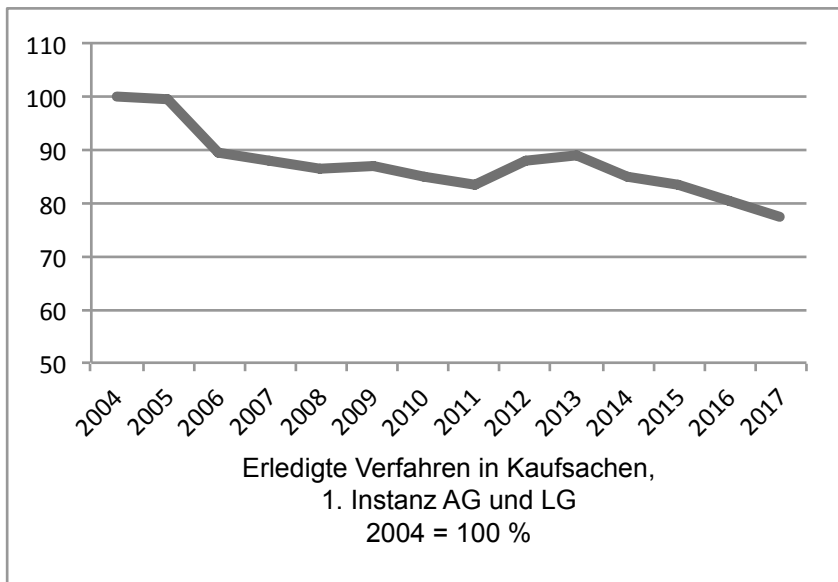
Betrachtet man insoweit den Anteil der erledigten Verfahren vor den KfH im Verhältnis zu den erledigten Verfahren vor den LG insgesamt, zeigt sich, dass der Anteil der Verfahren vor den KfH von 12,33 % 2004 auf 8,75 % im Jahr 2017 abgefallen ist.



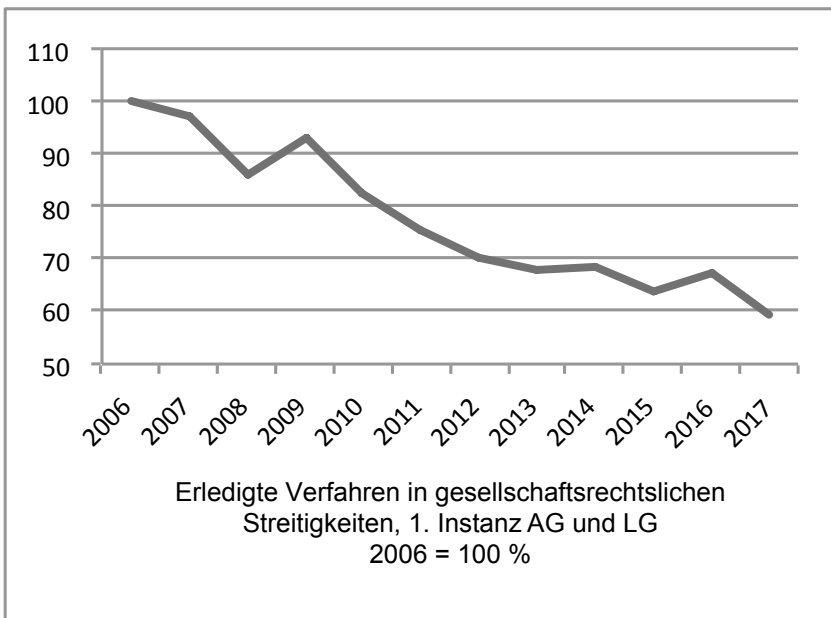
Während im Jahr 1971 noch 2,9 %<sup>1058</sup> aller erledigten Zivilprozesse der AG und LG in Deutschland vor der KfH verhandelt worden waren, beläuft sich dieses Verhältnis im Jahr 2017 lediglich auf 2,13 % und liegt damit unter dem Stand zur Zeit der Einführung der KfH. Hier gebieten jedoch allein die absoluten Fallzahlen eine gewisse Relativierung dieser Beobachtung. Gleichwohl hebt auch dieses Verhältnis die enormen Probleme hervor, denen die KfH begegnet.

Bei zivilrechtlichen Streitigkeiten in allgemeinen Kaufsachen ist zwischen den Jahren 2004 und 2017 bei den AG die Anzahl der erledigten Verfahren von 164.897 auf 127.630 und bei den LG von 31.488 auf 24.254 ebenfalls zurückgegangen. Insgesamt liegt der Rückgang von 196.385 auf 151.884 also mit einer Differenz von 44.501 bei 22,66 %.

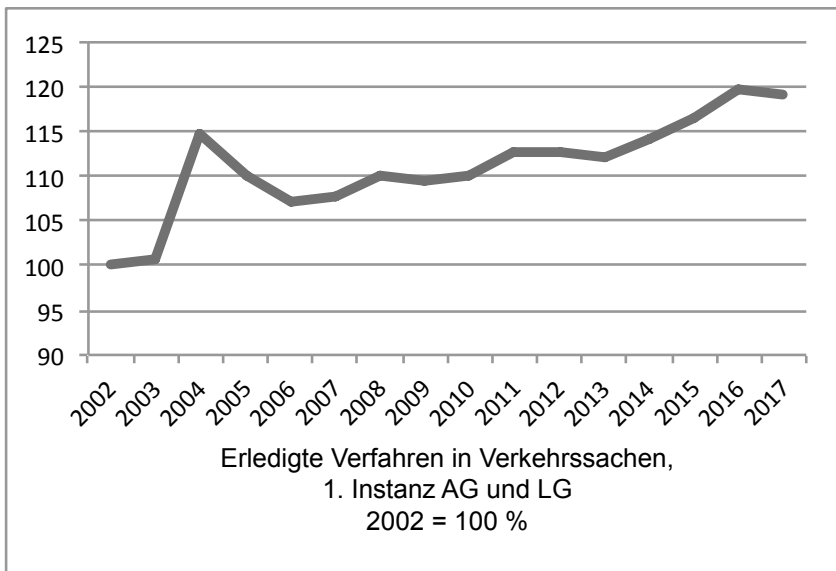
1058 Vgl. zu den Zahlen aus dem Jahr 1971: *Schepp*, Die Stellung der Kammer für Handelssachen im Gerichtsaufbau (Diss.), S. 67.



Auch in den gesellschaftsrechtlichen Streitigkeiten sind in dem Zeitraum von 2006 bis 2017 die erledigten Verfahren bei AG und LG von 10.184 auf 6046, also um eine Differenz von 4138, das entspricht stattlichen 40,63 %, zurückgegangen.



Lediglich in zivilrechtlichen Streitigkeiten in Verkehrsunfallsachen in der Zeit von 2002 bis 2017 ist ein Anstieg der erledigten Verfahren um ganze 19,033 % festzustellen. So stiegen in dieser Zeit bei den AG die Zahlen von 121.437 auf 136.644 und bei den LG von 13.136 auf 23.543.



Die statistische Auswertung legt nahe, dass entgegen der nahezu stagnierenden Bevölkerungszahlen Deutschlands in den Jahren 2000 bis 2017<sup>1059</sup> die Attraktivität der ordentlichen Zivilgerichte grundsätzlich nachgelassen hat. Gleichwohl ist dies im Besonderen bei vertraglichen Streitigkeiten (Kaufrecht, Gesellschaftsrecht etc.) zu beobachten. In deliktischen Streitfragen hingegen erfreut sich die ordentliche Zivilgerichtsbarkeit weiterhin reger Beliebtheit. Der nahe liegende Rückgriff auf eine mögliche Kohärenz der Entwicklung der Fallzahlen zu einer dogmatischen Einteilung der Rechtsgebiete geht indes fehl, vergleicht man z. B. die stagnierenden Fallzahlen im durch Delikt- (§ 823 BGB) und Vertragsrecht (§§ 630a, 280 BGB) geprägten Arzthaftungsrecht.<sup>1060</sup>

Besonders im Hinblick auf die KfH lassen sich insoweit drei mögliche alternative Gründe für den statistischen<sup>1061</sup> Schwund herausarbeiten.

1059 Vgl. *Statistisches Bundesamt*, Bevölkerung nach Gebietsstand (ab 1950).

1060 Vgl. hierzu die Zahlen bei *Wagner*, Rechtsstandort Deutschland im Wettbewerb, S. 95, 113.

1061 Dabei handelt es sich lediglich um an den Fallzahlen orientierte statistische Überlegungen und nicht um die tatsächlichen Ursachen, die dem statistischen Schwund zugrunde liegen. Auf ebendiese wird in Titel II. dieses Kapitels näher einzugehen sein.

Unter der Annahme, dass es einen generellen Rückgang von Streitigkeiten vor den ordentlichen Zivilgerichten gibt, könnte man zunächst vermuten, dass der verhältnismäßige Rückgang von ca. 4 % vor den KfH im Vergleich zu den sonstigen Kammern vor den LG lediglich eine stärkere Ausprägung des Rückgangs darstellt.

Alternativ ließe sich vermuten, dass dieses Mehr an 4 % neben dem generellen Rückgang der Fallzahlen zudem von den KfH abgewandert und stattdessen vor den ordentlichen ZivilK angebracht wurde. Das Resultat hierbei wäre eine zusätzliche gerichtsinterne Verschiebung der Fallzahlen. Diese Verschiebung zwischen den Kammern würde dazu beitragen, dass der verhältnismäßige Rückgang vor den KfH statistisch gesehen größer ausfällt, während die absoluten Zahlen handelsrechtlicher Streitigkeiten vor den KfH nur gleichförmig zu denen der allgemeinen ZivilK rückläufig sind. Diese Überlegung würde durch die Bewertung des Antragsersfordernisses (§§ 96 Abs. 1, 98 Abs. 1 S. 1 GVG) als zusätzliche Hürde für die KfH unterstützt werden.

Der damit denklogisch vorausgesetzte generelle Rückgang der Fallzahlen kann diesbezüglich für beide Theorien seine Ursache in der Internationalisierung und der damit verbundenen freien Rechtswahlmöglichkeit finden.

Als dritte Alternative erscheint auch ein Abfluss der Streitigkeiten an die privaten Schiedsgerichte denkbar. Gerade das historisch aufgezeigte Wechselspiel zwischen hoheitlichen Gerichten und privaten Schiedsgerichten würde diese Annahme bekräftigen. So hatte bereits der Abgeordnete *Goldschmidt* in der 10. Sitzung des Reichstags vom 17.11.1876 darauf hingewiesen, dass eine staatliche Abkehr von Handelsgerichten „*die Kaufleute dazu [zwingt], sich an Schiedsgerichte zu wenden*“.<sup>1062</sup> Weiterhin dürfte die ordentliche Zivilrechtspflege nicht so eingerichtet sein, „*daß die Kaufleute gerade darauf hingewiesen werden, lediglich in Schiedsrichtern die Männer ihres Vertrauens zu sehen*“.<sup>1063</sup>

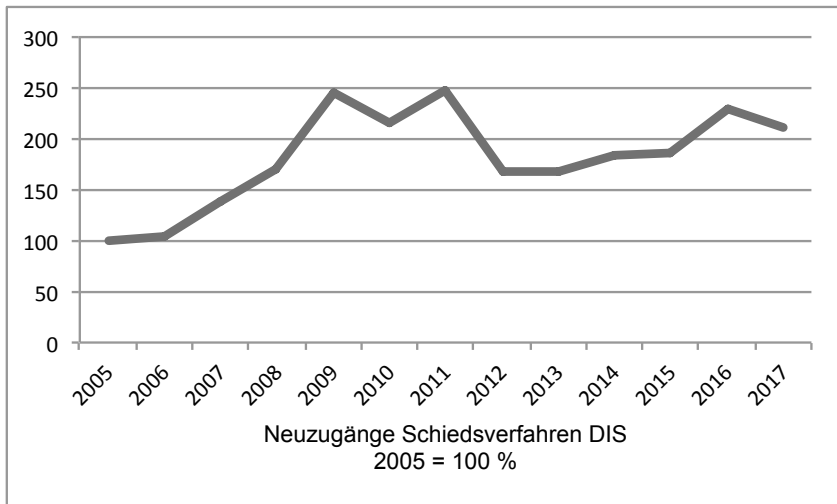
Die wichtigsten Institutionen privater Schiedsgerichtsbarkeit stellen vor allem die Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e. V. (DIS) sowie die International Chamber of Commerce (ICC) dar.

---

1062 *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 2, S. 1105 (Protokoll: S. 1063–1113).

1063 *Hahn*, Die gesammten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Bd. 1, Abt. 2, S. 1105.

Vor der DIS stiegen die Fallzahlen der Neuzugänge in dem Zeitraum der Jahre 2005 bis 2017 von 72 auf 152 und somit um 111,11 % an.<sup>1064</sup>



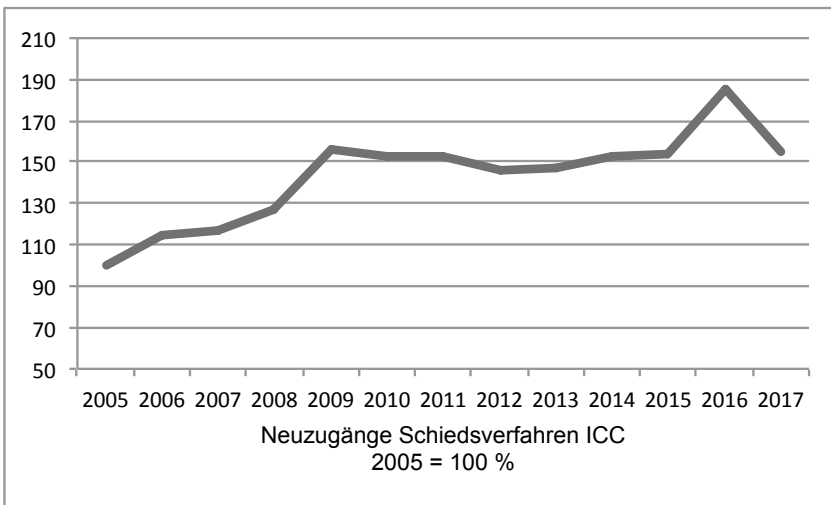
Ähnlich verhält sich der Anstieg der Anzahl der Schiedsverfahren vor der ICC. In dem Zeitraum zwischen den Jahren 2005 und 2017 stieg die Zahl der neuen Verfahren von 521 auf 810 also um 55,47 %.<sup>1065</sup> Der Anteil von deutschen Parteien vor ICC-Verfahren liegt dabei konstant bei ca. 5–6 %.<sup>1066</sup>

1064 Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit, DIS-Verfahrensstatistiken 2005 bis 2017; angemerkt sei an dieser Stelle, dass für das Jahr 2009 in den Statistiken der Jahre 2011, 2010 und 2009 unterschiedliche Zahlen angefügt wurden: 2011 (177), 2010 (176) und 2009 (172), verwendet wurde die aktuellste Zahl von 2011.

1065 Vgl. ICC Statistical Report 2005 bis 2013 sowie ICC Dispute Resolution Statistics 2014 bis 2017.

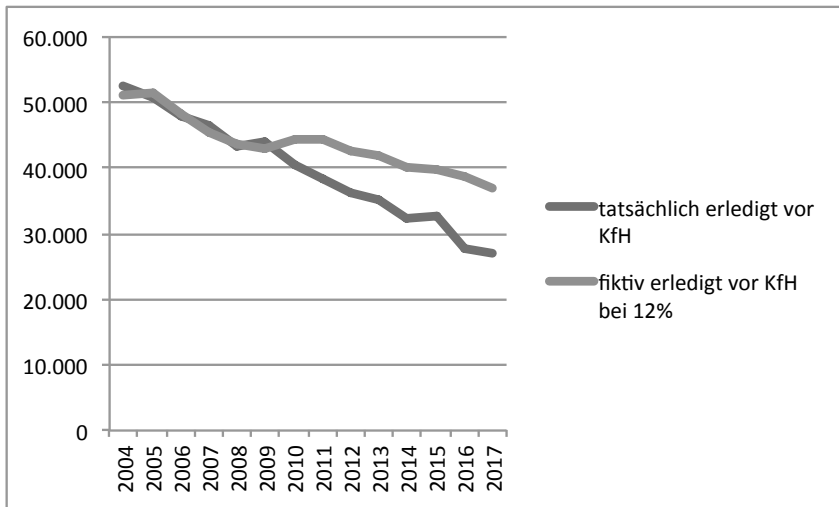
1066 Vgl. ICC Statistical Report 2005 bis 2013 sowie ICC Dispute Resolution Statistics 2014 bis 2017.





In beiden Institutionen lässt sich ein enormer Aufschwung der Fallzahlen erkennen. Gleichwohl erklärt dies nicht den um 4 % größeren Rückgang der Fallzahlen vor den KfH zu den allgemeinen ZivilK.

Unter der Annahme, dass der Anteil der erledigten Verfahren der KfH zu den gesamten erledigten Verfahren der LG nicht auf ca. 8 % abgefallen wäre, sondern konstant in einem durchschnittlichen Verhältnis von weiterhin 12 % verblieben wäre, würde dies unter Berücksichtigung des tatsächlichen Rückgangs der Zahlen vor den LG zu einem ungefähren (zusätzlichen) Wegfall von ca. 56.988 Verfahren in dem Zeitraum von 2004 bis 2017 führen.



Anhand dieses theoretischen Modells lässt sich erkennen, dass seit dem Jahr 2010 die tatsächlich erledigten Verfahren weit mit denen des regulär Erwarteten auseinanderfallen, wäre das Verhältnis zwischen KfH und allgemeiner ZivilK konstant geblieben. Vor der ICC ist in diesem Zeitraum allerdings keine vergleichbare statistische Steigerung erkennbar. Lediglich vor der DIS ist ein Hoch ab diesem Zeitpunkt zu erkennen. In absoluten Zahlen betrachtet, fallen jedoch auch diese weit hinter die modular errechnete Differenz zurück.

Gleichwohl ist zu beachten, dass für die sog. Ad-hoc-Schiedsgerichte,<sup>1067</sup> anders als bei den institutionellen Schiedsgerichten, keine vergleichbaren Statistiken vorliegen und entsprechende Aussagen nicht getroffen werden können.

Auffällig ist in diesem Zusammenhang, dass m. W. z. 17.12.2009 die Rom-I-VO<sup>1068</sup> Anwendung fand und damit auch die individuelle Rechtswahl für Zivil- und Handelssachen deutlich gefördert wurde. Mithin sind die sinkenden Fallzahlen sicherlich auch zu einem wesentlichen Faktor

<sup>1067</sup> Über die Vorzüge ders. z. B. bei *Steinbeck*, Handelsrecht, Baden-Baden, 2. Aufl., S. 36 Rn. 4 ff.

<sup>1068</sup> 5. Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I) (ABl. Nr. L 177 S. 6, ber. 2009 Nr. L 309 S. 87), Celex-Nr. 3 2008 R 0593.

auf die Abwanderung der Streitigkeiten in andere Justizstandorte zurückzuführen.

Ebenfalls die mehrfach<sup>1069</sup> angepasste Öffnungsklausel zur Mediation (§ 15a EGZPO) sowie das u. a. europarechtlich beeinflusste<sup>1070</sup> Mediationsgesetz<sup>1071</sup> fallen in den fraglichen Untersuchungszeitraum. Entgegen der schiedsgerichtlichen Fallzahlen ist die Messbarkeit der Abwanderung hier schwieriger. Jedoch fallen die Verfahren nach § 15a EGZPO ebenfalls deutlich niedriger aus. So lag die Anzahl der einem erledigten Verfahren vorausgegangenen Schlichtungsverfahren nach § 15a EGZPO im Jahr 2017 bundesweit bei gerade einmal 23.<sup>1072</sup> Auch die Schlichtungszahlen der DIS sowie der ICC waren weitgehend gering verblieben.

## Abschnitt 2: Einzelrichterentscheidungen, Prozesstaktik und Verfahrensdauer

Aus den qualitativen und quantitativen Recherchen<sup>1073</sup>, die dieser Arbeit zugrunde liegen, lässt sich ein Trend zur Einzelentscheidung durch den Vorsitzenden der Kammer ableiten. So soll der Anteil der Einzelentscheidungen durch den Vorsitzenden ohne die Mitwirkung der Handelsrichter teilweise bei ca. 90 %<sup>1074</sup> liegen; jedenfalls jedoch bei *knapp über der Hälfte*.<sup>1075</sup> Manche sehen in den KfH sogar eine „*verdeckte Form der Einzelrichterzuständigkeit*“.<sup>1076</sup>

Diese Tatsache ist nicht nur für das Institut des Handelsrichters, dessen Dienste trotz der offenen Möglichkeit deutlich verschmälert werden, betrüblich, sondern ist im Wesentlichen Auswirkung eines größeren Problems. Tatsächlich ist es nicht zu bestreiten, dass die Wahl der KfH teilweise als prozesstaktisches Manöver genutzt wird. Insoweit gewinnt der

---

1069 Art. 3 BGBl. S. 1897 v. 14.08.2006; Art. 28 BGBl. S. 2586 v. 17.12.2008; Art. 4 BGBl. S. 254 v. 19.02.2016.

1070 RL 2008/52/EG v. 21.05.2008, Abl. L 136.3.

1071 Gesetz v. 21.07.2012, BGBl. S. 1577.

1072 *Statistisches Bundesamt*, Fachserie 10, Reihe 2.1, Rechtspflege, Zivilgerichte, 2017, S. 60, lfd. Nr. 6.

1073 U.a. die Auswertung der statistischen Rohdaten des StBA, Fachserie 10, Reihe 2.1, Rechtspf., Zivilgerichte, sowie eine Umfrage bei 79 IHKs und Interviews mit Vors. divers. KfH.

1074 So u. a. m. w. N. *Wagner*, Rechtsstandort Deutschland im Wettbewerb, S. 202.

1075 Vgl. Recherche bei den 115 LG.

1076 *Podszun/Rohner*, Die Zukunft der Kammer für Handelssachen, in: *Neue Juristische Wochenschrift (NJW)*, S. 131-136 (132).

Beklagte durch den Antrag auf Verweisung an die KfH wertvolle Zeit für die Vorbereitung seiner Verteidigung.<sup>1077</sup> Selbst wenn kein Interesse an der Mitwirkung von Handelsrichtern besteht, kann sich im Nachgang mit dem Kläger (vermeintlich *entgegenkommend*) auf eine Einzelrichterentscheidung nach § 349 Abs. 3 ZPO verständigt werden.

Gleichermaßen kann ein Beklagter im umgekehrten Fall bis zum Schluss der mündlichen Verhandlung vor der KfH mittels einer nicht von § 95 GVG umfassten Widerklage der KfH das Verfahren entziehen und so einer möglicherweise negativen Entscheidung der Handelsrichter entgehen.<sup>1078</sup> Bereits um das Jahr 1879 wurde daher dafür plädiert, der KfH auch die Zuständigkeit für Widerklagen einzuräumen.<sup>1079</sup>

Jedenfalls können diese aufgezeigten Prozesstaktiken dabei zu einer regelrechten Prozessverschleppung vor den KfH führen. Berücksichtigt ist dabei noch nicht die Vermutung, dass die Entscheidungen des Einzelrichters im Vergleich zu denen der gesamten Kammer generell zulasten der Prozessbeschleunigung gehen.<sup>1080</sup>

---

1077 Auch: *Schulz*, Zivilprozessuale Probleme in Verfahren vor der Kammer für Handelssachen, in: *Huber/ Lorenz/ Rönnaul/ Voßkuhle* (Hrsg.), Juristische Schulung (JuS), Heft 10, S. 909-912 (910); *Karl-Dieter Pardey*, Kammer für Handelssachen, in: *Bund Deutscher Rechtspfleger* (Hrsg.), Rechtspfleger Studienhefte (RpflStud), Bd. 17, Heft 5, S. 129-132 (129).

1078 Vgl. dazu *Schulz*, Zivilprozessuale Probleme in Verfahren vor der Kammer für Handelssachen, in: *Huber/ Lorenz/ Rönnaul/ Voßkuhle* (Hrsg.), Juristische Schulung (JuS), Heft 10, S. 909-912 (911).

1079 *Struckmann/ Koch*, Die Civilprozeßordnung für das Deutsche Reich, 2. Aufl., § 100 Anm. 3, S. 831.

1080 So jedenfalls *Holch*, Prozeßverschleppung durch den Einzelrichter?, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP)*, Bd. 13, Heft 2, S. 38-41, für die allgemeine ZivilK; ob gleiches Ergebnis auf die KfH übertragbar ist, kann hier mangels hinreichender Datensätze nicht geklärt werden.

## Titel II. Ursachenanalyse

## Abschnitt 1: Laienexpertise und Rechtsquellen

Eine der zentralen Zielgrößen für die Wahl von speziellen Handelsgerichten war für Kaufleute stets die Spezialkenntnis der Fachrichter. Als Kaufleute waren ihnen ebenfalls die Gepflogenheiten ihrer Berufsgenossen und die Gegebenheiten am Markt bekannt. Darüber hinaus verfügten sie, als besonders erfahrene Kaufleute, stets über aktives Wissen um das besondere Handelsgewohnheitsrecht als die zentrale Rechtsquelle für handelsrechtliche Streitigkeiten. Insoweit waren sie gegenüber den juristisch gelehrten Richtern die besseren Fachrichter in Bezug auf das spezielle Handelsrecht.

Vor den modernen KfH nehmen die Sitten und Gebräuche der Handelstreibenden indes lediglich den Rang einer Rechtserkenntnisquelle oder teilweise von Handelsgewohnheitsrecht ein. Die formaljuristische Dimension der Urteilsfindung wird insoweit einzig durch den Berufsrichter und nicht mehr durch die Fachrichter selbst gewährleistet. Darunter fällt bei genauer Betrachtung auch das Handelsgewohnheitsrecht.<sup>1081</sup> Als dem kodifizierten Recht gleichwertiger Rechtssatz hat es das Gericht ohnehin von Amts wegen zu kennen und negiert den Handelsrichter *de lege lata* als Kenner des Fachrechts.<sup>1082</sup> Er übernimmt (nur noch) die Funktion der Beurteilung von Sachverhaltsbewertungen und -begutachtungen.<sup>1083</sup>

Mithin zeigt sich der Wandel, den die Rolle des Handelsrichters als Fachrichter im Laufe der Entwicklung durchlaufen hat. Maßgeblich geprägt durch die zusätzlich anhaltende Kodifizierung des Rechts ist eine formaljuristische Beurteilung der Streitigkeiten möglichst präzise nur durch einen Berufsrichter zu leisten. Die Handelsrichter, die hingegen aus einer Fülle an Rechtserkenntnisquellen schöpfen können, bieten der KfH als

1081 Mehr dazu unter FN 960.

1082 *Röbricht*, Einleitung, in: *Röbricht/ Graf von Westphalen/ Haas* (Hrsg.), *Handelsgesetzbuch – Kommentar*, 4. Aufl., Einl. Rn. 90.

1083 So geht z. B. *Westphalen* von einer Relevanz der Handelsbräuche aus, *Röbricht*, Einleitung, in: *Röbricht/ Graf von Westphalen/ Haas* (Hrsg.), *Handelsgesetzbuch – Kommentar*, 4. Aufl., Einl. Rn. 89; Andere gehen hingegen davon aus, dass § 114 GVG „praktisch keine Bedeutung“ mehr habe, würden doch vornehmlich Gutachten bei der IHK in Auftrag gegeben, so etwa: *Zimmermann*, GVG, in: *Krüger/ Rauscher* (Hrsg.), *Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung*, Bd. 3, 5. Aufl., § 114 Rn. 1; auch bereits im Jahr 1986: *Heldricht*, Die Bedeutung der Rechtssoziologie für das Zivilrecht, in: *Grunsky/ Lieb/ Medicus* (Hrsg.), *Archiv für die civilistische Praxis (AcP)*, Bd. 186, S. 74-114 (92 f.).

dem urteilenden Gericht somit Erfahrung und Fachkompetenz auf Sachebene.

Die Vorzüge dieser Vereinigung von Fach- und Rechtswissen kommen allerdings dort an ihre Grenzen, wo die Spezialisierung auch der streitenden Kaufleute neue Dimensionen erreicht. So ist es bereits in einfach gelagerten Streitigkeiten zu problematisieren, ob Handelsrichter aus anderen Branchen Sachkunde zugebilligt werden kann. Vergleichsweise ist auch ein vom Gericht bestellter Sachverständiger auf detaillierte Erläuterungen seiner tatsächlichen und in dem Prozess erforderlichen Sachkompetenzen verpflichtet (z. B. durch Aus- oder Fortbildungsurkunden) und kann bei der Abgabe eines Gutachtens nicht pauschal auf eine beliebige Fachkenntnis verweisen.<sup>1084</sup>

Das Augenmerk fällt dabei unweigerlich nicht auf die Kompetenz des jeweiligen Handelsrichters im Einzelnen, sondern auf die Kompetenz des Handelsrichters im jeweiligen Verfahren, bezogen auf die Auswahl der Fachrichter zu bestimmten Prozessthemen. Vergleicht man insoweit die Berufsgruppen der 211 bayerischen Handelsrichter aus dem Jahr 1930<sup>1085</sup> mit denen der heutigen Handelsrichter, so ergibt sich gerade eine anwachsende Spezialisierung der jeweiligen Handelsrichter. Seit jeher nimmt das originäre Kaufmannsgewerbe eine Spitzenrolle ein. Gefolgt wird es stets von dem produzierenden Gewerbe auf dem zweiten Rang. Bemerkenswert ist hingegen, dass insbesondere das neuere Dienstleistungsgewerbe stark vertreten ist und auch die vorweg genannten Berufsgruppen aus einer Fülle an Berufsbildern schöpfen.<sup>1086</sup> In summa findet sich gerade bei den gegenwärtigen Handelsrichtern eine Fülle an diversen Berufsgruppen, Berufsbildern und eine höhere Fachspezialisierung als früher.

Im Rahmen der konkreten Auswahl der Handelsrichter kann in Deutschland gerade nicht auf einen besonderen Zuteilungsschlüssel nach Fachthemen zurückgegriffen werden.<sup>1087</sup> Daher existiert keine branchen- oder fachspezifische Besetzung innerhalb der KfH. Anders verhält es sich

---

1084 Die Sachkunde der Handelsrichter sei insoweit auch zu belegen: vgl. BGH Urt. v. 21.03.2000, in: NJW 2000, 1946; mit Hinweis auf BVerfG Beschl. v. 03.02.1998, in: NJW 1998, 2273 auch *Zimmermann*, GVG, in: *Krüger/ Rauscher* (Hrsg.), Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 3, 5. Aufl., § 114 Rn. 2.

1085 Verzeichnis der 211 Handelsrichter bei den LG Bayerns um 1930, in: Bay. HStA. MJu 14298, No.<sup>1</sup>.

1086 Nach den Auswertungen der bundesweiten IHK-Recherche.

1087 Mehr zum Recht auf den gesetzlichen Richter und die damit einhergehenden Fragestellungen für die KfH ab FN 1127.

beispielsweise in Belgien. Hier werden die Handelsrichter nach ihrem Fachwissen den jeweiligen Kammern zugeteilt und so besondere Fachkammern gebildet.<sup>1088</sup> Auch nach dem Schweizer System werden die den beiden Berufsrichtern zugeordneten drei Fachrichter nach ihrer speziellen und auf den jeweiligen Prozessstoff bezogenen Fachkenntnis ausgewählt.<sup>1089</sup>

Diese mangelnde Spezialkenntnis der Handelsrichter bzw. die daraus resultierende Besetzung der KfH bezeichnen manche daher abfällig als „*Gemischtwarenladen*“<sup>1090</sup>. Andere schlussfolgern insgesamt, dass die Mitwirkung der Handelsrichter nur auf rein „*äußerliche[n] Motiven beruhe*“ und insoweit nur in der Wahrung einer „*ehrenvolle[n] Überlieferung seiner eigenen Gerichtsbarkeit*“<sup>1091</sup> beibehalten würde. Verkannt würde dabei, dass das gesamte Konzept der Beteiligung von Handelsrichtern „*den heutigen Anforderungen [...] nicht [mehr] gerecht*“<sup>1092</sup> werden würde.

Im Rahmen der Besetzung der KfH wird von manchen weiterhin bemängelt, dass auch pensionierte Kaufleute das Handelsrichteramt ausüben dürfen.<sup>1093</sup> Bereits im Jahr 1913 kritisierte dies der Verein zum Schutz für Handel und Gewerbe e. V. Augsburg in einer Eingabe an das königliche Staatsministerium.<sup>1094</sup> Von den zehn Handelsrichtern am LG Augsburg seien drei Rentner. Diesen fehlten die „*nötige, praktische Fühlung und Urteilsfähigkeit bei der ungemein rasch sich ändernden Geschäftslage in Handel und Industrie*“.

In der Tat stellen pensionierte Kaufleute einen vergleichsweise großen Anteil der Besetzung vor den KfH.<sup>1095</sup> Gleichwohl können dieser Betrachtung

---

1088 Vgl. „*il est tenu compte de l'expérience professionnelle du juge en question*“ in Ziffer 2.1 des belgischen Berichts bei: Brunner, Handelsgerichte im Rechtsvergleich – Projekt Best Practice, Bd. 2.

1089 Vgl. Brunner, Handelsgerichte im Rechtsvergleich – Projekt Best Practice, Bd. 2, Ziff. III.1.2.

1090 Podszun/ Rohner, Die Zukunft der Kammer für Handelssachen, in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW), S. 131-136 (132).

1091 Knatz, Die Kammern für Handelssachen, auf geschichtlicher und rechtsvergleichender Grundlage dargestellt (Diss.), S. 96.

1092 Wagner, Rechtsstandort Deutschland im Wettbewerb, S. 200.

1093 Sommermeyer: Einige Fragen zur Kammer für Handelssachen, in: Deutsche Richterzeitung (DRiZ) 1969, S. 220–221, 220.

1094 Auszug: Ziffer V., die Auswahl der Handelsrichter betreffend, aus: Eingabe des Vereins zum Schutz für Handel und Gewerbe e. V. „Augsburg“ an das königliche Staatsministerium vom 25.07.1913, in: Bay. HStA. MJu 14295 No. 2.

1095 Nach den qualitativen und quantitativen Ergebnissen einer Befragung aller deutschen IHK, die dieser Arbeit vorausging.

tung insbesondere die unbestreitbare Erfahrung und die völlige Unabhängigkeit der pensionierten Kaufleute, die diese in ihrem Berufsleben erlangen konnten und sie so zu „*sehr wertvolle[n] Kräfte[n]*“<sup>1096</sup> innerhalb der KfH macht, entgegeng gehalten werden.

## Abschnitt 2: Institutionalisierung und staatliches Verfahrensmonopol

Besondere Handelsgerichte der Kaufleute waren jeher Ausdruck von Unabhängigkeit und Autonomie. Gerade in den Anfängen der Handelsgerichtsbarkeit zeigt sich eine starke Tendenz zu mit öffentlichen Gerichten im Wettstreit stehenden privaten Gerichten. Um weiterhin die Kontrolle über die Jurisdiktion zu erhalten, fand durch die Privilegierung und Anerkennung dieser Standesgerichte eine sukzessive *Verstaatlichung* statt. Folglich wurde der Erhalt des staatlichen Verfahrensmonopols merklich durch die Adaption<sup>1097</sup> von privaten Handelsgerichtsinstitutionen ermöglicht.

Neben der Privilegierung der eigenen staatlichen Sondergerichte zur Verdrängung der Privaten sehen wir insbesondere in Deutschland am Beispiel von Nürnberg die Tendenz zur sukzessiven *Verstaatlichung* der privaten Sondergerichte der Kaufleute. Die staatliche Rückerobierung der Handelsgerichtsbarkeit fand endlich ihren ersten Höhepunkt in der Etablierung zahlreicher besonderer und selbstständiger staatlicher Handelsgerichte und des folgenden Bundes- bzw. Reichsoberhandelsgerichts. Diese Entwicklung fand endlich in den modernen KfH ihren Höhepunkt. Selbige sind als Teil des ordentlichen Gerichtszweigs nicht lediglich verstaatlicht, sondern auch organisatorisch den LG eingegliedert. Diese Beschneidung der handelsgerichtlichen Souveränität spiegelt sich auch in der Zuweisungsnorm des § 95 GVG wider.

Jene Stellung der KfH im Gerichtsaufbau sollte dazu führen, den Vorwurf der Schaffung öffentlicher Standesgerichte zu unterbinden bzw. entgegenzutreten. Gleiche Zielrichtung wurde auch durch die Verobjektivierung der handelsrechtlichen Zuständigkeit mittels des Katalogs in § 95 GVG verfolgt.

---

1096 Referat durch *Büttner*, in: Protokoll der 33. Sitzung der Handelskammer Augsburg vom 12.09.1913, S. 10 – 14, S. 13, in: MJu 14295, No. 4.

1097 Bspw. setzt sich das summarische Verfahren der zunft- und innungsinternen Gerichte auch bei den hoheitlichen Messgerichten in Südfrankreich als Strukturelement durch.



Gleichwohl führt diese Eingliederung unweigerlich dazu, dass die KfH gerade im staatlichen Instanzenzug zu einer einmaligen Kammerbesetzung führt. War ein vor dem AG verhandelter Handelsprozess durch teure und langwierige Sachverständigengutachten und Beweisverfahren geprägt, so kann die KfH diese Investitionen auch als Berufungsgericht nicht kompensieren. Würde vor den KfH als Eingangsinstanz auf die Einholung weiterer Gutachten verzichtet, schließt dies keine Verlagerung der Kosten und Verfahrenszeiten in die Berufungsinstanz aus.<sup>1098</sup> Diese Verwässerung der Vorzüge der KfH ist Folge der isolierten Eingliederung in den Gerichtsaufbau und organisatorischen Unterstellung einzig in die der LG.

### Abschnitt 3: Verfahrensdauer und Verfahrensförmlichkeit

Historisch betrachtet, zeichnen sich Verfahren vor besonderen Handelsgewichten stets durch ihre Prozessbeschleunigung aus. Dies war nicht nur Ausdruck lebendiger Rechtsentwicklung, sondern diente auch dem Bedürfnis der Kaufleute nach wirtschaftlicher Sicherheit im Recht. Ziel war es, Schäden durch lange Verfahren mittels beschleunigter Gerichtsprozesse zu verhindern. Dies mündete nicht selten in der Anwendung summarischer Verfahren und zu einer Aufweichung der Verfahrensförmlichkeit.

Die Motive zum GVG-Entwurf zeigen, dass mit der Einführung der KfH versucht wurde, den besonderen Strukturen des Handelsrechts Rechnung zu tragen. Insoweit zeichnet sich dieses Rechtsgebiet besonders durch Beschleunigung aus. Verhält sich das Ziel der Verfahrensbeschleunigung insoweit konträr zu dem Bemühen um eine einheitliche und dogmatisch feste Verfahrensförmlichkeit, wurde Letzterer bei der Entwicklung der KfH größtmöglicher Vorzug gewährt. So musste das historisch jederzeit bestandene Bedürfnis nach rascher und kostengünstiger Urteilsfindung bei der Errichtung der KfH zugunsten der Einheit der Verfahrensformen vor staatlichen Gerichten zurückstehen und das summarische Verfahren in Handelssachen der allgemeinen Prozessordnung (ZPO) weichen.

---

1098 Die Bindungswirkung des Berufungsgerichts u. a. am Maßstab und in den Grenzen des § 529 ZPO, vgl. vertiefend dazu: *Reichold*, ZPO, in: *Thomas/ Putzo/ Reichold/ Hüfstege/ Seiler* (Hrsg.), *Zivilprozessordnung*, 40. Aufl., § 529 Rn. 1 ff.: So sind die Feststellungen, welche die KfH nach § 114 GVG getroffen hat, Teil der freien Beweiswürdigung nach § 286 ZPO und entfalten mithin grundsätzlich Bindungswirkung; Gegenbeispiel: Auslegung von Individualerklärungen hingegen ist durch das BerGer selbst vorzunehmen, vgl. BGH Beschl. v. 16.12.2009 (IV ZR 108/08), in: *FamRZ* 2010, 459 f.

Gleich dem positiven Effekt auf die Fachkompetenz der KfH haben die Handelsrichter durch ihren Sachverstand auch Einfluss auf den Verfahrensgang in Handelsprozessen. Indem ihr Wissen u. a. mittels § 114 GVG prozessual Eingang findet, können teilweise kostenintensive und langwierige Gutachten vermieden werden. Auch innerhalb des materiellen Rechts der Kaufleute (insbesondere das im HGB kodifizierte Sonderrecht) findet das Bedürfnis nach zügigen Wirtschafts- und Rechtsbeziehungen Eingang. Vergleichbare Verfahrensregelungen speziell für die KfH sind jedoch nicht vorhanden. Gerade dies trennt die moderne KfH maßgeblich von ihren historischen Vorbildern.

Der mangelnde Ausgleichsversuch bzw. die fehlenden Zugeständnisse zur Beschleunigung führen dazu, dass Kaufleute streitige Forderungen wirtschaftlich abschreiben müssen und somit ein wesentlicher Faktor für die Anrufung von speziellen Sondergerichten für handelsrechtliche Streitigkeiten fehlt.

## Titel III. Impulse aus der historischen Auseinandersetzung

Im Folgenden sollen einige Impulse für den weiteren Diskurs um die Zukunft der KfH skizziert werden. Die folgende Beschreibung erhebt insoweit nicht den Anspruch einer vollständigen Darstellung des aktuellen Streitstandes. Vielmehr sollen auf Grundlage der historischen Auseinandersetzung, neue Ansätze ermöglicht werden.

### Abschnitt 1: Laienexpertise und Rechtsquellen

Das skizzierte Problem der Besetzung der KfH muss in zwei methodische Fragen unterteilt werden. Zunächst gilt es zu klären, ob Handelsrichter generell für handelsrechtliche Streitigkeiten notwendig sind. Dies betrifft die Frage nach dem *Ob* der Handelsrichter und muss konsequenterweise im Hinblick auf die Rechtsquellen des deutschen (Handels-) Rechts beantwortet werden. Soweit man diese Frage bestätigt, muss in einem zweiten Schritt nach dem *Wie* gefragt werden. Dabei kommen u. a. Überlegungen bzgl. Spezial-KfH zum Tragen. Ebenfalls muss hier das Recht auf den gesetzlichen Richter in den Blick genommen werden.

#### 1.1 – Das Ob der Handelsrichter

Zunächst gilt es, das *Ob* der Handelsrichter zu untersuchen. Ein Lösungsansatz wäre die generelle Abkehr von Handelsrichtern und die Fokussierung auf speziell geschulte Berufsrichter für handelsrechtliche Streitigkeiten. Diesem Vorschlag liegt der Gedanke zugrunde, dass Handelsrichter im modernen Gerichtsaufbau keine Legitimation mehr zuzusprechen sei.

Richtig ist, dass sich die Aufgabe der Handelsrichter und damit ihre Rolle innerhalb der KfH von der eines *Fachrechtskundigen* hin zu der eines *Fachsachkundigen* und eines Vermittlers geändert hat.<sup>1099</sup> Gerade wenn ein bestehender Handelsbrauch (durch die Handelsrichter) rechtlichen Eingang in das Urteil finden soll, werden daran hohe Anforderungen gestellt.<sup>1100</sup> Insoweit ist bereits an dieser Stelle eine Neuinterpretation der Rolle der Handelsrichter angezeigt.

---

1099 Siehe dazu die obigen Ausführungen.

1100 BGH, Urt. v. 06.12.2017, Az.: VIII ZR 246/16, in: NJW 2018, 1957, Ls. 3.

Es gilt zu berücksichtigen, dass die Sachkunde auch vor den KfH durch normale Sachverständige eingeholt werden kann. Dabei kommen dem Sachverständigen generell drei wesentliche Aufgaben zu: Erstens muss er Tatsachen wahrnehmen, die das Gericht aufgrund seiner fachkundigen Sichtweise gar nicht wahrnehmen kann. Zweitens muss er dem Gericht allgemeine bzw. fachliche Erfahrungssätze vermitteln, die dieses nicht kennt. Und drittens muss der Sachverständige deduzieren, ob und in welchem Umfang die Erfahrungssätze auf den durch das Gericht festgestellten Sachverhalt anwendbar sind.<sup>1101</sup> Im Wesentlichen kann man den Sachverständigen damit als fachkundige Hilfsperson des Gerichts begreifen, wodurch er sich in einem ersten, objektiven Schritt nicht wesentlich von der Stellung der Handelsrichter als Fachsachkundige unterscheidet.

In einem zweiten Schritt stellt man indes fest, dass der Sachverständige als originär externe und auch nur punktuell hinzugezogene Hilfsperson eben auch nur auf eine konkret gestellte Frage des Gerichts Bezug nehmen kann. Um aber eine solche konkrete Frage fachlich richtig stellen zu können, bedarf es bereits im Vorfeld einer gewissen Fachexpertise des Gerichts.<sup>1102</sup> Ebenfalls nach Beendigung der Sachverständigenprüfung muss das Gericht (fachlich) in der Lage sein, die Ausführungen des Sachverständigen zu prüfen und zu bewerten. Hier spielt die wirtschaftliche Auffassungsgabe der Handelsrichter ebenfalls eine wichtige Rolle.<sup>1103</sup> Auch in Phasen des Verfahrens, in denen kein Sachverständiger hinzugezogen wird, können die Prozessparteien von den Fähigkeiten und Kenntnissen der Fachrichter partizipieren. So sind rechtliche Streitigkeiten besonders zwischen Kaufleuten immer auch wirtschaftlich-ökonomische Streitigkeiten, deren Verständnis und Berücksichtigung bereits bei ersten Vergleichs-/Güteverhandlungen gewichtige Vorteile birgt.<sup>1104</sup> Seit

---

1101 Vgl. hierzu auch *Varrentrapp*, Die Stellung der gerichtlichen Sachverständigen, in: Deutsche Richterzeitung (DRiZ) 1969, S. 351–353, 352.

1102 So auch: *Creizenacy*, Das Wesen und Wirken der Handelsgerichte und ihre Kompetenz. Nach den Ergebnissen der französischen und rheinischen Praxis, in: Beilageheft zur Zeitschrift für das gesammte Handelsrecht, Bd. IV, 1861, S. 88; *Windel*, Brauchen wir die Handelsgerichtsbarkeit, in: Anwaltsblatt Online (AnwBl. Online), S. 105-110 (108).

1103 Nur aber Kaufleute könnten „das, was der kaufmännische Sachverständige sagt, nach allen Richtungen hin correct auffassen“, in: Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung des Deutschen Handelstages am 29.05.1875, S. 5.

1104 Vgl. *Podszun/ Rohner*, Die Zukunft der Kammer für Handelssachen, in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW), S. 131-136 (133), allerdings mit dem darüber hinaus gehenden Vorschlag des Stimmrechtsentzugs und Einsatzes lediglich als Berater.

dem 01.01.2020 besteht mit § 144 S. 1 ZPO nunmehr die Möglichkeit, Sachverständige auch ohne Antrag der Parteien zum gesamten Verfahren als Berater hinzuzuziehen. Hierdurch kann das Gericht nach eigenem Ermessen, externe Fachsachkompetenz zur Unterstützung heranziehen.

In der prozessualen Gesamtschau sind Sachverständige gleichwohl bereits aufgrund der Kostenverursachung sowie der Zeitverzögerung generell nicht mit Handelsrichtern zu vergleichen. Auch unterstreicht die ausdrückliche Hinzuziehung von Sachverständigen zum gesamten Verfahren (§ 144 S. 1 ZPO) gerade das Bedürfnis nach Fachsachkompetenz in allen Verfahrensabschnitten.

Ob die Handelsrichter in Zeiten starren kodifizierten Rechts indes weiterhin einen derartig großen Einfluss auf die tatsächliche Rechtsfortbildung des Handelsrechts haben, wie es ursprünglich<sup>1105</sup> vorgesehen war, kann durchaus bezweifelt werden. Ob diese Starrheit nun gerade Konsequenz der Mitwirkung von an den ordentlichen Prozess gebundenen Juristen bei der Urteilsfindung ist<sup>1106</sup> oder Resultat der gesetzgeberischen Kodifizierung von kaufmännischem Handelsrecht<sup>1107</sup>, kann an dieser Stelle offen bleiben. Richtig ist aber auch weiterhin, dass den Handelsrichtern nach wie vor – jedenfalls bei der Auslegung von unbestimmten Rechtsbegriffen – eine besondere Aufgabe zuzuschreiben ist und die wirtschaftliche Fachkenntnis beachtliche Vorteile hat. Im Ergebnis ist daher eine Neuinterpretation der Rolle der Handelsrichter als bisher reine Fachrichter hin zu der von ständigen fachsachkundigen Richtern angezeigt.

## 1.2 – Das Wie der Handelsrichter

Nachdem die Frage nach dem *Ob* der Fachrichter dargestellt wurde, gilt es, die Frage nach dem *Wie* unter die Lupe zu nehmen. Hierbei soll u.a. auch auf den möglichen Lösungsansatz zur Errichtung von *Spezial-KfH* nach der sog. Pool-Lösung eingegangen werden. Ansatzpunkt dabei ist

---

1105 Vgl. Referat durch Büttner, in: Protokoll der 33. Sitzung der Handelskammer Augsburg vom 12.09.1913, S. 10 – 14, S. 12, in: Bay. HStA MJu 14295, No. 4.

1106 Vgl. Mittermaier, Ueber den neuesten Zustand der Leistungen in Bezug auf die Civilprozeßgesetzgebung, die Gerichtsverfassung und die würdige Stellung des Advokatenstandes, in: Francke/ Linde/ Löbr/ Mittermaier/ von Bangerow/ Wächter (Hrsg.), Archiv für die civilistische Praxis (AcP), Bd. 28, Heft 1, S. 112-138 (u. a. 128).

1107 So allgemein rechtstheoretisch: Lewald, Das Handelsgericht als Staatsinstitut und als Schiedsgericht, 2. Aufl., S. 11.

die Zuteilung der Handelsrichter, die *de lege ferenda* nicht mehr zufällig (als Generalisten), sondern tatsächlich für die konkrete Prozessmaterie (als Spezialisten) erfolgen soll. Vergleichbar würde auch dem geänderten Rollenverständnis des Handelsrichters als Fachsachexperte Rechnung getragen.

Besonders den Konflikt, der sich hierbei mit dem Recht auf den gesetzlichen Richter ergibt, gilt es angemessen zu berücksichtigen.

### 1.2.1 – Abriss der aktuellen Diskussion als Grundlage der Überlegung

Als Anknüpfungspunkt dieses Modells<sup>1108</sup> dient auffällig das Recht der Parteien in Schiedsverfahren, sich Schiedsrichter selbst auszuwählen und die Auswahl von besonderen Qualifikationen, Kenntnissen oder Erfahrungen abhängig zu machen.<sup>1109</sup> Wählbar sind dabei *de lege lata* auch Fachleute ohne juristische Ausbildung.<sup>1110</sup> Auch in der durch § 72a GVG ermöglichten Einführung von Spezialekammern – wie der für Banksachen – hat der Wunsch nach Spezialisierung bereits in das deutsche Gerichtssystem Einzug gehalten und findet weiterhin rege Unterstützung aufseiten der Legislative.<sup>1111</sup> Gleichwohl bedingt sich die Frage, ob eine Übertragung dieser Vorstellungen auf die KfH zweckdienlich ist.

Gegen eine solche Bündelung in Spezial-KfH werden zunächst allgemeine Bedenken angeführt. So wird, bezogen auf die Gesetzmäßigkeit der Rechtsprechung, darauf hingewiesen, dass eine Unterteilung in selektive Spezialekammern nach dem Grundgedanken unserer Judikative „*nicht Aufgabe der nach Einheitlichkeit strebenden Rechtspflege sein*“<sup>1112</sup> kann. Darüber hinaus wäre ein solcher Vorstoß nicht praktikabel und „*völlig undurch-*

---

1108 M. w. H.: Siehe bspw. nur *Podszun/ Rohner*, Die Zukunft der Kammer für Handelssachen, in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW), S. 131-136 (133), die selbst auf diverse Ausgestaltungsmöglichkeiten des Ansatzes hinweisen.

1109 Vgl. § 1036 Abs. 2 HS. 2 ZPO.

1110 Vgl. BGH, Urt. v. 10.10.1991, Az.: III ZR 141/90, in: BGHZ 115, 324, 325 f. = NJW 1992, S. 575–577 (577).

1111 *Rebehn*, Rechtsschutzpaket, zweiter Anlauf, in: Deutsche Richterzeitung (DRiZ), Bd. 96, Heft 11, S. 370-373 (371); *Podszun/ Rohner*, Die Zukunft der Kammer für Handelssachen, in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW), S. 131-136 (133).

1112 *Knatz*, Die Kammern für Handelssachen, auf geschichtlicher und rechtsvergleichender Grundlage dargestellt (Diss.), S. 98.

föhrbar“.<sup>1113</sup> Diesbezüglich wird u. a. auf die Motivlage zur Einföhrung der KfH hingewiesen. Grundlegendes Ziel war es neben der Rolle der Handelsrichter als ursprünglich Fachrechtskundige, die „praktischen Erfahrungen der mitwirkenden Kaufleute im kommerziellen Bereich (...) in optimaler Weise für die Entscheidung von Handelssachen nutzbar zu machen“.<sup>1114</sup> Bezogen wurde sich also bewusst nicht auf „ihre Kenntnisse in der einzelnen Branche“<sup>1115</sup>. Insoweit galt stets das Bemöhen um eine einheitliche Rechtsprechung, die sich bewusst von der eines Standesgerichts abgrenzen sollte.<sup>1116</sup> Gerade wenn und soweit eine streitende Partei die Entscheidung durch einen ebenbürtigen Detaillisten entschieden sehen möchte, würde aber diese institutionelle Abgrenzung aufgeweicht, sollten am Ende nur noch Bäcker über Bäcker und Maler über Maler urteilen.

Verstärkt wird das Problem bei oligopolen Branchen, wie beispielsweise dem Strommarkt oder dem Rolltreppenbau. Eine konkret spezifische Auswahl der Handelsrichter würde hier nicht nur zu Befangenheitsproblemen, sondern auch zu möglichen Wettbewerbsverzerrungen<sup>1117</sup> föhren. Im Rahmen der Befangenheit werden zwar grundsätzlich geringere Maßstäbe als für Berufsrichter angesetzt,<sup>1118</sup> doch sind selbst diese in oligopolen Branchen schnell überschritten. Mittels der Möglichkeit zur Ablehnung aufgrund von Befangenheit<sup>1119</sup> föhrt dies zwar noch nicht per se zu einem Verstoß gegen Art. 6 Abs. 1 EMRK,<sup>1120</sup> erzeugt aber gravierende Zweifel an der Praktikabilität. So müsstensolche speziellen Branchen wiederum nicht dem Pooling unterliegenden Spezial-KfH, sondern besonderen Normal-KfH zugewiesen werden, die in ihrer durchmischten bzw.

---

1113 *Knatz*, Die Kammern für Handelssachen, auf geschichtlicher und rechtsvergleichender Grundlage dargestellt (Diss.), S. 98.

1114 *Schepp*, Die Stellung der Kammer für Handelssachen im Gerichtsaufbau (Diss.), S. 54 f.; *Bundesministerium der Justiz*, Bericht der Kommission für Gerichtsverfassungsrecht und Rechtspflegerrecht, S. 106.

1115 *Schepp*, Die Stellung der Kammer für Handelssachen im Gerichtsaufbau (Diss.), S. 55.

1116 Vgl. Argumente i. R. d. Entwicklungen zum GVG unter Kapitel A Teil III. Abschnitt 5.

1117 So auch: *Podszun/ Rohner*, Die Zukunft der Kammer für Handelssachen, in: *Neue Juristische Wochenschrift (NJW)*, S. 131-136 (134).

1118 Vgl. *Kotzian-Marggraf*, GVG, in: *Prütting/ Gebrlein* (Hrsg.), ZPO Kommentar, 9. Aufl., § 105 GVG Rn. 3.

1119 § 42 ZPO.

1120 Vgl. *Fleischer/ Danninger*, Die Kammer für Handelssachen: Entwicklungslinien und Zukunftsperspektiven, in: *Altmeyden/ u.a.* (Hrsg.), *Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (ZIP)*, Bd. 38, Heft 5, S. 205-214 (210).

zufälligen Auswahl und Besetzung den heutigen KfH entsprächen. Auch in durch einen bestimmten Industriezweig geprägten kleineren LG-Bezirken erhöht sich das Risiko der Befangenheit aufgrund von verstärktem Konkurrenzkampf.

Mithin ist es zentral, die Handelsrichter nur als Richter und „weder [als] Standes-, noch Interessenvertreter, noch Parteianwälte“<sup>1121</sup> zu sehen. Ihre Fähigkeit, „die Verkehrsanschauungen des Handelsstandes als eines grossen Ganzen“ einzubringen, ist insoweit kein die Spezialisierung missender Nachteil, sondern die naturgemäße Legitimation eines objektiven Richters. „Die durchaus verschiedenartigen Funktionen des Richteramtes einerseits, des Sachverständigenamtes andererseits können nicht für alle Fälle in einer Person vereinigt werden.“<sup>1122</sup> Insoweit fokussiert sich die Ablehnung der Spezial-KfH darauf, den Handelsrichter eben wie den Berufsrichter als für die richterliche Unabhängigkeit und die Wahrung der institutionellen Besonderheiten unserer Judikative notwendigen Generalisten zu betrachten.

Den geäußerten Bedenken werden die unlängst praktizierenden Spezial-ZivilK entgegengestellt. Selbige überzeugen durch ihre in der Geschäftsverteilung geregelte Spezialisierung.<sup>1123</sup> Dazu zählt neben den eingangs erwähnten Kammern u. a. auch die international renommierte Patentkammer des LG Düsseldorf.<sup>1124</sup> Zudem würde die Spezialisierung der postulierenden Anwälte sowie der Richter zu einer positiven Wechselwirkung beitragen, die bemerkenswerten Einfluss auf die Entwicklung der Justizlandschaft ausüben könnte.<sup>1125</sup> Jedenfalls die Aufteilung bzw. die Auswahl der Handelsrichter zu Spezial-KfH sei insoweit der nächste logische Schritt, um der Spezialisierung in Wirtschaft und Handel gerecht

---

1121 Referat durch *Büttner*, in: Protokoll der 33. Sitzung der Handelskammer Augsburg vom 12.09.1913, S. 10 – 14, S. 12, in: Bay. HStA. MJu 14295, No. 4.

1122 Referat durch *Büttner*, in: Protokoll der 33. Sitzung der Handelskammer Augsburg vom 12.09.1913, S. 10 – 14, S. 12, in: Bay. HStA. MJu 14295, No. 4.

1123 *Wolf* geht noch einen Schritt weiter und stellt die Spezial-ZivilK aufgrund ihrer Spezialisierung in Konkurrenz zu der KfH: *Wolf*, Zivilprozess versus außergerichtliche Konfliktlösung – Wandel der Streitkultur in Zahlen, in: *Ewer/ Hamm/ Karpenstein/ Maier-Reimer/ Rakete-Dombek/ Streck* (Hrsg.), Neue Juristische Wochenschrift (NJW), Heft 23, S. 1656-1661 (1659).

1124 Mit empirischer Untersuchung: *Podszun/ Rohner*, Nach dem Brexit: Die Stärkung staatlicher Gerichte für wirtschaftsrechtliche Streitigkeiten, in: Betriebs-Berater (BB), S. 450-454 (452).

1125 Vgl. *Pfeiffer*, Führt der Fachanwalt zum Fachrichter?, in: *Schmidt-Hieber/ Wassermann* (Hrsg.), Justiz und Recht: Festschrift aus Anlass des 10jährigen Bestehens der Deutschen Richterakademie in Trier, S. 43-54 (44 ff.).



zu werden und somit weiterhin eine Fachkenntnis innerhalb der KfH gewährleisten zu können.<sup>1126</sup>

Rein objektiv kann diesen Argumenten aber bereits der personelle Unterschied zwischen einer speziellen ZivilK und einer mit Handelsrichtern besetzten Spezial-KfH entgegengesetzt werden. Gleichwohl wird bereits an größeren LG dieses System geschäftsplanmäßig praktiziert.<sup>1127</sup>

Richtigerweise enthält die Frage nach dem *Wie* denklösig auch immer die Frage nach der Legitimation einer entsprechenden Umsetzung.

Folglich müssen die angedachten Spezial-KfH mit höherrangigem Recht konform sein und dürfen insbesondere nicht gegen das grundrechtsgleiche Recht auf den gesetzlichen Richter nach Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG verstoßen. Das Recht auf den gesetzlichen Richter zielt darauf ab, dass eine Streitsache nur aufgrund „*vorab festgelegter Merkmale an den entscheidenden Richter gelangt. Der rechtsstaatliche Grundsatz vom gesetzlichen Richter untersagt mithin die Auswahl des zur Mitwirkung berufenen Richters von Fall zu Fall im Gegensatz zu einer normativen, abstrakt-generellen Vorherbestimmung.*“<sup>1128</sup> Ausgeschlossen ist somit, dass der erkennende Richter allein mit Blick auf den individuellen Fall und die individuelle Person ad hoc ausgewählt und bestellt wird.<sup>1129</sup> Diese Schutzrichtung auf den gerichtsinernen Bereich<sup>1130</sup> findet erst durch die Verfassungsgarantie des Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG im Jahr 1949 Eingang.<sup>1131</sup> Beachtung finden sollte hingegen, dass die-

---

1126 Trotz aller zuvor geäußerten Kritik bereits gefordert im Jahr 1932 durch: *Knatz*, Die Kammern für Handelssachen, auf geschichtlicher und rechtsvergleichender Grundlage dargestellt (Diss.), S. 100.

1127 Mit Überblick über *Europäische Referenzmodelle* (Schweiz, Österreich u. Niederlande) bei: *Fleischer/ Danninger*, Die Kammer für Handelssachen: Entwicklungslinien und Zukunftsperspektiven, in: *Altmeyden/ u.a.* (Hrsg.), Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (ZIP), Bd. 38, Heft 5, S. 205-214 (208 f.).

1128 BVerfGE 95, 322, Rn. 35.

1129 Vgl. BVerfGE 95, 322, Rn. 32.

1130 Daneben steht die Schutzrichtung im gerichtsexternen Bereich, welche justizfremde Eingriffe von außerhalb der Rechtspflege abwehrt: *Müßig*, Recht und Justizhoheit, Der gesetzliche Richter im historischen Vergleich von der Kanonistik bis zur Europäischen Menschenrechtskonvention, unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsentwicklung in Deutschland, England und Frankreich, in: *Schulze/ Wadler/ Zimmermann* (Hrsg.), Schriften zur Europäischen Rechts- und Verfassungsgeschichte, Bd. 44, 2. Aufl., S. 338.

1131 *Müßig*, Recht und Justizhoheit, Der gesetzliche Richter im historischen Vergleich von der Kanonistik bis zur Europäischen Menschenrechtskonvention, unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsentwicklung in Deutschland, England und Frankreich, in: *Schulze/ Wadler/ Zimmermann* (Hrsg.), Schriften zur Europäischen Rechts- und Verfassungsgeschichte, Bd. 44, 2. Aufl., S. 338.

se deutschen verfassungsrechtlichen Vorgaben an den gerichtswirtschaftlichen Bereich weiter reichen als die verwandten Vorschriften des Art. 6 Abs. 1 S. 1 EMRK sowie Art. 234 EGV. Diese kennen lediglich die Schutzrichtung, bezogen auf den gerichtswirtschaftlichen Bereich.<sup>1132</sup>

Bei der Beurteilung der Konformität von Handelsrichtern mit dem Recht auf den gesetzlichen Richter werden vielfach Entscheidungen des BVerfG<sup>1133</sup> angeführt, wonach dem „Gesetzgeber bei der abstrakt-generellen Bestimmung der gesetzlichen Richter Freiräume“<sup>1134</sup> eingeräumt seien. Insofern sei lediglich<sup>1135</sup> eine fachbereichsorientierte Zuteilung aufgrund einer vorab erfolgten Klassifikation der Handelsrichter entsprechend ihrer spezifischen Sachkunde erforderlich.<sup>1136</sup> Das ist in der Tat richtig, wäre gerade reine Individualzuteilung durch beispielsweise den LG-Präsidenten keine objektive, sondern vielmehr eine subjektive.

Gleichwohl greifen die bisherigen Überlegungen zu kurz, als das Problem nicht allein auf der Ebene der Auswahl der Handelsrichter verbleibt, sondern stets mit der Klassifizierung des jeweiligen Prozesses selbst verknüpft ist. Kernfrage bildet mithin nicht die Methode der Zuordnung der Handelsrichter zu den jeweiligen Spezial-KfH, sondern die Methode, nach der ein bestimmter Prozess einer Spezial-KfH zugewiesen wird. Vor den bereits existenten Spezialeinstufen der ZivilK besteht das Problem nicht. Soweit es sich beispielsweise um Bankensachen handelt, wird am LG vor die besondere Kammer für Banksachen gezogen. Auch für Familiensachen gibt es an den AG besondere Abteilungen für Familiensachen. Diese Klassifizierungen der Fälle sind auf Abstraktionsebene gleichrangig mit der einer abstrakten Handelssache. Hingegen stünde die Klassifizierung eines Prozesses als Holzhandelssache im gleichen Untergruppenrang wie die

---

1132 Mehr dazu bei: Müßig, Recht und Justizhoheit, Der gesetzliche Richter im historischen Vergleich von der Kanonistik bis zur Europäischen Menschenrechtskonvention, unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsentwicklung in Deutschland, England und Frankreich, in: Schulze/ Wadler/ Zimmermann (Hrsg.), Schriften zur Europäischen Rechts- und Verfassungsgeschichte, Bd. 44, 2. Aufl., S. 488.

1133 Vgl. BVerfG, Beschl. v. 16.04.1969, Az.: 2 BvR 115/69, in: BVerfGE 25, 336 (344, 346) = NJW 1969, 1104; Beschl. v. 08.02.1967, Az.: 2 BvR 235/64, in: BVerfGE 21, 139 = NJW 1967, 1123; Beschl. v. 08.04.1997, Az.: 1 PBvU 1/95, in: BVerfGE 95, 322 (331) = NJW 1997, 1497.

1134 Podszun/ Rohner, Die Zukunft der Kammer für Handelssachen, in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW), S. 131-136 (134).

1135 Neben einer Änderung des GVG.

1136 Vgl. Windel, Brauchen wir die Handelsgerichtsbarkeit, in: Anwaltsblatt Online (AnwBl. Online), S. 105-110 (108).

Unterhaltssachen, die Sorgerechtsachen oder ein bankenrechtlicher Beratungsfehler.

Je feiner eine Rechtsmaterie untergliedert wird und je spezieller die Kompetenz der jeweils urteilenden (Fach-) Richter sein soll, desto größer wird die Erkenntnis, dass Prozesssachverhalte der Praxis schwerlich in absolute Formen pressbar sind. Vielmehr wird das Gegenteil, nämlich die Verwobenheit, immer stärker hervortreten und so ein Mehr an diverser Fachkompetenz erfordern. Besonders auffällig ist dieses Phänomen bei abstrakten Handelssachen. Beispielweise stellt sich bei einem Prozess zwischen einem Sägewerk und einem Holzhandelsunternehmen, der die Abholung und Verarbeitung von Holz zum Gegenstand hat, die Frage, ob diese Streitsache als Holzhandelsache oder als Speditionssache zu klassifizieren ist. Deutlicher wird das Problem, wenn insoweit auf der einen Seite auf die Tegernseer Handelsbräuche und die dortigen Rügeobliegenheiten hingewiesen wird, auf der anderen Seite aber auf die speditionbezogenen Handelsbräuche zur Gewichtsva-riation von Feuchtigkeit annehmenden Materialien Bezug genommen wird. Idealerweise wären die damit betrauten (Fach-)Richter in beiden Materien kompetent. Dies wird allerdings in der Praxis schwerlich zu erreichen sein.

Insoweit stellt sich die Frage, welcher Spezial-KfH dieser Prozess zugewiesen werden sollte und nach welcher Methode diese Zuteilung objektiv im Vorfeld erfolgen kann. Auch würde es unweigerlich zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Spezial-KfH führen, was gerade im Hinblick auf den Wunsch nach schneller Justiz nicht gewollt sein kann.

Alternativ müsste in einem vergleichbaren Fall eine Aufteilung der zuvor objektiv zugewiesenen Handelsrichter erfolgen und das Gericht ausnahmsweise durch zwei Handelsrichter verschiedener Fachexpertise besetzt werden. Diese Methode kommt an ihre Grenzen, soweit sich die Anzahl der diversen Berührungspunkte erhöht. Erweitert man in diesen Fällen die Anzahl der Handelsrichter auf drei, vier oder fünf, wäre – um die Besetzungsparität zu erhalten – auch eine Erweiterung der Anzahl der Berufsrichter notwendig. Auf die Spitze getrieben, würde dies zu einer unvorhersehbar großen Kammerbesetzung führen.

Denklogische Konsequenz und einzig mit dem Recht auf den gesetzlichen Richter vereinbar, kann nur eine abstrakt generelle Methode sein, die bestimmte Cluster von Themengruppen an Spezial-KfH mit einem größeren rechtlichen Bezugspunkt verweist. Beispielhaft für ein verfassungsrechtlich bedenkenloses Verfahren ist rückblickend das vor dem

Bundespatentgericht zur Auswahl innerhalb der technischen Beschwerde-senate praktizierte.<sup>1137</sup>

Nach dieser Methode wäre generell eine Kompetenzsteigerung möglich. Insoweit würden sich vermehrt Fälle gleicher rechtlicher Belange innerhalb einer Spezial-KfH finden und somit auch die Rechtsentwicklung stärken. Hingegen würde die erhoffte Spezialisierung der Handelsrichter als fallbezogene Fachexperten nur in einem geringen Maße verbessert werden.

### 1.2.2 – Der historisch gewachsene Ansatz

Die Problemfelder, denen sich der Ansatz von durch das Pool-System geprägten Spezial-KfH gegenüber sieht, sind zahlreich. Neben den Ausführungen zur Befangenheit und erschwerten Praktikabilität spielt besonders das methodische Problem der Prozesszuordnung eine gravierende Rolle bei der Konformität mit dem GG. Auch die Tatsache, dass sich der Ansatz aus dem Bereich der Schiedsgerichtsbarkeit herleitet, resultiert in einer widerstreitenden Erkenntnis. Soweit sich die Parteien dafür aussprechen, ihre Schiedsrichter persönlich und individuell auswählen zu wollen, wird dieses Bedürfnis auch nicht durch eine staatlich angeordnete Spezialzuordnung von Experten kompensiert werden. Der historisch gewachsene Kompetenzkampf zwischen privater und staatlicher Gerichtsbarkeit ist gut und wichtig, sollte aber nicht dazu führen, dass die staatliche Gerichtsbarkeit ihre gesellschaftliche Aufgabe zur umfassenden Rechtsschutzwahrung zugunsten der Individualrechtsprechung vernachlässigt und sich nicht zu einer staatlichen Privatschiedsgerichtsbarkeit wandelt, wobei sich die Individualrechtsprechung in diesem Kontext nicht auf den Entscheidungsgegenstand, sondern auf die Zusammensetzung und die Entscheidungsgrundlage in prozessualer als auch in materieller Hinsicht bezieht.

An dieser Stelle können aus den Erkenntnissen, die aus der historischen Betrachtung der Entwicklungsgeschichte der Handelsgerichtsbarkeit gezogen werden konnten, Impulse für ein neues Regulativ der KfH gewonnen werden.

Wie mehrfach erwähnt, hat sich die Rolle des Handelsrichters über die letzten Jahrhunderte von der eines Fachrechtsexperten hin zu der eines Fachsachexperten entwickelt. Seine Aufgabe als Generalist ist das Einbringen von grundlegender wirtschaftlicher und ökonomischer Expertise zu

---

1137 BVerfG, Beschl. v. 07.03.1978, Az.: 1 BvR 1208/77, in: BVerfG BeckRS 1978, 00649.

jedem Zeitpunkt des Verfahrens und in jeder Lage. Er ist die wirtschaftlich geschulte Konstante der KfH, die nach institutionellem Selbstverständnis stets ein „*offenes Auge und Ohr für die wirtschaftlichen Gegebenheiten*“<sup>1138</sup> haben soll.

Historisch betrachtet, und unter Ausschluss der eingangs dargestellten Problemfelder, kann die gewünschte Spezialisierung der KfH und damit die Steigerung der Attraktivität durch Änderungen erzielt werden, die auf drei historisch gewachsenen Säulen beruhen: Rechtskompetenz, Rechtsverstärkung sowie Kompetenzbündelung.

Unter der **Rechtskompetenz** versteht sich im Gegensatz zur branchenspezifischen Zuziehung von Handelsrichtern eine Einteilung von fach erfahrenen Berufsrichtern zu diversen Spezial-KfH<sup>1139</sup>. Ähnliche Ansätze bestehen bereits als Abwandlung oder Ergänzung zu dem eingangs dargestellten Pool-System.<sup>1140</sup> Auch in dem seit dem 01.01.2018 praktizierenden *Netherlands Commercial Court* bedarf es neben der allgemeinen Rechtskenntnis einer besonderen Fachexpertise der Richter.<sup>1141</sup> Bereits die *Consules mercatores* waren sowohl Fachrechtsexperten des vormaligen Handelsrechts sowie Fachexperten in wirtschaftlichen Belangen.

Ergänzt wird diese Fachkompetenz der Berufsrichter durch eine **Rechtsverstärkung**. Diesbezüglich soll das Rechtswissen der KfH durch einen zweiten Berufsrichter gestärkt werden. Zwar sind Sachwissen und Rechtswissen gleichermaßen von Bedeutung, doch soll durch die Forderung nach mehr Justiz in den KfH den neuen Anforderungen, denen sich die Gerichte konfrontiert sehen, Rechnung getragen werden. Hat sich eben die Rolle der Handelsrichter verändert, ist der Vorsitzende der KfH *de lege lata* der einzige Rechtskundige, wodurch auch ein rechtlicher Meinungs austausch in besonders komplex gelagerten Fällen nicht möglich ist. Dieser Vorschlag wird in einem Diskussionspapier der Justizminister von NRW und Hamburg unter dem Begriff der „*strukturellen Stärkung*“ favorisiert.<sup>1142</sup> Ein

---

1138 *Sommermeier*, Die Kammer für Handelssachen, S. 75.

1139 Ab hier soll unter dem Begriff der Spezial-KfH nicht mehr der durch das Pool-System geprägte Ansatz gemeint sein.

1140 Vgl. *Podszun/Robner*, Die Zukunft der Kammer für Handelssachen, in: *Neue Juristische Wochenschrift (NJW)*, S. 131-136 (134).

1141 Vgl. dazu die Ausführungen in: *Raad voor de rechtspraak*, Plan tot oprichting van de *Netherlands commercial court*, S. 13.

1142 Vgl. Justizstandort Deutschland – Stärkung der Gerichte in Wirtschaftsstreitigkeiten, in: *Arbeitsgemeinschaft Internationales Wirtschaftsrecht im Deutschen Anwaltsverein* (Hrsg.), *Zeitschrift für Internationales Wirtschaftsrecht (IWRZ)*, Heft 5, S. 234-239 (238).

weiterer Vorteil liegt in der gesteigerten Leistungsfähigkeit der durch zwei Berufsrichter besetzten KfH. Teilweise wird angenommen, dass dadurch sogar weniger Kammern nötig sein werden und die Verfahrenszeiten drastisch reduziert würden.<sup>1143</sup>

Gerade historisch betrachtet, sind die Erweiterung und das Mehr an Justiz innerhalb der KfH kein Rückschritt, sondern als klare Weiterentwicklung des Instituts zu sehen.<sup>1144</sup> So hat sich das Bedürfnis nach „*professionelle[r] Verfahrensgestaltung und Rechtsanwendung*“<sup>1145</sup> im Laufe der Zeit verstärkt, wenngleich das Bedürfnis nach wirtschaftlichem Sachverstand weiterhin Bestand hat.<sup>1146</sup> Beispielhaft kann hier auf das französische *tribunal de conservation* als allgemeines Handelsgericht verwiesen werden. Neben dem vorsitzenden *prévôt des marchands* war es auch mit zwei Juristen besetzt.<sup>1147</sup> Auch im Nürnberg des 17. Jahrhunderts waren originär juristische Streitfragen weiterhin an das Stadtgericht verwiesen, sowie Zeugenvernehmungen und die Eidabnahme einzig dem Stadtgericht vorbehalten.<sup>1148</sup>

Auch bietet der Wunsch nach juristischer Fachkompetenz ein Erklärungsmuster für die hohe Zahl der Einzelrichterentscheidungen. Die Vorsitzenden der KfH sind meist besonders berufserfahren. Insoweit sei die Wahl der KfH und die parallele Abwahl der Handelsrichter Ausdruck des Bedürfnisses nach den besten Berufsrichtern mit Fachexpertise.<sup>1149</sup> Diesem Beispiel folgend, will auch NRW seine KfH mit drei Berufsrichtern und zwei Handelsrichtern besetzen, um der (rechtlichen) Besetzung einer normalen ZivilK zu entsprechen.<sup>1150</sup>

---

1143 *Rebehn*, Rechtsschutzpaket, zweiter Anlauf, in: Deutsche Richterzeitung (DRiZ), Bd. 96, Heft 11, S. 370-373 (371); *Paulsen*, Das Kammerprinzip stärken!, in: Deutsche Richterzeitung (DRiZ), Bd. 95, Heft 10, S. 313; *Podszun/Rohner*, Die Zukunft der Kammer für Handelssachen, in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW), S. 131-136 (134).

1144 Vgl. nur die obigen Ausführungen zu den Besetzungen der *Consules* oder später des Nürnberger Banco-Amtes.

1145 *Wagner*, Rechtsstandort Deutschland im Wettbewerb, S. 200.

1146 Anders: *Wagner*, Rechtsstandort Deutschland im Wettbewerb, S. 201, 204.

1147 Vgl. oben, bei FN 290.

1148 Vgl. oben, bei FN 449.

1149 Vgl. *Windel*, Brauchen wir die Handelsgerichtsbarkeit, in: Anwaltsblatt Online (AnwBl. Online), S. 105-110 (109) der besonders die juristische Erfahrung der Berufsrichter hervorhebt.

1150 <https://www.lto.de/recht/justiz/j/nrw-soll-london-abloesen-brexit-gerichtsstand-ort-international-wirtschaft/> (zuletzt: 03.06.2019, 15.00 Uhr); [https://www.justiz.nrw/JM/Presse/reden/archiv/2018\\_01\\_Archiv/2018\\_03\\_28\\_Sprechzettel\\_Minister\\_Pressefruehstueck/index.php](https://www.justiz.nrw/JM/Presse/reden/archiv/2018_01_Archiv/2018_03_28_Sprechzettel_Minister_Pressefruehstueck/index.php) (zuletzt: 03.06.2019, 15.00 Uhr).

Der dritte Eckpfeiler der neuen Spezial-KfH muss die **Kompetenzbündelung** sein. Insoweit können mehrere LG innerhalb eines OLG-Berzirks gemeinschaftliche Spezial-KfH für besondere Prozessthemen bereithalten und so die Kompetenz bündeln. Für dieses Verfahren beispielhaft wäre die Konzentrationsmöglichkeit des § 89 GWB. Auch dieser Vorschlag fand bereits Eingang in die Überlegungen zum oben dargestellten Pool-System.<sup>1151</sup>

Frühzeitig findet diese Überlegung tatsächlich keinen Halt in der Entwicklungsgeschichte. Dies liegt indes nicht an einem fehlenden Bedürfnis, sondern vielmehr an der frühzeitlichen gesellschaftlichen Struktur und Rechtskompetenz der Obrigkeit. Erst in neuerer Zeit sind derartige Bestrebungen zu beobachten. An prominenter Stelle sind hier das Bundes- bzw. das Reichsoberhandelsgericht zu nennen.<sup>1152</sup> Die Errichtung derselben war dabei maßgeblich durch den Wunsch nach Rechtsvereinheitlichung geprägt. Immanent ist diesem Bedürfnis aber stets auch das Verlangen nach einer Kompetenzbündelung.

## Abschnitt 2: Institutionalisierung und staatliches Verfahrensmonopol

Um weiterhin das staatliche Verfahrensmonopol aufrechtzuerhalten, muss versucht werden, den Interessen der Parteien durch ein hochwertiges staatliches Verfahren entgegenzukommen.<sup>1153</sup> Aus dem historischen Kontext ergibt sich dabei ein besonderes Bedürfnis, den Parteien einen gut funktionierenden Streitbeilegungsmechanismus anzubieten und ohne staatlichen Zwang im Wettstreit zwischen staatlichen und privaten Instituten zu brillieren. Schlussfolgernd muss es weiterhin bei einer reinen fakultativen Zuständigkeit der (wie auch immer gearteten) Spezial-KfH bleiben. Gleichwohl entspricht dieser Denkansatz einzig unserem heutigen Staatsverständnis. Historisch betrachtet, finden sich jedoch überwiegend obliga-

---

1151 Vgl. *Podszun/ Rohrer*, Die Zukunft der Kammer für Handelssachen, in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW), S. 131-136 (134); *Hoffmann*, Brexit als Weckruf für Politik und Justiz, in: Deutsche Richterzeitung (DRiZ), Bd. 96, Heft 1, S. 6-9 (9).

1152 Vgl. dazu ausführlich oben, ab FN 671.

1153 Vgl. dazu *Podszuns* Übersicht über die vierfache Legitimation der Zivilrechtsprechung und insbesondere die *funktional-individuelle* Legitimation: *Podszun*, Wirtschaftsordnung durch Zivilgerichte, S. 293, sowie *Podszun/ Rohrer*, Die Zukunft der Kammer für Handelssachen, in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW), S. 131-136 (131).

torische Zuständigkeitsregelungen für besondere Handelsgerichte. Diese Methode war indes stets Ausprägung der Zunft-, Innungs- oder Gildenorganisationsform. Auf der anderen Seite zeigen Privilegien wie beispielsweise das im Jahr 1313 an die Nürnberger Bürger gerichtete, wonach kein Nürnberger vor ein fremdes Gericht gestellt werden solle – darin eingeschlossen waren auch die Offiziale des Bischofs von Bamberg<sup>1154</sup> – das Bedürfnis nach freier und eigener Rechtswahl.

Einen weiteren Ansatzpunkt bietet der staatliche Gerichtsaufbau. Hier nach sind die KfH ausschließlich an den LG vorgesehen. Damit sieht die Gerichtsorganisation eine Besonderheit für Kaufleute ausschließlich punktuell vor. Infrage steht mithin, ob die Einführung von Spezial-KfH bzw. die Beteiligung von Handelsrichtern auch an den AG sowie den OLG notwendig ist. Gegen eine Beteiligung der Handelsrichter an den OLG spricht im Besonderen die Aufgabe des OLG als im Wesentlichen rechts- und nicht tatinstanzlich.<sup>1155</sup> Das Argument der fehlenden besseren Laien verfehlt hingegen, soweit andererseits Handelsrichter an die AG gefordert werden. Gerade die erstinstanzliche Beteiligung der Handelsrichter stößt auf enormen historischen Widerhall. Gerade erstinstanzlich wurde sowohl vor privaten als auch vor hoheitlichen Gerichten ein beschleunigtes Verfahren unter Beteiligung von rechtlich ungeschulten Fach(rechts)experten praktiziert. Darüber hinaus hätten Handelsrichter aufgrund des fehlenden Anwaltszwangs gerade vor den AG eine größere Einwirkungsmöglichkeit auf die Parteien. Dies gilt nicht nur für die Beschleunigung des Verfahrens per se, sondern besonders für die stets wirtschaftlich zu betrachtenden Güteverhandlungen.

### Abschnitt 3: Besondere Verfahrensbeschleunigung vor den KfH

Nach den Ausführungen zur Entstehung von besonderen Handelsprozessen, den Entwicklungen des materiellen sowie des Prozessrechts und der Ursachenanalyse<sup>1156</sup> ist ersichtlich, dass eine Anpassung der Verfahrensregeln für Handelsprozesse in logischer Konsequenz der Entwicklung

---

1154 Vgl. dazu oben, ab FN 390.

1155 Gegen Senate für Handelssachen an den OLG auch: *Fleischer/ Danninger*, Die Kammer für Handelssachen: Entwicklungslinien und Zukunftsperspektiven, in: *Altmeppen/ u.a.* (Hrsg.), *Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (ZIP)*, Bd. 38, Heft 5, S. 205-214 (212) mit Überblick ab S. 211 f.

1156 Vgl. Kapitel C Titel II. Abschnitt 3.



steht. Gerade ein schnelles Verfahren ist in wirtschaftlichen Streitigkeiten geboten. Es ist schlichtweg nicht hinnehmbar, dass Kaufleute streitige Forderungen aufgrund langer Verfahrensdauern wirtschaftlich abschreiben müssen und somit ein wesentlicher Faktor für die Anrufung von speziellen Sondergerichten für handelsrechtliche Streitigkeiten fehlt.

Gerade für diese Forderung lassen sich unzählige Beispiele in der Entwicklungsgeschichte finden. Unabhängig von der geografischen Lage, des Umfangs und der Gestaltung des jeweiligen Gerichtsinstituts steht das Verfahren in Handelssachen überwiegend unter der Maxime von „*summarie*“, „*in via summaria*“, „*in summaria*“ oder gar Einfachheit.<sup>1157</sup> War diese Verfahrensart anfangs eng mit der Heranziehung von nicht rechtsgeschulten Urteilern verwoben, setzt sich die schnelle und einfache Verfahrensweise jedoch auch in formaljuristisch geprägten Verfahren fort.<sup>1158</sup> Diese Tradition der besonders beschleunigten Verfahren für Handelssachen findet spätestens mit der Einführung der KfH und der allgemeinen Prozessordnung ihr Ende.

Eine Anpassung der prozessualen Vorschriften für Handelssachen erscheint mithin angemessen. Beispielhaft wären hier die drastische Verkürzung von Einlassungsfristen und die Öffnung der Zuständigkeit für die Widerklage. In Kombination mit der fakultativen Zuständigkeit solcher Verfahrenstypen wären weiterhin formaljuristisch klassische Verfahren nach der allgemeinen ZPO möglich. Dies betrifft besonders sehr umfangreiche Streitsachen mit einer hohen Dichte an rechtlich relevanten Fragestellungen. Gleiche Aufteilung finden wir bereits in der Zuständigkeitsverteilung zwischen Banocamt und Stadtgericht.<sup>1159</sup>

---

1157 Vgl. nur bei den FN 135, 167, 183, 196, 223, 241, 245, 286, 320, 359, 410, 463, 497.

1158 Vgl. beispielhaft die Bürgermeisterprozesse bei FN 410, 497.

1159 Vgl. oben, bei FN 449.

## Schlussbemerkung

*„Ma chi legge un libro ha il diritto, io credo, di sapere quel che l'autore pensa intorno a ciò che ha relazione anche lontana col suo argomento.“*

Nach den Worten von *Manaresi* hat der Leser auch stets das Recht, die persönliche Meinung des Autors zu erfahren. So soll es denn auch hier gelten.

Ausgangspunkt und Rahmen der Suche nach dem Ursprung und der Geschichte der Handelsgerichtsbarkeit waren die drei Merkmale Verfahrensförmlichkeit, Laienexpertise und das staatliche Verfahrensmonopol. Anhand dieser Eckpfeiler kann das eigentliche Wesen der Handelsgerichtsbarkeit beschrieben werden. Aus dieser historischen Beschreibung wiederum ergeben sich Lösungsansätze für Fragestellungen der Moderne.

### A. Laie als Fach(rechts)experte

Die Entwicklungsgeschichte der Handelsgerichtsbarkeit ist keine gleichförmig lineare, sondern ist durch diverse private und hoheitliche Gerichte mit unterschiedlichen Organisationssystemen geprägt. Gemein war ihnen allen u. a. die Besetzung durch juristisch ungeschulte Laien. Bereits zu Beginn der Untersuchung zeigt sich eine auffällige Besetzung der privaten und hoheitlichen Handelsgerichte mit nicht rechtsgelehrten Urteilern aus den Reihen der Kaufleute. Diesen oblag kraft ihrer gesellschaftlichen Stellung auch meist ein Vertrauensvorschuss, der sich positiv auf die Akzeptanz und Legitimation ihrer Urteile auswirkte.

Die angewandte Besetzungsparität vor den jeweiligen Gerichten war keine einheitliche, sondern war geschichtlichen wie lokalen Schwankungen unterworfen. In jedem Fall aber war die Legitimation der urteilenden oder am Urteil mitwirkenden Kaufleute stets an ihre besondere Kenntnis um die Handelsgewohnheiten, Sitten und Gebräuche sowie um die wirtschaftliche Dimension der Handelsgeschäfte angelehnt. Aufgrund der lange Zeit fehlenden Kodifikation des Rechts erwuchs gerade aus diesen ungeschriebenen Rechtssätzen das Recht der Kaufleute.

Das ursprüngliche gerichtliche Betätigungsfeld der Handelsrichter lag mithin nicht nur in der inhaltlichen wirtschaftlichen Fachkenntnis (Fachexperte), sondern auch in der Auslegung und Anwendung der Fachrechts-

kenntnis (Fachrechtsexperte), bezogen auf das besondere Handelsrecht. Damit waren sie gegenüber den juristisch geschulten Rechtskundigen die besseren Fachrichter vor den Handelsgerichten.

Ein umfassendes, nicht kodifiziertes Gewohnheitsrecht der Kaufleute, welches die Handelsrichter weiterhin zu Standesrechtsexperten erhebt, existiert nicht (mehr), sodass das allgemeine Zivilrecht sowie das allgemeine Handelsrecht Maßstab der Urteilsfindung sind. Die fokussierte Rechtsquelle, aus der sich die Urteile der KfH erschöpfen, ist mithin das allgemeine kodifizierte Zivilrecht mit handelsrechtlichen Besonderheiten. Diese sind die über die Handelsrichter feststellbaren (§ 114 GVG) Handelsbräuche, welche durch Übung zu Handelsgewohnheitsrecht erstarken können, sowie die sich in einer Vorstufe befindlichen Handelsbräuche, welche zur Auslegung von Rechtsgeschäften herangezogen werden. Die Rolle der Handelsrichter hat sich mithin aufgrund äußerer Umstände von der eines Fachrechtsexperten zu der eines inhaltlichen Fachexperten gewandelt. Die Rechtskenntnis des Gerichts wird nunmehr einzig durch den Vorsitzenden der KfH als einzigen Berufsrichter und Volljuristen garantiert.

Bei der Auswahl und Bestellung des Vorsitzenden der KfH ist eine besondere Fachrechtskenntnis kein relevantes gesetzliches Kriterium. Damit bricht die Besetzungssystematik der KfH jedenfalls in fachrechtlicher Dimension mit der geschichtlichen Tradition von besonderer Fachrechtsexpertise vor den Handelsgerichten.

Um diesen Bruch in der Entwicklungsgeschichte der Handelsgerichtsbarkeit aufzulösen, bedarf es in der Konsequenz einer Verbesserung der Fachrechtskompetenz. Diese muss für die vor den KfH als Vorsitzende bestellten Berufsrichtern unbedingt nachgewiesen werden können.<sup>1160</sup> An der Beteiligung der Handelsrichter als Wahrer der inhaltlichen Fachkompetenz des Gerichts muss weiterhin festgehalten werden. Insbesondere ihre Beteiligung in Verfahrensabschnitten, in denen die Zuziehung eines Sachverständigen nicht möglich ist oder nicht geboten erscheint, partizipieren die Parteien und die Rechtsentwicklung von der Fachkenntnis der Handelsrichter in ihrer historisch belegten Kernkompetenz.

## B. Die Rechtskodifikation

Wie bereits dargestellt, war die jüngere Entwicklung der Handelsgerichtsbarkeit auch maßgeblich durch die fortschreitende Rechtskodifikation ge-

---

1160 Vgl. oben bei FN 1139.

prägt. Dies führte zu einer Verschiebung des Aufgabenfelds der Handelsrichter.

Die Konsequenz der Aufgabenverschiebung ist allerdings nicht lediglich eine personelle auf Ebene der Handelsrichter, sondern auch eine institutionelle, das erkennende Gericht bzw. die Kammer (KfH) betreffend.

Ursprünglich mit Handelsrichtern als juristische Laien besetzte Spruchkörper erhielten durch die Fachrechtsexpertise der Urteiler ihre Prägung als nach Rechtsgrundsätzen urteilendes Gericht. Die Rechtskenntnis war dem Gericht trotz fehlender Ausbildung zugesprochen. Bei besonders komplexen Sachverhalten wurden zusätzliche Gutachten eingeholt.

Vor der modernen KfH wird die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit durch den Berufsrichter als Volljuristen ausgefüllt. Dies führt bereits in einfachen Rechtsfragen dazu, dass der Vorsitzende eine Entscheidung eigenständig und ohne Mitwirkung der gesamten Kammer treffen muss. Besonders in komplexen Streitsachen verstärkt sich dieser Effekt und konkretisiert den für Handelsgerichte historisch typischen und auch vor dem LG praktizierten Effekt der Kammerbesetzung. Das Fehlen von Meinungsaustausch und kammerinternen Diskussionen um die Rechtsanwendung führt im Ergebnis zu einer faktischen Einzelrichterentscheidung (wenn auch nicht i. S. d. § 568 S. 1 ZPO). Dem Gesetzgeber war diese situative Alleinstellung des Vorsitzenden bekannt, sodass dem Vorsitzenden durch § 349 ZPO die Einzelentscheidung für rein rechtliche Streitfragen ganz übertragen wurde.

Gleichzeitig zu diesem Abschmelzungsprozess von juristischer Ideenvielfalt und Rechtskompetenz trotz des offen praktizierten Kammermodells sehen wir das aufkommende Bedürfnis nach rechtstechnischen Urteilen auch in Handelsachen. Diesem Bedürfnis wird durch die sukzessive Teilbesetzung der Handelsgerichte, der Stadtgerichte oder der Bürgermeisterstellen mit Rechtsgelehrten entsprochen. Nachdem sich die Rolle der Handelsrichter verändert hat und der Vorsitzende der KfH *de lege lata* als einziger Rechtskundiger verblieben ist, ist der historisch gewachsene Gleichklang von Fach- und Rechtskenntnis vor den Handelsgerichten aus dem Gleichgewicht gekommen. Notwendige Konsequenz ist daher eine entschiedene Rechtsverstärkung vor den Kammern.<sup>1161</sup>

---

1161 Vgl. oben bei FN 1142.

### C. Gerichtsübergreifende Kompetenzbündelung

Seit jeher besteht das Verlangen nach den kompetentesten und vertrauenswürdigsten Urteilern. Ebenso verhält es sich für die Handelssachen. Für die privaten Handelsgerichte waren daher nicht willkürlich elektierte Kaufleute, sondern entweder die Ältesten oder die Vorsteher der Korporationen als Urteilsfinder tätig.

Dieses Grundbedürfnis trägt sich bis in die heutige Gerichtspraxis fort. Teilweise geht mit diesem Verständnis ein Vertrauensbonus für selbst ausgewählte Schiedsrichter einher. Die Folge sind ein Erstarken der privaten Schiedsgerichtsbarkeit und ein Abschwung der hoheitlichen oder staatlichen Gerichtsbarkeit. Auch zu Zeiten, zu denen die frei erwählte kaufmännische Vorstandschaft das Gericht leitete, sind uns *Arbitri* als privat erwählte Schiedsrichter der Parteien bekannt.

Eine mögliche Kompetenzsteigerung kann stets durch Spezialisierung erreicht werden. Insoweit liegt eine Kompetenzbündelung der modernen KfH durch einen Zusammenschluss mehrerer KfH in einem OLG-Bezirk nahe.<sup>1162</sup> In der historischen Betrachtung der Handelsgerichtsbarkeit finden sich dafür auf den ersten Blick keine Vorbilder. Vielmehr beinhaltete die hoheitliche Gerichtsbarkeit stets eine machtpolitische, territoriale Komponente. Allerdings finden sich bereits bei den italienischen Kaufleuten auf den südfranzösischen Messen erste Ansatzpunkte einer Kompetenzbündelung. So schlossen sich die Kaufleute und Konvois teilweise zu größeren Gruppen unter einem oder nur wenigen Gerichtsconsuln zusammen. Auch die aufgezeigte Spezialisierung der Gerichtszweige, die sich zwischen Nürnberg und Augsburg herausbildete, ist ein Symbol für die Einheit von Kompetenzbündelung und Kompetenzstärkung.

### D. Individualisierung

Neben der gerichtsübergreifenden Kompetenzbündelung steht die Frage nach einer Kompetenzsteigerung der individuellen Kammer durch Individualisierung der Handelsrichter bzw. deren Auswahl. Dabei könnten die Handelsrichter von Fall zu Fall für die Urteilsfindung bestellt werden. Bisher erfolgt die Zuteilung der Handelsrichter zu den KfH unabhängig von ihrer Fachbereichskompetenz. Auch die Zuteilung der Streitsachen vor die verschiedenen KfH eines LG richtet sich allein nach dem vorher

---

1162 Vgl. oben bei FN 1151.

festgelegten Geschäftsverteilungsplan und ist unabhängig von dem inhaltlichen Sachverhalt.

Historisches Vorbild für eine spezielle Zuteilung könnten hierbei bestimmte anfängliche Zunftgerichte darstellen. Insoweit urteilten beispielsweise die Zunftvorsteher der Schuster innerhalb der eigenen Zunftgerichtsbarkeit nur über berufsgruppengleiche Zunftgenossen. Durch die fortschreitende Verschränkung der Wirtschaftsbeziehungen wurde diese Individualisierung durch eine Generalisierung und durch Zusammen-schlüsse aufgelöst.

Bei der Umsetzung eines solchen Vorschlags würde es indes aufgrund der fehlenden Vorhersehbarkeit zu einem Verstoß gegen das grundrechts-gleiche Recht auf den gesetzlichen Richter kommen. Damit sollen gerade auf der gerichtlichen Schlichtung staatliche Ausnahme- (*Ad-hoc*-) Gerichte verhindert werden.<sup>1163</sup>

Auch die Entwicklungsgeschichte der Handelsgerichtsbarkeit lässt bei genauer Betrachtung keinen derartigen Rückschluss zu. Bei den angesprochenen Zunftgerichten handelte es sich gerade um private Sondergerichte. Auch war hier bei Streitfragen unter Berufsgenossen von Anfang an vorhersehbar, wer das Urteil sprechen würde. Auch die hoheitlichen Handelsgerichte waren generell nicht mit Detaillisten besetzt. Vielmehr handelte es sich auch hier um durch Kaufleute besetzte Gerichte.

## E. Verfahrensförmlichkeit

Das Wesen der Prozesse vor Handelsgerichten ist stets identisch. Egal ob vor den *Consules mercatores*, den Messgerichten Frankreichs, den Marktgerichten oder später dem Merkantil-, Friedens- und Schiedsgericht zu Nürnberg; das Verfahrensziel lag stets in einem schnellen und kostengünstigen Verfahrensgang.

Für die Mess- und Marktgerichte liegt eine schnelle Entscheidung in der Natur der Sache. Eine Entscheidung musste getroffen werden, bevor sich die am Platz befindlichen Kaufleute wieder zerstreuten. Aber auch für stationäre Handelsgerichte war diese Beschleunigung stets ein entscheidender Grundsatz. Gerade für wirtschaftlich agierende Parteien sind Bilanzposten, die aufgrund eines schwebenden Gerichtsverfahrens unsicher sind, eine wirtschaftliche Belastung und im Ernstfall für das Geschäft bestandsgefährdend.

---

1163 Mehr dazu unter FN 1137.

Um diese Beschleunigung zu garantieren, wurden sowohl vor den privaten wie vor den hoheitlichen Handelsgerichten keine großen Anforderungen an die Förmlichkeit des Verfahrens gestellt.

Dieses Bedürfnis nach Beschleunigung und Einfachheit spiegelt sich auch im kodifizierten materiellen Handelsrecht wider. Insofern finden sich im HGB einige Vorschriften, welche diejenigen des allgemeinen Zivilrechts in derartiger Weise korrigieren.

Das vor den modernen KfH praktizierte Verfahrensrecht kennt keine solchen Ausnahmen. Vielmehr gilt die allgemeine ZPO. Dies führt nicht zu einer besonderen Beschleunigung oder günstigeren Verfahrenskosten. Dieses Kernelement der Handelsgerichtsbarkeit – welches sich auch heute noch im materiellen Handelsrecht widerspiegelt – muss in der historischen Tradition Eingang in die Verfahrensart vor den KfH finden. Insofern wäre eine Anpassung auch an dieser Stelle wünschenswert.<sup>1164</sup>

---

1164 Dem Verfasser ist die Tragweite und Komplexität dieser schlicht formulierten Forderung durchaus bewusst. Gleichwohl ist eine grundlegende Forderung in diese Richtung nach der historischen Ausarbeitung nur folgerichtig und konsequent.

## Endnoten

<sup>i</sup> **Sitz des RG (Annex zu den auf S. 114 FN 688 beschriebenen „Kontroversen“):** urspr. Forderung: Leipzig „*nicht dort seinen Sitz hat, wo die Reichsregierung seinen Sitz hat*“ (Abgeordneter Windthorst in der 15. Sitzung des Reichstags am 23.11.1876, Protokolle S. 291 ff. (302), Bay. HStA. Abt. I, MJu 14037, Nr. 1); Gesetzesentwurf v. 31.01.1877 zur Vorlage beim Bundesrath: Sitz Berlin (Begründung u. a.: Unabhängigkeit der „*Residenstädte der größeren Bundesstaaten*“, vgl. Begründung S. 4, in: Bay. HStA. Abt. I, MJu 14037, Nr. 2) (= Drucks. 9); Bundesrath überweist den Gesetzesentwurf dem Ausschuss am 01.02.1877, vgl. § 26 des Protokolls der dritten Sitzung des Bundesraths v. 01.02.1877, in: S. 15 der Protokolle (MJu 14037, Nr. 3); Ausschuss für Justizwesen beantragt beim Bundesrath die Zustimmung für den Entwurf (Sitz: Berlin), am 12.02.1877 (MJu 14037, Nr. 10) (= Drucks. 17); Gesetzesentwurf v. 06.03.1877 zur Vorlage beim Reichstag (Sitz: Leipzig) (Begründung u. a.: „*bereits ROHG hat dort seinen Sitz*“, vgl. Begründung S. 4, in: MJu 14037, Nr. 35) (= Drucks. 26); Änderungsantrag am 19.03.1877: Sitz in Berlin (MJu 14037, Nr. 44) (= Drucks. 62); hitzige Diskussionen in erster Beratung in zwölfter Sitzung des Reichstags am 19.03.1877 (Protokolle S. 229 ff.) (MJu 14037, N. 42); zweite Beratung und Abstimmung in 14. Sitzung des Reichstags am 21.03.1877 (Protokolle S. 291 f.) (MJu 14037, Nr. 47), Kernpunkt war hier die Frage, ob § 8 des Einführungsgesetzes in dem Bundesstaat Anwendung finden soll, in dem das RG seinen Sitz hat, dies wurde mit 213 zu 142 Stimmen abgelehnt (Protokoll, S. 316); dritte Beratung in 16. Sitzung des Reichstags am 24.03.1877 (Protokolle S. 337 ff.) (MJu 1437, Nr. 53) führt zu Vertagung auf den 10.04.1877.